



14. April 1930

RICHARD KLEINEIBST · DIE KLÄRUNG IN LONDON

NUN hat die Londoner Flottenkonferenz am 10. April eine Art Abschluß gefunden. Das Gesicht ist gewahrt worden, man geht "in Frieden" auseinander, um sich, ohne die Vereinigten Staaten von Amerika, in Genf wieder zu treffen. Ein allerdings verklau-sulierter Pakt der 3 Mächte Amerika, England und Japan ist unter Dach gebracht worden. Die weiteren Abmachungen über Höchsttonnage und Verwendung der Unterseeboote, die allgemeine Baupause für Schlacht-schiffe bis zum Jahr 1936, Berechnungsformeln nach Pauschaltonnage und Kategorien sind als Rahmen eines Fünfmächtepakts deklariert worden, der durch einen spätern Beitritt Frankreichs und Italiens ausgefüllt werden kann. Grundsätzlich hat sich dadurch, was die antagonistischen Kräfte anlangt, nichts geändert. Das beliebte Spiel mit dem schönen Vexierbild "Wer ist der Schuldige?" wird wohl eine Zeitlang in den politischen Kinderstuben Deutschlands beiseitegelegt werden. Man wird es schon bei Gelegenheit her-vorholen und braucht es dann wieder nur auf den Kopf zu stellen, um wie eh und je die Umrisse der Marianne mit der phrygischen Mütze zu entdecken. Bei Vexierbildern genügt es ja meist, wenn man sie auf den Kopf stellt.

Man kann, was man auch sonst wollte, nicht übersehen, daß es den franzö-sischen Bemühungen gelungen ist Zug um Zug in (selbst von deutscher Seite, freilich nicht zustimmend, anerkannter) Konsequenz die Tendenzen bloßzu-legen, die Verantwortlichen festzustellen. Das französische Verlangen nach Sicherheit nur als Vorwand für Aufrüstung zu bezeichnen war in der letzten Phase der Verhandlungen schier unmöglich geworden, nachdem schließlich kaum mehr als die Bestätigung der bereits formulierten Auslegungen zu dem Artikel 16 des Völkerbundsvertrags als englische "Konzession" von Briand verlangt worden war. Kennt man auch Einzelheiten nicht, so gehört doch wohl schon mehr Verblendung als nur Blindheit dazu, wenn ein großes deut-sches Blatt (ganz im Gegensatz übrigens zu seinem Londoner Berichterstat-ter) den nicht abzuleugnenden Erfolg der Franzosen mit der Formulierung abtun will, die Sicherheitsfrage sei »aus dem bisherigen Bereich englisch-französischer Geheimdiplomatie und Generalstabskonferenzen in die Öffent-lichkeit der Genfer Verhandlungen übertragen worden«. Als ob die franzö-sische Delegation je ein anderes Ziel verfolgt hätte. Aber das ist nicht der einzige Fall, wo man heute das vergißt, was man gestern selbst gemeldet hat. Wenn man sich nicht mehr erinnert, daß MacDonald in eigener Person vor

dem Unterhaus erklärt hat, es sei von England keine neue Bindung verlangt worden, und es werde keine neue verlangt, so hat es weiter keine Schwierigkeit mehr ohne den mindesten stichhaltigen Beweis Briand einer »plötzlichen Drehung seiner Front« zu beschuldigen, ihm eine »Art von Erpressungspolitik« vorzuwerfen, um dann die »angesichts der Unterzeichnung des Kellogg-Vertrags geradezu monströse Rüstungspolitik der französischen Regierung« anzuprangern, wie es Richard Kircher als Londoner Korrespondent in der Frankfurter Zeitung am 5. und 6. April tat. Und das war ganz allgemein die Tonart in der deutschen Presse. Man sah nicht oder wollte nicht sehen, daß England im Begriff ist sich von allen kontinentalen Bindungen zu lösen, um seine Schiedsrichterrolle gemeinsam mit den Vereinigten Staaten von Amerika in Europa um so wirksamer ausüben zu können.

Es ist das nur die seit langem zu bemerkende, in den Sozialistischen Monatsheften oft genug nachgewiesene Abkehr vom Genfer System zugunsten des angelsächsischen. Für diese Tendenz der britischen Politik ist die Einheitsfront von den Konservativen bis zur Arbeiterpartei fest geschlossen.

So protestierte das Blatt der gegenwärtigen Regierung, der Daily Herald, am 3. April unter Berufung auf die (nicht zufälligen) Veröffentlichungen Harold Nicolson's gegen »secret agreements«. Man höre nun, welcher Art sie sind: »Aber es gibt Verbindlichkeiten, es gibt Verpflichtungen unter dem Völkerbundspakt, unter den Locarno-Verträgen, die auf alle Fälle (at any rate) auf unsere Beteiligung am Krieg hinzielen. Und einige davon sind in Urkunden enthalten, deren Sprache absichtlich und gefährlich vag ist. Inwieweit sind diese Verpflichtungen bindend? Unter welchen genau bestimmten Umständen würde eine britische Regierung durch irgendeinen Vertrag (covenant [das englische Wort für Völkerbundspakt]) oder durch die Verwicklungen (implications) irgendeines Vertrags gezwungen sein die Jugend dieses Landes wiederum zur Selbstopferung aufzurufen? Kennt das Land die Antwort auf diese Fragen? Kennt die Welt sie? Wir zweifeln.«

Nun ging und geht ja freilich das Bestreben Frankreichs darauf hinaus solche Verpflichtungen genauer festzulegen, von Zweideutigkeiten zu befreien; das Genfer Protokoll hatte nichts anderes im Auge. Aber es ist ja nicht die Angst vor Geheimverträgen, es ist vielmehr die Abneigung gegen jede europäische Verpflichtung, die hier zum Ausdruck kommt. Steht England überhaupt noch hinter dem Völkerbund und hinter Locarno? Das ist die Frage, und der sie stellt, ist kein Franzose, sondern Henry Noel Brailsford, der sich im New Leader vom 21. März 1930 bemühte seinen Landsleuten die Berechtigung des französischen Sicherheitswunschs begreiflich zu machen. Es ist sehr verdienstlich, daß das Tagebuch diesen Artikel am 29. März auch deutschen Lesern vorführte. Was Brailsford an Material für den völkerbundfeindlichen Kurs in England beibringt, trüge ihm, wäre er Deutscher, todsicher den Vorwurf der "Anglophobie", der Gespensterfurcht ein. Aber da er ein Engländer ist, hat er ja wohl auch in Deutschland Anspruch auf Beachtung, wenn er weiter schreibt, daß Amerika »bestimmt nichts tun wird, um Frankreichs Forderung nach weiterer Sicherheit zu erfüllen«, daß, »auch wenn man alle Übertreibungen beiseite schiebt, in französischen Köpfen noch Anlaß genug für echte Besorgnis bleibt«, daß »Frankreich durch die neuere Entwicklung offenbar an Sicherheit nicht gewonnen sondern verloren« hat. Ja, dieser Engländer ist einigermaßen benommen davon, daß MacDonald sich die Gedankengänge Philip Kerrs, des frühern Privatsekretärs Lloyd Georges, zu eigen gemacht hat, der »gegen Hendersons Vorschlag polemi-

sierte das Loch im Völkerbundsvertrag auszufüllen«; daß der Ministerpräsident und Führer der Arbeiterpartei in seinem Funkspruch nach Amerika »sogar zustimmend die Wendung von den "entangling alliances" zitierte, die in Amerika das Schlagwort aller Völkerbundsfeinde ist«. Die Zweifel der »ganzen französischen Nation« an der britischen »Vertragstreue« erscheinen Brailsford nicht ganz unberechtigt, und er meint, wenn MacDonald »eine seiner direkten und herzbewegenden Reden in diese Richtung lenken würde, und wenn er anböte seine Zusicherungen auch schriftlich zu geben, dann würden die Franzosen vielleicht entdecken, daß sie weniger unsicher sind als sie annehmen«. Zum Schluß seiner Untersuchung kommt Brailsford gar zu folgendem "landesverräterischen" Vorschlag:

»Wäre ein Mittelmeerlocarno ein zu großes Risiko für England? Die Idee ist einfach genug. Die Franzosen sagen, sie brauchten eine etwas größere Flotte als die Italiener, da sie auch noch an anderen Küsten, nicht nur an den mittelländischen, Besitzungen haben. Aber innerhalb des Mittelländischen Meers wollen sie nur die Parität mit Italien, das sich seinerseits wieder zu jeder Verminderung bereit-erklärt hat, die auch von Frankreich akzeptiert wird. Die einzige Bedingung, die Frankreich stellt, ist, daß England dies Abkommen so garantiere, wie es die Entmilitarisierung des Rheinlands verbürgt hat. Gibt es etwas Einfacheres als dies? Sitten wir nicht an den Toren des Mittelländischen Meers? Zum erstenmal in der Geschichte Englands schlägt jemand einen anständigen Gebrauch von Gibraltar vor, einen Gebrauch, der dem Frieden Europas dienen würde; und weit entfernt uns geschmeichelt zu fühlen, scheinen wir verärgert darüber. Tatsächlich würde das kein neues Risiko für England bedeuten. Selbst wenn kein Vertrag es zu irgend-etwas verpflichtete, könnte jemand ernsthaft glauben, daß die Macht, die Gibraltar besitzt und zu Gibraltar Malta hinzugefügt hat und zu diesen beiden Zypern und schließlich, um die Kette zu schließen, Palästina und den Suezstreifen, daß diese Macht das Mittelländische Meer je als ein Becken zu betrachten vermöchte, in dem es seine Hände in Unschuld waschen kann?«

Anders freilich klingt es aus dem deutschen Blätterwald, und verfolgt man dazu die englische Presse, so mutet es einen manchmal an, als hätten die Korrespondenten aus dem Observer, dem Rufer für Englands "Freiheit", oder irgendeinem andern englischen Blatt wörtlich abgeschrieben. So selbstverständlich es zum Beispiel Kurt von Stutterheim, dem Londoner Korrespondenten des Berliner Tageblatts, ist, »daß diese Ausbalanzierung der Weltflotten hie und da zu vermehrten Bauten führen mußte«, weil das eben »zum Programm gehörte«, weil eben »Amerika mehr Kreuzer brauchte, um seine nicht bestrittene Gleichheit mit England zu erzielen«, so entsetzt ist er darüber, »daß es den Franzosen bitterer Ernst mit ihrer Riesenflotte war, falls sie diese nicht gegen einen neuen Sicherheitspakt einschachern konnten«. Zerfressen von der Sorge um England, auf das »Frankreich hiermit seine europäischen Hegemoniewünsche ausgedehnt hat«, hat man natürlich keine Lust Zahlen nachzuprüfen oder gar, wie Brailsford, Mangel an Sachverständnis auf diesem Gebiet einzugestehen; man jongliert trotz einem interessierten Admiral oder Rüstungsfabrikanten mit Zahlen, spricht von der Verdopplung der französischen Flotte und stellt als gestrenger Weltenrichter fest, daß dem Sicherheitsbedürfnis in dieser besten aller Welten durch die bestehenden Verträge längst Genüge getan ist. Und heißt es in der Frankfurter Zeitung am 5. April in 2spaltiger Schlagzeile, »Briand enttäuscht die Engländer«, was offenbar ein Verbrechen der Insubordination gegen den angelsächsischen Weltherrscher ist, so behandelt in der Vossischen Zeitung am 28. März Friedrich Wilhelm von Oertzen, bevor er sich über »Deutschlands europäische Aufgabe« ausläßt, unbeirrt die »Sicherheitspsychose« Frankreichs.

Das Thema Flottenkonferenz war fast ausnahmslos in der ganzen deutschen Presse nach dem gleichen Stil abgewandelt: und das ist der englische. Danach mag man den musikalischen Erfolg für das europäische Konzert ermessen. Dabei staunt man immer wieder über die Hellsichtigkeit im einzelnen, über die richtige Beurteilung einer Sachlage und die völlige Unfähigkeit daraus die nächstliegenden Schlüsse zu ziehen. Das macht, daß von vornherein eine bestimmte Meinung festgelegt ist, daß vor allen Tatsachenerkenntnissen schon die Schlußfolgerung, nicht als logische Konsequenz sondern als axiomatische Prämisse, gezogen ist: Was Frankreich schaden könnte, was es anscheinend isoliert, was es in Gegensatz zu den angelsächsischen Mächten bringt, ist zu Deutschlands Vorteil und Segen. Keinerlei Konzeption einer möglichen und notwendigen Einigung Europas, keine Anwendung des heute doch sonst beliebten Denkens in großen "Räumen" hat da korrigierenden Einfluß. Es bleibt immer bei dem Ceterum censeo der "Erbfeindschaft".

In einem, W. H. gezeichneten Leitartikel schrieb die Germania am 29. März: »Der angelsächsische Friedensschluß bedeutet ja keine Abrüstung, beileibe nicht, England vermindert seinen Flottenstandard praktisch nicht, und Amerika muß ihn sogar erhöhen, um England gleichwertig zu werden. Es handelt sich nicht um Rüstungseinschränkungen sondern um die Festlegung weltpolitischer Machtverhältnisse. So führt denn auch die Londoner Konferenz mit Unrecht das Beiwort Abrüstung, es ist eine Konferenz zur Festlegung von Höchstziffern, die teilweise weit über dem heutigen Standard liegen, sie will Machtkonstellationen durch Tonnageziffern ausdrücken, die Weltmächte 1., 2. und 3. Klasse für das nächste Menschenalter festlegen. Schon in Washington hatte man dies versucht, aber nur an dem Teilargument der Schlachtschiffe, das nicht ganz überzeugend war, und auch heute wird man einwenden, daß ohne die Landrüstungsziffern der eingesetzte Machtwert unvollständig ist. Von Europa abgesehen, ist die Flottentonnage heute tatsächlich das Kriterium militärischer, im großen und ganzen auch wirtschaftlicher Machtmittel, denn die einen stehen heute enger denn je im Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der anderen.«

»Von Europa abgesehen«: das könnte als Leitmotiv über diesem erstaunlichen Artikel stehen, der Die Konferenz im Kreise betitelt ist und also beginnt:

»Paris riskiert im voraus die volle Erfolglosigkeit der Londoner Verhandlungen. In der Genfer Abrüstungskommission haben die französischen Vertreter jahrelang erfolgreiche Abrüstungsabotage treiben können, und sie dürfen dieses "Funktionieren" der Genfer Maschine auch in Zukunft sicher sein, falls nicht irgendein starker Anstoß, zum Beispiel ein Erfolg der Londoner Konferenz, alles in Bewegung bringt. Die Franzosen fürchten daher London und werden es zu sabotieren suchen.«

Und dieser Beginn ist nichts anderes als ein Zitat aus einem Artikel des gleichen Verfassers, der Ende Dezember 1929, nach Veröffentlichung des bekannten französischen Memorandums geschrieben worden war. Welchen Geheimnissen eigengesetzlicher Logik der Verfasser es zu verdanken hat die noch mehrmals wiederholte Behauptung von der »Abrüstungsabotage« Frankreichs mit seiner zuerst zitierten Erkenntnis in Einklang zu bringen und »recht behalten« zu haben, ist unerfindlich. Daß er sich selber im Kreis gedreht hat, ist immerhin noch kein Beweis gegen seine eigene These über die Wirkung des angelsächsischen Friedensschlusses.

Ähnliche Merkwürdigkeiten könnte man noch in Fülle zitieren. Wenn nichts anderes, so beweisen sie doch das eine: daß es Frankreich gelungen ist den Londoner Nebel ein wenig zu zerstreuen, auch die Widerwilligen zum Nachdenken zu zwingen. Die Jubelfanfare über Frankreichs "verlorenes Spiel" mußten verstummen. Man kann nicht leugnen, daß »Frankreich sich in einer starken Position befindet«, wie das Berliner Tageblatt am 8. April zugab.

Das ist das ungewollte Verdienst der Arrangeure von London, daß die entscheidende Frage entscheidend gestellt ist: Entweder gliedert sich Amerika und damit das von ihm in dieser Frage abhängige England in ein welt-politisches System der Schiedsgerichtsbarkeit und gegenseitigen Hilfe, also in ein wirkliches Friedenssystem ein, entweder verzichten die angelsächsischen Mächte auf die "Freiheit der Meere", das heißt auf die uneingeschränkte Herrschaft über die Ozeane und die geschäftstüchtige "Neutralität" in Konfliktfällen, entweder unterzeichnen auch sie die für alle gleichmäßig bindenden Garantieverträge, ohne bewußt und absichtlich Unklarheiten bestehen zu lassen, oder Kontinentaleuropa wird unter Führung Frankreichs trotz allen Hindernissen seinen Selbstschutz organisieren. Das mag heute manchem phantastisch klingen, aber es wird der Zwang der Verhältnisse, der Existenzdrang, sich schließlich als stärker erweisen denn alle widerstrebenden Tendenzen. Das ist dann freilich ein gefährlicher, kampfschwangerer Zustand, den gerade die vermeiden wollen, die die Einigung Europas ohne Spitze gegen irgendeine Macht seit Jahren zu fördern suchen. Die guten Absichten, die MacDonald geleitet haben, sind in den Sozialistischen Monatsheften unbefangen gewürdigt worden, unter gleichzeitiger Betonung freilich, daß die Schwerkraft der britischimperialen Interessen ihn von dem gewollten Kurs weglenken wird. England ist einfach nicht in der Lage sich vom Kontinent zu isolieren; der Kanal hat nicht die Breite des Atlantischen Ozeans. England muß zwischen Duldung, um nicht zu sagen: Förderung der europäischen Einigung und einer Fortsetzung der Politik des balance of power wählen. Noch steht diese auf der Tagesordnung. Die Sympathieerklärungen der englischen Presse für Italiens Paritätsforderung machten das deutlich. Und nicht ohne Grund fragte der Temps am 3. April, ob MacDonald den Augenblick noch nicht gekommen sehe »mit den Italienern die Sprache zu sprechen, die er bisher noch nicht mit ihnen gesprochen hat, und den Versuch zu machen sie von der Notwendigkeit eines Verzichts auf die Flottengleichheit mit Frankreich zu überzeugen«. Jedoch sowenig es in MacDonalds freiem Willen liegt das von ihm mitbeschlossene Genfer Protokoll wiederaufzunehmen, so wenig kann er hier dem Gebot seiner unzweifelhaft friedlichen Gesinnung folgen und, was schwerer wiegt, einen die Zukunft des Britischen Imperiums besser sichernden Kurs des Verzichts auf die Schiedsrichterrolle in Europa einschlagen. Dazu ist die englische Tradition in Sachen des Kontinents zu stark. Zu stark, obwohl es ohne weiteres klar ist, daß die Aufrechterhaltung des Zweimächtestandards alle Theorien von der Flottenabrüstung über den Haufen wirft und trotz James Garvin vom Observer dem Dreimächtepakt den Boden unter den Füßen wegzieht.

Der Versuch Italiens aus Prestige Gründen die Mephistorolle in Europa zu spielen ist durch Briands Taktik der Festigkeit gleichzeitig und der geduldigen Schonung über die Anfangsstichworte nicht hinausgekommen. Man kann, wie es W. H. Edwards in einem besonders bemerkenswerten, gut orientierten und orientierenden Artikel in der Vossischen Zeitung vom 12. April 1930 tut, in der Zurückweisung der englisch-amerikanischen Versuche »die noch ausstehenden französisch-italienischen Differenzen in Politik und Wirtschaft unter Vorsitz eines angelsächsischen Obmannes im Schnellverfahren zu regeln« gleichermaßen das Verdienst Briands wie Grandis sehen. (Jedes Verdienst ist am Ende "Gnade".) Vielleicht wird es nicht zuletzt auch von Deutschland abhängen, ob ein ähnliches Spiel in Genf sich wiederholen wird.

Und da ist Optimismus nicht angebracht. Die Tendenzen sich mit Italien gegen Frankreich zu verbünden, mit ihm gemeinsam die Rolle des englischen Degens auf dem Kontinent durchzuführen, scheinen bis weit in die Blätter der Linken hinein vorhanden. So schreibt etwa die Germania am 13. März von einem »Kurswechsel in Frankreich«, von einer »aktiven französischen Kontinentalpolitik«, wie sie in einem in dem Blatt zitierten Vorschlag Jules Sauerweins zum Ausdruck komme. Sauerwein empfiehlt die Einberufung einer Zusammenkunft der »kontinentalen europäischen Mächte«, um »die Abrüstung zu besprechen«, und zwar, wie er hinzufügt:

»Nicht isoliert und einfach als Sicherheitsfaktor sondern im Rahmen der Wirtschaftslage und indem man den Interessen aller Produzenten Rechnung trägt. Ich für mein Teil bin überzeugt, daß dieses Unternehmen größern Erfolg haben würde als das Londoner.«

So Sauerwein. Auf diesen (durchaus nicht neuen) französischen Vorschlag weiß die Germania im Fettdruck nichts Besseres zu erwidern als das folgende: »Selbstverständlich aber genügen die wirtschaftlichen Gemeinsamkeiten nicht für einen solchen Verständigungswillen im kontinentalen Rahmen. Die erste Grundlage einer Abrüstung ist stets der politische Ausgleich, und hier stellt sich für ein Frankreich, das sich in immer schärfern Gegensatz zu England und Italien stellt, die Frage: Soll die Abrüstung auf der Grundlage der bisherigen, durch maritime Verträge garantierten politischen Freundschaft herbeigeführt werden oder auf der dauerhaften Basis des Ausgleichs mit Deutschland?«

Über das damit dunkel angedeutete Kapitel der "Grenzrevisionen" braucht an dieser Stelle nichts mehr gesagt zu werden. Man begreift zwar, aber man begreift immer nur halb. So meint auch der oben zitierte von Oertzen, daß man mit der Erledigung der europäischen Wirtschaftsfragen trotz ihrer Wichtigkeit »noch eine gewisse Zeit warten könnte«, obwohl die Gefahr »gewiß nicht von der Hand zu weisen« sei, »daß in dieser Zeit Europa zu einer amerikanischen Wirtschaftskolonie herabsinkt«. Jedoch mit den »Rechtstiteln« in der Hand, »die uns den Anspruch auf die Abrüstung der Siegerstaaten geben«, braucht uns diese Aussicht natürlich nicht zu schrecken, und »eine europäische Koalition oder auch nur der Versuch einer wirklichen Zusammenarbeit ist so lange zum Scheitern verurteilt als die Erhaltung des Status quo das einzig wirklich erkennbare Prinzip politischer Zielsetzung in großen Teilen Europas ist«.

Andere Stimmen sind selten in Deutschland. Zu diesen seltenen gehört die Heinrich Ströbels, dem doch nicht das "Odium" des Kontinentalpolitikers anhaftet. Er schreibt im Andern Deutschland vom 29. März 1930 unter dem Titel Woran scheiterte die Flottenkonferenz?, indem er das Wollen und die Absicht »dem Wettkampf und der Eifersucht zwischen den United States of America und Großbritannien ein Ziel zu setzen« begrüßt:

»Dennoch stand die Konferenz unter dem Unstern der Verständnislosigkeit für das Empfinden und die Lebensinteressen anderer Länder, vor allem Frankreichs. Der Weltfriede ist nun einmal keine bloße anglo-amerikanische Angelegenheit sondern die Sache der ganzen Welt. Und die Abrüstung kann nur Hand in Hand gehen mit der Garantierung der Sicherheit.«

Ströbel verweist auf das Genfer Protokoll, um dann fortzufahren:

»Frankreich forderte diesmal in London ähnliche Garantien Amerikas und Englands. Dann, aber auch nur dann, sei es bereit zur See abzurüsten. Aber nicht nur Amerika lehnte derartige Verpflichtungen ab, sondern auch die englische Labourregierung unter Führung der selben MacDonald und Henderson, die vor 6 Jahren so leidenschaftlich für den Sicherheitspakt des leider nicht zustande gekommenen Genfer Protokolls eingetreten waren.«

Er stellt dann weiter, nach einem Einwand gegen die Taktik der Franzosen, die besser ein Minimal- statt eines Maximalflottenprogramms vorgelegt hätten, fest: »Trotz alledem; in der Sache lag das Recht auf Frankreichs Seite... Und wenn die ganze deutsche Presse von rechts bis links Tag für Tag, von Woche zu Woche mit Schadenfreude die Erfolglosigkeit der französischen Bemühungen glossierte das Abrüsten im Geiste des Genfer Protokolls und jeder vernünftigen Weltfriedensorganisation an gleichzeitige Sicherheitsgarantien zu binden, so bewies das nur eine geradezu erschreckende Verständnislosigkeit und Gleichgültigkeit gegen die einzig zuverlässige und einzig mögliche Form der Friedenssicherung, die es geben kann.«

Erst wenn solche Stimmen nicht mehr die des Rufers in der Wüste sind, erst wenn das wohlverstandene Interesse an der Einheit des europäischen Kontinents selbstverständliches Allgemeingut auch in Deutschland ist, erst wenn man die starke Stellung Frankreichs in Genf und im System des Völkerbunds nicht mehr mißgünstig betrachtet und zu unterwühlen sucht sondern als die Stützpfeiler für ein autonomes Europa erkennt, wird die Organisation des Friedens, wird auch die Abrüstung in ein wahrhaft aktuelles Stadium treten. In London ist eine Lektion erteilt worden. Deutschland hat sie noch zu lernen. In Genf ist die erste Prüfung.

LUDWIG QUESSEL · DIE NEUE LAGE IM REICH

AM 27. März brach das Reichskabinett Hermann Müller, das bald nach den Wahlen vom 20. Mai 1928 auf die politische Schaubühne trat, auseinander. Am 30. März trat das Reichskabinett Heinrich Brüning ins Leben; es wurde, zunächst am 3. April durch die Ablehnung der gegen es gerichteten Mißtrauensanträge, dann in einer Reihe von Abstimmungen am 12. April, in seinem Programm von einer Mehrheit des Reichstags fürs erste bestätigt; diese war allerdings so gering, daß sie sich bei einem Einzelpunkt doch noch in eine Minderheit verwandeln könnte, was die Auflösung des Reichstags nach sich zöge. In unserer Zeit, in der sich die Ereignisse überstürzen, ist es bei politischen Vorgängen, die stark wie das Schicksal in unsere Zukunft eingreifen, notwendig den Blick zunächst einmal in die Vergangenheit zu richten, damit, von ihrem Licht bestrahlt, die Umrisse des Gegenwärtigen für uns schärfer zutage treten.

Soweit wir unterrichtet sind, erhielt Hermann Müller, der Vorsitzende der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, nachdem die amtliche Feststellung des Wahlergebnisses vom 20. Mai 1928 ergeben hatte, daß die bisherigen Regierungsparteien teils durch Absplitterungen teils durch Stimmenverlust erhebliche Mandatsverluste erlitten hatten, vom Reichspräsidenten den Auftrag ein Kabinett der Großen Koalition zu bilden, das als die im neuen Reichstag einzig mögliche und auch dem Willen der Wähler am besten entsprechende Regierungskombination erschien. Es ist notwendig zu betonen, daß Müller diesen Auftrag nicht ausführen konnte. Er scheiterte an dem Dualismus zwischen Preußen und dem Reich, den auch die Weimarer Verfassung nicht ganz überwunden hat. Es gelang nicht in Reich und Preußen gleichzeitig den Gedanken der Großen Koalition zu verwirklichen. Und allein für das Reich lehnte sie die Deutsche Volkspartei als eine Halbheit ab.

Auch der nächste vom Reichspräsidenten gebilligte Versuch Müllers: aus den Parteien der Großen Koalition ein Kabinett der Persönlichkeiten auf die Beine zu stellen, führte zu keinem Erfolg. Die durch die Besoldungsordnung von 1927, die das deutsche Volk mit über 1½ Milliarden Mark neu belastete,

hervorgerufene Finanzkrise machte eine Einigung über innenpolitische Fragen unmöglich. Die Erhöhung der Beamtgehälter und -pensionen, die nicht nur im Reich sondern auch in den Ländern und Gemeinden ohne finanzielle Deckung vorgenommen worden war, ließ einen andern Ausweg als die Erhöhung der Massenbesteuerung nicht zu. Außerdem zeigte sich immer deutlicher, daß die Verwendung der deutschen Kapitalbildung zur Finanzierung der Besoldungs- und Pensionserhöhung durch Reichs-, Länder- und Gemeindeanleihen immer mehr Arbeiter von ihren Arbeitsplätzen vertrieb, wodurch auch die finanziellen Grundlagen der Arbeitslosenunterstützung schwer erschüttert wurden. Zu einer Einigung der Parteien über eine Beseitigung der Besoldungs-, Pensions- und Beamteninflation fehlte es in Deutschland an Kraft. Als um die Jahrhundertwende Mexico in Finanznot geriet, verzichtete sein großer Präsident Porfirio Diaz auf einen Teil seines Gehalts und kürzte entsprechend das der Beamten¹. Das war ein Akt sozialer Moral.

Das Kabinett, das Müller 40 Tage nach der Wahl zustande brachte, war ein Stückwerk. Das Zentrum war in ihm nur durch einen Horchposten (Theodor von Guérard) vertreten, der am 6. Februar 1929, als das große Reichsdefizit sich offenbarte, wieder zurückgezogen wurde. Erst der Versuch des Kabinetts Müller die Gehalts- und Pensionserhöhungen in Reich, Ländern und Gemeinden außenpolitisch, durch Verminderung der Reparationszahlungen, zu finanzieren, schuf eine der Großen Koalition günstigere Situation. Am 10. April 1929 erklärte sich das Zentrum zur Erweiterung des Reichskabinetts »insbesondere im Hinblick auf die augenblicklich in Paris tagende Reparationskonferenz« bereit. Daß dabei innenpolitisch für das Zentrum die Rettung der Besoldungsordnung von 1927 das treibende Motiv war, hat der Reichsminister Adam Stegerwald in einer Zentrumsversammlung in Bottrop zugegeben, indem er erklärte, daß, wenn man die Pariser Verhandlungen hätte scheitern lassen, am 1. April und am 1. Mai 1929 »im Hinblick auf die Finanzlage die Beamten nur einen Teil ihres Gehalts ausbezahlt bekommen« hätten.

Die tiefere Ursache dafür, daß das Kabinett Müller im März 1930 zusammenbrach, muß darin gesehen werden, daß der Youngplan die Hoffnung die Gehalts- und Pensionserhöhung außenpolitisch zu finanzieren nur zu einem sehr kleinen Teil erfüllt hat. Die Zahlungserleichterungen des Neuen Plans reichen kaum aus $\frac{1}{2}$ der Gehalts- und Pensionsinflation ordnungsmäßig zu decken. Über 1 Milliarde bleibt noch offen. Man weiß, daß Länder und Gemeinden durch rigorose Steuer- und Gebührenerhöhungen seit 1928 große

1) Aus dem Leben Bismarcks, dem gewiß niemand nachsagen kann, daß er irgendeinen Hang zum Moraltrumpeter hatte, lassen sich zahlreiche Beispiele dafür beibringen, daß er die Eignung von Politikern zu hohen Staatsämtern wesentlich nach ihrer sozialetischen Einstellung zu den öffentlichen Mitteln beurteilte. In der Tat beweist die Finanzgeschichte, daß bei Überwindung einer Finanznot das sozialetische Element schließlich ausschlaggebend ist. Der Breslauer Universitätsprofessor Georg Obst, früherer Bankdirektor, gibt in seinem Werk über Geld-, Bank- und Börsenwesen (Leipzig 1917) hierfür folgende Beispiele: »Ein trauriges Beispiel, wie Staaten sich ihrer Verbindlichkeiten entledigen, zeigt Griechenland. Im Jahre 1892 bereits hatte sich das Land in seinen angeblichen Finanznöten dadurch Luft gemacht, daß es die Zinsen seiner äußeren Anleihen nicht in bar sondern in Gestalt neuer Schuldverschreibungen bezahlt hat. Im Jahre darauf machte es zum zweitenmal Bankrott. Die Ausgabe der Fundierungsanleihe an Stelle der Zinsen für die Staatsschuld wurde eingestellt. Die Zinsen der Monopolanleihe, die bisher Vorzugsrechte genossen hatten, wurden ebenso wie die der übrigen Anleihen um 70% gekürzt. Nur die Coupons der innern griechischen Anleihe, die in Griechenland selbst untergebracht war, wurden nach wie vor ungekürzt eingelöst. Wie anders verhielt sich dagegen, an der Jahrhundertwende, Mexico gegen seine Gläubiger! Als dieses Land durch Mißernten und den gewaltigen Preissturz des Silbers in arge Bedrängnis geraten war, erklärte der Präsident Porfirio Diaz: Was wir versprochen haben, müssen wir halten. Unsere Verbindlichkeiten müssen wir erfüllen. Um dies zu ermöglichen, verzichtete Porfirio Diaz auf einen Teil seines Gehalts und kürzte das der Staatsbeamten. Die beiden Beispiele zeigen, wieviel von der Ehrlichkeit eines Volkes und seiner leitenden Staatsmänner abhängt.«

Summen für ihre Beamten und Pensionäre von den Steuerzahlern einzutreiben bemüht sind. Im ganzen wird es sich hier wohl um ein zusätzliches Steuer- und Gebührenaufkommen von $\frac{1}{2}$ Milliarde oder 30 Mark pro Haushaltung (4 Personen) handeln, eine Summe, die sich in den Großstädten infolge besonderer Verhältnisse verdoppelt und verdreifacht (siehe Berlin). Ob es den Ländern und Gemeinden wirklich gelingen wird die halbe Milliarde einzutreiben, steht noch keineswegs fest. Auch das Reich will zum selben Zweck seine Steuereinnahmen um $\frac{1}{2}$ Milliarde erhöhen. Die bisherige Finanzierung der Besoldungs- und Pensionserhöhung durch Anleihen kann jedenfalls nicht weiter fortgesetzt werden. Das Kabinett Müller hat in dieser Beziehung getan, was getan werden konnte. Es begann seine Anleihepolitik mit einer Zwangsanleihe bei den Versicherungsanstalten, die dem Baumarkt große Mittel entzog. Dann kam eine Anleihe zu hohem Zinsfuß bei den Großbanken, die den Kapitalmarkt für die mittlere Industrie schwächte. Es folgte die steuerfreie Reichsanleihe, die nur einen Teil des erwünschten Ertrags einbrachte, weil die deutschen Sparer sich nicht bestimmen ließen ihr für das Alter und Notzeiten im Ausland zu sehr niedrigem Zins angelegtes Kapital in die Heimat zurückzuführen. Den Beschluß bildeten die Schachtanleihe, die zu dem Tilgungsdiktat für 1930 führte, und endlich die Kreugeranleihe, deren erste Rate schon vor ihrem Fälligkeitstermin durch Verpfändung bei den Banken zu Geld gemacht worden ist. Ungefähr so wie das Reich haben es auch Länder und Gemeinden bei der Finanzierung ihrer Besoldungserhöhungen gemacht. Die Folge ist das Anwachsen der Arbeitssuchenden auf 3,3 Millionen am 14. März, obschon die milde Witterung zu dieser Zeit die Aufnahme der Außenarbeiten in Industrie und Landwirtschaft überall ermöglichte. Ohne die Massenarbeitslosigkeit hätte es Ende März eine Finanzkrise der Arbeitslosenversicherung überhaupt nicht gegeben. Ökonomisch-historisch gesehen, ist das Kabinett der Großen Koalition unter dem Druck der Massenarbeitslosigkeit auseinandergebrochen.

Die Verhandlungen des Reichstags unter dem Kabinett Heinrich Brüning haben der Nation bereits gezeigt, daß mit dem Zerfall der Großen Koalition das durch die riesenhaft gesteigerte Arbeitslosigkeit gestellte Finanzproblem nicht aus der Welt geschafft ist. Es steht drohend da und harret seiner Lösung. Nach dem Amtsblatt des Reichsarbeitsministeriums betrug die Anzahl der arbeitssuchenden Männer und Frauen am 14. März 3,3 Millionen. Was nun die Inanspruchnahme der Kassen der Arbeitslosenversicherung und Krisenunterstützung durch diese 3,3-Millionen-Armee Arbeitssuchender betrifft, so gibt uns die genannte amtliche Quelle darüber folgenden Aufschluß: 2257 000 Männer und Frauen bezogen am 15. März Unterstützung aus der Arbeitslosenversicherung und 286 000 aus der Krisenunterstützung. Der Rest, etwa 800 000, ist auf Wohlfahrtsunterstützung respektive auf die eigenen kümmerlichen Hilfsmittel angewiesen. Wichtig für die Zukunft der deutschen Arbeiterklasse ist, daß Sozialdemokratie und Gewerkschaften sich bei dem Finanzierungsproblem der deutschen Arbeitslosigkeit in ihren 3 Kategorien als Arbeitslosen-, Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung von Illusionen freihalten. Als 1926 unter dem Zentrumsmminister Heinrich Brauns das Reichsarbeitsministerium sich mit der Einbeziehung der Arbeitslosigkeit in die Sozialversicherung beschäftigte, wurden von ihm richtig die Kosten der Unterstützung für je $\frac{1}{4}$ Million Arbeitsloser auf 1% des Arbeitsentgelts der

Arbeiter und Angestellten berechnet. Unrichtig aber war die Berechnung der Anzahl der Hauptunterstützungsempfänger im Jahresdurchschnitt auf nur 700 000. Schon Ende 1927 sprach die Erfahrung dafür, daß 1 Million Hauptunterstützungsempfänger wohl im Jahresdurchschnitt herauskommen würden. Ende 1928 mußte man die Zahl schon auf 1 100 000 erhöhen, Ende 1929 auf 1 200 000. Nach den Ausführungen des frühern Reichsarbeitsministers Rudolf Wissell im Reichstag am 8. April 1930 wird sich für das Ende dieses Jahres wohl eine Durchschnittszahl von $1\frac{1}{2}$ Millionen ergeben. Zur Finanzierung durch Beiträge ohne Reichszuschuß, das heißt ohne zusätzliche Inanspruchnahme der Steuerzahler, reichen die $3\frac{1}{2}\%$ des Arbeitsentgelts, die jetzt gezahlt werden, natürlich nicht aus. Notwendig wäre vielmehr die Zahlung von 6% des Arbeitsentgelts. Man darf aber diese 6% des Arbeitsentgelts nicht für sich allein betrachten. Als Beitrag erhebt nach amtlichen Quellen die Krankenversicherung 6,2, die Invalidenversicherung 5, die Unfallversicherung 1,2% des Grundlohns respektive der in den Betrieben umgesetzten Lohnsumme. Das sind zusammen 12,4%. Rechnet man 6% für die Arbeitslosenversicherung hinzu, so ergeben sich 18,4% des Arbeitsentgelts. Das ist eine Zahl, die selbst den Gewerkschaften als einseitige Belastung der Arbeitgeber und Unternehmer Bedenken einflößt. Sie verlangen daher die Erhöhung des Beitrags für die Arbeitslosenversicherung nur von $3\frac{1}{2}\%$ auf 4% (statt, wie nach Wissells Zahlen erforderlich wäre, auf 6%) des Arbeitsentgelts. Der Fehlbetrag soll durch Reichszuschuß gedeckt werden. Das würde aber die Einstellung von $\frac{1}{2}$ Milliarde für die Arbeitslosen- und Krisenversicherung in den Reichsetat erfordern, wobei trotzdem die Verpflichtung des Reichs zur Gewährung von Darlehen an die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung bestehen bleiben müßte. Bei einem Reichszuschuß von $\frac{1}{2}$ Milliarde brauchten Darlehen für die Arbeitslosenversicherung vom Reich allerdings nicht mehr à fonds perdu gegeben zu werden. Nachdrücklich muß auch aus dem Grund von der Einsetzung einer Arbeitslosenzahl unter $1\frac{1}{2}$ Millionen für die Zukunft gewarnt werden, weil nach dem Youngplan die Sachlieferungen, die sich 1928 auf 1000 Millionen Mark beliefen, auf britischen Wunsch schnell und radikal abgebaut werden, was eine erhebliche Verminderung der Erwerbsmöglichkeiten in Deutschland zugunsten Englands bedeutet. Soll die Anzahl der Arbeitslosen nicht noch größer werden, so werden Sozialdemokratie und Gewerkschaften sich nicht der Erkenntnis verschließen dürfen, daß man an die Arbeitslosenunterstützung nicht einseitig von der *Beitragsseite* herantreten darf, von der aus man das Problem nicht bezwingt, sondern daß man versuchen muß dieses vornehmlich von der *Produktionsseite* (Arbeitsbeschaffung) zu lösen.

Das Reichskabinett Müller, das nur in seiner letzten Phase ein Kabinett der Großen Koalition war, zerbrach an der Finanzierung der Arbeitslosenversicherung. Der Reichspräsident von Hindenburg beauftragte am 28. März Heinrich Brüning mit der Bildung einer neuen Regierungskombination, die die Einbeziehung von Volkskonservativen, Landbund und Wirtschaftspartei in den Kreis der Regierungsparteien vorsah. Überraschend schnell, im Verlauf von 24 Stunden, gelang es Heinrich Brüning auf dieser Grundlage ein neues Kabinett zu bilden, in das der Führer des Landbunds Martin Schiele 26, der Wirtschaftsparteiler Johann Viktor Bredt 23, der Volkskonservative Gottfried Reinhold Treviranus 12 Mandate einbrachte. Dieser Zuwachs von 61 Mandaten, den

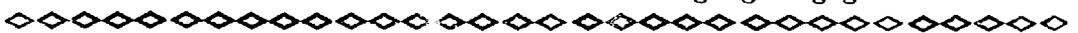
die bisherigen Regierungsparteien (ohne Sozialdemokratie) durch die neue Kombination erhielten, schuf freilich keine parlamentarische Mehrheit, da eine erhebliche Anzahl der Mitglieder des Landbunds, die in der Deutschnationalen Volkspartei sitzen, zunächst noch fraktionelle Hemmungen zu beseitigen hatte, ehe sie ihren Führer Schiele aktiv unterstützen konnte. Diese fraktionellen Hemmungen fielen am 3. April, nachdem es einige Tage den Anschein gehabt hatte, als würden sie nicht beseitigt werden können. Im Grunde liegen aber die Dinge so, daß die Deutschnationalen sich ebensowenig in einen Gegensatz zum Landbund wie die Sozialdemokraten in einen Gegensatz zu den Freien Gewerkschaften bringen lassen können. Mit allen Abgeordneten, die dem Landbund angehören oder ihm doch sehr nahe stehen, hinter sich, verfügte das Kabinett Brüning nun im Reichstag über eine Mehrheit. Das sozialdemokratische Mißtrauensvotum vom 2. April erwies sich daher als eine Karte, die nicht stach. Es wurde am 3. April mit 252 gegen 187 Stimmen abgelehnt. Die Erwartung, daß ein Teil des Landbunds aus parteipolitischen Motiven gegen den andern stimmen werde, erfüllte sich nicht. Auch Rudolf Breitscheids eigenartige Rede, in der nach der Meinung des volksparteilichen Abgeordneten Ernst Scholz »in weitem Umfang ein bisher unbekanntes Liebeswerben um die Deutsche Volkspartei enthalten« war, konnte an dieser parlamentarischen Situation nichts ändern. Gelingt es dem neuen Reichskanzler den Landbund an seiner Seite zu halten, so kann er für seine sachlichen Aufgaben: Agrarhilfe, Sanierung der Finanzen, Osthilfe und Rettung des Mittelstands, eine Mehrheit auch in diesem Reichstag finden, und er hätte dann keine Veranlassung von den vielzitierten Vollmachten aus Artikel 48 der Reichsverfassung Gebrauch zu machen. Erweist sich diese Mehrheit nicht als fest, so ist die Auflösung nicht zu vermeiden.

Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei gegenüber dem neuen Reichskabinett entbehrt der Einheitlichkeit. Man weiß, daß etwa 20 Sozialdemokraten, darunter die früheren Reichsminister Hermann Müller, Robert Schmidt und die aktiven Länderminister Otto Braun und Adam Remmele, sich von der Abstimmung über das sozialdemokratische Mißtrauensvotum ferngehalten haben. Es ist dies diejenige Richtung in der Reichstagsfraktion, die glaubt, daß die neue Reichstagsmehrheit durch Neuwahlen wohl nicht geschwächt, wahrscheinlich sogar verstärkt werden würde, daß andererseits aber eine rein agitatorisch orientierte Oppositionsstellung der Sozialdemokratie im Reich ungünstig auf den Zusammenhalt der preußischen, badischen und hessischen Koalition zurückwirken könnte. Das Zustandekommen einer neuen Großen Koalition nach Neuwahlen scheint ihr gar nicht sicher. Sie vermag nicht anzunehmen, daß Heinrich Brüning während des Wahlkampfes mit Hilfe des Artikels 48 schnell alle Hindernisse (Steuergesetze, Reform der Arbeitslosenversicherung) aus dem Weg räumen würde, damit im neuen Reichstag eine Große Koalition etwa mit Rudolf Breitscheid als präsumtivem Reichskanzler in Aktion treten könnte. Der scharfe Ton, den jetzt das Zentrum in seinen Flugblättern gegen die Sozialdemokratie anschlägt, erweckt in der Tat nicht den Eindruck, als ob es ihm mit seiner Annäherung an den Landbund nicht ernst wäre, als ob es die neue Situation nur als eine Episode ansähe.

Arbeitsmarkt- und Agrarkrise geben der gegenwärtigen politischen Lage ihr Gepräge. Die Massenarbeitslosigkeit hat unter den Lohn- und Gehaltsempfängern eine sozialrevolutionäre Stimmung erzeugt. Der Stellvertretende

Vorsitzende des Zentrums Josef Joos gab am 6. April als eine der Ursachen, die zu der neuen politischen Lage geführt hätten, das »Absinken starker Kräfte in radikale und revolutionäre Strömungen« an, die zu einer »Gefährdung der Staats- und Volksordnung« würden. Diese revolutionäre Stimmung beschränkt sich nicht auf die Städte. Sie ergreift auch das flache Land. Der jetzige Reichsminister Schiele führte dazu am 24. März im Reichstag aus: »Wir stehen tatsächlich am Scheidewege. Was heute hier zur Erörterung steht, wird im Lande mit verhaltenem Atem verfolgt. Man erwartet die Erfüllung des Briefes des Reichspräsidenten von Hindenburg, der in ernsten Worten von umfangreichen und durchschlagenden Dauermaßnahmen gesprochen hat. Zum letztenmal zittert ein gewisses Hoffen durch das deutsche Land. Wehe, wenn diese Hoffnung trügt, wenn wieder Halbheiten und Unzulänglichkeiten herauskommen, wenn unser Gesetzeswagen wieder dem vorwegeilenden Unglück und der Preisentwicklung hinterherstolpert. Dann nimmt die *Verzweiflung* und Empörung draußen ihren Lauf, und niemand weiß, wohin. Dann geht die Bewegung auch über alle Besonnenheit der Führer hinweg; dann vollzieht sich eine Entvölkerung, eine Entsiedlung und eine Entwicklung, die wir alle nicht wollen. Dann rauschen die schwarzen Fahnen, dann haben wir in Deutschland (eigentlich ist diese Bewegung schon da, wir brauchen nur nach dem Osten zu sehen) einen *Bauernkrieg*, aber nicht etwa gegen Grundherren und Klöster sondern gegen den eigenen Staat. Der Landmann ist der geborene Staatsbürger, aber es ist zu Ende mit seiner Staatsfreundlichkeit, wenn wir ihm jetzt nicht helfen. So ist die Lage im Lande, und mit ernster Sorge um die Zukunft sage ich Ihnen: Es gibt nur noch ein Mittel das Land zu retten und dem Staate, dem Volke ein gesundes Bauerntum wiederzugeben. Dieses Mittel heißt: Schaffen Sie so schnell wie möglich gerechte, *auskömmliche Preise für den Landwirt!* Sie haben das Instrument dazu in der Hand, meine Herren von der Regierung und den Koalitionsparteien, Sie können helfen, wenn Sie nur wollen!«

Neben der Agrarnot, die dadurch, daß sie die Ländarbeiter in die Städte treibt, auch ein wichtiger Bestandteil der Arbeiterfrage geworden ist, steht als ungestüme Presserin die Finanznot. Ernst und entschieden muß dem neuen Reichskabinett gesagt werden, daß mit neuen Steuergesetzen allein dem deutschen Volk nicht geholfen werden kann. Ohne Revision der Besoldungsordnung von 1927 und Beseitigung der Beamteninflation, die Arbeiter und Angestellte um ihre Arbeitsplätze bringt, können unsere trostlosen Zustände nicht entscheidend gebessert werden. Man wird die Besoldungsordnung von 1927 für die oberen und mittleren Beamten und Pensionäre aufheben müssen. Für das Millionenheer der unteren Beamten kann sie aufrechterhalten bleiben, wenn der Betrag ihrer Besoldungserhöhung staatlichen Bausparkassen zugeführt wird, um die untere Beamtschaft schnell mit modernen Eigenheimen zu versorgen und damit die Bautätigkeit zu beleben. Das Opfer, das den Unterbeamten dadurch zugemutet wird, kann nicht als zu groß erscheinen. Die Arbeiter der Privatindustrie würden sich glücklich schätzen die in Frage kommenden Summen an eine staatliche Bausparkasse zum Erwerb eines Eigenheims für sich, ihre Frauen und Kinder zu entrichten, wenn sie ebenso wie die Beamten durch Unkündbarkeit gegen Arbeitslosigkeit und durch Pensionsrechte gegen andere Schicksalsfälle geschützt wären. In dem Maß wie die untere Beamtschaft in Eigenheime zieht, werden Altbaumieten frei, so daß die organisierte Massenherstellung von Eigenheimen für die unteren Beamten mittels der Besoldungszulage von 1927 (etwa 500 Millionen Mark) zugleich eine Minderung der Gesamtwohnungsnot des deutschen Volks bedeutet. Fehlt zu diesen Maßnahmen der neuen Reichsregierung die sozialethische Kraft, so geht Deutschland chaotischen Zuständen, dem wirtschaftlichen und kulturellen Niedergang entgegen.



JULIUS KALISKI · BESEITIGUNG DER ARBEITS- LOSENNOT

REFORM der Arbeitslosenversicherung ohne Herabsetzung der Leistungen konnte keinen Grund zum Rücktritt des Kabinetts Hermann Müller bilden. Ebenso wenig macht die Furcht vor einer etwaigen spätern Ablehnung der Beitragserhöhung durch eine der Koalitionsparteien den Verzicht auf die Fortführung der Reichsgeschäfte durch die Sozialdemokratie verständlich. Warum hat also die Partei den Platz geräumt? Gewiß war der äußere Anstoß durch die schwankenden Verhandlungen über die Finanzierung der Arbeitslosenversicherung gegeben. Doch der innere Grund war das wachsende Unvermögen den Folgen der Existenz eines Heers von mehr als 3 Millionen Arbeitslosen zu begegnen. Formuliert wurde dieser Zusammenhang von den führenden Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei gewiß nicht, aber gerade unausgesprochene Erkenntnisse pflegen besonders entscheidend zu sein. Wer vor allem unter den Sozialisten wollte sich der Einsicht verschließen, daß das Massenelend der Arbeitslosigkeit nicht mit der Arbeitslosenversicherung aus der Welt geschafft oder nur erheblich gemildert werden kann, auch nicht durch gleichbleibende oder sogar noch steigende Unterstützungssätze? Werden durch die Frühling- und Sommersaison oder selbst durch eine Wendung zur Konjunkturbesserung Arbeitskräfte normal aufgenommen, so werden immer noch Massen von Beschäftigungslosen außerhalb der Wirtschaft verbleiben, deren Einreihung in den Wirtschaftslauf kaum noch zu erwarten ist. Das schließt nicht nur den Ruin zahlloser Familien unter furchtbaren wirtschaftlichen Sorgen und moralischen Qualen ein, die Massenarbeitslosigkeit als dauernde Erscheinung wird auch für Gesellschaft und Staat eine nicht zu ertragende Belastung, wobei die Finanznot noch nicht einmal das Schlimmste ist. An Ausbrüchen der Verzweiflung breiter Schichten des Volks hat es bisher schon wahrlich nicht gefehlt. Eine noch schwerere Anklage bedeutet die Erschlaffung, die Trostlosigkeit eines Lebens der vielen ohne Hoffnung auf Besserung. Muß alles das als unabwendbares Schicksal hingenommen werden? Herrscht hier ein unerbittliches Gesetz? Nein. Es ist nicht wahr, daß, was eine Menschheit jetzt erleidet, durch Menschensinn und Menschenwerk nicht geändert werden kann. Leicht sind die Aufgaben, die zu lösen sind, keineswegs, aber sie sind lösbar. Denn die Entfaltung unserer Produktion bietet Möglichkeiten, die bisher nicht in Anspruch genommen oder durch fehlgeleitete Maßnahmen erstickt worden sind. Nicht zuletzt sprechen dafür die Leistungen unserer Produktion, wie sie selbst in der einer lebensstarken Produktionspolitik abträglichen Atmosphäre des Nachkriegsdeutschlands zu verzeichnen gewesen sind.

Vom Geist der Unproduktivität erfaßt, schlägt selbst alles das zum Unsegen aus, was an sich eine Voraussetzung für fruchtbare Entwicklung birgt. Deutschland blickt auf gute Roggenernten zurück, hat dem eigenen Boden Brotgetreide abgewonnen, dessen Mengen in früherer Zeit als phantastisch galten. Aus solchen landwirtschaftlichen Erträgen, die aufrichtige Freude auslösen und zu großer Erleichterung unserer Ernährungswirtschaft führen müßten, wurde eine Quelle der Erschütterung, die unsere Landwirtschaft bis zur Existenz gefährdet. Sinnloser Zollstreit führt verspätet zu Zollerhöhungen, die durchaus notwendig, aber doch nicht allein ausreichend waren und sind,

um die Rentabilität landwirtschaftlicher Erzeugung herzustellen und zu sichern. Nicht die Stunde der Not zwingt diese Erkenntnis ab. Jahr um Jahr, Monat um Monat ist hier das gesagt und gefordert worden, was bei der gegenwärtigen katastrophalen Zuspitzung von allen mit dem Schaffen der Nation Verbundenen als Erfordernis erkannt ist: die Produktionskraft der Landwirtschaft zu schützen, weil jede Schädigung der Landwirtschaft dem deutschen Wirtschaftskörper kaum heilbare Wunden schlägt. Ohne Gesundung der Landwirtschaft, ohne Stabilisierung ihrer Rentabilität gibt es keinen Aufstieg der Lebenshaltung des deutschen Volks, keine Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit, keine Sanierung der Finanzen. Von dem Unverstand ahnungsloser oder böswilliger Demagogie abgesehen, verkennt man auch dort, wo gutes Wollen unzweifelhaft besteht, vielfach noch immer das Wesen der Agrarwirtschaft, vor allem die Einheit landwirtschaftlicher Produktion und die Schädlichkeit einer Politik, die Großgrundbesitz und Bauernschaft, Getreidebau und Viehzucht gegen einander ausspielen will.

Seit langem schon hätte man die Einfuhr von Brotgetreide und Futtermitteln unterbinden müssen. Wenigstens jetzt müßte das ohne weiteren Verzug geschehen. Das kann durchaus im Rahmen unserer vertraglichen Verpflichtungen unternommen werden, durch Mittel, die nicht anderer Art sind als der Vermahlungszwang für inländischen Weizen. Am 15. Juli 1929 wurde hier, an Stelle des hier seit einem Menschenalter geforderten, aber zurzeit undurchführbaren Getreidemonopols, eine Konzessionierung der am Getreide- und Futtermittelhandel beteiligten Firmen gefordert, um zunächst einmal einen übersehbaren Kreis für den Handel verantwortlicher Stellen zu schaffen: »Aus Vertretern des korporativ zusammengefaßten Getreidehandels wäre mit Vertretern der zusammengeschlossenen Landwirtschaft und ebensolchen Vertretern der Mühlen, des Bäckereigewerbes und der mit der Produktion eng zusammenhängenden Konsumgenossenschaften eine Kommission zu bilden, die bestimmte Richtlinien für den Umfang der Einfuhr zu geben hätte. Aus einem gewissen Zusammenhang damit ergäbe sich auch die Rückwirkung auf die Preisgestaltung. Sicherlich würde die Anwesenheit eines Reichskommissars bei Zusammenkünften und Entscheidungen einer solchen Kommission allen Teilen erwünscht und unentbehrlich sein. Welche Macht diese Kommission besäße, um ihren Richtlinien und Ratschlägen Achtung zu verschaffen, ergibt sich sehr schnell, wenn man daran denkt, welche Notwendigkeiten im allgemeinen für den Getreideimporteur bestehen. Reichsbank, Preußische Staatsbank, Preußische Zentralgenossenschaftskasse würden ebenso wie die Großbanken nicht zögern für eine nicht angebrachte Weizeneinfuhr Kredite zu verweigern. Eine solche Apparatur, einmal eingerichtet, wird sich leicht einspielen lassen.«¹ Selbst wenn der Import von den am Export beteiligten Firmen des Auslands finanziert würde, könnte der Absatz ohne Beanspruchung der heimischen Banken keineswegs durchgeführt werden. Die Konzessionierung böte auch die Handhabe Handelsfirmen, die sich an unwirtschaftlicher Einfuhr beteiligen, wegen wirtschaftsfeindlicher Handlung von weiterer Tätigkeit auszuschließen. Jedes stärkere Angebot von Futtergerste oder Roggen durch ausländische Verkäufer, die aus irgendwelchen Gründen verkaufen wollen oder müssen, könnte heutē auch die erhöhten Zollsätze para-

1) Siehe *Kaliski* Wie ist unser Getreidebau zu sichern?, in den Sozialistischen Monatsheften 1929 II Seite 575 und folgende.

lysieren und eine gebesserte Marktlage erneut ins Wanken bringen. Das oft keineswegs schmackhafte Weizenmischbrot durch ein wirklich gut schmeckendes und nahrhaftes Roggenbrot zu ersetzen könnte in wohlverstandener Interesse der Bevölkerung auch ohne Rücksicht auf die Landwirtschaft als willkommene Nahrungsverbesserung begrüßt werden. Von einem Opfer aber, das die städtische Bevölkerung mit dem Konsum des Roggenbrots der Landwirtschaft brächte, kann keine Rede sein, obwohl solches Opfer sich wirklich leicht genug bringen ließe, wenn es eins wäre. Wie sorgenfrei müßte ein Volk leben, wenn es den Tatsachen entspräche, daß Millionen Menschen es als eine schwere Beeinträchtigung empfinden, ohne Verzicht auf gelegentliches Weizengebäck, ein gutes Roggenbrot essen zu müssen. Schließlich hat gedankenlose Leichtfertigkeit es auch noch erreicht die überwiegend aus Bequemlichkeit des Bäckergeschäfts erwachsende Minderung des Angebots von Roggengebäck als Zeichen steigender Kultur zu markieren. Die so gemessene Kultur trägt den entsprechenden Wert in sich. Doch selbst Kreise, die der Landwirtschaft sonst mit Verständnis gegenüberstehen, haben sich gegen den Roggenanbau in einer Art einnehmen lassen, die sachlich durchaus nicht gerechtfertigt war. Noch lange wird die Roggenbasis die Grundlage unserer Getreidewirtschaft bilden, der Abbau kann sich nur in einem mäßigen Tempo vollziehen, und sehr wahrscheinlich werden sich wirtschaftliche und technische Auswege ergeben, die die Roggenbasis im wesentlichen als durchaus erwünscht erweisen dürften. Die Entwicklung des Roggenmarkts hat den Anreiz zum Roggenanbau gewiß nicht gefördert, sie stößt schließlich auf den rechnenden Verstand der Landwirte, die im Durchschnitt ganz sicherlich nicht gerade dümmer als ihre Zeitgenossen in der Stadt sind, auch jene ihrer städtischen Zeitgenossen, die in großstädtischen Blättern über landwirtschaftliche Fragen zu schreiben pflegen. Mit Einfuhrscheinen zu erhöhten Sätzen, ganz zu schweigen von Stützungskäufen, die sich längst als unwirksam erwiesen haben, läßt sich eine Preis- und Marktregulierung nicht herbeiführen. Die Einfuhrdrosselung könnte das. Die dann eintretende und durch andere Mittel unterstützte Zunahme des Roggenkonsums wird kein vernünftiger Mensch als "junkerliche Provokation" oder als eine "unerträgliche Zumutung sonstiger Interessenten" empfinden. Schon der damit bewirkte Wandel in der Lage und Stimmung der Landwirtschaft würde sehr schnell eine Entlastung des Arbeitsmarkts in die Wege leiten helfen. Zugleich wäre auf diese Weise eine wirksame Wehr gegen die künstliche Verschlechterung der Arbeitsmarktverhältnisse in den Großstädten und Industrierevieren zum mindesten vorbereitet.

Mit der Besserung der Produktionskraft der deutschen Landwirtschaft wird es im Interesse der industriellen wie der ländlichen Arbeiterschaft notwendig sein der unverantwortlichen Steigerung der Arbeitslosigkeit in den Städten und der gleichzeitigen Entblößung landwirtschaftlicher Gebiete von deutschen Arbeitern entgegenzuwirken. Für sozialistische Arbeiter geziemt es sich nicht den schwächlichen Einwand einer Beeinträchtigung der Freizügigkeit zu erheben. Wo die Schaffenskräfte der Nation in den Fundamenten angegriffen werden, darf die Arbeiterklasse ihren Angehörigen hüben und drüben wohl zumuten zum Schutz der Gesamtheit und ihrer selbst dem Zuzug in die Großstädte Einhalt zu tun. Eine wirksame Maßnahme wäre die Bestimmung für Großstädte und Industriebezirke, daß, wer zuzieht oder vor

kurzem erst zugezogen ist, nur durch anerkannte Arbeitsnachweise Beschäftigung erhalten darf. Die Arbeitsnachweise hätten bei der Unterbringung neu Zuziehender eine Reihe von Faktoren zu berücksichtigen: die allgemeine Lage des Arbeitsmarkts in ihren Bezirken, das Vorhandensein von Arbeitslosen in Branchen, für die Zuziehende in Frage kommen, die Wohnungsverhältnisse. In der Lage, in der sich Deutschland jetzt befindet, wird das Leben der werktätigen Bevölkerung durch den hemmungslosen Zuzug schwer beeinträchtigt. Daß die ländliche Arbeits- und Wohnstelle aufgegeben wird, ist durchaus nicht immer auf eine durch Arbeitslosigkeit geschaffene Zwangslage zurückzuführen. Sehr oft wird die Übersiedlung vom platten Land nach den Großstädten verwandtschaftlich organisiert. Die Folgen zeigen sich in den ohne Notwendigkeit verschlimmerten Wohnungsverhältnissen, die allein schon eine Zuzugssperre rechtfertigten. Die kleinsten Wohnungen haben eine Überbelegschaft, die häufig gar nicht durch zu geringes Einkommen der Beteiligten bedingt ist. Je mehr die Rückleitung der für die Landarbeit geeigneten Arbeiter aus der Großstadt aufs Land sich unter Führung der Gewerkschaften vollzieht, um so sicherer werden sich die Landarbeiter ausreichender und geschützter Lohn- und Arbeitstarife erfreuen. Niemals haben die Industriearbeiter ein Interesse die Landflucht direkt oder indirekt zu fördern, das eigene Interesse erfordert ebenso wie die Solidarität mit der Gesamtarbeiterklasse die Landarbeiter unter günstigen Bedingungen dem Land zu erhalten. Daß dieses Ziel nicht unter ruinösen Produktionsbedingungen der Landwirtschaft sondern nur unter gedeihlichen Produktionsverhältnissen der Agrarwirtschaft möglich ist, bedarf keiner Betonung.

Wer die Entschlußkraft aufbringt diese Erfordernisse in die Tat umzusetzen, wird auch die Kraft und Fähigkeit erlangen die Arbeitsbeschaffung auf breiter Front ins Werk zu setzen. Viel ist dazu in der Innenpolitik und nicht zuletzt auch in der Außenpolitik versäumt worden. Der schwerste, aber leider in unserer Presse und im Parlament nie gehörte Vorwurf gegen den Youngplan ist darin zu erblicken, daß unter Führung des damaligen Reichsbankpräsidenten Hjalmar Schacht die Sachleistungen aus dem Reparationsplan systematisch herausgenommen wurden, um einem besondern Wunsch Englands nachzukommen. Die möglichst umfangreiche Erfüllung der Reparationspflicht durch Warenlieferungen und Leistungen deutscher Arbeiter, durch deutsche Produktion an Stelle von Geldzahlungen, ist die Form, in der Deutschland die Reparationslast am leichtesten tragen könnte. Aber auch die deutsche Wirtschaft selbst wäre dabei an produktiver Leistungsfähigkeit gewaltig gewachsen. Man bedarf keiner Rechenkünste, um den Unterschied zwischen einer Zahlungsverpflichtung in Geld und einer Leistungsverpflichtung durch Arbeit klarzulegen. Und doch scheint der frühere Reichsbankpräsident ebensowenig wie die Reichsregierung es erlaßt zu haben, welch ein ungeheurer Verlust durch Verzicht auf Sachleistungen dem deutschen Volk zugefügt wird. Als er während der Youngplanverhandlungen Deutschland zugemutet wurde, schwiegen alle Parteien, und mit ihnen die Wirtschaftsführer aller Grade.

In der Zusammenarbeit mit Frankreich wäre seit dem Waffenstillstand durch Sachleistungen der Abbau der Reparationsverpflichtungen in einem Maß zu schaffen gewesen, das heute fast unglaublich erscheint. Der Verzicht Schachts bei den Pariser Verhandlungen dem Verlangen nach Sachleistungen den gebührenden Platz zu geben gehört zu den weitesttragenden Unterlassungs-

sünden, die von den Vertretern und den Gegnern des Youngplans gemeinsam begangen wurden. Hier kann nur ein schwacher Ausgleich durch eine klar und klug abgewogene Praxis geboten werden vor allem Rohstoffe, die wir für den Import brauchen, dort zu kaufen, wo wir die Waren durch Erzeugnisse unserer eigenen Produktion bezahlen können. So gebietet die Selbsterhaltung deutscher Schaffenskraft die Herbeiführung engster Verbindung mit den Ländern Kontinentaleuropas. Wenn man zum Beispiel Getreide oder Futtermittel aus Rumänien oder Jugoslawien mit deutschen Waren bezahlen kann, erweist es sich als unverantwortliche Schädigung deutscher Interessen die gleichen Produkte aus überseeischen Ländern gegen Bargeld zu holen. Daß Frankreichs Geld- und Kapitalmarkt der deutschen Wirtschaft beträchtliche Aussichten auf Erschließung eröffne, haben schließlich auch die deutschen Finanziers erkannt: allerdings ohne der deutschen Wirtschaft davon Kenntnis zu geben, daß die Inanspruchnahme des französischen Kapitalmarkts eine gegenseitige wirtschaftliche Förderung zur Voraussetzung hat. Wer die angelsächsische Kontrolle, die noch immer von Deutschland teuer bezahlt worden ist, nicht glaubt entbehren zu können, wird verständnislos zusehen, wenn Frankreich sich ihm verschließt.

Mit verstärkter Kraft wird dem erschöpften Wirtschaftskörper neues Leben zugeführt, wird vornehmlich den Produktionsgebieten erweitertes Schaffen gesichert werden müssen, die für die Bewegung der Gesamtwirtschaft ausschlaggebende Bedeutung haben. Nicht mit Krediten darf das bewerkstelligt werden, selbst dann nicht, wenn Kredite zu erlangen wären. Vor einiger Zeit wurde der Gedanke einer Steuer der Festbesoldeten propagiert. Er krankt daran, daß man den Wirtschaftscharakter des Festbesoldeten verkannte, denn die sogenannte feste Besoldung selbst ist gerade in unseren Tagen keineswegs das Merkmal einer Existenzsicherheit auf längere Frist. Wohl aber ist der Sicherheitsfaktor bei den unkündbar Angestellten gegeben, die dazu noch den heute ungeheuren Vorzug des Pensionsanspruchs besitzen. Für die letzten Gehaltszulagen an die Beamenschaft sind allein etwa 1½ Milliarden Mark jährlich aufzubringen. Dieser Betrag entspricht ziemlich genau dem Defizit des Reichs. Als die Beamtenzulage zur Verhandlung stand, unterbreitete Ludwig Quessel der Öffentlichkeit den Vorschlag die erneute Schwerbelastung des Volks durch jene Gehaltsaufbesserungen für die Gesamtheit dadurch produktiv und erträglich zu gestalten, daß jährlich vom Reich 1 Milliarde Mark zum Zweck des Baus von 100 000 Wohnungen für die Beamenschaft aufgewendet werden, und das 10 Jahre hindurch, so daß 1 Million neuer Wohnungen erbaut, und den Beamten freie Wohnungen als Bestandteil ihres Gehalts gewährt würden². Das Volk hätte, wäre das geschehen, mit den erhöhten Aufwendungen für die Beamenschaft ausgesöhnt werden können. Der Antrieb der Produktion durch den für die Beamenschaft in Bewegung gesetzten Baumarkt würde alle Zweige der Industrie beleben und nicht nur vorübergehend zur Steigerung der Aufnahmefähigkeit unseres Markts beitragen. Der Weg zur Aufnahme dieses Plans ist auch heute noch nicht verschlossen. Durch die Steuer für unkündbar Besoldete könnte man die Milliarde Mark im Jahr hereinholen, um sie in Gestalt von Neuwohnungen der Beamenschaft wiederzugeben.

²) Siehe Quessel Wohin steuert die deutsche Finanzwirtschaft?, in den Sozialistischen Monatsheften 1927 II Seite 965 und folgende.

Die Zusammenfassung der Aktionen zur Unterstützung der Landwirtschaft, zur Festigung des industriellen Arbeitsmarkts durch Unterbindung eines künstlichen Zuzugs, zur Besteuerung der unkündbar Angestellten in Verbindung mit der Errichtung von je 100 000 Wohnungen im Jahr und schließlich zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den anderen Nationen des Kontinents, vornehmlich mit Frankreich, würde einen Wendepunkt im Geschick Deutschlands bedeuten und einen Schaffensgeist zeugen, der die beste Bürgschaft für einen Aufstieg Deutschlands bieten würde.

Es ist kein Trost für das deutsche Massenelend, daß auch England seiner großen Arbeitslosigkeit bisher nicht Herr geworden ist. Kein Trost und noch weniger eine Entschuldigung, aber nicht zuletzt eine Warnung. In England hat die von Lord Beaverbrook geführte Kampagne für die Reichszollunion große Fortschritte gemacht und Baldwin zum Schutz der alten Konservativen Partei zu weitgehenden Konzessionen an diese Bewegung genötigt³. Die deutsche Presse hat die Kampagne für die Reichszollunion bisher ziemlich glatt übersehen, sie wird durch die Geschehnisse auf sie aufmerksam gemacht werden. Bleiben die wirtschaftlichen Notwendigkeiten in Deutschland unerfüllt, so könnten trotz allen parteipolitischen Traditionen und auch bei noch so "bewährter alter Taktik" auch bei uns sich in gar nicht zu langer Zeit einige Wandlungen im Parteileben vollziehen. Wenn Richtiges gesagt und gefordert wird, pflegt man bei uns die Antwort zu bekommen: Das ist "konstruiert". Wenn Fraktionen aus dem Prinzip gegenseitiger Konzessionen zur Aufrechterhaltung ihres Bestands die unsachlichsten Beschlüsse fassen, nennt man das nicht konstruiert sondern "Kunst des Möglichen". Solcherlei Kunst stellt sich dann leider immer als unfruchtbar heraus. Was durchgedacht und gut fundiert ist, darf man ruhig konstruiert nennen. Die Vertreter des deutschen Volks sollten endlich das konstruieren, was sein Leben schon seit langem erheischt.

HANS GOSLAR · SOLLEN BEAMTE ABGEORDNETE SEIN?

KÜRZLICH klagte, in Ausführungen, die man sonst in mancher Hinsicht ablehnen kann, der Reichstagsabgeordnete und frühere badische Staatspräsident Willy Hellpach darüber, daß bei der unübersichtlichen Arbeitseinteilung des Reichstags die Ausübung des Mandats für den nicht in Berlin Ansässigen Berufszerrüttung bedeute; es werde für Wissenschaftler wie für Wirtschaftler immer unmöglicher eine geregelte Berufsausübung mit der Wahrnehmung des Mandats zu verbinden. Erstaunt fragt sich dabei der Bürger, wie es dann aber möglich sei, daß so viele hohe und höhere Staatsbeamte, zumal aus der Provinz, heute im Reichstag und Preußischen Landtag sitzen; sollte gerade ihre Berufsausübung, für die sie vom Staat doch bezahlt werden, nicht darunter leiden, daß sie daneben ein zweites Amt, das des Volksvertreters, übernehmen?

Von der Zeit der landrätlichen "Kanalrebelln" der wilhelminischen Zeit an bis heute hat es genug Fälle gegeben, deren Ablauf es als zweifelhaft erscheinen ließ, ob die Verbindung des Abgeordnetenmandats mit einem

3) Siehe Weingärtz Wandlungen im englischen Parteienleben, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 234 und folgende.

staatlichen Beamtenposten im öffentlichen Interesse liegt. Mit dem parlamentarischen Regime hat das Aufwerfen dieser Frage, wie von vornherein festgestellt sei, nicht das mindeste zu tun. Es verlangt nur die Ministerverantwortlichkeit vor der Volksvertretung. Lediglich in der Praxis, aber keineswegs als theoretischen Zwang, setzt es voraus, daß in der Regel (keineswegs immer: der preußische Kultusminister Carl Heinrich Becker ist niemals Abgeordneter gewesen, auch der neue Minister Adolf Grimme ist es nicht) die Minister dem gleichen Parlament entnommen werden, dem sie in Zukunft verantwortlich für die Führung ihrer Ressortgeschäfte sein sollen. Die Neuerung, die das parlamentarische System mit sich gebracht hat, ist nicht die Wählbarkeit des Beamten zum Abgeordneten. Schon das Kanalrebellensbeispiel erinnert an die Dutzende preußischer Landräte, die regelmäßig im Abgeordnetenhaus saßen. Neu ist nur die absolute Gesinnungs- und Betätigungsfreiheit für den Beamten, der heute für jede Partei, auch für die extreme Opposition, kandidieren kann, während früher für Beamte, die sich etwa für die Sozialdemokratische Partei hätten aufstellen lassen, kein Raum mehr in der Staatsverwaltung gewesen wäre. In der Tat zeigen die Untersuchungen, die Walther Kamm in seiner Studie Abgeordnetenberufe und Parlament 1927 angestellt hat, daß im Reichstag zum Beispiel 1912 bei den Konservativen 5 Staats- und 3 Justizbeamte saßen, bei den Nationalliberalen immerhin noch 3 respektive 2, beim Zentrum 6 respektive 12, bei den Freisinnigen jedoch nur noch 1 respektive 1, und selbstverständlich kein Sozialdemokrat. Viel charakteristischer aber waren, weil die Reichstagsüber Preußen doch im Ruf des "Liberalismus" standen, beeinflusst sind, die Zahlen für das Preußische Abgeordnetenhaus. Dort saßen 1913 bei den Konservativen 28 höhere und 3 mittlere Staatsbeamte sowie 7 Justizbeamte; bei den Nationalliberalen fanden sich 5 höhere und 1 mittlerer Staatsbeamter sowie 12 Justizbeamte, bei den Fortschrittlichen nicht ein einziger höherer sondern nur 1 mittlerer Staatsbeamter und kein Justizbeamter, beim Zentrum immerhin 5 höhere und 4 mittlere Staatsbeamte sowie 24 Justizbeamte und in keiner der genannten Kategorien ein Sozialdemokrat. Wie die Regierung im allgemeinen die Abgeordneteneigenschaft ihrer Beamten respektierte, zeigte das Zur-Disposition-Stellen von 2 Regierungspräsidenten und 18 Landräten, die gegen die Kanalvorlage gestimmt hatten, trotz Artikel 83 der alten Verfassung Preußens: »Die Mitglieder beider Häuser stimmen nach ihrer freien Überzeugung und sind an Aufträge und Instruktionen nicht gebunden.« Damals prägte Georg von Köller das Wort: »Die Landräte werden nach dieser Erfahrung keine Passion mehr haben sich auf den schlüpfrigen Boden zu begeben und werden Mandate nicht mehr erstreben. Sollte es aber sein, daß einer das täte, dann werden die Wähler sagen: Nein, dich wollen wir nicht, wir wollen einen unabhängigen Mann, nicht einen abhängigen.«

Für unsere heutigen Verhältnisse müssen uns 2 Fragen beschäftigen: Nützt es dem Dienst, dem der Beamte nach der Beamtengesetzgebung und auf Grund seines Eids seine ganze Kraft und Leistung zu widmen hat, wenn der Staatsbeamte im Nebenberuf Parlamentarier ist? Und gereicht es der parlamentarischen Arbeit zum besondern Vorteil, wenn in den Fraktionen und, in weiterer Folge, in den Kommissionen des Parlaments Staatsbeamte aus den verschiedensten Verwaltungszweigen sitzen?

Eine Reihe von Ländern ist, wie aus ihrer Gesetzgebung hervorgeht, der Ansicht, daß die Nachteile der parlamentarischen Tätigkeit der Beamten die Vorteile überwiegen, die sich im besten Fall aus ihr ergeben können. Es muß uns stutzig machen, daß unter den Staaten, die gesetzlich die Nichtwählbarkeit von Staatsbeamten festgelegt haben, sich nicht nur Spanien, Serbien und Kroatien, Italien, China und Uruguay befinden, sondern auch Staaten mit modern parlamentarischen respektive demokratischen Auffassungen vom Wesen des Regierungsapparats und der Volksvertretung, nämlich Großbritannien und die Schweiz. Beides sind Länder mit einer ausgesprochen gut durchorganisierten und sauberen Verwaltung. Es spielt in diesem Zusammenhang keine entscheidende Rolle, daß man in der Schweiz das Berufsbeamtentum nicht ganz in dem selben Sinn und vor allem ohne unsern "Juristenfimmel" kennt wie bei uns; die Auffassungen von Beamtenrechten und -pflichten sind trotz der nicht unbedingt auf Lebenszeit garantierten Anstellung des Bundesbeamten doch ähnlich wie bei uns.

Den parlamentarischen Parteien in Deutschland ist zweifellos sämtlich daran gelegen Beamte, insbesondere juristisch geschulte Verwaltungsbeamte, in ihren Reihen zu haben. Sie werden als sachverständige Bearbeiter der Materie besonders geschätzt, wenn es sich um die Stellungnahme der Fraktionen zu Gesetzesvorschlägen oder zu Verwaltungsakten der Regierung handelt, die nun einmal außer der rein politischen Kritik auch eingehende Sachkenntnis und Kenntnis der Verwaltungspraxis erfordern. Die oppositionellen Parteien, die weniger Fühlung mit den Amtsstellen unterhalten als die Regierungsgruppen, und die daher mehr auf Außenseiterinformationen angewiesen sind, werden die Mitarbeit von Beamten ihrer Gesinnung naturgemäß besonders hoch bewerten. Aber hier liegt auch schon eine Gefahr. Es ist in der Regel nicht anzunehmen, daß Reichs- oder preußische Beamte, die den regierungsoptionellen Parteien angehören, jemals so weit gehen werden unter Verletzung ihres Dienstehrs und unter Ausnutzung ihrer internen Amtskennnisse der Regierung Schwierigkeiten im Parlament zu machen: etwa dadurch, daß sie ihre Fraktionsredner entsprechend informieren, um die sachlichen Schwächen und Mängel eines Entwurfs, die ihnen intern aus der Ministerialarbeit und aus kommissarischen Besprechungen bekannt sind (und jede Regierungsvorlage wird solche Schwächen irgendwelcher Art haben), bloßzulegen oder auch, um ihren gegnerischen Referentenstandpunkt, den sie beim Minister nicht durchdrücken konnten, so im Ausschuß oder Plenum doch noch zur Geltung zu bringen. Dazu braucht übrigens ein Beamter gar nicht Abgeordneter zu sein; das alles kann er, wenn er seinen Chef und die Regierung im geheimen sabotieren will, sehr gut und diskret mit der ihm befreundeten Fraktion auch so in aller Stille arrangieren. Viel wichtiger ist deshalb der allgemein beamtenpolitische Gesichtspunkt: Ist es erträglich und vertretbar, daß Beamte nicht lediglich im Parlamentsausschuß sondern auch in "offener Feldschlacht", in der Plenarsitzung, ihrem vorgesetzten Minister oder seinem Kollegen im Kabinett entgegentreten, zumal bei den Formen, die der heutige parlamentarische Kampf angenommen hat? Man denke nur an die äußerst unerfreulichen Fälle etwa des deutschnationalen Landtagsabgeordneten und Forstmeisters Rudolf Gieseler (Zusammenstöße mit den Ministern Heinrich Hirtsiefer und seinem eigenen Ressortchef Heinrich Steiger) und des völkischen Abgeordneten und Oberjustizrats Körner, der dauernd in Kleinen Anfragen und Reden seinen Minister und

seinen Staatssekretär auf das schärfste angriff. Der Eindruck auf zumindest einen Teil der Beamtenschaft und auch auf die politisch interessierten Kreise im Volk ist hier zweifellos sehr ungünstig und weder der Bildung oder Erhaltung eines geschlossenen und im staatspolitischen Sinn wenigstens nach außen hin einheitlichen Beamtenkörpers zuträglich noch dem Gefühl für Staatsautorität. Das selbe gilt für politische Beamte, die sich führend und an sichtbarer Stelle an Angriffen gegen die Regierung, zum Beispiel an der Agitation für das Volksbegehren, beteiligten und dabei mit feiner Unterscheidung erklärten in ihren Versammlungen nicht als Beamte sondern als Abgeordnete zu ihren Wählern gesprochen zu haben. Auf die Bevölkerung, die solche Unterschiede nicht ohne weiteres versteht, muß es einen völlig verwirrenden Eindruck machen, wenn Männer, die ihr sonst als Verwalter staatlicher Hoheitsrechte, als mit allen Regierungsvollmachten ausgerüstete autoritative Staats- oder Reichsbeamte gegenüberreten, und die im täglichen Leben aus ihrer Vertretung des Staats auch das Verlangen auf Respektierung ihrer Person herleiten, in Presse und Versammlungen mit vollem Amtstitel, nur eben mit der "Unterscheidung" als Mitglied des Reichstags oder Mitglied des Landtags, eine mehr oder minder scharf die Regierungspolitik kritisierende, oft aktiv bekämpfende Politik vertreten. Eine Kritik, die sich heute noch oft genug mehr oder minder direkt auf die Staatsform erstreckt. Diesen nicht schwer genug zu nehmenden Nachteilen gegenüber kann man auch den politischen Vorteil nicht im entferntesten aufrechnen, den unbestreitbar die staatsbejahenden Fraktionen daraus ziehen, daß auch in ihren Reihen Beamte als Abgeordnete sitzen, die nicht nur der Regierung bei gegnerischen Attacken im Ausschuß wie im Plenum sachkundig beispringen, und die gerade in Verwaltungs- und personalpolitischen Fragen der Opposition entgegentreten, sondern die eventuell auch die staatsfeindlichen Parteien auf Grund der nähern Kenntnis von ihren Umtrieben im Land wirksam vor der Öffentlichkeit des Parlaments zu bekämpfen imstande sind.

Neben dem Gesagten fällt aber auch ein anderes, technisch-finanzielles Moment ins Gewicht. In der Schweiz zum Beispiel, wo den Bundesbeamten der Eintritt in die Bundesversammlung (Nationalrat und Ständerat) untersagt ist, steht ihnen doch, um ihre aktive politische Tätigkeit im Privatleben nicht ganz zu unterbinden, der Eintritt in die Gemeindebehörden und kantonalen Großräte (Parlamente der Einzelstaaten) frei. Allerdings unter der Bedingung und Voraussetzung, daß »sie dadurch an der Ausübung ihrer eidgenössischen Dienstpflichten nicht behindert werden«, und daß ihre Stellvertretung für die Tage ihrer anderweitigen Inanspruchnahme keine Schwierigkeiten bereitet. Wobei immer zu beachten ist, daß es in der Schweiz, außer den "Kommunisten", die dort als Beamte nicht in Frage kommen, keine die Staatsform bekämpfende Parteien gibt wie bei uns, und daß der ganze Meinungskampf dort auf einer absolut andern Ebene ausgefochten wird. Die Staatsautorität kann daher durch diese kantonal-parlamentarische Tätigkeit der Beamten nicht leiden. Hier interessiert uns aber auch der Gedanke der Stellvertretung und der Nichtbeeinträchtigung der Amtspflichten des Abgeordneten-Beamten. Erfahrungsgemäß beansprucht die parlamentarische Tätigkeit einen Beamten, der wirklich zu den regeren Elementen in seiner Fraktion gehört, recht stark. Es sind Fälle bekannt, in denen Landtagsabgeordnete, die zum Beispiel als Regierungsräte im deutschen Westen tätig waren, aber ihre Haupttätigkeit

im Parteiinteresse nach Berlin verlegten, ihren Dienst während eines ganzen Jahres so gut wie nicht ein einziges Mal versehen haben. Damit ist nicht gesagt, daß es nicht auch Abgeordnete gibt, die als Beamte vollauf ihre Pflicht tun. Dem Verfasser dieses Aufsatzes sind aus Reichstag und Landtag solche Fälle von hervorragenden Leistungen genau bekannt, in denen zumal auch die Abgeordnetentätigkeit die Referatsarbeit des Beamten sehr wohl-tuend befruchtet, und nicht nur umgekehrt. Aber das gilt doch in der Haupt-sache für Berliner Beamte. Die Beamten in der Provinz, die nicht bei wichtigen Anlässen in den Reichstag oder Landtag schnell hinüberschlüpfen können sondern des öftern im Jahr Tage und Wochen, zumal wenn sie Ausschußmitglieder sind, für ihre Behördentätigkeit verlieren, müssen da-durch die Eindringlichkeit, mit der ein pflichtgetreuer Beamter seinen Dienst zu versehen hat, empfindlich abschwächen. Entweder es entstehen dauernd Lücken und Ausfälle im Referat, oder es muß eine Stellvertretung einsetzen; und mit welchen Gefühlen diese oft genug für den glücklichern Kollegen versehen wird, der im Diätengenuß in der Reichshauptstadt sitzt, läßt sich leicht denken. Hier muß der Standpunkt eingenommen werden: Beamte der Behörden im Land, nicht nur Inhaber wichtiger Referate, gehören sämtlich auf ihre Posten, damit kein Vakuum hier oder dort entsteht, und damit auch der mühselige Instanzenweg für das Publikum nicht noch erschwert wird, der der Wirtschaft und unzähligen Einzelexistenzen ihre Arbeit verlangsamt und verteuert. Politische Beamte gar, Landräte, Regierungspräsidenten und Ober-präsidenten, sollten in diesen schwierigen Zeiten dauernd und ausschließlich für ihren Posten tätig sein. So nützlich oft ihre Arbeiten im Parlament sein können, und so sehr man ihre politische Erfahrung dort gebrauchen kann, noch viel wichtiger ist ihre verantwortliche Arbeit als Vertrauensmann der Landesregierung auf politisch selbständigem Posten. Da erfordert unsere Zeit höchste Kräfteanspannung der einzelnen Beamten und Hinauswachsen mit starker Initiative über das Maß des rein Pflichtmäßigen hinaus. Es wird immer noch eine Ecke seines Kreises geben, die kennenzulernen und deren Nöte zu bessern für den Landrat nötiger und für die Bevölkerung wichtiger ist als seine Anwesenheit im Parlament. Und kein Oberpräsident wird behaupten können, daß es in seiner Provinz so zum besten stehe, daß er sich ruhig 50 bis 60 Tage im Jahr außerhalb seines Urlaubs und außerhalb weiter der notwendigen Reisen zu dienstlichen Besprechungen in Berlin und auf der Eisenbahn aufhalten könne.

Man sehe sich einmal an, was heute zum Beispiel die Landräte, die sich wirklich als Pioniere der Republik auf ihrem Posten fühlen, leisten, wie sie einen langen Arbeitstag hindurch an der Bewältigung einer großen Reihe von sozialen Aufgaben arbeiten, die an die alten Landräte gar nicht heran-treten konnten, sei es, weil es sich um direkte Kriegsfolgen handelt, sei es, weil der alte Landrat, speziell der selbst im Kreis begüterte, im Osten des Landes nicht im entferntesten so viel selbst erledigte wie der gute Typus des neuen republikanischen Landrats, der sich oft genug auf seinen Kreis-ausschußsekretär nicht im selben Grad verlassen kann und will wie der feudale Landrat früherer Zeiten. Und hat so ein "neuer" Landrat das schwierige und gegen früher doppelt verantwortungsvolle Tagewerk ein-schließlich Dutzender Empfänge von Kriegs- und Sozialrentnern, von Frei-arbeitern mit ihren landwirtschaftlichen Berufssorgen und Standeskämpfen

und von anderen Hilfs- und Ratsbedürftigen hinter sich, die ihm allesamt noch langwierige und dauerhafte Korrespondenzen für ihre Interessenwahrung einbringen, dann fährt er abends oft noch über Land, um den einzelnen Gemeinden staatsbürgerlich-belehrende Vorträge zu halten, um sie in ihren eigenen Gemeindeangelegenheiten zu beraten, ihnen Gesetzeserklärungen zu geben und sie davor zu bewahren mit den Gesetzen in Konflikt zu kommen. Ich kenne ostpreußische Landräte neuer Schule, die jeden zweiten Abend in der Woche spät nachts von solchen Exkursionen heimkommen. Solche und viele andere halb freiwillige, weil über das schematisch vorgeschriebene hinauswachsende Aufgaben hat heute jeder Beamte in selbständiger Beamtenposition im Land, sei es, daß er sich mit ganzer Kraft den Siedlungsaufgaben seines Kreises widmet, sei es, daß er für produktive Arbeitslosenfürsorge oder für Verbesserung der Existenzbedingungen der arbeitgebenden Wirtschaft seines Kreises seine Kraft und Intelligenz einsetzt. Für den Regierungs- und Oberpräsidenten gilt alles das erst recht. Ein Verwaltungsbeamter, der wirklich mit seinem Amt verwachsen ist, wird daher auch im Ernst nicht behaupten, daß er die Parlamentsarbeit ohne jeden Schaden für sein Amt werde leisten können. Er muß wissen, welche Arbeit zu bewältigen ist, wenn er dem ihm anvertrauten Gebiet ernsthaft helfen und sich das Vertrauen der Bevölkerung erobern will. Dazu gehört zähe, verbissene Mühe. Diese Arbeit, die über das rein durch Instruktion Auferlegte hinausgeht und der Bevölkerung das Gefühl gibt nicht nur korrekt verwaltet sondern gut versorgt zu sein, nicht nur behördliche Vorgesetzte sondern auch interessierte Berater zu haben, wirbt für den neuen Staat und schafft dadurch positiv für ihn viel mehr als das durch die beste parlamentarische Arbeit geschehen könnte.

Demgegenüber kann nun der Einwand erhoben werden, daß die Beamten wie alle anderen Berufsschichten das Recht haben müßten Vertreter ihres Berufs im Parlament, und zwar möglichst in allen Parteien, zu haben. Seien doch die Beamten in mannigfacher Hinsicht Objekt der Gesetzgebung; insbesondere werde die Besoldungsordnung, von der für die gesamte Beamtenenschaft in der Tat ungemein viel abhängt, doch als Reichs- respektive Staatsgesetz vom Reichstag und von den Landtagen beraten. Ferner böte jedes Haushaltsgesetz alljährlich bei sämtlichen Einzeletats der Ministerien in sehr vieler Hinsicht Anlaß Beamtenfragen sachlicher und personeller Art zu besprechen und neu zu regeln. Ebenso wären die personalpolitischen Handlungen der Regierung regelmäßig Gegenstand von Interpellationen und Kritiken im Reichs- oder Landtag. Da hätten natürlich die Beamten aller Grade ein besonderes Interesse überall durch Vertreter mitwirken zu können, die aus Eigenem über die materielle Lage der Beamtenenschaft unterrichtet seien, und die im beamtenfreundlichen Sinn sprechen und stimmen und vor allem auch die Fraktionen in diesem Sinn beeinflussen könnten. Hier rühren wir an eine, in den Sozialistischen Monatsheften oft genug erörterte, besonders schwierige Frage: Wir sehen, daß mehr und mehr das Parlament, das der Verfassung nach aus unabhängigen Abgeordneten ohne gebundene Marschroute zusammengesetzt sein soll, gewissermaßen als Sammelpunkt der Interessenvertretungen aller Stände aufgefaßt wird. Nur wer in der Verfassungstheorie allein lebt und aus dieser verträumten Isolierung heraus nicht sieht, daß es heute selbst der besten Demokratie unter dem Himmel nicht zuverlässig gelingen wird zu verhindern, daß in der kapitalistischen Wirtschaft die einzelnen Erwerbsgruppen den Kampf um ihre Interessen innerhalb der

Volkswirtschaft mehr und mehr in das Parlament hineintragen, kann diese Forderung der Beamten als unangebracht oder gar als politisch unmoralisch bezeichnen. So absolut das Ziel einer demokratischen Republik unbedingt das objektiv für das Volksganze arbeitende, sich frei von jeder Interessenbeeinflussung haltende, auf höchster moralischer und intellektueller Stufe gleichermaßen stehende Parlament ist, so müssen wir doch mit den Verhältnissen der noch in den Anfangsgründen des Parlamentarismus herumdiletierenden Gegenwart realpolitisch rechnen. Und da weiß jeder, der im politischen Kampf steht, welche Summen beispielsweise von Alkoholinteressenten, Braunkohlenindustriellen, um das Interessenten-ABC aufzusagen, bis herab zur Zuckerindustrie im Wahlkampf verausgabt werden, um Kandidaten in das Parlament zu bekommen, die in Steuerfragen usw. ihren Erwerbsstandpunkt verteidigen respektive zur Geltung bringen können. Die Landwirtschaft, der Handel, die Finanz entsenden ihre beglaubigten Vertreter, die Arbeiter nicht zuletzt, wenn auch unter ganz anderen, weit mehr mit dem Gemeinwohl verknüpften Programmen. Natürlich müssen da auch die Berufsbeamten eine Gewähr für die Vertretung ihrer Interessen haben. Aber für sie liegen die Dinge doch sehr günstig. Die Anzahl der Berufsbeamten ist so groß, daß keine größere Partei es wagt eine ausgesprochen beamtenfeindliche Politik zu treiben. In ihrer numerischen Stärke, in der Zahl der Wahlstimmen, die sie mobil machen kann, liegt schon die Risikoversicherung der Beamenschaft gegenüber dem Parlament. Außerdem aber wird keine Regierung, die Wert auf einen geordneten Staatsbetrieb legt, Gesetzentwürfe einbringen oder Verschlechterungen eigener Entwürfe durch das Parlament unbekämpft lassen, die die Lage der Beamenschaft objektiv verschlimmern können. Hier liegt eine weitere Versicherung. Auf der andern Seite aber ist es nicht im mindesten erwünscht, daß Beamte in allen Parteien nun als Richter in eigener Sache in den Ausschüssen sitzen, die Beamtenfragen bearbeiten und sich dort vorzüglich als Beamtenvertreter fühlen. Der richtige Weg wäre etwa der: Es können ruhig von den großen Beamtenverbänden etwa Geschäftsführer, die nicht aktive Beamte sind, als Vertrauensmänner der Beamenschaft auf die Kandidatenliste der Parteien gestellt werden. Jeder unserer großen Beamtenbünde hat solche hauptamtlich tätigen Vertreter, die gewiß keine schlechten Abgeordneten wären. Ein paar solcher Beamtenvertreter genügten durchaus, um das Parlament in Beamtenfragen sachverständig zu beraten. Diesen stünde alles Material ihrer Verbände dauernd zur Verfügung, und im übrigen hindert nichts die Fraktionen zu den Fraktionssitzungen, die irgendwelche für die Beamenschaft wichtigen Entschließungen, Stellungnahmen oder Reden vorzubereiten haben, Beamte aus ihren Parteikreisen noch beratend hinzuzuziehen, wie sie ja denn auch praktisch schon mit den Beamtenausschüssen, die heute jede Partei hat, zusammenarbeiten können. So wäre, auch ohne daß aktive Staatsbeamte im Parlament sitzen, die Beamenschaft durchaus ausreichend geschützt und könnte ihre Interessen vertreten.

Es läge aber auch im Interesse der Beamenschaft selbst, daß sie aus ihren Reihen keine Abgeordneten mehr stellt. In einem in großen Schichten heute notleidenden und in der Existenz bedrohten Volk wie dem deutschen richten sich heute ohnehin viele neidvolle und unzufriedene Blicke auf eine Schicht von Menschen, die zum großen Teil eine zwar schmale, aber doch sichere Erwerbsbasis und Pensionsberechtigung besitzen. Wir haben zuviel Beamte:

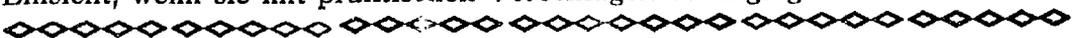
das ist ein böses Wort, das im Volk zirkuliert und zum mindesten insofern seine volle Berechtigung hat, als die unsinnige Kleinstaaterei und innerstaatliche Zersplitterung Deutschlands in der Tat einen großen Teil unproduktiver Arbeit schluckt, einen Leerlauf mit sich bringt, der in einem rationell aufgebauten Einheitsstaat wegfiel. Ein sehr erheblicher Teil deutscher Beamtenkraft wird dauernd durch die komplizierten und unter jedem vernünftigen und praktisch politischen Gesichtspunkt überflüssigen Verhandlungen und Schriftwechsel zwischen Reich und Ländern und zwischen den Ländern unter einander (Gemeinschaftsverträge, Verwaltungs-, Straßenbau-, Kanalbau- usw. -angelegenheiten) verbraucht. Sieht man im Volk nun (und in der Provinz kennt man doch die höheren Beamten in weiten Kreisen sehr genau), daß Beamte jedes Jahr wochenlang außerhalb ihres Urlaubs und der dienstlichen Reisen nach Berlin im Parlament und auf der Eisenbahn sitzen können, während man selbst überall unter dem Zwang zur Rationalisierung Personal abbaut und Neueinstellung vermeidet, so muß die Empfindung kommen, daß zu viel Beamte da sind, die nicht voll beschäftigt sind und deshalb ohne Schaden für ihr Amt zeitweilig verschwinden können.

Wir wollen ein Volksbeamtentum, keine Beamtenkaste, die sich vom Volk abgrenzt, und der das Urteil des Volkes über die Beamtenschaft gleichgültig ist. Wir wollen, gerade aus Beamtenfreundschaft und als Freunde einer wirklich guten Verwaltung, eine ihre Posten ganz und gar ausfüllende Beamtenschaft, die eine Ehre darin sucht ein öffentliches Amt so gut wie nur möglich auszufüllen, und die weiß, daß eine gute Verwaltung, daß die sorgfältige, liebevolle, vorsorgliche Berufsarbeit jedes einzelnen Beamten der Republik Sympathieen schaffen kann. Das hat nichts damit zu tun, daß, trotz Hellpach, unter besonders günstigen Umständen, auch ein tüchtiger Arzt, Anwalt oder Gelehrter ein rege arbeitender Abgeordneter sein kann. Sie alle sind hier nicht mit dem Berufsbeamten zu vergleichen, der mit der Arbeit, die er seinem Berufsposten entzieht, eben der Spezialaufgabe im Dienst der Öffentlichkeit Kräfte entzieht, die ihm als *munus officium* gestellt ist. Es bedeutet somit auch nicht etwa eine Degradierung des Berufsbeamtentums oder seine Abstemplung als Bürger zweiter Klasse, wenn man es gern aus der aktiven Parlamentsarbeit ausscheiden sehen möchte. Es wird im Gegenteil seine besondere Stellung im Leben der Nation, es werden seine aus dieser Vorzugsstellung sich ergebenden besonderen Pflichten, darunter die der restlosen Hingabe an das anvertraute Amt, hervorgehoben und betont. Das ermöglicht auch für die Beamtenschaft eine völlig ungereizte und sachliche Diskussion der Forderung. (In Parenthese sei gesagt, daß gegen die Mitarbeit der Beamten in den Gemeindeparlamenten nichts spricht. Über die Frage der Wählbarkeit in die Provinziallandtage und -ausschüsse, wo vielfach die Mitarbeit erfahrener Landräte erwünscht ist, brauchte man ebenfalls trotz dem heute nicht seltenen Mißbrauch der Provinziallandtage für die "große" Politik und trotz dem letzten bedenklichen Zwischenfall in der Provinz Hannover (Votum dreier Landräte für einen radikalen Antrag gegen ihren Oberpräsidenten) wohl nicht zu reden.)

Die Frage ist nun, wenn wir uns über die Forderung klar sind Beamtenmandate aus unserm Parlamentsleben auszuschalten, welcher Weg beschritten werden muß. In einer an die Kölnische Zeitung gesandten Zuschrift hatte ein rechtsstehender höherer Beamter gefordert den Beamten das passive

Wahlrecht durch Verfassungsänderung zu entziehen. Ich habe mich an gleicher Stelle mit diesem Vorschlag polemisch auseinandergesetzt. Zunächst einmal halte ich ihn für undurchführbar, weil eine Zweidrittelmehrheit für ihn praktisch nicht zustande käme. Ich halte ihn auch theoretisch trotz dem im letzten Absatz Gesagten nicht für erwünscht, weil, nachdem einmal die Weimarer Verfassung das Schweizer Prinzip trotz zahlreichen anderen Anlehnungen an die Eidgenössische Bundesverfassung von 1874 bewußt nicht übernommen hat, eine Verfassungsänderung nicht herbeigeführt werden soll, die auch nur den Anschein erwecken könnte, als ob eine große und wichtige Bevölkerungsgruppe zu Bürgern mindern Rechts gemacht werden sollte. Man hätte das dann eben von Anfang an bei der Verfassunggebung mit gehöriger Begründung und unter Hervorhebung des Charakters eines *munus officium* in unmißverständlicher Weise und als Ausfluß eines demokratischen Volksbeamtenprinzips tun sollen. Jetzt, nach 11 Jahren, sich auf das vernünftige Beispiel der Schweiz zu besinnen gäbe Anlaß zu demagogischer Hetze. Dieser Weg ist daher nicht zu empfehlen. Aber es gäbe dafür die Möglichkeit, daß die Beamtenverbände sich freiwillig mit einer hinreichenden oben skizzierten Vertretung im Parlament begnügten und sich die Erkenntnis zahlreicher, nicht schlecht beratener Länder zu eigen machten, daß auch im demokratischen Staat die Vermengung von Exekutive und Legislative zu Unklarheiten, Unstimmigkeiten und zuletzt zu Schäden für die Staatsautorität wie für das Berufssehen der Beamtenschaft führen müsse. Wenn ein Staatssekretär seinem Minister durch die Abstimmung im Reichstag das Mißtrauen votieren kann, so muß das, gleichgültig wie die Verteilung der politischen Bekenntnisse in einem Spezialfall ist, als unerträglich für eine Staatsverwaltung angesehen werden, die von den "Verwalteten", dem Volk, Verständnis und Respekt vor den Amtshandlungen der Exekutive verlangt. Der Verwaltungsapparat als solcher muß ein geschlossenes diszipliniertes Ganzes sein. Die Verantwortung für ihn hat in jedem einzelnen Zweig der Ressortchef, der Minister, vor dem Parlament zu tragen, und niemand von seinen engeren Mitarbeitern hat, wenn das Parlament seine Handlungen billigt und ihm das Vertrauen ausspricht, gegen ihn und seine Stimmabgabe zu votieren. All das gilt nicht nur für die Staatssekretäre sondern genau so gut für den Ministerialrat, Oberjustizrat oder Landrat. Im Rahmen einer parlamentarisch zur Verantwortung zu ziehenden Handlung ist es völlig belanglos, welcher einzelne Beamte etwa durch Protest im Parlament sich salvieren und seine anderslautende Meinung offenbaren will. Das Parlament und die Öffentlichkeit haben es nur mit dem verantwortlichen Minister zu tun, der von seinen Beamten nach außen Loyalität und Solidarität verlangen kann: zumal der Minister für gesetzwidrige Handlungen im Volksstaat nicht nur parlamentarisch sondern auch vor dem Staatsgerichtshof zur Verantwortung gezogen werden kann, und zumal sich weiter auch der verantwortliche Minister schützend und deckend vor den Beamten stellt, der auftragsgemäß handelt.

Nur durch freiwilliges Zusammenwirken der Beamtenschaft, der Regierung und der Parteien ist das Problem zu lösen. Seine positive Erledigung brächte uns in mancher Hinsicht weiter und erleichterte uns das innerstaatliche Leben. Die Beamtenschaft gäbe ein Beispiel politischer Reife und staatspolitischer Einsicht, wenn sie mit praktischen Vorschlägen voranginge.



ANNA SIEMSEN · DER FALL TINZ UND SEINE POLITISCHE BEDEUTUNG

THÜRINGENS derzeitiger Innen- und Unterrichtsminister Wilhelm Frick hat dem Thüringer Landtag einen Haushaltsplan vorgelegt, in dem neben anderen einschneidenden Sparmaßnahmen an Schul- und Bildungsausgaben mit einem Strich sämtliche Staatszuschüsse zur Erwachsenenbildung gestrichen sind. Ausgenommen sind nur die beiden Heimhochschulen Neudietendorf und Berka, von denen die eine unter dem Einfluß des heute in Thüringen herrschenden Landbunds, die andere unter völkischem Einfluß steht. Außerdem hat man von den durch Staatsvertrag festgelegten Geldern zur Unterhaltung der Heimvolkshochschule Tinz $\frac{1}{3}$ stehen lassen, $\frac{2}{3}$ gestrichen. Es ist zwar zur Stunde noch ungewiß, wie sich das sensationeureiche Experiment der Frickschen Regierung weiter entfalten wird. Aber sein bisheriger Verlauf ist so aufschlußreich und bei der politischen Gesamtlage in Deutschland auch für die Zukunft so interessant, daß man guttut sich auch das bisher Geschehene nach seiner Bedingung, Wirkung und Bedeutung einmal anzusehen.

Man muß den Nationalsozialisten und ihrem thüringischen Exponenten Frick zubilligen, daß sie durchaus konsequent vorgehen und eine Grundsatztreue entwickeln, die auch über die Spinnweben eines Verfassungseids und rechtlicher Bindungen nicht stolpert. Machtwillen besitzen sie bestimmt. Ob auch den Blick für Machtverhältnisse, das wird sich in den nächsten Wochen zeigen. Das eine läßt sich bestimmt sagen, daß für Frick persönlich ein Konflikt mit dem Reichsinnenminister und sogar mit den Koalitionsparteien Thüringens weit weniger bedenklich ist als das geringste Abweichen von der für ihn von Adolf Hitler vorgeschriebenen Linie. Das eine kann ihn vielleicht seinen Ministersitz, das andere würde ihn bestimmt seine ganze Existenz kosten. Genau so wird die Lage bei jedem Nationalsozialisten sein, der in eine verantwortliche Stelle durch die Organisation gebracht wird. Das heißt also, daß die Bundesparolen in jedem Fall mehr entscheiden werden als irgendwelche verfassungsmäßige, gesetzliche oder allgemeine Bindungen. Die Nationalsozialisten sind bereits ein Staat im Staat und gegen den Staat, und die deutsche Rechtsprechung macht diese Lage für sie annähernd risikofrei.

Es scheint zum mindesten in Thüringen, daß auch die Praxis der bürgerlichen Parteien das tun will. Fricks Regierungslaufbahn ist bisher eine Folge von Brückierungen der übrigen Koalitionsparteien. Dem oberflächlichen Blick mag es scheinen, als müsse jede Koalition daran in die Brüche gehen. In Wahrheit aber werden die eigentlichen Interessen dieser Parteien in dem kleinen Land mit seiner vielverzweigten Interessen-, Klüngel- und Vetternwirtschaft davon überhaupt nicht berührt. Dem Landbund und der Wirtschaftspartei, die in dieser Koalition entscheiden, sind politische und kulturelle Fragen überhaupt gleichgültig, vorausgesetzt, daß sie ihre Wählerschaft möglichst stark finanziell entlasten und in Personalfragen sowie bei Verteilung der öffentlichen Einnahmen bestimmen. Solange Frick sie darin nicht hindert, werden sie ihm in jeder andern Frage völlig freie Hand lassen. Wie minimal das Verantwortungsgefühl dieser Parteien ist, zeigt die Tatsache, daß sie seit 6 Jahren Thüringen unentwegt in den Bankrott hineingesteuert haben und offenbar beabsichtigen in diesem Kurs zu beharren, solange noch

die mindeste Möglichkeit besteht eigene Vorteile, sei es auch zum Schaden der Allgemeinheit, aus diesem Zusammenbruch auf Raten herauszuholen. Die Deutsche Volkspartei bildet in Thüringen eine sonderbare Abart der Partei im Reich, wie übrigens in so manchen kleineren Ländern. Sie hat in einem Land mit wenig Großindustrie einen viel mehr mittelständlerischen Charakter und teilt sich mit den Deutschnationalen in die Wähler aus dem kleinstaatlichen Beamtentum, der Professorenschaft und allem, was sich in Kleinstädten und Kleinstaaten zu den Honoratioren rechnet. Daß diese Schicht im Land Domelas eine starke Verwandtschaft mit Frick hat, nämlich die gleiche Neigung zu unklarer, verantwortungsloser und schwülstiger Politikasterei, ohne Beziehung zur politischen Wirklichkeit, ist ganz richtig von einem ihrer Führer hervorgehoben worden.

Was kleinstaatliche Politik ganz allgemein so verhängnisvoll infiziert: das Durcheinander kraß persönlicher Interessenwirtschaft mit unklaren politischen Ressentiments, ist also für die Thüringer Bürgerblockparteien seit der Existenz des Freistaats Thüringen bestimmend gewesen. Nun hat das Unglück gewollt, daß die politische Entwicklung die Nationalsozialisten für diesen Bürgerblock zum unentbehrlichen Partner machte. Und da bei diesen kaum Verständnis für die politischen und keinerlei Verantwortung für die kulturellen Folgen Frickscher Politik besteht, ist schwer abzusehen, wie lange sie ihn werden regieren, das heißt zerstören lassen. Es beleuchtet klar die Situation und alle ihre Möglichkeiten, daß der Landtag ihm ein Ermächtigungsgesetz bewilligt, durch das er in die Lage versetzt wird jeden ihm mißliebigen Beamten kurzerhand aus seiner Stelle zu entfernen. Er hat durch seine Freunde und Ministerialreferenten bereits verkünden lassen, daß er es zu benutzen gedenkt, um alle marxistisch und international wie semitisch verseuchten Elemente auszuschneiden. Daß für ihn diese Verseuchung bis in die Deutsche Volkspartei und den Verein für das Deutschtum im Ausland reicht, hat er praktisch bereits bewiesen. Monomanen pflegen konsequent zu sein. Auch der nationalsozialistischen Monomanie kann man Konsequenz nicht absprechen, auf sachlichem wie auf persönlichem Gebiet. Frick hat gleich bei seinem Einzug in das Unterrichtsministerium verkündet, er gedenke eine Erziehung in nationalsozialistischem Geist durchzuführen. Dieser seiner Absicht entspricht der völlige Abbau der Erwachsenenbildung, wobei nur die beiden rechtsradikalen Volkshochschulen erhalten bleiben sollen.

Das thüringische Volkshochschulwesen war seit dem Krieg besonders gut organisiert, unter dem Sozialisten Max Richard Greil vielleicht am besten in ganz Deutschland aufgebaut und auch späterhin ziemlich ungestört in seiner Arbeit gelassen. Diese Arbeit ist in einem Land wie Thüringen ohne Großstädte, mit einer Unzahl kleiner und kleinster Orte mit schlechten Verbindungen, teilweise für Monate fast abgeschnitten vom Verkehr, von einer Bedeutung, die sich in großen Städten gar nicht verstehen läßt. Was in diese Dörfer und Flecken durch die Arbeit der zentral geleiteten Volkshochschule Thüringens hineingebracht wurde, das war sehr oft die einzige geistige Anregung und Befruchtung, die es überhaupt dort gab. Aber diese Arbeit war "neutral", das heißt, sie ließ alle Richtungen, die in der Schülerschaft vertreten waren, zu Wort kommen; sie vermied nicht, sondern suchte Auseinandersetzung mit den Problemen der Zeit. Und daher mußte sie Frick ein Dorn im Auge sein, ein Hindernis auf dem Weg zur national-

sozialistischen Uniformierung der Gesinnung. Eine gesetzliche Verpflichtung des Landes zur Unterstützung der Volkshochschularbeit besteht nicht. Stimmt der Landtag zu, so ist die Volkshochschularbeit in Thüringen vernichtet, soweit nicht Gemeinden und Organisationen sie weiterführen. Allerdings eine ausgezeichnete Illustration zur Kulturbedeutung der kleineren Staaten.

Anders steht es um die Volkshochschule Tinz. Und daher ist deren Fall ein Fall, um den rechtlich gekämpft werden kann und gekämpft werden muß.

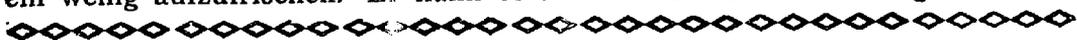
Die Heimvolkshochschule Tinz entstand als eine Stiftung des Freistaats Reuß. Die sozialistische Mehrheit dieses Freistaats vereinigte gleich nach dem Krieg ein ehemaliges fürstliches Jagdschloß mit landwirtschaftlichem Betrieb und großem Park sowie bedeutendem Grundbesitz (1100 Hektar Wald, Grundstück in Gera und das jetzige Stadtgut Tinz), dessen Ertrag dem Unterhalt der Schule dienen sollte, zu dieser Stiftung. Bei der Vereinigung der thüringischen Kleinstaaten zum Freistaat Thüringen wurde diese ganze Stiftung dem Staat übereignet, der dafür die Verpflichtung übernahm die Heimvolkshochschule Tinz »im bisherigen Umfange und mit den bisherigen Erziehungs- und Lehrzielen« aufrechtzuerhalten. Tinz hielt damals alljährlich 2 5monatige Kurse ab, die durchschnittlich 40 bis 50 junge Menschen ausbildeten. Für diese Arbeit sind 3 Lehrer fest angestellt und besoldet. Für jeden Kursus wird außerdem eine Anzahl von Spezialfachleuten für kürzere Zeit herangezogen. Hinzu kommt noch das notwendige Wirtschaftspersonal. Der Zweck der Schule war in der Stiftung in der Weise festgelegt, daß sie auf Grund marxistischer Gesellschafts- und Geschichtsbetrachtung der Arbeiterklasse, die gewerkschaftlich und politisch organisiert ist, Funktionäre heranbilden solle. Die Vertragsbestimmungen sind so eindeutig, die rechtliche Verpflichtung des Staats und die Unabhängigkeit der Schule sind so unbezweifelbar, daß die rein bürgerlichen und ausgesprochen sozialistenfeindlichen Regierungen, die Thüringen seit 6 Jahren hat, nicht daran gedacht haben sie anzutasten. Man hat die Arbeit der Tinzener Schule wohl dadurch gehemmt, daß man sich aufs genaueste an das rechtlich vorgeschriebene hielt, keine Erweiterungen des Lehrplans und des Lehrerkollegiums, keine Verbesserungen der Baulichkeiten, wie sie dringend notwendig waren, vornahm. Und tatsächlich hat der Staat in dieser Zeit wohl bedeutend weniger an Tinz gezahlt als ihm die übereignete Stiftung einbrachte. Aber man scheute sich doch vor offenem Raub und Vertragsbruch.

Wenn Frick jetzt $\frac{1}{3}$ des für den Unterhalt der Schule notwendigen Betrags in den Etat einsetzt, so ist es deutlich, daß damit nicht einmal ein einziger Kursus aufrechterhalten werden kann, daß sich die Schule auflösen muß, daß die Arbeit einer Jahrzehnts, die durch ganz Deutschland bekannt ist und viele Hunderte junger Sozialisten ausbildete, zerstört ist. Es ist nicht ganz klar, was Frick mit der Scheinkonzession einer solchen, viel zu kleinen Summe beabsichtigt. Handelt es sich um einen Schachzug für den unvermeidlichen Prozeß, den Rattenkönig von Prozessen, den Thüringen wird durchfechten müssen, um diesen Rechtsbruch zu verteidigen? Ich weiß es nicht. Was ich weiß, ist dies: daß diese scheinbar kleine Angelegenheit, diese Etatsposition von ein paar tausend Mark, in Wirklichkeit keine Kleinigkeit ist sondern eine höchst wichtige Sache, in der es nicht nur um Fragen der Arbeiterbildung und politische Grundsätze sondern auch um Grundlagen unseres ganzen öffentlichen Lebens geht.

Sicherlich kann sich die deutsche Arbeiterklasse ihre älteste Volkshochschule nicht zerschlagen lassen. Sicherlich ist es nicht nur eine Pflicht der Partei und der Gewerkschaften hier einzuspringen, bevor zerstört ist, was sich nicht wieder aufbauen läßt, sondern es ist ebenso eine Machtfrage. Es wäre ein bedenkliches Zeichen der Schwäche, wenn es nicht gelänge Tinz zu halten und den Staat zu seiner Pflicht zu zwingen. Aber die Frage reicht weiter. Bis jetzt hat die öffentliche Meinung in Deutschland eine beklagenswerte Gleichgültigkeit gegen den Vandalismus der nationalsozialistischen Kulturpolitik gezeigt. Erst Carl Severings Eingreifen vermochte das öffentliche Interesse zu wecken. Das ist das bedenklichste Zeichen in unserer Lage. Es kann für keinen, der auch nur oberflächlich Manifeste und Handlungen der Nationalsozialisten verfolgt, ein Zweifel sein, daß die Führer dieser Bewegung manische Psychopathen sind, ohne den mindesten Wirklichkeitssinn und das leiseste Verantwortungs- oder Rechtsgefühl. Keine Partei, die rechtliche und sittliche Grundlagen der Politik anerkennt, könnte sich mit ihnen in ein Bündnis einlassen. Trotzdem und trotz der Thüringer Erfahrung liebäugelt man in Sachsen damit. Es ist notwendig an Thüringens Beispiel aufzuzeigen, daß die Nationalsozialisten, durchaus im Einklang mit ihrem Programm, wo sie an der Macht sind, und soweit sie an der Macht sind, alle Andersdenkenden außerhalb der Gesetze stellen, daß sie rechtliche Bindungen nur anerkennen, soweit es ihnen paßt, und soweit sie zu schwach sind sie zu zerreißen; mit anderen Worten: daß diese Partei den Putsch und den Bürgerkrieg zum Grundsatz ihres täglichen Handelns macht. Das Bürgertum Thüringens hat sich bis jetzt zu ihrem Werkzeug machen lassen. Es ist nötig die Folgen dieses Verhaltens in all ihrer blutigen und verzweiflungsvollen Unabwendbarkeit aufzuzeigen, wenn andere deutsche Staaten folgen sollten.

Endlich ist zu fragen, ob es erträglich und selbst mit der heutigen Rechtslage vereinbar ist, daß ein einzelnes deutsches Land in dieser Weise Recht bricht und damit die Grundlagen des Deutschen Reichs gefährdet. Man soll nicht von Sturm im Wasserglas reden. Was hier in einem Ländchen von 1½ Millionen Bewohnern geschieht, kann wie ein Krankheitsherd ganz Deutschland verpesten. Nicht als ob Wilhelm Frick von Thüringen aus Deutschland die Diktatur auferlegen könnte. Das ist ebenso unmöglich wie es im Herbst 1923 die "kommunistische" Revolution von Weimar aus war. Aber das Schauspiel der bürgerlichen Parteien, die sich in diesem Fall bedenkenlos unter nationalsozialistischer Führung über Recht und Gesetz hinwegsetzen, ist geeignet ein Mißtrauen in der Arbeiterklasse zu wecken, das, wenn es um sich griffe, die Grundlagen unseres Staatswesens erschüttern müßte.

Kleine Anfänge? Vielleicht. Aber warum greifen wir im Privatleben schon bei einem kleinen Rechtsbruch, bei einem kleinen Eigentumsvergehen ein? Frick, zurzeit deutscher Minister, hat im Fall Tinz das böse Wort vom Vertrag, der ein Fetzen Papier ist, zur Tat gemacht. Man wird ihn lehren müssen, daß diese Überzeugung noch nicht politische Maxime der Deutschen ist, und es ist dringend zu erwarten und zu hoffen, daß die von Severing eingeleitete Untersuchung auch unter der neuen Konstellation, wie sie sich auch noch gestalten möge, fortgeführt wird. Der derzeitige Reichsminister des Innern Joseph Wirth hat allen Anlaß seinen Ruf als verfassungstreuer Republikaner ein wenig aufzufrischen. Er kann es am besten bei dieser Gelegenheit tun.



HILTGART VIELHABER · KATHOLISCHE DICHTER IM NEUEN FRANKREICH



INE Reaktion auf den Positivismus hatte in Frankreich zur Neubelebung romantischer und mystischer Neigungen geführt. Durch den französischen Kulturkampf erhielt diese Opposition frische Nahrung. Man hatte die großen Ordenskongregationen und die Klöster ihrer äußern Macht entkleiden und ihnen ihre Liegenschaften und die unermesslich kostbaren beweglichen Besitztümer nehmen können. Allein eine geistige Souveränität läßt sich nicht so einfach vernichten. Zu deutlich reden noch heute die Kathedralen mit ihrem kultischen Schmuck, jene herrlichen Denkmäler des französischen Genius aus dem Mittelalter. Man hatte wohl Märtyrer schaffen können. Aber die wirklichen Anhänger der Kirche wurden dadurch nur zu tieferm Nachsinnen gedrängt. Die Folge war, wie nach der Reformation Luthers und Calvins, eine Umstellung der Kirche in Frankreich, eine Anpassung an die Notwendigkeiten der Epoche und ein sittlicher Aufschwung, wie zur Zeit der Gründung des Jesuitenordens. Schon bei Huysmans, der in *L'oblat* die Aufhebung der großen Benediktinerabtei und das Verstummen des *plein chant*, ihres berühmten Chorgesangs schildert, empfindet man, daß die Kirche als Hüterin einer bestimmten Kultur zu neuer Macht gelangt.

Bei der Beurteilung Frankreichs vergessen wir allzu leicht, aus wie unterschiedlichen Stämmen und Gepflogenheiten sich dieser Einheitsstaat zusammenfand. Wie anders zum Beispiel die Artung des Bretonen als die des Provenzalen oder des Auvergnaten. Der französische Dichter *Joris Karl Huysmans* ist flämischer Abkunft. Jesuiten haben ihn erzogen. Allein den jungen Künstler, der ursprünglich *Emile Zola* nahestand, führte das Leben erst in die Fülle weltlichen Daseins hinein. Doch zu einem gewissen Zeitpunkt entwickelte sich aus dem raffinierten *Roué* der leidenschaftlich-gläubige Konvertit. Die Wendung nach dieser Richtung beginnt mit dem Zweifel an seiner weitem Genußfähigkeit in *A rebours* und geht über die unterweltlichen Erlebnisse in *Là-bas*, die geläuterten in *L'oblat* und *En route* bis zu dem Buch *Les fables de Lourdes*, das er als Antithese zu dem bekannten Werk *Zolas* verfaßte. Die Kultur des Flamen, wie sie *Georges Rodenbach*, dem Dichter des Toten Brügge eigen ist, wie sie uns in der traditionsgesättigten Sprache *Emile Verhaerens* und *Maurice Maeterlincks* entgegenflutet, finden wir gleichfalls bei *Huysmans*. Nur wendet er sie auf seine andere Begriffswelt an. Ein gewisser Hang zum Übersteigerten in *A rebours*, später in den Schilderungen der schwarzen Messe in *Là-bas*, liegt der dumpfen Frömmigkeit der Belgier näher als der rasonnierenden oder freudig hingebenden der Franzosen. Bei keinem andern der sogenannten katholischen Dichter trifft man auch eine so ausgesprochene Vorliebe für die Einkleidung, den sinnbildlichen Gehalt des Katholizismus. Mit fast deutsch anmutender Akribie vertieft sich *Huysmans* in die symbolische Bedeutung der edlen Steine auf den Missalen und den Kirchengerten oder in die Geschichte des *plein chant* oder in den Entwicklungsgang des Glockengusses. Nirgends macht er ein Hehl daraus, daß auf ihn, den Kunstempfindlichen, die sinnhaft symbolische Seite des Katholizismus ganz besonders stark eingewirkt hat. Allein neben dieser Genußfreudigkeit an Form und Farbigkeit steht jenes andere Heimatsgefühl für die

weltabgeschiedenen Beginensiedlungen, die typisch für Belgien sind. Die Interpretation (fast könnte man sagen die Intuition) Matthias Grünewalds in *Là-bas* ist tiefergründig und visionärer als alles, was bisher über diesen Maler geschrieben wurde. Den Gipfel des Leids bei Mann und Frau, Johannes und Maria, das Wortlose ihres Grams auf der Kreuzigung des Isenheimer Altars, ebenso auf der kleinern in Karlsruhe, erlebt der Mensch Huysmans ebenso intensiv wie der Künstler Huysmans die Kunst solcher Darstellung. Entscheidend für die Art Huysmans' bleibt jedoch seine Schilderung des Prozesses Gilles de Rais vor dem geistlichen Gerichtshof. Hochmütig und kalt steht Gilles vor der Versammlung. Ohne mit der Wimper zu zucken, berichtet er, wie die Sucht Gold zu gewinnen ihn allmählich zu den vielen grauenhaften Morden an den Kindern gebracht hat. In verzweifelter Schmerz, mit wilden Drohungen und Flüchen lauschen die Eltern dieser Opfer. Da plötzlich geht die Wandlung vor sich. Gilles schaut auf einmal sich selbst, sieht, was er zugefügt hat den Gemordeten und den Lebenden. Der Schauer vor sich selber packt ihn. Es ist der Fall in die eigene Tiefe. Maßlos erschüttert wendet er sich zu den Eltern seiner Opfer und fleht sie an um ihre Fürbitte gegen Gottes gerechten Zorn. Und nun strahlt sie auf, Huysmans' »weiße Seele des Mittelalters«. Die selben Menschen, die kurz zuvor den Menschenschlächter zerreißen und unter gräßlichen Qualen hätten töten wollen, fallen auf die Knie und beten für die Errettung der unsterblichen Seele des großen Frevlers, der ihr Mitmensch ist. Man muß diese Schilderung selbst lesen, um eine Anschauung von dem Kontrast zu erhalten. Das Mystische siegt über das Verstandeskühle auch in der Darstellung, wie es bei Huysmans selber war, der nach den abwegigen Erlebnissen seiner Jugend Entsühnung für sich aus dem Gnadenschatz der Heiligen erhoffte.

Der Nordfranzose *Paul Claudel* hat Umbrien seine geistige Heimat genannt. Seine dogmatische Frömmigkeit, seine Neigung ihr in edler Form zu dienen hätte ihn zu einem guten Bruder Peruginos oder Raffaels gemacht. Allein die bislang bedeutendste Dichtung seines religiösen Genius umweht die romanischen Dome des Mittelrheins, in *L'Annonce faite à Marie*. Die Gebundenheit der Seele des für Gott schaffenden Baumeisters und der dem Göttlichen bewußt und unbewußt dienenden Menschen geht aus von der blutnahen Verwandtheit mittelalterlichen Denkens in Frankreich und in Deutschland. Hermann Platz sagt von ihm: »Statt Natur und Leben unklar zu verherrlichen hat Claudel wieder Gott gesagt, ihn Vater genannt und alle Dinge auf Gott gestellt . . . Du hast mich gerufen mit meinem Namen. Wie einer, der ihn kennt, hast Du mich auserwählt unter allen meines Alters.« Es ist das Übernationale, das der Kulturgemeinschaft des mittelalterlichen Katholizismus überall eigen war. Claudel wie auch Huysmans scheinen von einer Rückkehr zu solcher Gesinnung die allgemeine Regeneration zu erhoffen.

Der geistigen Art Claudels und Huysmans' steht jene andere gegenüber, die wir bei den Dichtern der Provence oder überhaupt bei denen des südlichen Frankreichs finden. *François Mauriac* hebt den spanischen Einschlag in seiner Heimat Bordeaux hervor. Allein in seiner Dichtung tritt dieser kaum zutage. Mauriac selbst ist nordischer Empfindung näher. Sogar, wo er das Absurde schildert, wie die Ehe mit dem Gebrechlichen aus Gottesdienst, im Baiser au lépreux, fehlt jene wühlende und bohrende Verzweiflung wie bei den Helden des Spanierspröflings *Georges Bernanos*.

Nicht alle Provenzalen oder Basken sind dieser tragischen Inbrunst für das Göttliche verfallen. *Francis Jammes* zeichnet Frauen und Kinder von einer Lieblichkeit, die an die zarten Bildwerke der frühen französischen Gotik denken läßt, zum Teil aber auch an Murillosche Madonnen mit ihrem sinnhaft süßen Reiz. Sein Katholizismus hat zuweilen etwas Pantheistisches und kommt in gewissen Situationen zu einer Identifizierung von Seele und Gott, von Christenfrommheit und Naturentzücken, die zu dem Poverello von Assisi hinübergrüßt. Hier ahnt man nichts vom nordischen Nebel über der Beginen-siedlung. Die saftstrotzenden Trauben unter Francis Jammes' baskischem Himmel gehören in dies Gott-Natur-Lobpreisen mit hinein.

In der Provence hat von jeher eine spannungsreiche Geistigkeit geherrscht. Die doppelte Tradition: die antike, die nach fester Form drängt, und die individualistische aus der Zeit der Ketzerssekten und der Albigenerkriege, stehen sich hier entgegen. Jene große Welle seelischer Unabhängigkeit, die, wie Karl Voßler nachweist, selbst aus der Frauenverehrung der provenzalischen Troubadoure spricht, scheint sich in den Rahmen des kirchlich Zulässigen eingefügt zu haben: siehe Péladans *Les dévotes d'Avignon*. Doch die bedeutenden Ruinen aus römischer Zeit geben immer noch einen Maßstab für absolute Größe, wenigstens denen, die ihre Sprache verstehen wie *Henri de Montherlant*. Kein stärkerer Gegensatz als zwischen ihm und dem unendlich leidensvollern Mauriac. Der Katholizismus bringt Montherlant nicht in Seelennöte. Er gibt seinem Leben einen sittlichen Untergrund und äußerlich farbige Schönheit. Er bevölkert das Jahr, besonders wenn man es in Spanien zubringt, mit einer Fülle düsterer oder amöner Feiertage. Er vereint sich gut mit der Leidenschaft des Stierkampfes und hinterläßt keinen Zweifel bei Sport und Spiel, das die geistlichen Internate jetzt propagieren. Sehr im Gegensatz zu früheren Epochen, wo man den Leib kasteite, um die Seele zu beschwingen. Zu Montherlants Katholizismus gehört beinahe auch das Herrengefühl des Mannes über die Frau. Sein Glaube wärmt, und wo er fordert, verlangt er doch nicht das Unmögliche. Etwas Ritterliches ist darin wie vom Bannertragen in höherm Dienst. Dennoch erscheint es manchmal, als ob dies alles nur eine vorläufig noch geschlossene Kemenate wäre, als ob ein tiefgehendes Erlebnis auch hier plötzlich Pforten zu ganz Ungeahntem aufreißen würde. Warum? Jäh herausbrechende Worte, wo er liebt und leidet, um eine Frau oder auch durch einen kampfunfrohen Stier, lassen die Möglichkeit größerer Erschütterungen ahnen. Die spanischen Vorfahren Montherlants erklären das vielleicht. Jedenfalls erklärt er es damit. Doch wirkt er noch ganz mild neben dem andern Dichter aus spanischem Geblüt: Bernanos.

Die Familie *Georges Bernanos'* ist seit Generationen in Frankreich ansässig. Das Milieu seiner Romane ist ebenfalls immer Frankreich. Trotzdem haben seine eigentlichen Helden etwas Spanisches. Die Selbstzerfleischung iberischer Heiliger, dann die düstere Noblesse, selbst viele seiner "kleinen Leute", mahnen an Ribera, Velasquez und Cervantes. Bernanos ist in religiösen Dingen von kühnem und eigenartigem Eroberungswillen. Dazu kommt: Er beherrscht das Instrument der Sprache in ungewöhnlicher Weise. Ganz gleich, ob er die beziehungsreiche Unterhaltung zwischen den beiden greisen Priestern in *Sous le soleil de Satan* schildert oder die schamlose Dialektik *Germaine Malhortys* mit ihrem zweiten Liebhaber oder den physisch aufzehrenden Seelenkampf des Abbés Donissan, dem der Teufel selbst die Fallen stellt:

nie wirkt es bei Bernanos wie ein geschriebenes, stets wie ein direkt gesprochenes Wort. Dazu kommt eine Kunst der Komposition, in Gliederung des Stoffs und in Steigerung und Zuspitzung des Problems, wie sie selbst bei den Franzosen, diesen Meisterern der Form, selten ist. Die katholischen Blätter in Deutschland haben Bernanos zum Teil scharf kritisiert, zum Teil gänzlich abgelehnt. Andere, wie Hochland, suchten auf die Intentionen des Autors einzugehen und verschlossen sich nicht dem erschütternden Ernst seiner Fragestellung. Und im Abendland schrieb Waldemar Guriau, der beste deutsche Kenner französischer Psyche neben Hermann Platz, eine seitenlange Würdigung des letzten Bernanos'schen Romans. Ihr Ergebnis ist, daß es sich bei Bernanos um ein ungewöhnlich tiefes Begreifen seelischer Postulate handelt, um das Erkennen von der Heiligkeit der Seele, nicht vor Menschen sondern vor Gott. Die 3 bekannten Bücher Bernanos' *Sous le soleil de Satan*, *L'imposture* und *La joie* sind einigen anderen geistesverwandt, die um die Wende des Jahrhunderts herauskamen: Henrik Pontoppidans *Gelobtem Land*, Gerhart Hauptmanns *Emanuel Quint* und wohl auch in gewissem Sinn Antonio Fogazzaros *Heiligem*. Wie jene Dichter versucht Bernanos ein heiligmäßiges Leben darzustellen. Aber sein Abbé Donissan, der mit dem Teufel ringt, ist unbewußt der Heilige; er folgt reflexionslos dem immanenten Drang. Ebenso der Abbé Chevance in *L'imposture* und Chantal in *La joie*. Bei Hauptmanns und Pontoppidans Helden besteht der Vorsatz Jesus nachzuleben. Doch der rechtende Protestantismus läßt das Unbewußte nicht aufkommen. Es mischen sich Eitelkeit oder Selbstbespiegelung hinein. Bernanos sieht hierin direkt den Teufel. Er geht von der Vorstellung aus: Gibt es einen Gott, der sich in wandelbaren Formen dem Menschen offenbart, so muß sein Gegenspieler, Satan, das gleiche können und tun. Im Grunde ist dieser Satan der selbe Seelenhungrige, der auch auf Faust, die starke Seele, Appetit hatte, dieser Satan, der den schlichten, bäurischen Abbé Donissan, der sich nur liebend opfern will, in seine Hörigkeit bringt. Und so: Er verleiht ihm, dem Abbé, dem Beichtvater aller der durch Sünden geschändeten Seelen, die Fähigkeit sie zu schauen wie sie sind, nicht wie sie scheinen wollen. So liefert der Satan ihm gleichsam das Handwerkszeug zum Gottesdienst. Aber welcher grenzenlose Qual bringt er über den so Gedemütigten: Kein Studium der Bibel, keine Geißelung, keine Kasteiung kann ihm je Genüge tun, niemals die Wachsamkeit gegen den ständig ihn umlauernden Feind herabmindern. Hier ist nicht der freudige Glaube, wie bei Jammes, kein demütiges Dienen, wie bei Claudel oder bei Mauriac. Hier ist der Kampf, der ewige Kampf um Sein oder Nichtsein vor und in dem göttlichen Gesetz. Die Schilderung von Priestern ist nicht selten in der französischen Literatur. Gerade die feine Kultur vieler französischer Geistlicher hat sie zu einem stets interessierenden Vorwurf gemacht. Aber Bernanos scheint in der Atmosphäre, die aus Beichtgehören, Messesagen, Brevierlesen und der vielartigen Samaritertätigkeit besteht, selbst zu atmen. Daneben verfolgt er die individuellen Leidenschaften gewisser Typen, wie die Vorliebe für die Mystiker beim Abbé Cénabre. Wie bezeichnend für diesen, daß er sich gerade zu den eigentlich Frömmsten, aber stets auf des Messers Schneide dogmatischer Überzeugung Wandelnden hingezogen fühlt. Diese Vielspältigkeit zwischen Seelenberatung anderer, eigener Seelenerforschung, ständiger An- und Einpassung in menschliche Beziehungen steht vor uns auf wie das bestellte Feld zur Versuchung des Bösen. Viele gehen ähnungslos am Abgrund vorüber, allein die geistig Einfältigsten

und die geistig Stärksten stürzen hinein. Der feinsinnige Abbé Cénabre verliert den Glauben und dient dennoch der Kirche weiter. Sein Werk über Johannes Tauler bringt ihm die Berühmtheit. Aber innerlich fühlt er die gähnende Leere, richtig das Fehlen des Wesenhaften in sich. Seine heimlichen Qualen weiß nur einer: der geistig arme, seelisch sublime Abbé Chevance. Er stirbt mit diesem Geheimnis. Nichts ist so charakteristisch für Bernanos wie sein Mangel an Sentimentalität. Seine Heiligen geben nicht, geborgen in Gottseligkeit, ihren Geist auf. Die erbarmungslose Marter schweren Absterbens müssen sie durchkosten, sie bäumen sich gegen den Schrecken des Todes auf. So der Abbé Chevance, so der Abbé Donissan, den man, vom Todes-schauer emporgerrissen, im Beichtstuhl lehrend findet. Nur Chantal, die die Seele ihres Beichtvaters Chevance geerbt hat, scheidet willig. Die Forderung ihres selbstsüchtigen Vaters, der sie ins Kloster bringen will, hat ihre kindlich demütige Freude am Dasein untergraben. Die große Geberde gehört nicht zu ihrer Art Frömmigkeit. Sie liebt die Natur ringsum, die Menschen alle. »Doch es kommt der Tag, an dem das Leben die himmlische Sorglosigkeit der Kleinen zerbricht, urplötzlich die Entscheidung fordert und die Freude in Entsagung umwandelt.« Dieses Erlebnis geht über ihre Kraft. Denn sie lebte und nährte das Leben der anderen mit ihrer Freude. Sie wartet auf den Tod. Er trifft sie durch die Mörderhand des einzigen, der die unvergleichliche Überlegenheit ihrer ungebrochenen Seele erkannte. Der Schluß deutet die Bekehrung Cénabres angesichts dieses Erlebnisses an. Mit übermenschlicher Stimme spricht er das Pater noster und fällt vornüber, von Gottes Hand getroffen, bis später in einem Irrenhaus sein physisches Dasein endet.

Kein einziger der katholischen Dichter Frankreichs, auch der hier nicht erwähnten der Action Française, hat das Dialektische für und gegen den Glauben derart als Waffe und als Schild benutzt wie Bernanos. Keiner unter den Heutigen hat solche Fragestellungen gewagt, keiner in solche Abgründe hineinblicken lassen. Die Dämonie des Mittelalters, wie sie in den Schimären von den Dächern der Kathedralen und aus den Ecken mancher ihrer Kirchenfenster grinst, hat seit langem nicht mehr solche Gegenwärtigkeit erhalten. Dabei handelt es sich um Kampfobjekte, das heißt Menschen aus unseren Tagen, mit sensitiven Nerven. Zwischen und in ihnen wird von neuem der Streit des Physisch-Intellektuellen gegen das Seelisch-Sublime ausgetragen.

ROBINSON JEFFERS · FREUDE · ÜBERSETZT VON GRETA LORKE

MAG Freude besser sein als Trübsal: Freude ist nicht groß.
Friede ist groß, Stärke ist groß.
Nicht aus Freude brennen die Sterne. Nicht aus Freude
Spannt der Adler seine grauen Segel in der Luft
Hoch über den Bergen aus. Nicht aus Freude ragt der verwitterte Berg,

Während die Jahre wie Wasser
Seine Flanken nagend bespülen. »Aber ich bin weder Berg noch Vogel
Noch Stern, und ich suche die Freude.«
Schwachheit eurer Gattung! Doch am Ende wird Stille
Sich über die suchenden Augen breiten.

ERNST REUTER · REFORM DER BERLINER VERWALTUNG



MIT dem Entwurf der preußischen Regierung über das Selbstverwaltungsgesetz für die Hauptstadt Berlin wird der Versuch gemacht die mit der Gründung der Einheitsgemeinde Groß Berlin auf Grund des bisherigen Gesetzes vom April 1920 begonnene Verwaltungsreform der kommunalen Arbeit in diesem wichtigen Knotenpunkt der deutschen Wirtschaft fortzuführen. Daß die Entwicklung auf den durch das erste Gesetz geschaffenen Grundlagen nicht würde stehen bleiben können, war seit langem allen Beteiligten klar. Obwohl verhältnismäßig wenig in den letzten Jahren in der organischen Fortentwicklung des Gesetzes Groß Berlin in der Berliner Verwaltung gearbeitet worden war, wußten alle, daß der derzeitige Zustand etwas Unbefriedigendes, Unfertiges und Halbes bedeutete. Das Gesetz selber war ursprünglich nur nach sehr schweren Auseinandersetzungen mit einer ganz knappen Majorität zustande gekommen. Jahre hindurch bestand die Gefahr, daß widerstrebende Kräfte die Einheitsgemeinde so oder so wieder sprengen würden. Die Richtigkeit des Grundgedankens: aus der kommunalen Zersplitterung Groß Berlins, wie sie die Vorkriegszeit beherrschte, herauszukommen und ein einheitliches Gebilde zu schaffen, hat sich aber in der Folgezeit so eklatant erwiesen, daß schon nach verhältnismäßig wenigen Jahren trotz den allergrößten Schwierigkeiten, die sich namentlich in der Inflationszeit für die neue Verwaltung ergaben, der Kampf gegen Groß Berlin immer schwächer wurde. Die Loslösungstendenzen, die in den Außenbezirken einige Zeit lang sogar als Wahlparole gedient hatten, verloren je länger, je mehr vollständig ihre Zugkraft. Die große wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Einheitsgemeinde trat in den Jahren nach der Inflation auf allen möglichen Gebieten so überzeugend in die Erscheinung, daß heute niemand mehr von einem Zurück hinter das Gesetz vom Jahr 1920 etwas wissen will. Wenn trotzdem der bestehende Zustand immer mehr als unbefriedigend empfunden wurde, so lag das zweifellos daran, daß bei der Größe der Verwaltung Berlins die Vielzahl der Instanzenkompetenzen und die Schwerfälligkeit der durch die beiden Kammern komplizierten Verwaltung hier eben stärker in die Erscheinung trat als in jeder andern Stadt, bei deren Größenordnung die Möglichkeit persönlichen Überblicks einen hinreichenden Ausgleich für solche Schwierigkeiten bietet. Mehrfach wurden Ansätze zu einer weitem Reform in Berlin selbst gemacht. Das größte Hindernis weiterzukommen lag aber immer darin, daß in dem ursprünglichen Berliner Gesetz eine ganze Reihe wichtiger und grundlegender interner Einzelheiten der Berliner Verfassung der Entscheidungsmöglichkeit der Berliner Stadtverwaltung selbst dadurch entzogen worden war, daß die Kompetenzen der verschiedenen im Gesetz geschaffenen Stellen eben durch Gesetz ein für allemal festgesetzt wurden. So bedurfte die regionale Neugliederung in Berlin, zum Beispiel eine Neuabgrenzung zweier Bezirke unter einander, der Zustimmung beider Bezirkskörperschaften der beteiligten Bezirke, das heißt, sie war praktisch unmöglich. Auf der andern Seite fehlte der Berliner Stadtverwaltung, vielleicht nicht ganz mit Unrecht, der Mut von sich aus an die Gesetzgebung, das heißt an den Landtag, zu appellieren, weil man nach den zahlreichen Versuchen Berlin doch wieder zu zerschlagen befürchten mußte nicht mit einer Ver-

besserung sondern mit einer Verschlechterung zu rechnen. Zu diesen sachlichen Schwierigkeiten kamen gewisse persönlicher Art, denn schließlich wird der Gang einer solchen Verwaltung ja nicht nur durch Paragraphen und Gesetzesbestimmungen sondern auch durch Menschen beeinflusst. Es fehlte sicher organisatorisch die führende und zusammenführende Hand. Neben dem stark entwickelten expansiven Drang, der mit einer gewissen Zwangsläufigkeit die Berliner Verwaltung in den letzten Jahren beherrschte, trat die organisatorische Fortentwicklung zu sehr in den Hintergrund.

Deshalb braucht man in keiner Weise die gewaltige Leistung der Zusammenfassung Groß Berlins zu einer einheitlichen Verwaltung zu verkleinern. Diejenigen, die am meisten im Augenblick auf Berlin schelten, haben vielleicht am wenigsten Veranlassung die ungeheure Fülle der geleisteten Arbeit und auch die in die Augen springenden Resultate herabzusetzen. Aber ein gewisses Manko organisatorisch führender Fortentwicklung bleibt und blieb bestehen. Der Sklarekskandal mit seinen tief eingreifenden Auswirkungen erschütterte die Berliner Verwaltung aufs schwerste. Da er mit einer schweren wirtschaftlichen Depression und mit einer starken Erschütterung der Finanzen aller öffentlichen Körperschaften, insbesondere auch des Reichs, zusammenfiel, so hat er psychische Wirkungen gezeitigt, die sachlich bestimmt nicht berechtigt sind, aber als Tatsachen in Kauf genommen werden müssen. Eine nicht wegzuleugnende starke Vertrauenskrise hat weite Kreise der Bevölkerung erfaßt. Die Presse, die in einer Art Amokläuferei selbst durch ganz sinnlose und zum Teil direkt beschämende Art der Behandlung einzelner persönlicher Vorgänge diese Vertrauenskrise erst erzeugt hat, unterliegt selber dem Gesetz der Wechselwirkung und glaubt, dem allgemeinen Mißtrauen folgend, ununterbrochen in Berliner Skandalen machen zu müssen. Obwohl die Stadt, einen Kenner der Verhältnisse nicht überraschend, ihre außerordentliche Widerstandsfähigkeit gezeigt und verhältnismäßig schnell aus eigener Kraft ihre Schwierigkeiten überwunden hat, wird durch die nicht endenwollende Skandalsucherei die Gesundung ihrer Verhältnisse außerordentlich erschwert. Der allgemeinen Psychose haben sich offenbar auch andere Kreise nicht entziehen können. Wenn auch in der Behandlung des neuen Gesetzes nur andeutungsweise auf den Sklarekskandal Bezug genommen wird, so kann es doch keinem Zweifel unterliegen, daß Inhalt und Form des Gesetzes durch die Rückwirkungen dieser Vorgänge entscheidend beeinflusst sind. Zunächst hatte man offenbar nur die Absicht einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Berliner Verwaltung von den Fesseln befreite, die im Gesetz vom Jahr 1920 die organische Weiterentwicklung der innern Verwaltungsarbeit von der Zustimmung des Preußischen Landtags abhängig machten. Berlin sollte die Freiheit einer regionalen Neugliederung aus eigenem Entschluß erhalten und außerdem die Möglichkeit bekommen sowohl generell wie für die einzelnen Verwaltungsgebiete die notwendige Kompetenzabgrenzung durch eigene Ortsstatuten zu regeln. Es wären damit gewisse Kernpunkte des alten Gesetzes verschwunden, und diese Fragen zu echten Selbstverwaltungsangelegenheiten der Stadt Berlin gemacht worden. Daß für solche Ortsstatuten die Zustimmung der Aufsichtsbehörde respektive des Staatsministeriums notwendig gewesen wäre, brauchte keine Bedenken auszulösen, denn es muß ohne weiteres zugegeben werden, daß bei der Größe und Stellung Berlins diese Fragen zu wichtig sind, als daß die Landes-

regierung sich jeder Beeinflussung seiner Entwicklung begeben könnte. Für Berlin wäre ein solches neues Gesetz eine wirkliche Befreiung von ständigen Fesseln gewesen. Man hätte ohne Zweifel in Berlin darin den Ausdruck eines Vertrauens zur Leistungsfähigkeit der Selbstverwaltung erblicken können. Ein solches Vertrauen gebrauchte die Berliner Verwaltung um so mehr, als die ganze Tradition der Vergangenheit mit ihrem ständigen Mißtrauen gegen den "Wasserkopf" Berlin immer noch nachwirkt. Nicht nur in der starken finanziellen Aushöhlung, der Berlin dauernd unterworfen wird. An allen Ecken und Enden ist auch sonst zu spüren, daß Berlin nicht als die Hauptstadt Preußens und des Reichs betrachtet und entsprechend pfleglich behandelt wird. Es gibt Ost-, West-, Süd- und Nordprogramme, es hat noch niemals ein Programm irgendeiner Regierung gegeben, in dem die rationale Bedeutung der Entwicklung Berlins zur wirklichen Hauptstadt des Reichs auch nur andeutungsweise anerkannt worden wäre. Offensichtlich hat man, wenn auch nicht ausgesprochen, unter dem Eindruck der Sklarekpsychose es für richtig gehalten einen Gesetzentwurf vorzulegen, der in Berlin "Ordnung" schaffen soll. Das ist auch der Grund, weswegen dieser Entwurf auf so starke Ablehnung in den betroffenen Berliner Kreisen stößt. Er wird als ein Gesetz ab irato empfunden, enthält zweifellos auch eine Reihe von Bestimmungen, die bei ruhiger Überlegung nicht aufrechterhalten werden können.

Diese Tendenzen haben dazu geführt, daß in dem neuen Gesetzentwurf die eigentlich wirklich akuten Berliner Organisationsfragen in den Hintergrund treten. Die Abgrenzung der Bezirke wird nicht mehr der Stadt selbst überlassen sondern soll durch eine Verordnung des Staatsministeriums bestimmt werden. Die Bestimmungen über die interne Organisation und die Befugnisse der einzelnen Organe sind so unbestimmt gehalten, daß man sich über die Absichten des Gesetzgebers und über die künftige Entwicklung aus dem Wortlaut des Gesetzes keine klare Vorstellung bilden kann. Um so stärker treten andere Dinge hervor. Die Amtszeit der besoldeten Magistratsmitglieder erlischt mit dem Inkrafttreten des Gesetzes, das heißt, das Gesetz ist offenbar als eine *lex Böß* gedacht. Noch stärker zeigt sich der Sondercharakter des Gesetzes in den im übrigen unklaren Formulierungen über die Funktionen des Stadtgemeindevausschusses. Der Stadtgemeindevausschuß aus 29 Mitgliedern, dessen Beratungen nicht öffentlich sein sollen, ist offenbar als eine Art Ersatz der Stadtvertretung gedacht. Die Stadtverordnetenversammlung selbst soll nur zu wenigen Tagungen im Lauf des Jahres zusammentreten, ihre laufenden Arbeiten soll sie an den Stadtgemeindevausschuß abtreten. Eine solche Bestimmung, die formell mit ähnlichen Verhältnissen der Provinzialverfassung begründet wird, ist für Berlin vollkommen unmöglich. Die Schwierigkeiten der derzeitigen Zusammensetzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung, die im übrigen von Außenstehenden überschätzt werden, können weder heute noch in Zukunft dadurch überwunden werden, daß an die Stelle des gewählten Organs der Berliner Bürgerschaft ein Geheimausschuß von 29 Mann tritt. Erweist sich wirklich eine gewählte Vertretung der Bürgerschaft auf die Dauer als arbeitsunfähig (man sollte erst abwarten, ob sie sich als arbeitsunfähig erweisen wird), so ist das gegebene Mittel gegen eine solche Entwicklung eine Neuwahl der Stadtverordnetenversammlung. Durch bloße Organisationsmaßnahmen kann man die politischen Schwierigkeiten, die sich aus der Zusammensetzung der ge-

wählten Vertretung ergeben, weder heute noch in Zukunft überwinden. Ein solches Rezept ist viel zu einfach, als daß es richtig sein könnte. Die Berliner Verwaltung berührt so viele grundlegende Interessen aller Schichten der Bevölkerung, daß eine öffentliche Kontrolle ihrer Beschlüsse und Verhandlungen unter allen Umständen notwendig und unvermeidlich ist. Das mag im einzelnen Fall unbequem und lästig sein. Viel unbequemer wäre die Konsequenz einer geheimen Beratung der laufenden Arbeit. Die Geheimverwaltung ließe sich doch nicht durchführen, würde zudem auch das Mißtrauen gegen die Arbeit der Stadtverwaltung auf die Dauer nur verstärken. Wenn man die Selbstverwaltung wirklich aufrechterhalten will, muß man auch die Konsequenz auf sich nehmen, daß die Verwaltung laufend von der gewählten Vertretung der Bürgerschaft überwacht und beeinflußt wird. Der Versuch durch eine Art organisatorischer "Schiebung" gewisse Schwierigkeiten zu vermeiden wird fehlschlagen, und vor ihm kann nicht genug gewarnt werden.

Auch sonst zeigt der Entwurf an einer ganzen Reihe anderer Stellen, so besonders bei den Bestimmungen über die Staatsaufsicht und über die Befugnisse des Oberbürgermeisters, daß hier aus momentanen Stimmungen heraus Überspitzungen in das Gesetz gekommen sind, die nicht von Dauer sein können. Die Staatsaufsicht kann niemals die örtliche Verwaltung ersetzen. Fehler der örtlichen Verwaltung, die immer vorkommen werden, müssen aus sich selbst heraus korrigiert werden, und der Versuch durch allzu starke Häufung von Machtbefugnissen auf eine einzelne Person Schwierigkeiten zu vermeiden wird nur dazu führen die Stellung jedes künftigen Oberbürgermeisters von vornherein so gut wie unmöglich zu machen, weil er gerade infolge seiner (zu einem Teil allerdings auf dem Papier stehenden) Machtbefugnisse mit viel zu großem Mißtrauen der ihm gegenüberstehenden Stadtverordnetenversammlung zu rechnen haben würde.

In diese Schwierigkeiten ist der Gesetzentwurf hineingeraten, weil er in einer gewissen Überspitzung die allgemeinen Prinzipien der bevorstehenden kommunalen Verfassungsreform für das Berliner Gesetz in einer Sonderabmachung hat vorwegnehmen wollen. Es wäre richtiger gewesen von vornherein das Berliner Gesetz organisch mit dem neuen Selbstverwaltungsgesetz zu verbinden und in den Grundfragen der Organisation der Stadtverwaltung, der Befugnisse der Aufsichtsbehörde, der Stellung des Oberbürgermeisters usw. die Bestimmungen des allgemeinen Gesetzes gleicherweise auf das Berliner Gesetz zu übertragen. Man hätte dadurch vermieden, daß das Berliner Gesetz mit dem Odium eines Sondergesetzes behaftet wird, und sicher eine günstigere Basis für seine Durchführung geschaffen.

Davon abgesehen muß aber doch gesagt werden, daß die Grundgedanken der allgemeinen Verwaltungsreform auch für Berlin *richtig* sind. Die Erfahrungen der Berliner Stadtverwaltung haben genau wie die in fast allen Städten gezeigt, daß die Magistratsverfassung überholt ist. Je mehr der Magistrat, politisch beeinflußt, sich in eine Art gehobenen Ausschuß der Stadtverordnetenversammlung verwandelt, desto mehr wird die Verwaltungsarbeit durch die vielfach nur noch fiktive Aufrechterhaltung zweier Körperschaften kompliziert. In einer Stadtverwaltung wie der Berliner leidet infolgedessen die gesamte Arbeit fast bis zur Unerträglichkeit unter der Fülle der Sitzungen, die infolge dieser veralteten Verfassung notwendig werden. Stadtverordnetenversammlung und Magistrat haben ihre Ausschüsse, haben ihre Deputationen

usw.; in ungezählten Sitzungen wird eine und die selbe Materie xmal beraten, und ein großer Teil des Erfolgs der Verwaltungsarbeit hängt von der Fähigkeit ab eine Materie durch x Instanzen terminmäßig hindurchzupfeitschen. Das Schwergewicht der politischen Willensbildung hat sich nun einmal auf die Stadtverordnetenversammlung als die gewählte Vertretung der Bürgerschaft verschoben, und dieser tatsächlichen Entwicklung muß auch die Verwaltungsform in ihren Einzelheiten folgen. Wenn in Konsequenz dieser Entwicklung die eigentliche Verwaltung dann nicht mehr kollegial sondern bürokratisch organisiert wird, sie infolgedessen dem Oberbürgermeister als Person allein untersteht, braucht man noch in keiner Weise zu befürchten, daß dadurch nun tatsächlich eine übertriebene Machtfülle in die Hand einer Person gelegt werden wird. Im allgemeinen wird der einzelne die Machtfülle besitzen, die ihm auf Grund seiner Leistungen zukommt. Und kein Berliner Oberbürgermeister wird selbständige und leistungsfähige Dezernenten, die an der Spitze der einzelnen Verwaltungszweige stehen, ignorieren können. Er wird mit ihnen genau so rechnen müssen, wie er mit dem politischen Willen der Stadtbürgerschaft zu rechnen hat, mit der er gerade durch die Stadtverordnetenversammlung in engste Fühlung gebracht wird. Ich halte gerade aus diesem Grund auch den Vorsitz des Oberbürgermeisters in der Stadtverordnetenversammlung für unbedingt notwendig, weil eine möglichst enge Verbindung zwischen Verwaltung und Stadtverordnetenversammlung unter allen Umständen erstrebt werden muß. Der Oberbürgermeister als Chef der Verwaltung im Verein mit den Führern der politischen Parteien wird die Einheitlichkeit der Willensbildung und deren Beschleunigung ermöglichen. Alle Erfahrungen der Vergangenheit haben nur zu deutlich gezeigt, daß beides, Einheitlichkeit und Beschleunigung, in Berlin stärker in die Erscheinung treten muß als es bisher der Fall war. In diesem Sinn bedeutet der Gesetzentwurf, wenn er von seinen Überspitzungen befreit wird, und wenn er nicht mehr als Sondergesetz für Berlin behandelt sondern als konsequente Anwendung der allgemeinen Grundsätze des neuen Verwaltungsgesetzes auf die Berliner Verhältnisse in Angriff genommen wird, zweifellos einen bedeutenden Fortschritt gegenüber dem bisherigen Zustand.

Man kann nur bedauern, daß der preußische Entwurf der Selbstverwaltung sich im übrigen allzu eng allein die rheinische Bürgermeistereiverfassung als Vorbild genommen hat. Ihr gegenüber bietet die süddeutsche Stadtratsverfassung, wengleich sie in der praktischen Handhabung nicht allzusehr von ihr verschieden sein mag, doch eine ganze Reihe nicht zu unterschätzender Vorteile. Ich bin im Gegensatz zum Gesetzentwurf der Meinung, daß die Verurteilung der Tätigkeit ehrenamtlicher Stadträte aus den tatsächlichen Verhältnissen heraus nicht begründet werden kann. Man möchte vielmehr im Gegenteil behaupten, daß durch die Heranziehung ehrenamtlicher Kräfte und die dezernatsmäßige Anteilnahme an der Verwaltung Wertvolles auch im Berlin der Nachkriegszeit geschaffen worden ist. Die süddeutsche Verfassung sieht diese Möglichkeit vor, und es sollte im Landtag unter allen Umständen versucht werden diese Möglichkeit auch im neuen Gesetz beizubehalten. Daß die großen Hauptdezernate Hauptamtskräften vorbehalten bleiben müssen, versteht sich von selbst und wird von niemandem bestritten. Ebenso wenig kann man bestreiten, daß eine klarere und konzentriertere Einteilung der Dezernate durch große Verwaltungsgruppen in der Zentrale wie

in den Bezirken unbedingt notwendig ist. Aber auch hier sollte man der eigenen Entschlußkraft der Berliner Stadtvertretung Raum lassen, die auf die Dauer selber wissen muß, was für die Berliner Verwaltung zweckmäßig ist. Das Schwergewicht der Reformarbeit wird stets in der Berliner Verwaltung selbst liegen. Was sie braucht, ist Vertrauen und Befreiung von Fesseln, die man ihr bisher ganz unnötigerweise auferlegt hat.

Der vorliegende Gesetzentwurf ist in einer Reihe von Einzelheiten so sehr mit der allgemeinen Reform verquickt, daß er von ihr nicht wird getrennt werden können. Einzelne seiner Bestimmungen sind meines Erachtens unannehmbar, in seiner Grundtendenz aber verfolgt er trotz einer unverkennbaren Beeinflussung durch die allgemeine Stimmung doch offensichtlich den Zweck die Verwaltung selbst übersichtlicher und schlagfertiger zu gestalten. Alle Erfahrungen sprechen dafür, daß die Entwicklung in den Grundlinien den hier vorgezeichneten Weg gehen wird: Vereinfachung der Verfassung durch Beseitigung des veralteten Systems der Magistratsverfassung, enge Verbindung zwischen Verwaltung und beschlußfassender Körperschaft durch die Bürgermeistereiverfassung oder die süddeutsche Stadtratsverfassung, gemeinsame Kombination mit Vorsitz des Oberbürgermeisters in der Stadtverordnetenversammlung, Verkleinerung der Zahl der Bezirke, die den Überblick über die Gesamtverwaltung erleichtert, Regelung der Kompetenzen der einzelnen städtischen Organe durch eigene Ortsgesetze, Verzicht auf überflüssiges Eingreifen der Aufsichtsbehörde und auf organisatorische Kunststücke, die angebliche oder wirkliche politische Schwierigkeiten der Stadtvertretung mit kleinen Mitteln überwinden wollen. Die wichtigste Reform freilich wird die Revision der *seelischen Haltung* des Staats und des Reichs gegenüber der eigenen Hauptstadt sein müssen. Berlin war lange genug das Stiefkind Deutschlands. Man erkenne endlich seine große repräsentative, kulturelle und wirtschaftliche Bedeutung. Man gebe ihm die materielle und formelle Möglichkeit zu leben. Es wird dann schon leben.

WILHELM KIENLE . KLEINE BETRACHTUNGEN ÜBER SPARSAMKEIT

BEI fast allen Haushaltsverhandlungen kann man beobachten, wie jede Interessentengruppe nur bei der andern Sparmöglichkeiten sieht und anerkennen will. Jedes Ministerium oder jede sonst verantwortliche Stelle fühlt sich verpflichtet den eingebrachten Entwurf zum Haushaltsplan mit aller Energie zu vertreten. Sie würde aber diese Willensstärke besser darauf verwenden im eigenen Bereich alle nicht unbedingt erforderlichen Ausgaben zu vermeiden, Ausgaben, die ein wirtschaftlich handelnder Haushaltsvorstand nach seiner finanziellen Leistungsfähigkeit als unvertretbar bezeichnen müßte. Durch eine falsche Finanzgebarung werden nur neue Sorgen um die Heranschaffung der fehlenden Mittel geschaffen, die in Form neuer Steuern oder sonstiger Einnahmen aufgebracht werden müssen. Ich denke dabei besonders an die Sachausgaben. Daß Einsparungen oder, besser gesagt, Minderausgaben in ungezählten Fällen möglich sind oder möglich gewesen wären, ist von Angehörigen der Sozialdemokratischen Partei in den Rechnungs- und Haushaltsausschüssen des Reichstags wiederholt nachgewiesen worden. Jeder erfahrene Revisions-

beamte, der mit Interesse und Verständnis prüft, weiß zum Beispiel auch, wie oft gegen Ende des Rechnungsjahrs Ausgaben, die wenigstens im Augenblick nicht geleistet zu werden brauchten, dennoch bewirkt werden. Die durch den Haushaltsplan bewilligten Gelder werden restlos verbraucht, damit die Haushaltsmittel ja nicht etwa in den kommenden Rechnungsjahren infolge der Minderausgaben dieses Jahres niedriger bemessen werden. Wie die nachgeordneten Behörden gegenüber den Ministerien die Ansätze in den Entwürfen zu den Haushaltsplänen zu begründen haben, so sind die Ministerien gegenüber den gesetzgebenden Körperschaften zu einer eingehenden Begründung ihrer Anforderungen verpflichtet. Nun läßt sich alles begründen, und sonderbarerweise haben mitunter Begründungen, die Eingeweihten unglaublich erscheinen, Erfolg, wenn sie nur mit dem nötigen Nachdruck bei den entscheidenden Stellen vertreten werden. Früher hat man versucht zum Sparen dadurch anzuleiten, daß man ersparte Haushaltsmittel für übertragbar erklärte, das heißt, daß Minderausgaben in dem einen Rechnungsjahr noch in den folgenden Jahren aufgebraucht werden konnten. Der Gedanke war ohne Zweifel gut, er hatte auch zunächst den beabsichtigten Erfolg. Aber bald artete diese "Töpfchenwirtschaft" derart aus, daß die gesetzgebenden Körperschaften diese Maßnahme im Reichshaushaltsplan auf das Mindestmaß beschränken mußten. Seitdem scheint bei manchen Behörden der Anreiz zu Einsparungen stark nachgelassen zu haben.

Eine Behörde, die Jahr für Jahr ihre Mittel für nicht zwangsläufige Ausgaben restlos verbraucht, verdient wahrhaftig keinen besondern Kredit; man kann solchen Behörden gegenüber nicht kritisch genug sein, ihre Anforderungen von Haushaltsmitteln nicht scharf genug prüfen. Dagegen sollte man sparsamen Behörden gegenüber großzügiger sein, vor allem sollte man nicht ohne weiteres Streichungen auf Grund von Einsparungen im letzten oder vorletzten Jahr vornehmen. Auch besondere Anerkennungen würden ihre Wirkung nicht verfehlen. Ferner sollte man ein besonderes Augenmerk darauf richten, daß keine Ausgaben geleistet werden, für die kein dringendes Bedürfnis mehr besteht, oder die zurzeit noch nicht notwendig sind. Häufig stellt sich später doch heraus, daß sie vermieden, und daß mit den ersparten Geldern dringendere Aufgaben gelöst werden konnten. Den verantwortlichen Stellen sollte es im Hinblick auf die finanzielle Lage des Reichs eine selbstverständliche Pflicht sein sich bei der Verausgabung öffentlicher Gelder der äußersten Zurückhaltung zu befleißigen. Leider scheint es bei manchen Stellen noch an der nötigen Einsicht zu fehlen. Es ist bedauerlicherweise durchaus nichts Seltenes, daß ein Beamter sich durch gute und erfolgreiche Begründung bei der Anforderung zu hoher Haushaltsmittel bei seinem Chef beliebt macht, der sich dem Reich gegenüber für eine sparsame Wirtschaft verantwortlich fühlen sollte. Hingegen zieht sich der sparsame Beamte durch sein entsprechendes Verhalten die Mißgunst seines Vorgesetzten zu. Es ist auch eine alte Erfahrung, daß sich zum Beispiel Prüfungsbeamte, wenn sie ihren Dienst pflichtgemäß im Rahmen der geltenden Gesetzesvorschriften und sonstigen Bestimmungen ausüben, bei manchen Leuten geradezu verhaßt machen. Deshalb ist es notwendig, daß Stellen bestehen, die von solchen Einflüssen absolut frei und nur den gesetzgebenden Körperschaften gegenüber für die Finanzgebarung verantwortlich sind. Ihnen muß anempfohlen werden darüber zu wachen, daß unnötige Ausgaben und Überschreitungen unterbleiben, die eine Mißachtung des Budgetrechts der gesetzgebenden Körperschaften bedeuten.

sein, so bei Größtbetrieben oder einer Mehrzahl von Großbetrieben (Eigenunternehmung, Eigengut²); es kann sich auch um eine Unternehmung der Industrie (Industriegut) handeln oder seltener des Handels (Handelsgut, bei Exportfirmen vorkommend) oder gar des Bankwesens (Bankgut, häufig zum Beispiel in der Hand von Agrarbanken). Im folgenden sei der für uns bei weitem wichtigste Typus, das Industriegut, als Repräsentant aller 3 Typen allein noch behandelt. Der Unternehmer beim Regiebetrieb kann weiter ein öffentlicher Verband sein (Staat, Gemeinde, Kreis, Provinz usw.: der Zwangskonsument³), ein Organ freier Konsumentenvereine (Konsumgenossenschaft, Großeinkaufsgesellschaft: der Freikonsument), endlich eine Gewerkschaft oder eine gewerkschaftseigene Unternehmung (der Großproduzent).

Das häufige Auseinanderfallen von Betrieb und Eigentum braucht in diesem Zusammenhang nicht behandelt zu werden. Für das Auseinanderfallen von Betrieb und Unternehmung gibt es 3 Möglichkeiten:

Der 1. Fall ist der der Produzentengenossenschaft, in der sich Klein- oder Zwergbetriebe zusammenschließen für sämtliche Zwecke, für die sonst Spezialgenossenschaften geschaffen werden, die also Ein- und Verkaufs-, Maschinenverwertungs-, Molkerei- usw. -genossenschaft in einem ist⁴; diese Form nähert sich der genossenschaftlichen Kollektivwirtschaft, falls die Genossenschaft ein Verkaufsrecht am Einzelbetrieb hat oder bei Todesfällen den Nachfolger des Betriebsleiters bestimmt, damit eine Art Obereigentum besitzt⁵.

Der 2. Fall tritt ein, wenn mehrere Eigenbetriebe einem individuellen Unternehmer unterstehen; es können sämtliche Einzelbetriebe in Regie geleitet werden, ohne daß der Unternehmer die zentrale Leitung abgetreten hätte, also eine Regieunternehmung bestünde. Die Betriebe können in eine rechtlich selbständige Gesellschaft, deren Anteilsmajorität einer Person oder Familie gehört (Eigengesellschaft) eingebracht werden, wie es englische Landlords seit 1914 oft taten. Aus der Rechtsform ist nicht zu erkennen, ob die Leitung einiger oder sämtlicher Einzelbetriebe oder (in Regieunternehmung) auch die der Gesamtunternehmung nicht durch den Unternehmer, den Anteilseigner oder eventuellen Einzelkaufmann, ausgeübt wird sondern durch eine beauftragte Person, die bei einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung dem Hauptanteilseigner als Geschäftsführer gegenüberstände. Es kann auch ein Nichtregiebetrieb, etwa ein Größtbetrieb, in eine Eigengesellschaft, die Nichtregieunternehmung ist, eingebracht werden; häufiger werden Regiebetriebe in einer Nichtregieunternehmung (Gesellschaft oder nicht) sein. Beim individuellen Eigenbetrieb ist demnach 3fach zu scheiden danach, ob er Regiebetrieb oder Nichtregiebetrieb, ob er, falls Regiebetrieb, einer Regieunternehmung oder einer Nichtregieunternehmung, und danach, ob er einer Eigengesellschaft oder einer Personalunternehmung gehörig ist. Hierbei ist die wichtigste Unterscheidung die zwischen Regiebetrieb mit und ohne Regieunternehmung auf der einen und dem Nichtregiebetrieb auf der andern Seite.

2) Mit Gut können wir sowohl einen (landwirtschaftlichen) Betrieb als auch eine (landwirtschaftliche) Unternehmung bezeichnen.

3) Zu den Ausdrücken Zwangskonsument, Freikonsument, Großproduzent (und Arbeitergesellschaft siehe *Kloss Theorien der Arbeiterbewegung, in der Gemeinwirtschaft 1926* Seite 158 und folgende.

4) Das schließt die Ausgliederung einer Spezialgenossenschaft, etwa eines Konsumvereins, nicht aus.

5) Ihre Funktionen sind denen einer Dachgesellschaft ähnlich. Ein Beispiel ist die Siedlung Gildehall bei Neuruppin. Bei Neugründungen macht die erste Aufteilung Schwierigkeiten; so scheiterte um 1920 im ersten Stadium die Genossenschaft Empor in der Nachbarschaft von Bärenklau, um 1923 die Genossenschaft der Freisassensiedlung Friedrichsfeld bei Wesel. Erfolgssicherer wird der Zusammenschluß bestehender selbständiger Kleinbetriebe sein.

Der 3. Fall ist der, daß verschiedene Regiebetriebe, die Staat, Gemeinden, freien Konsumentenorganisationen, Gewerkschaften oder industriellen Unternehmungen gehören, in eine rechtlich selbständige Gesellschaft eingebracht werden. Gehören ein oder mehrere Betriebe dem Zwangskonsumenten (Staat, Gemeinde, Provinz usw.), Freikonsumenten (Großeinkaufsgesellschaft usw.) oder Großproduzenten (Gewerkschaften oder gewerkschaftseigenen Unternehmungen), so sprechen wir von Korporativbetrieben, von der selbständigen Gesellschaft, in die sie eventuell eingebracht sind, als Korporativgesellschaft⁶.

Man müßte agrartechnische und gesamtwirtschaftliche Fragen mitbehandeln, wollte man die Aussichten von Groß- und Kleinbetrieben abwägen. Überwiegend wird eine Vorzugseignung des Kleinbetriebs für Viehwirtschaft angenommen, weniger unbestritten eine schwache Vorzugseignung des Großbetriebs für Getreidebau und vor allem eine ausgesprochene Vorzugseignung des Zwergbetriebs und des kleinern Kleinbetriebs für Obst- und Gemüsebau. Ganz allgemein sei gesagt, daß der Großbetrieb für die technische Rationalisierung oder, wenn man will, Industrialisierung⁷ eine Zukunft hat, so daß die Konstruktion seiner optimalen Gestalt nicht nur theoretischen Wert hat.

Für den Großbetrieb ergeben sich aus alledem die folgenden Formen: 1. der individuelle Regiebetrieb, mit oder ohne Regieunternehmung, 2. der individuelle Nichtregiebetrieb, 3. das Industriegut, 4. das Korporativgut, 5. und 6. die genossenschaftliche und die kommunistische Kollektivwirtschaft.

Die 1. und die 6. Form seien im folgenden beiseite gelassen. Der individuelle Regiebetrieb wird sehr häufig dort zu finden sein, wo eine Mehrzahl von Großbetrieben einem einzelnen Unternehmer gehört, so daß ihre Summe einem riesigen Größtbetrieb gleichkommt, und die Unternehmung eine Größtunternehmung⁸ ist. Sie sind ebenso zu beurteilen wie der individuelle Größtbetrieb. Allgemeine Überzeugung ist, daß individueller Größtbetrieb und individuelle Größtunternehmung ungesund sind. Merkwürdig, daß man noch nicht zur Festsetzung einer Höchstgrenze für individuellen Großgrundbesitz gelangt ist. Dies ist nur aus der Verwechslung erklärlich, daß Bekämpfung von Latifundien Bekämpfung auch des individuellen Großgrundbesitzes schlechthin bedeute. Wenn man in osteuropäischen Staaten Höchstgrenzen zwischen 80 und 240 Hektar festlegte, so traf man damit den individuellen Großbetrieb; aber eine Höchstgrenze von, sagen wir, 1500 oder 900 Hektar (die den Fürstenabfindungskampf von 1926 zu einem großen Teil überflüssig gemacht hätte) hat mit der Frage des Großbetriebs nichts zu tun, verhindert nur die Zusammenballung zu vieler Großbetriebe in einer Hand oder die übermäßige Ausdehnung eines Betriebs. Über die kommunistische Kollektivwirtschaft ist zu sagen, daß sie die Struktur der genossenschaftlichen Kollektive durch Ausschaltung der rechenhaften Beziehungen zwischen den Genossen aufs äußerste vereinfacht, und daß ihr Gelingen, das möglich und wünschenswert wäre, doch von bestimmten menschlichen Qualitäten abhängt.

Es bleiben individueller Nichtregiebetrieb (im folgenden Eigengut schlechthin), Industriegut, Korporativgut und Arbeitergenossenschaft. In jedem Be-

6) Die Allmende, im Prinzip Korporativbetrieb, nähert sich der genossenschaftlichen Kollektivwirtschaft, wenn sie dem politischen Verband mit Nutzungsberechtigung der einzelnen, oder wenn sie der Realgemeinde gehört.

7) Siehe *Hackert* Industrialisierung der Landwirtschaft /Berlin 1925/.

8) Die Latifundie ist eine individuelle Größtunternehmung, die entweder zu einem individuellen Größtbetrieb oder zu einer Summe von individuellen Großbetrieben gehört.

trieb wiederholen sich 4 gesamtwirtschaftliche Probleme: die Stellung der Betriebsleiter⁹ gegenüber Arbeitnehmern und Unternehmern (Kapitalseignern), die Stellung der Arbeitnehmer gegenüber den Betriebsleitern, die Frage der Wirtschaftsorganisation oder Machtverteilung und die Frage der Einkommenspolitik oder Gewinnverteilung. Betriebswirtschaftlich ist der notwendige Ausgleich zwischen Selbstverwaltung und Gebundenheit für die Arbeitnehmer in ihrem Verhältnis zum Betriebsleiter zu finden, während die Stellung des Betriebsleiters außer von den Arbeitnehmern auch von dritter Seite aus, von den Kapitals-, das ist bei Kapitalgesellschaften den Anteilseignern aus, geschwächt werden kann. In der Arbeitergenossenschaft haben wir gleichzeitig Macht- und Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer, die Arbeitnehmer übertragen ihre Machtbefugnisse widerruflich dem Betriebsleiter und teilen sich mit ihm in den Gewinn. Im Eigenbetrieb haben die Arbeitnehmer normalerweise keine Machtbeteiligung über die schwachen Ansätze des Betriebsrätegesetzes hinaus, und sie erhalten feste Abfindungslöhne ohne Lohnergänzungen; der Betriebsleiter hat alle Macht und eventuell, als Hauptanteilseigner einer Gesellschaft¹⁰, allen Gewinn. Im normalen Industriegut und Korporativgut ist die Stellung der Arbeitnehmer die gleiche; der Betriebsleiter erhält nicht allen Gewinn sondern neben festem Gehalt nur einen Gewinnanteil, und auch seine Macht ist durch die des Kapitaleigners beengt.

Wir untersuchen nunmehr die folgenden kritischen Punkte: den Machtanteil des Betriebsleiters in der Arbeitergenossenschaft, dem Industriegut und dem Korporativgut; den Machtanteil der Arbeitnehmer in Industriegut, Korporativgut und Eigenbetrieb; den Gewinnanteil der Arbeitnehmer in Industriegut, Korporativgut und Eigenbetrieb.

Bei der Arbeitergenossenschaft muß ohne Erfahrungsmaterial geurteilt werden¹¹. Franz Oppenheimer hat einen grundlegenden Gegensatz von städtischer und landwirtschaftlicher Arbeiterproduktivgenossenschaft (und Arbeiterproduktivgesellschaft überhaupt) herauszuarbeiten gesucht. Doch trennt beide entscheidend nur der gesamtwirtschaftliche Gesichtspunkt: daß die untransformierte gewerbliche Produktivgenossenschaft außerhalb des Kleingewerbes, auch wenn sie betriebswirtschaftlich möglich ist, einem Konzentrationsprozeß gar nicht und einer privatkapitalistischen oder gemeinwirtschaftlichen Planwirtschaft nur schwer einzugliedern ist; während für die landwirtschaftliche Arbeiterproduktivgenossenschaft nur die betriebswirtschaftliche Brauchbarkeit fraglich ist. Mit einer Ausnahme gilt betriebswirtschaftlich für Gewerbe und Landwirtschaft das gleiche: Die Stellung des Betriebsleiters gegenüber den Genossen in ihrer Doppeleigenschaft als Arbeitnehmer und Kapitaleigner ist nicht weniger fragwürdig auf dem Land, die Sperrung des Betriebs für neue Arbeitnehmer allerdings weniger wahrscheinlich, da neue Arbeiter leichter beschäftigt werden können, dagegen die Aufnahme der neuen Arbeiter in den Kreis der Genossen, ihre Zulassung zu

9) Die Trennung zwischen Betriebsleiter und Unternehmungsleiter wird hierbei ignoriert. Im individuellen Nichtregiebetrieb ist der Unternehmungsleiter mit Betriebsleiter und Kapitaleigner (Unternehmer) identisch, im individuellen Regiebetrieb im Rahmen einer Nichtregieunternehmung nur mit dem Kapitaleigner. Der Betriebsleiter in der Arbeiterproduktivgenossenschaft braucht vollständige Unabhängigkeit von den Kapitaleignern nur in seiner Funktion als Unternehmungsleiter.

10) Eine Gesellschaft wird beim individuellen Nichtregiebetrieb seltener vorkommen als beim individuellen Regiebetrieb.

11) Nach den Erfahrungen Oppenheimers auf seiner Palästina-reise 1926 sind die Kwuzoth eher kommunistische als genossenschaftliche Kollektivwirtschaften, ohne daß man sie darum in eine der Typen der Kommune einordnen könnte.

Macht und Gewinn, also die Verhinderung einer Transformation schon wieder ebenso problematisch wie im Gewerbe. Aber auch im Gewerbe ist, wie vor allem umfangreiche englische Experimente bewiesen haben, die Transformation vermeidbar durch Zusammenarbeit mit den untransformierbaren Konsumgenossenschaften, und sogar ohne diese durch Satzung und durch Änderung der Denkweise des Arbeiters. Das Gelingen der Arbeitergenossenschaft hängt mithin von psychischen Voraussetzungen ab; der Kapitaleigner bindet leicht den Betriebsleiter wie den neuen Arbeitnehmer, der noch Nichtgenosse ist. Nicht gegenüber den Arbeitnehmern, aber gleichfalls gegenüber den Kapitaleignern ist die Stellung des Betriebsleiters gefährdet im Industrie- und Korporativgut. Bei kleinen Einheiten, so wenn eine Kleinstadt oder eine Konsumgenossenschaft ein einziges Gut bewirtschaftet, wird es nicht einmal zur Aufstellung einer besondern Betriebsbilanz kommen. Aber auch, wo eine Betriebsbilanz die Eigengesetzlichkeit des landwirtschaftlichen Betriebs zum Ausdruck bringt, sind außerlandwirtschaftliche (staatliche, kommunale, industrielle usw.) Erwartungen und Berechnungen maßgeblich für die Bewirtschaftung, und demgegenüber genügt es nicht den Betriebsleiter durch eine Gewinnbeteiligung zu interessieren. Die wirtschaftliche Verselbständigung muß bei allen größeren Gutskomplexen so weit gehen, daß sie in einer rechtlichen Verselbständigung ihren notwendigen Ausdruck findet. Das ist auch verschiedentlich erkannt worden. Es seien als Beispiele für die Einbringung landwirtschaftlicher Güter in selbständige Gesellschaften genannt: aus der Staatsgüterwirtschaft die reichseigene Stickstofflandgesellschaft, aus der Stadtgüterwirtschaft die Berliner Stadtgütergesellschaft, aus der Industriegüterwirtschaft die Landeskulturgesellschaft der Interessengemeinschaft Farbenindustrie. Die Beteiligung des Betriebsleiters am Gewinn wird nur in den seltensten Fällen unterlassen werden.

Daß die Behandlung der Arbeitnehmer in Industriegut, Korporativgut und Eigenbetrieb sie zur Höchstleistung bringt, ist in der arbeitsintensiven Landwirtschaft noch wichtiger als in der Industrie, entsprechend der größeren Bedeutung der Arbeiterleistung gegenüber den Produktionsmitteln. Die Behandlung des Arbeitnehmers soll ihn materiell besser stellen, ihn so als Konsumenten fördern, ihm aber auch psychisch einige Selbständigkeit verschaffen und durch die Doppelwirkung ihn als Produzenten stärken; die Höchstleistung der Arbeitnehmerschaft als Wirkung auf den Produzenten beeinflusst in der großbetrieblichen Landwirtschaft die Gesamtleistung des Betriebs stärker als in anderen Wirtschaftszweigen. Als Konsument beansprucht der Arbeitnehmer einen Anteil am Gewinn, als Produzent daneben noch eine unabhängige Stellung (in gewissem Sinn Machtstellung), die ihm Spielraum läßt.

In Industriegut, Korporativgut und Eigenbetrieb ist die Machtstellung des Betriebsleiters gegenüber den Arbeitnehmern, in allen auch die auf Kapitaleigner und Betriebsleiter entfallende Gewinnquote zu groß. Die Beteiligung der Arbeitnehmer durch Gesellschaftsanteile ist nur bei bestimmten Unternehmungsformen möglich, läßt die Arbeitnehmer in der Minderheit, schafft so Fremd-, das heißt unechtes Eigenkapital¹² und erfaßt nur einen Teil der Arbeitnehmer, spaltet sie also. Der Arbeitnehmer gehört nicht zur Unternehmung sondern zum Betrieb. Der im Betriebsrätegesetz noch undeutlich eingeschlagene Weg zur partiellen Selbstverwaltung der Arbeitnehmer für die Auf-

12) Siehe *Findelsen* Die Unternehmungsform als Rentabilitätsfaktor /Berlin 1924/ Seite 90.

gaben des Betriebs ist in der Anteilswirtschaft Bärenklau durch Erweiterung der Zuständigkeit des Betriebsrats weiterverfolgt und muß in seiner Bedeutung mit voller Klarheit gesehen werden. Daneben ist ein Recht der Arbeitnehmer zur Einsichtnahme in die nicht von ihnen miterledigten Aufgabekreise der Unternehmung im Anschluß an den Grundgedanken des Betriebsratgesetzes denkbar, aber weniger dringend. Die nur allmählich unter ständiger Schulung mögliche Stärkung ihrer Machtstellung wird bei den Belegschaften zur genossenschaftlichen Zusammenfassung und damit nicht selten auch zur rechtlichen Verselbständigung in einem eingetragenen Verein (Genossenschaft oder Treuhand) führen. Unvermeidlich wird die rechtlich selbständige Arbeitsgenossenschaft für eine fluktuierende Arbeiterschaft, wie die Arbeitsdienstpflichtigen in forstwirtschaftlichen Betrieben Bulgariens, die italienischen nicht spezifisch jungmannschaftlichen Arbeitsgenossenschaften von Landarbeitern; Analoges versuchten in Deutschland, allerdings aus einer soziologisch unmöglichen Konstellation heraus, die Artamanen.

Wie die Frage der Machtbeteiligung des Arbeitnehmers nicht allein durch die Verleihung von Mitgliedschaftsrechten gegenüber der Unternehmung gelöst werden kann, so die Frage einer Beteiligung am Gewinn nicht allein durch eine Gewinnbeteiligung im strengen Sinn des Worts; im weitesten Sinn kann jeder Lohn des Arbeitnehmers als Gewinnbeteiligung bezeichnet werden, so gut wie auch jede landwirtschaftliche Gewerbeertrags- oder selbst Vermögenssteuer als Gewinnbeteiligung des Staats gelten kann. Ein Beteiligungssystem¹³ liegt nur vor, wenn ein fester Anteil am Produktionsergebnis, dies sei nun der naturale Ertrag, der Rohertrag, der Umsatz oder sonst eine Art dieses Ergebnisses, garantiert ist, und von all diesen Arten erlaubt nur die der Rentabilität stets angeglichebene Beteiligung am Reingewinn eine organische Errechnung für die Höhe der auf die Arbeitnehmerschaft entfallenden Belegschaftsquote, die das Verhältnis von Arbeiterleistung und investiertem Kapital berücksichtigt. Die größere Höhe der Quote gegenüber etwa der in der kapitalintensiven Chemischen Industrie denkbaren rechtfertigt sich aus der stärkern erwartbaren Auswirkung auf die Betriebsleistung. Doch kann, damit dem Unternehmer nicht schon der erste erzielte kleine Reingewinn stark beschnitten wird, die Quote, statt proportional zum Reingewinn, progressiv oder, wenn proportional, so doch degressiv im steuertechnischen Sinn, das heißt mit Abschlägen bei geringen Überschüssen, gestaltet werden, wobei im 2. Fall die Quotenhorizontale, im 1. Fall die bei einem als Durchschnitt angenommenen Gewinn fällige Quote dem Verhältnis von Kapital und Arbeit organisch entspricht. Die Arbeiterbeteiligung im landwirtschaftlichen Industriegut, Korporativgut und Eigengut führt zur Anteilswirtschaft, wenn, als Minimalforderung gegenüber dem Optimum, die Quote annähernd organisch errechnet wird, wenn die Beteiligung nicht bedingt, das heißt ohne Rechtsanspruch der Arbeitnehmer, sondern, auch bei kollektiver Beteiligung, unbedingt; wenn sie nicht gebunden, das heißt unter Beschränkung der Verfügungsfreiheit der Arbeitnehmer, nach dem Typus zum Beispiel der Zwangsparkasse, sondern frei; wenn sie nicht unkontrolliert sondern bei der Berechnung der Quote und, bei individueller Beteiligung, auch der einzelnen Gewinnanteile, bei der Auszahlung und gegebenenfalls der Verwaltung der Gelder von den Arbeitnehmern kontrolliert ist. Für die optimale Ausgestaltung

13) Siehe Kloss Sozialpolitik, Lohnergänzung, Gewinnbeteiligung, im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 1929 LXI Seite 626 und folgende.

ist weiter zu fordern, daß die Beteiligung nicht unmittelbar ist sondern mittelbar über ein treuhänderisches Belegschaftsorgan erfolgt, das über die kollektive oder individuelle Verwendung der Gelder frei bestimmt, sie bis zur Klärung des Verwendungszwecks unabhängig verwaltet und später die nicht sofort realisierten Gelder nicht giral als Fremd- oder Eigenkapital unter Arbeitnehmergläubigerschaft oder -teilhaberschaft in der gleichen Unternehmung arbeiten läßt sondern sie sezessiv anderen, nach Möglichkeit gemeinwirtschaftlichen, Geldinstituten zuleitet. Die Kontrollfähigkeit bei kontrollierter und mehr noch die Verfügungsfreiheit bei mittelbarer Beteiligung gehören zur Entwicklung der Macht der Arbeitnehmer innerhalb des Betriebs. Diese Machtstellung und mit ihr verbunden eine optimal gestaltete Beteiligung lassen den Arbeitnehmer Höchstleistungen erzielen, die, bei einer selbständigen Stellung des Betriebsleiters, im wesentlichen die betriebswirtschaftlichen Gründe für eine Unterlegenheit des landwirtschaftlichen Großbetriebs ausmerzen. Es sollte immerhin nicht vergessen werden, daß nicht nur in Bauernhochschulen, Versuchsringen und ähnlichem der Kleinbauer, daß vielmehr auch der Landarbeiter anders als bisher geistig und damit auch agrartechnisch geschult, daß auch er zu einer Selbstverwaltung befähigt werden kann.

Die Anteilswirtschaft kann sich entwickeln: zur Dauererscheinung mit oder ohne Kranz von Einzelansiedlungen, zur Arbeitergenossenschaft mit oder ohne Kranz von Einzelansiedlungen und, in völliger Selbstauflösung des Großbetriebs, zu einer Reihe von Einzelansiedlungen; Arbeitergenossenschaft und Einzelansiedlungen werden durch eine systematische Verwendung überschüssiger Löhne ermöglicht. Von den 5 Möglichkeiten ist die der Anteilswirtschaft als Dauererscheinung mit einem Ring von Einzelansiedlungen an ihrer Peripherie die erfreulichste; denn die Leistungsfähigkeit der Arbeitergenossenschaft ist noch unerprobt, und sie ermöglichte, auch wenn sie als Großbetrieb der Anteilswirtschaft gewachsen wäre, nicht im gleichen Maß die Ansetzung von Einzelsiedlern, die Ausgliederung von Kleinbetrieben (mit denen das anteilswirtschaftliche oder arbeitergenossenschaftliche Restgut in einer Produzentengenossenschaft zusammenarbeiten könnte). Eine neue Möglichkeit zur Einzelansiedlung und damit zur Qualifizierung des Großbetriebs (zur doppelten, weil er einmal als Schöpfer von Kleinbetrieben, dann aber auch in der Zusammenarbeit als Mustergut neuen Wert erhält, wozu noch die weit stärkere Wertsteigerung durch interne Ausgestaltung kommt) sollte in einer Zeit nicht unausgenutzt bleiben, in der in Deutschland relativ und absolut weniger gesiedelt wird als im kleinen Ungarn, in der der Prozentanteil der Großstädte an der Bevölkerung steigt, die extensive Wirtschaft in Ostdeutschland zunimmt, die Anbaufläche in Ostdeutschland sinkt, einer Zeit, in der nach der Bevölkerungszählung von 1925 die deutsche Einwohnerzahl gegen den Stand von 1910 ausschließlich in Gebieten zurückgegangen ist, in denen sie durch Siedlung seit 1919 hätte zunehmen müssen und nur durch polnische Unterwanderung vor noch krasserem Fall bewahrt wird, einer Zeit endlich, in der aus der Einsichtnahme in all diese Tatbestände eine völlige Verwerfung des landwirtschaftlichen Großbetriebs als Extrem sich durchsetzen konnte.

Anders als die Arbeitergenossenschaft ist die Anteilswirtschaft schon erprobt: in der von Franz Oppenheimer und Salomon Dyk eingerichteten, als Vorstufe zur fragwürdigen Arbeiterproduktivgenossenschaft gedachten Anteilswirtschaft Bärenklau¹⁴. Hier ist die Gewinnposition der Arbeitnehmer,

14) Dem Verfasser liegt darüber umfangreiches ungedrucktes Material vor.

das primäre Objekt anteilswirtschaftlicher Gestaltung, schon fast vollkommen gestaltet, aber auch ihre Machtposition ist schon sehr stark. Die Arbeit in dem 1921 gepachteten ehemaligen Domänenvorwerk konnte erst 1922 nach Kauf des Guts voll beginnen. In einem Zeitraum von 3 Jahren führte interner Ausbau im Großbetrieb zu Erfolgen bei zweifellos für Großbetriebe ungünstigen gesamtwirtschaftlichen Voraussetzungen, ausschließlich durch betriebswirtschaftliche Arbeit. Ein Wirtschaftsausschuß der Arbeitnehmer, dessen Aufgabenkreis weit über den eines Betriebsrats hinausgeht, wurde geschaffen. Aus den Arbeitnehmern wurde eine Konsumgenossenschaft gebildet, man konnte ihnen einen Konsumladen und eine Motormühle mit Bäckerei errichten, so daß sie neben Gewinnanteil und verbilligter Lebenshaltung 1925 bereits einen Eigenbesitz im Wert von 10 000 Mark erhalten hatten. Gebaut wurden 14 Arbeiterwohnungen mit Kleinviehställen und eine elektrische Licht- und Kraftanlage; jede Deputatsfamilie hatte eine von der Gutswirtschaft unterhaltene Kuh im Stall. Bei weiter angespanntem Leistungsaufwand der Betriebsleitung wie der Arbeitnehmer stiegen die Erträge pro Morgen für Roggen von 4,50 Zentner auf 12,50, für Hafer von 4,50 auf 12,50, für Kartoffeln von 46 auf 90, für Gerste von 4 auf 12,40; 500 Morgen zu nassen Ackers wurden neu dräniert. Zu dem Gelingen in interner Hinsicht kam das in externer, das heißt im Verhältnis zu anderen Betriebsformen: An 15 Einzelsiedler, unter denen 6 Ostflüchtlinge und 7 Arbeitnehmer des Guts waren, wurden 396 Morgen vergeben, wenn auch bei den Flüchtlingen vielleicht nicht ausschließlich unter Aufwendung eigener Mittel der Gutswirtschaft. Daneben wurden uns hier nicht weiter interessierende Maßnahmen zur Vorbereitung der spätern Übernahme des Guts getroffen. Bis Ende 1928 war der Wert des Arbeitereigenbesitzes auf 20 000 Mark gestiegen; eine Schafherde war angekauft, eine Beregnungsanlage eingerichtet worden. Die Anzahl der Siedlerstellen betrug 32, von denen 11 mit je 40 bis 50 Hektar Areal Bauern gehörten, die übrigen Kleinsiedlerstellen (für Handwerker, Landarbeiter, Geflügelzüchter, Gartenbauer usw.) waren. Mit Hilfe eines auf Grund der Ergebnisse gewährten staatlichen Ankaufskredits war das Gut Lüdersdorf bei Wriezen hinzuerworben und im August 1928 in Bewirtschaftung genommen worden.

Als Beispiel geplant, kann das Unternehmen von Bärenklau, formell als privater Betrieb unter Heranziehung einer (gemeinnützigen) Gesellschaft mit beschränkter Haftung geführt, noch nicht als Typus eines aus erwerbswirtschaftlichen Motiven heraus umorganisierten Betriebs gelten. Für eine derartige Umorganisation kämen Eigengüter (unter Beibehaltung der verengten Bedeutung des Worts), Industriegüter und Korporativgüter in Frage. Wer aber die Wirklichkeit kennt, weiß, wie wenig Aussicht besteht, daß Großgrundbesitzer Anteilswirtschaften, und gar optimal gestaltete, als erste errichten. So wollen wir uns nur mit Industriegut und Korporativgut beschäftigen.

Über Industriegüter ist, wie es scheint, Zusammenfassendes noch nie geschrieben worden, obwohl es sich um Großbetriebe handelt, die in ihrer Summe viele Zehntausende Hektar umfassen. Uns interessieren hier allein die selbstbewirtschafteten, bei denen danach unterschieden werden muß, ob die Güter nur auf Vorrat für spätere Bebauung gekauft sind, ob sie der Belieferung der Werke mit Roh- oder Hilfsstoffen oder der Belieferung der Belegschaft durch Kantinen oder Werkkonsumanstalten dienen, ob sie, wie in der Regel in der Chemischen Industrie, Versuchsgüter sind, wo man oft eine überdurch-

schnittlich geschulte und so für Anteilswirtschaft usw. besonders geeignete Arbeiterschaft treffen wird, oder ob sie, wie ein normaler landwirtschaftlicher Betrieb, als Dauerbetrieb für den freien Markt arbeiten. Für die Verselbständigung der Betriebsleitung und auch für Errichtung einer Anteilswirtschaft kann hier schon einiges Positive erwartet werden, aber eine anteilswirtschaftlich, geschweige denn schlechthin gutswirtschaftlich (also etwa auch hinsichtlich der Arbeitnehmermacht) optimale Gestaltung ist wenig wahrscheinlich; eine mittelbare Beteiligung würde ja eine korrespondierende Erweiterung der Arbeitnehmermacht in der Richtung zur beschränkten Selbstverwaltung hin nahelegen. Entsprechend diesen Hemmungen wird auch die Wirkung der Betriebsumstellung auf die Leistung der Arbeitnehmerschaft nicht die einer höchstmöglichen Steigerung sein.

Am günstigsten liegen die Voraussetzungen für eine vollständige Ausnutzung aller Möglichkeiten zur Leistungssteigerung bei den Korporativgütern, bei deren Kapitaleignern am wenigsten jene fixe Idee zu vermuten ist, alles sei Verlust, was, statt den Reingewinn zu vermehren, dem Arbeiterkonsumenten zugeschlagen, und alles Anarchie, was in Autoritätsentspannung dem Arbeiterproduzenten zugestanden wird. Als Unternehmer können arbeiten: auf lokaler Grundlage beim Zwangskonsumenten die Landgemeinden und die kleinen und mittleren Stadtgemeinden, einschließlich der kleineren Großstädte, die preußischen Kreise und die Zwergländer (Lippe usw.) und seitens des Freikonsumenten die Konsumgenossenschaften, auf regionaler Grundlage beim Zwangskonsumenten die größeren Großstädte, die preußischen Provinzen und die mittleren deutschen Länder ohne Preußen, beim Freikonsumenten (als unwichtige Möglichkeit) die genossenschaftlichen Revisionsverbände; auf nationaler Grundlage beim Zwangskonsumenten das Reich und Preußen, beim Freikonsumenten die Großeinkaufsgesellschaften, endlich der Großproduzent. Nehmen wir die letzterwähnte Möglichkeit vorweg. Der Großproduzent kann folgendermaßen auftreten: zentralistisch über ein allen Gewerkschaften gemeinsames Organ, zum Beispiel eine Arbeiterbank, hin, gegliedert dezentralistisch, wie bei den deutschen Bauhütten und in den Plänen der Gildensozialisten, was für Landwirtschaftsbetriebe die Übernahme nur durch Landarbeitergewerkschaften wie durch Gesellschaften anderer Berufe bedeuten würde, endlich gar ungegliedert dezentralistisch, zum Beispiel mittels Übernahme landwirtschaftlicher Betriebe etwa durch eine Metallarbeitergewerkschaft. Heute fehlen Wille und Fähigkeit zu allen 3 Formen gewerkschaftlicher Betätigung in der Landwirtschaft. Doch soll hervorgehoben werden, daß die arbeitsintensive Landbewirtschaftung recht wohl neben dem Baugewerbe zu den Wirtschaftszweigen gehören könnte, die einen Erfolg gegliedert dezentralisierter gewerkschaftlicher Unternehmerarbeit gestatten.

Die Unternehmer der lokalen Stufe kommen für eine großzügige Gutswirtschaft mit weitgehender Verselbständigung der Betriebe nicht in Betracht, so sehr vor allem bei Konsumgenossenschaften und größeren Städten Experimente zu wünschen sind. Auf der nationalen Stufe können Reich und Preußen beispielgebend vorgehen, aber so sehr sich staatliche selbstbewirtschaftete Mustergüter bewährt haben, so wenig können sie bei ihrem Mangel an regionaler Verwurzelung sich sehr stark ausdehnen. Es bleiben auf regionaler Grundlage ostdeutsche Großstädte (zum Beispiel Breslau), die preußischen Provinzen und einige deutsche Länder, die ihrer Größe nach gleichfalls mehr die Funktionen kommunaler Selbstverwaltungsverbände und

weniger ausgeprägte politisch-geistige Funktionen haben als Reich und Preußen (zum Beispiel Sachsen, Mecklenburg-Schwerin), endlich auf nationaler Stufe, ohne regionale Verwurzelung, aber weit stärker als Reich und Preußen wirtschaftlich orientiert, die beiden deutschen Konsumgenossenschaftlichen Großeinkaufsgesellschaften, von denen indessen nur die Hamburger Großeinkaufsgesellschaft expansionsfähig zu sein scheint. Gegenüber allen Unternehmungen der Zwangsverbände spricht für die der Großeinkaufsgesellschaft, daß die Herrschaft von Rentabilitätsgesichtspunkten bei ihr stärker gesichert, und geringerer Wechsel der Gesamt- wie auch der Einzelbetriebsleitung die vorplanende Arbeit auf lange Sicht ermöglicht, daß jedenfalls der Betriebsleitung gegenüber dem Kapitalsigner eine mehr bestimmte und darum gleichmäßigere Haltung möglich ist. Die Konsumgenossenschaftsbewegung würde doppelt befruchtet durch die Bildung ländlicher Konsumvereine und durch die verbilligte Produktengewinnung in Eigenproduktion. Die Opposition der bäuerlichen Verbände und ihrer Genossenschaftsverbände gegen Landbewirtschaftung durch den Freikonsumenten wird still werden, sobald erwiesen ist, daß der neue Großgrundbesitzer nicht Bauern legt sondern Bauern setzt, und wenn auch die Ansetzung von Einzelsiedlern nicht sofort in die Wege geleitet werden kann, wird es doch schon von Wert sein die Lebensfähigkeit wirklich gesunder großbetrieblicher Organismen in der Landwirtschaft zu beweisen. Wird schon hiermit und mit dem praktischen Vorgehen auf dem zur Selbsterhaltung des Großgrundbesitzes unvermeidlichen Weg zur betriebspsychologischen Modernisierung dem privaten Großgrundbesitz durch die Großeinkaufsgesellschaft ein Dienst erwiesen, so könnte er auch damit wohl zufrieden sein, daß ein typisch gemeinwirtschaftliches Organ in einem Teil seiner Wirksamkeit zwangsläufig in gesamtwirtschaftlichen Fragen die Interessenlage der großbetrieblichen Landwirtschaft teilt und so von Einseitigkeiten abgebracht wird. Der Großeinkaufsgesellschaft würde ein erstes Experiment, das ja nicht mehr ohne jede Nutzung älterer Erfahrungen vor sich gehen müßte, der Aufkauf eines Guts von beschränktem Umfang, kaum ein Risiko bedeuten. Kann doch nach mancherlei Rückschlägen heute 34 000 Hektar allein in England die englische (ohne die schottische) Großeinkaufsgesellschaft bewirtschaften, die unsere Frage nach der optimalen Struktur des Großbetriebs sicherlich nicht gelöst, schwerlich auch nur schon klargestellt hat. Ende 1927 hat die Großeinkaufsgesellschaft das etwa 2700 Morgen große Gut Osterholt in der Altmark gekauft, das der Belieferung einer Gemüsekonservenfabrik der Großeinkaufsgesellschaft in Stendal dienen soll. Anteilswirtschaftliche Gestaltung ist bisher nicht geplant. Daß dieses Gut indessen gleichzeitig Korporativgut und Industriegut ist, sollte kein Hindernis sein, da eben bei Industriegütern mit einer besonders geschulten Arbeiterschaft gerechnet werden kann.

Es ist an der Zeit, daß die gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen praktisch die Lage des Großgrundbesitzes nachprüfen. Zweck hat die Nachprüfung nur, wenn sie unter optimaler betriebswirtschaftlicher Gestaltung vorgenommen wird. Allerdings besteht in der Regel für Stadtgüter und Industriegüter nicht in vollem Maß das Absatzproblem des für einen freien Markt arbeitenden Betriebs, so daß in vielen Fällen die Vergleichungsmöglichkeiten unvollständig sein werden. Erweist sich in den ersten kleinen Maßstäben die Gangbarkeit unseres Wegs, werden Ausdehnung und Wiederholung nicht ausbleiben.



RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Innenpolitik / Will Könemann

Deutschland Die innenpolitische Entwicklung Deutschlands wurde in den letzten Monaten von finanzpolitischen Problemen bestimmt, die eng mit der Entscheidung über die Haager Abkommen verflochten waren. Bereits einige Tage nach der Annahme des verklausulierten Vertrauensvotums für die Reichsregierung zeigte es sich, daß Gefahren, die aus den realen wirtschaftlichen Verhältnissen kommen, nicht durch politische Formeln gebannt werden können. Die außerordentlich bedrohliche Lage der Reichskasse zum Jahresende sollte durch einen Überbrückungskredit überwunden werden. Als Voraussetzung für die Vermittlung eines inländischen Kredits verlangte der Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht von der Reichsregierung ein Gesetz zur außerordentlichen Tilgung der schwebenden Reichsschuld. Die Verabschiedung dieses Gesetzes am 21. Dezember 1929 veranlaßte den Reichsfinanzminister Rudolf Hilferding zurückzutreten. Nachdem der sozialdemokratische Abgeordnete Paul Hertz das Finanzministerium abgelehnt hatte, übernahm am 23. Dezember der Volksparteiler Paul Moldenhauer, bisher Reichswirtschaftsminister, dieses Amt; Wirtschaftsminister wurde an seiner Stelle Robert Schmidt. Es stellte sich bald heraus, daß die von der Regierung angekündigte Finanzreform, soweit sie Steuersenkungen betraf, zunächst keinesfalls durchführbar sein werde. Der neue Finanzminister sah sich schließlich sogar gezwungen einen Finanzplan mit sehr erheblichen Steuererhöhungen vorzulegen. Während die Regierung diesen dem Reichsrat zuleitete, verhandelten die Fraktionen über einen eigenen Finanzkompromiß. Die Lage komplizierte sich durch die Forderung des Zentrums vor der Verabschiedung der Younggesetze eine bindende Einigung der Parteien über das Finanzprogramm herbeizuführen. Da diese nicht erreicht wurde, enthielt sich das Zentrum bei der Ausschlußabstimmung über die Younggesetze der Stimme. Wenn es schließlich doch der Verabschiedung der Younggesetze zustimmte, bevor die verlangte Einigung erreicht war, so geschah es, weil der Reichspräsident dem Fraktionsvorsitzenden Heinrich Brüning erklärt hatte, daß

er die Younggesetze nur bei Annahme mit großer Stimmenmehrheit vollziehen, sie andernfalls aber einem Volkstentscheid unterbreiten werde. Außerdem hatte der Reichspräsident erklärt, er werde sich mit allen verfassungsmäßigen Mitteln, die ihm zur Verfügung ständen, für die rechtzeitige Durchführung der Finanzreform einsetzen. Nachdem am 12. März 1930 die Younggesetze angenommen worden waren, traten die Kämpfe um die endgültige Gestaltung der Finanzvorlagen in ihr entscheidendes Stadium. Im wesentlichen handelte es sich schließlich um 2 Fragen, bei denen die Gegensätze aufeinanderprallten: Arbeitslosenversicherung und Steuersenkungsprogramm für 1931. Über den materiellen Inhalt der verschiedenen Vorlagen ist in dieser Rundschau nicht zu berichten. Die Situation am Tag der Entscheidung war folgende: Die Vorlage der Regierung wurde von der Sozialdemokratischen Partei in einzelnen Punkten zwar mit Bedenken betrachtet, aber doch nicht grundsätzlich abgelehnt, von der Deutschen Volkspartei jedoch als undiskutabel bezeichnet, obwohl ihre eigenen Minister ihr zugestimmt hatten. Um dennoch eine Einigung zu ermöglichen, machten Zentrum und Demokratische Partei einen Kompromißvorschlag. Die Regierung erklärte, daß sie diesem Kompromiß zustimmen werde, wenn sich alle Parteien darauf zu einigen vermöchten. Die Deutsche Volkspartei nahm den Kompromißvorschlag an. Die Sozialdemokratische Partei lehnte ihn ab, weil er eine Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung brächte. Für sie handelte es sich nun darum zu entscheiden, ob ihr die unveränderte Aufrechterhaltung des formellen und materiellen Status der Arbeitslosenversicherung ein vollgültiges Äquivalent für die unabsehbaren politischen Folgen einer Preisgabe der Koalition bedeutete. In dieser Frage war die Stellungnahme der politischen und der gewerkschaftlichen Führer nicht einhellig. Ob der Beschluß dann politisch richtig oder falsch war, braucht jetzt nicht erörtert zu werden. Man muß zugeben, daß, wenn man annahm, daß die Deutsche Volkspartei und ein Teil des Zentrums die innenpolitische Entwicklung nach rechts zu drängen trachteten, eine Manifestierung der Einheitlichkeit und Geschlossenheit der Organisationen der Arbeiterklasse geboten schien.

Deutschland: Nach der ablehnenden Haltung der Sozialdemokratischen Partei hätte die Regierung mit ihrem Programm vor das Parlament treten können, um ein klares Ja oder Nein zu verlangen. Dieser Weg wurde ihr durch die Erklärung des Finanzministers Moldenhauer verbaut, daß er die Regierungsvorlagen nicht mehr vertreten könne. Da der Reichspräsident, wenn überhaupt, nur einer in ihrer Zusammensetzung unveränderten Regierung zur Durchführung ihres Programms außerparlamentarische Machtmittel zur Verfügung gestellt hätte, erfolgte nunmehr, am 27. März, die Gesamtdemission des Reichskabinetts. Der Reichspräsident beauftragte den Vorsitzenden der Zentrumsfraktion Heinrich Brüning mit der Bildung einer Regierung ohne koalitionsmäßige Bindung. Brüning stand nicht unvorbereitet vor seiner Aufgabe. Über ihre Möglichkeiten waren bereits Gespräche zwischen weltanschaulich benachbarten Kreisen des Zentrums und der Volkskonservativen um Treviranus geführt worden, daß die Regierungsbildung so schnell gelang, hat, neben der politischen Gesamtlage, seine Ursache in der beachtenswerten Aktivität, mit der der Reichspräsident wesentliche Wünsche zur Gestaltung des Kabinetts durchsetzte. Dieser Einflußnahme ist es vor allem zu verdanken, daß der Führer des Reichslandbunds Martin Schiele in das Kabinett eintrat. Nach Überwindung einiger personeller Schwierigkeiten, bei denen die Besetzung des Außenministeriums eine Rolle spielte, wurde das neue Kabinett am 30. März in folgender Zusammensetzung ernannt: Reichskanzler Heinrich Brüning (Zentrum); in ihren Ämtern bestätigt Außenminister Julius Curtius (Deutsche Volkspartei), Finanzminister Paul Moldenhauer (Deutsche Volkspartei), Wehrminister Wilhelm Groener, Postminister Georg Schätzel (Bayrische Volkspartei); umgruppiert Innenminister Joseph Wirth (Zentrum), Wirtschaftsminister und Vertreter des Reichskanzlers Hermann Robert Dietrich (Demokratische Partei), Arbeitsminister Adam Stegerwald (Zentrum), Verkehrsminister Theodor von Guérard (Zentrum); neu eingetreten Justizminister Johann Viktor Bredt (Wirtschaftspartei), Minister für die besetzten Gebiete Gottfried Treviranus (Christlich-nationale Arbeitsgemeinschaft), endlich Ernährungsminister Martin Schiele. Der letztgenannte trat aber ausdrücklich nicht als Exponent der Deutschnationalen Volkspartei, aus deren Fraktion

er bei Eintritt in das Kabinett durch Niederlegung seines Reichstagsmandats ausschied, sondern als Vertreter des Reichslandbunds in das Kabinett ein. Die Erklärung, mit der der Reichskanzler am 1. April vor den Reichstag trat, umriß kurz und knapp die vorwiegend finanz- und agrarpolitische Aufgabe, die er seiner Regierung stellt. Für den Fall der Annahme eines Mißtrauensantrags wurde die Anwendung »aller verfassungsmäßigen Mittel« angedroht. So weit kam es zunächst nicht. Die von vornherein von der Sozialdemokratischen und der Kommunistischen Partei eingebrachten Mißtrauensanträge gegen das Kabinett Brüning wurden am 3. April mit 252 gegen 187 Stimmen abgelehnt. Am 12. April behandelte dann der Reichstag die von der Regierung verlangte Verbindung zwischen Agrar- und Steuerprogramm. Nachdem in der Presse die Reichstagsauflösung angesagt worden war, brachte, in dramatischer Zuspitzung, die erste Abstimmung der 2. Lesung mit 12 Stimmen (217 gegen 205) eine Mehrheit für das Kabinett, die dann in weiteren Abstimmungen zwischen 7 und 57 schwankte. Den Ausschlag gab hierbei der Landbund, der sich für das Regierungsprogramm erklärte. Darin manifestierte sich der Primat der Produzenteninteressen, die die Bindungen der Parteitagopolitik zerschnitten. Und diese Tatsache behält ihre grundlegende Bedeutung auch bei Auflösung des Reichstags.

Preußen In Preußen fanden im Januar wiederum Verhandlungen über eine Erweiterung der Regierungskoalition durch Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung statt. Die Volkspartei lehnte das Angebot des Ministerpräsidenten Otto Braun: das Ministerium für Handel und Gewerbe und den Posten eines Ministers ohne Portefeuille zu übernehmen, als unzureichend ab. Die Verhandlungen wurden abgebrochen. Ohne äußern Zusammenhang mit diesen Verhandlungen trat d.r. Unterrichtsminister Carl Heinrich Becker von seinem Amt, das er seit 5 Jahren ausgeübt hatte, zurück. Sein Nachfolger wurde der sozialdemokratische Vizepräsident des Brandenburgischen Provinzialschulkollegiums Adolf Grimme (siehe die Rundschau Geistige Bewegung, in diesem Band Seite 274). Die bereits vor Beckers Rücktritt erörterte Kandidatur des Abgeordneten Christoph König scheiterte an dem Widerspruch der Demokraten wie des Zentrums.

Am 21. Februar wurden 2 Mißtrauensanträge gegen den Ministerpräsidenten im Landtag mit 217 gegen 198 Stimmen abgelehnt. Für die Anträge stimmten sämtliche Parteien, die nicht in der Regierung vertreten sind.

Am 14. Februar wurden durch Urteil des Staatsgerichtshofs für das Deutsche Reich die Klagen des Völkisch-Nationalen Blocks und der Volksrechtspartei auf Ungültigerklärung der §§ 31 und 32 des preußischen Landeswahlgesetzes abgewiesen. Diese Paragraphen bestimmen, daß eine Partei durch Addierung der Reststimmen auf der Landesliste nicht mehr Sitze erhalten dürfe als sie in den Wahlkreisen erlangt hat; sie bedeuten also eine Hemmung für die Bildung von Splitterparteien. Die Entscheidung hat nicht nur staatsrechtliche sondern auch politische Bedeutung. Denn durch eine entgegengesetzte Entscheidung wäre der Fortbestand der Weimarer Koalition in Preußen unmöglich gemacht worden, da zuungunsten der Regierungsparteien 17 neue Mandate geschaffen worden wären, die die bisherige Koalitionsmehrheit in eine Minderheit verwandelt hätten.

Am 28. Februar trat der Minister des Innern Albert Grzesinski zurück. Der Hauptgrund war in maßlosen und verhetzenden rein persönlichen Angriffen zu suchen, die in der rechtsradikalen und "kommunistischen" Presse gegen den Minister gerichtet worden waren. Im Zusammenhang mit dieser Angelegenheit wurde der Senatspräsident am Preußischen Oberverwaltungsgericht Grütznert aus der Sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen. Grzesinski, der seit Oktober 1926 an der Spitze der preußischen Verwaltung stand, hat sich durch seine energische Führung große Verdienste um die Republikanisierung des Verwaltungsapparats erworben. Sein Abgang wurde daher von den Gegnern freudig begrüßt. Während seiner Amtstätigkeit wurde die Reform der kommunalen Verwaltung im westlichen Industriegebiet durchgeführt. Das Ministerium des Innern übernahm nunmehr der sozialdemokratische Universitätsprofessor und bisherige Oberpräsident der Provinz Sachsen Heinrich Waentig.

Sachsen Im Sächsischen Landtag wurde am 18. Februar ein von den Nationalsozialisten eingebrachtes Mißtrauensvotum gegen die Regierung Büniger mit 63 gegen 24 Stimmen bei 9 Enthaltungen angenommen. Für das Mißtrauensvotum stimmten

außer den Antragstellern die Deutschen, die Landvolkabgeordneten, die Sozialdemokraten und die "Kommunisten". Büniger erklärte daraufhin den Rücktritt der Regierung. Sie war eine Minderheitsregierung gewesen, angewiesen auf die Mitarbeit der Nationalsozialisten und der Demokraten. Da eine Landtagsauflösung keine wesentliche Änderung der parlamentarischen Konstellation brächte, und eine neue rein bürgerliche Regierung infolge der Absage der Demokraten keine Mehrheit fände, bleibt als einzig möglicher Ausweg die Bildung einer Regierung der Großen Koalition. Diese würde selbst ohne die 11 Wirtschaftsparteiler im Landtag über eine absolute Mehrheit verfügen. Die bisherigen Erfahrungen mit rein bürgerlichen Regierungen haben in der Sächsischen Sozialdemokratie einen bemerkenswerten Stimmungswechsel bewirkt. Sie hat sich bereit erklärt die Regierungsbildung zu übernehmen und in Verhandlungen mit der Volkspartei und den Demokraten einzutreten. Ein Ergebnis ist bisher infolge der zögernden Haltung der Deutschen Volkspartei noch nicht zu verzeichnen.

Thüringen Im Oktober 1929 war in Thüringen innerhalb eines Jahres die 3. Regierungskrise ausgebrochen. Es fanden am 8. Dezember Neuwahlen für den Landtag statt, die folgendes Ergebnis hatten:

Partei	Anzahl der Stimmen		Anzahl der Sitze	
	1927	1929	1927	1929
Sozialdemokraten	254042	258042	18	18
Kommunistische Partei	113295	85209	8	6
Deutschnationale		31736		2
Thüringischer Landbund	270568	131214	19	9
Deutsche Volkspartei		70567		5
Zentrum		9650		—
Nationalsozialisten	27946	90159	2	6
Deutschvölkische	9115	—	—	—
Wirtschaftspartei	75690	76535	6	6
Demokraten	26832	23393	2	1
Volksrechtspartei	22077	9631	1	—
Kommunistische Opposition	3732	12222	—	—
Zusammen	803297	798358	56	53

Alle bürgerlichen Parteien, mit Ausnahme der Demokraten und Nationalsozialisten, hatten ihre Listen mit einander verbunden. Trotzdem war das Ergebnis für die Parteien des frühern "Ordnungsblocks" ein Verlust von 27401 Stimmen. Die Sozialdemokratische Partei vermochte nicht die 28086 Stimmen, die der Kommunistischen Partei verloren gin-

gen, auch nur zum größern Teil aufzufangen; sie dürften neben der Kommunistischen Opposition teilweise den Nationalsozialisten, die 62 213 Stimmen gewannen, zugute gekommen sein. Am 23. Januar wählte der Landtag Thüringens folgende Regierung: den Nationalsozialisten Wilhelm Frick aus München zum Innen- und Volksbildungsminister, den Wirtschaftsparteiler Willy Kästner aus Gotha zum Justiz- und Wirtschaftsminister, den Vorsitzenden der Christlichnationalen Bauern- und Landvolkpartei Hermann Baum zum Finanzminister. Jede der 5 Rechtsparteien erhielt außerdem einen Staatsrat. Die Minister Baum und Frick wurden zu Vertretern Thüringens im Reichsrat ernannt. Es war voraussehen, daß der Einzug der die Republik verneinenden Nationalsozialisten in die Regierung eines deutschen Landes zu Konflikten mit der Reichsregierung führen mußte. Um so mehr, als die nationalsozialistischen Führer immer wieder verkündeten, sie würden in Thüringen eine feste nationalsozialistische Hochburg des Widerstands gegen die Reichsregierung errichten. Am 17. März forderte der Reichsinnenminister Carl Severing die thüringische Regierung auf über gewisse Vorgänge innerhalb nationalsozialistischer Schülerorganisationen Bericht zu geben. Die Antwort wurde in verletzend-der Form von dem Minister Frick verweigert. Nach weiterer Verschärfung des Konflikts sperrte der Reichsinnenminister die Fondszahlungen des Reichs an Thüringen für kulturelle und polizeiliche Zwecke und machte weitere Schritte von dem Ergebnis einer Untersuchung der Thüringischen Polizei durch einen Bevollmächtigten des Reichsinnenministeriums abhängig. Der Nachfolger Severings, Wirth, hielt diese Maßnahme aufrecht; weitere Entscheidungen wird, da Thüringen sich zu Verhandlungen bereit erklärt hat, das Kabinett treffen. Am 29. März wurde vom Thüringischen Landtag ein Ermächtigungsgesetz angenommen, das der Regierung für weitgehende Umorganisation innerhalb der Verwaltung freie Hand gibt. Die Nationalsozialisten versuchen zweifellos in Thüringen ein nationalsozialistisches Machtzentrum unter Ausnutzung des Staatsapparats aufzubauen.

**Frankreich:
Regierungs-
wechsel**

Das Anfang November 1929 gebildete Kabinett Tardieu wurde am 17. Februar 1930 gestürzt. Der eigentliche Grund der schwindenden Mehrheit des Kabinetts Tardieu war in der Finanzpolitik Ché-

rons zu suchen, denn außenpolitisch bot dieses der Opposition keine wesentlichen Angriffspunkte. Der Präsident der Republik erteilte den Auftrag zur Regierungsneubildung dem ehemaligen Innenminister im Linkskartell Herriots und Führer der sozialradikalen Kammerfraktion Camille Chautemps. Seine Bemühungen waren zunächst auf die Bildung eines alle republikanischen Gruppen umfassenden Konzentrationskabinetts gerichtet. Dieser Versuch war in dem Augenblick gescheitert, als Tardieu es ablehnte in das neue Kabinett einzutreten. Unter Verzicht auf die Mitarbeit der gesamten republikanischen Rechten stellte sich Chautemps nunmehr auf die Herstellung eines verschleierte[n] Linkskartells ein, das heißt auf ein alle Schattierungen der Sozialradikalen umfassendes Kabinett unter wohlwollender parlamentarischer Unterstützung der Sozialisten. Die enge parteiliche Begrenzung des Kabinetts sowie seine Abhängigkeit von der Zustimmung der Sozialistischen Partei hätten von vornherein seine Aktionsfähigkeit außerordentlich eingeschränkt. Doch kam es gar nicht zur Aktion. Die erste Abstimmung ergab 292 Stimmen gegen und 277 für die Regierung, bei 21 Enthaltungen. Nunmehr wurde, nachdem Poincaré abgelehnt hatte, wiederum Tardieu, als Verantwortlicher des Regierungssturzes, mit der Zusammenstellung eines neuen Kabinetts beauftragt. Die erbitterten Sozialradikalen lehnten entschieden ab in eine wie auch immer zusammengesetzte Regierung Tardieu einzutreten. So entfiel die Möglichkeit ein gesambürgerliches Konzentrationskabinett auf breiter Basis zustande zu bringen. Wenn die Kabinettsbildung Tardieu schließlich doch gelang, so lag das vor allem an der Tatsache, daß Briand blieb. Im übrigen steigerte Tardieu seine Methode auch die kleinsten Gruppen durch Kabinettsitze an sich zu binden. Es gelang ihm sogar, 2 Sozialradikale, Falcoz und Dumesnil, zum Eintritt in sein Kabinett zu bewegen; sie wurden allerdings deswegen aus ihrer Fraktion ausgeschlossen. Die 18 Ministersitze des Kabinetts Tardieu sind folgendermaßen aufgeteilt: Außer dem Ministerpräsidenten selbst gehören den Linksrepublikanern an Raoul Péret (Justiz), François Piétri (Kolonien), Pierre Etienne Flandin (Handel), Louis Rollin (Handelsmarine); die Demokratisch-Soziale Fraktion vertreten ihre beiden hervorragendsten Mitglieder Paul Reynaud (Finanzen) und André Maginot (Krieg); die

Linksradikalen stellen Germain Martin (Budget), Charles Mallarmé (Post), Laurent Eynac (Luftschiffahrt); die Fraktion Marin verfügt über 2, die radikale Senatsfraktion über 3 Ministerien; die Bedeutung der Zugehörigkeit Briands zum Kabinett wurde bereits erwähnt. Unter den 15 Staatssekretären ist besonders François Poncet vom Comité des Forges zu erwähnen, der das neugeschaffene Unterstaatssekretariat für nationale Wirtschaft leitet; neben Paul Reynaud bietet er eine Gewähr für Änderung der Finanzpolitik Chérons. Am 5. März wurde dem 2. Kabinett Tardieu mit 316 gegen 263 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen. Jedoch zeigte die Debatte, daß die Stellung der Regierung nicht besonders fest genannt werden kann. Die Vorgänge der letzten Zeit haben zweifellos zu einer erheblichen Verschärfung der Gegensätze innerhalb der Kammer geführt. In den letzten Wochen ist das Kabinett mehrmals in der Minderheit geblieben. Aber die Haager Abkommen wurden mit der gewaltigen Mehrheit von 527 gegen 38 Stimmen angenommen. Angesichts der scharfen Spaltung der bürgerlichen Parteien steht das Thema der Parteien- und Majoritätskrise auch in Frankreich auf der Tagesordnung. Inwieweit auch die koalitionsfeindliche Haltung der Sozialistischen Partei dadurch erschüttert werden wird, läßt sich noch nicht übersehen.

Spanien

Keineswegs überraschend erfolgte am 28. Januar der Rücktritt des Ministerpräsidenten Primo de Rivera und anschließend seines gesamten Kabinetts. Als der damalige Generalkapitän von Barcelona am 23. September 1923 sein Pronunciamento gegen die Mißwirtschaft des spanischen Parlamentarismus erließ und sich an die Spitze einer der in Spanien zur politischen Tradition gehörenden Offiziersrevolten stellte, hatte er keineswegs die Absicht eine Diktatur von Dauer aufzurichten. Aber er schob den immer wieder angekündigten Termin seines Rücktritts von Monat zu Monat hinaus. Es gab immer noch dringende Aufgaben zu erledigen, so lange, bis ihm seine Diktatur unter den Händen zerbrach. Es wäre falsch vom Sturz einer Diktatur zu sprechen. Weder handelte es sich um eine Diktatur im modernen Sinn, noch kann von einem Sturz die Rede sein. Primo de Riveras Herrschaft ist in sich zusammengebrochen, weil er es nicht verstanden hatte irgendeine schöpferische politische Idee zu verwirk-

lichen, die seiner Herrschaft neue Impulse hätte geben können. Seinem Unternehmen fehlte der machtvolle Behauptungswille. Seine Herrschaft war bürokratisch und trocken. In diesem Rahmen hat er ohne Zweifel in der Reorganisation der Verwaltung und Wirtschaft Gutes geleistet. Das allein aber konnte ihm nicht eine dauernde Legitimation für die Aufrechterhaltung eines verfassungslosen Ausnahmezustands geben. Je länger er an der Macht war, um so geringer wurde sein Widerstand gegen die opponierenden Kräfte der Offiziersjungen und der liberalen Intelligenz. Die gefährlichen Revolten der Generale Weiler und Aguilera, die Verschwörung des konservativen frühern Ministerpräsidenten Sanchez Guerra wurden zwar im Keim erstickt, aber ihre Urheber gingen trotz formeller Vorurteilung faktisch frei aus. Der Versuch eine Nationalversammlung einzuberufen scheiterte an dem passiven Widerstand der dafür in Frage kommenden Kreise und an der Teilnahmslosigkeit der Massen. Die letzten Monate der Herrschaft Primo waren von einem vergeblichen Kampf gegen den Niedergang der Valuta ausgefüllt. Es war ein Zeichen seiner Ratlosigkeit, daß er zuletzt an Heer und Flotte appellierte und auch hier nur ein schwaches Echo fand. Die Haltung des Königs, der sich offensichtlich von Primo und dessen System zu distanzieren suchte, gab den Ausschlag. Fast hätte das Königtum das Schicksal der Generalherrschaft geteilt. Es ist auch heute noch keineswegs gesichert. Die weitere Entwicklung wird davon abhängen, ob es der sofort nach dem Rücktritt des Kabinetts Primo de Rivera gebildeten Regierung des Generals d'Almaso Berenguer gelingen wird zu verfassungsmäßigen Zuständen zurückzugelangen und vor allem die Währung zu stabilisieren. Vorläufig befindet sich alles noch im Übergang. Die Pressezensur ist nur gelockert, nicht aufgehoben. Die Wiedereinführung der Selbstverwaltung in den Gemeinde- und Provinzialverwaltungen kann nicht von heute auf morgen geschehen. Die Katalanische Frage erhebt sich drohend. Und vollends ungewiß ist die Haltung der Arbeiterklasse, die aus ihrer syndikalistischen Epoche noch keineswegs heraus ist. Es zeigen sich Anfänge neuer Parteibildungen im konservativen und im liberalen Lager. Wahlen zu einer konstituierenden Nationalversammlung sind angekündigt worden, dürften jedoch kaum vor dem Herbst stattfinden.

Totenliste

Am 29. September 1929 starb in Tokio der ehemalige Premierminister *Giitschi Tanaka*, im Alter von 66 Jahren. Er hatte eine militärische Laufbahn bis zum Generalstabschef und Kriegsminister zurückgelegt, wurde dann im April 1927 Ministerpräsident; erst vor kurzem mußte er von diesem Posten zurücktreten.

Am 14. November starb in Bern der Vizepräsident der Schweizerischen Bundesregierung, der Bundesrat *Karl Scheurer*, im Alter von 57 Jahren. Er war seit 1914 Nationalrat, als Mitglied der Freisinnigen Demokratischen Fraktion, seit 1919 Bundesrat, 1923 Bundespräsident; zuletzt hatte er die Leitung des Militärdepartements inne.

Am 21. Dezember starb auf seinem Landgut bei Montelimar der frühere Präsident der Französischen Republik *Emile Loubet*, 91 Jahre alt. Er hatte schwere Kämpfe gegen die Antirepublikaner zu bestehen. Seine Amtszeit ist aber durch bedeutende politische Ereignisse ausgezeichnet. So datiert aus ihr die Trennung von Staat und Kirche in Frankreich, ebenso der Abschluß der Entente cordiale mit England.

In Belgrad starb am 18. Februar 1930 der deutsche Gesandte *Adolf Köster*, im Alter von 47 Jahren. Sein Tod reißt eine schwer zu füllende Lücke nicht nur im auswärtigen deutschen Dienst sondern vor allem auch unter den politischen Köpfen der Sozialdemokratischen Partei, der sich der vielseitig begabte junge Privatdozent der Philosophie an der Münchener Technischen Hochschule einige Jahre vor dem Krieg angeschlossen hatte. Er kam 1919 als preußischer Gesandter nach Hamburg, war in dieser Eigenschaft während der Abstimmung in Schleswig Reichskommissar, wurde nach dem Lüttwitzputsch als Außenminister in das Kabinett Müller berufen. Er war Reichsinnenminister im 2. Kabinett Wirth Oktober 1921 bis November 1922, ging dann als Gesandter nach Riga, im Mai 1928 nach Belgrad.

Am 6. März starb bei München infolge einer Herzlähmung *Alfred von Tirpitz*, in seinem 81. Lebensjahr. Die Bedeutung 'Tirpitz' ist durch seine Nachkriegshaltung verdunkelt worden; sie wird heute, von der Rechten wie namentlich von der Linken, gründlich verkannt. Einer spätern Zeit, die die Vorkriegs- und Kriegsgeschichte besser erkennen wird, bleibt es vorbehalten diese historische Persönlichkeit richtig zu würdigen.

Der ehemalige Präsident der Vereinigten Staaten *William Howard Taft* starb

Anfang März im Alter von 73 Jahren. Taft, der seine Laufbahn als Rechtslehrer an der Universität Cincinnati begann und als Erster Richter am Obersten Gerichtshof zu Washington beendete, war 1904 bis 1908 Kriegsminister im Kabinett Roosevelts. Roosevelt, dessen Einfluß Taft, oftmals sehr zu seinem Schaden, unterlag, inspirierte und förderte die Präsidentschaftskandidatur Tafts, da er in ihm einen Platzhalter zu haben glaubte. Diese Berechnung erwies sich allerdings als falsch, denn nach der Präsidentschaft Tafts /1909 bis 1913/ wurde Woodrow Wilson gewählt. Während des Krieges hat Taft an der Spitze der von ihm gegründeten League for the Enforcement of Peace scharfe Propaganda gegen Deutschland getrieben.

Am 16. März, 5 Wochen nach der Beendigung seiner Diktatur, starb in Paris *Miguel Primo de Rivera*. Über den Ausgang der letzten Epoche seines Lebens wurde oben gesprochen. Es bleibt nur wenig nachzutragen. Primo de Rivera wurde 1871 geboren und war der Sohn jenes Marschalls, der den großen 2. Karlistenaufstand im Jahr 1876 mit blutiger Gewalt niederschlug. Der nachmalige Diktator war schon mit 30 Jahren General. Er war ein liebenswürdiger Mann, ein guter Offizier, ein treuer Monarchist, aber nicht mehr. Seine Diktatur trug nicht den Stempel des Schöpferischen, sie war eine durch Konzilianz gemilderte Autokratie alten Stils. Ihm selber blieben nicht viel mehr als ein ehrenvolles Begräbnis und eine Anerkennung für das Positive seines Lebens.

Am 19. März starb in London *Arthur James Earl of Balfour*, fast 82 Jahre alt. Er war einer der letzten Vertreter eines im Zeitalter moderner Massendemokratie versinkenden Ideals feudalaristokratischer Staatsmannschaft britischer Prägung. Sein Name ist mit vielen großen Ereignissen der britischen Geschichte verknüpft. Als Minister für Irland unterdrückte er zu Beginn seiner glänzenden Laufbahn in den Jahren 1887 bis 1891 rücksichtslos die Aufstände der irischen Nationalisten, weshalb man ihn den bloody Balfour nannte. Von 1874 bis 1922 war er Mitglied des Unterhauses, eine seiner glänzendsten Erscheinungen. Nach dem Sieg der Konservativen 1902 wurde er Premierminister, stürzte 1905 über seine Tarifpolitik und ließ seine Partei desorganisiert zurück, die ihm 6 Jahre später die Führerschaft entzog. Erst 1915 trat er wieder in die Regierung ein, zunächst als Erster Lord der Admi-

ralität, seit 1916 als Nachfolger Greys in der Leitung des Auswärtigen Amts. 1917 gab er im Namen der Regierung die berühmte Deklaration ab, die der jüdischen Nation eine Heimstätte in Palästina zusicherte. Die Haltung Englands in der Frage der interalliierten Schulden (Balfourprinzip) und auf der Washingtoner Seeabrüstungskonferenz zeigen ebenfalls die Spuren seines Wirkens. Seit 1919 war er Lordpräsident des Geheimen Staatsrats und damit Führer des Oberhauses. Vor einem Jahr zog er sich von aller öffentlichen Wirksamkeit in die Stille seines Guts in der schottischen Heimat zurück, mit der Herausgabe seiner Memoiren und mit philosophischen Studien, die er sein Leben lang geliebt hat, beschäftigt. Baldwin, der ihn noch vor wenigen Wochen bei dem Auftreten der Beaverbrook'schen Empirepartei um Rat fragte, hat einen Förderer und klugen Berater verloren.

Kurze Chronik Am 18. März wurde vom Reichstag das *Reichsmintstergesetz* verabschiedet.

Es regelt die versorgungsrechtliche und die staatsrechtliche Stellung des Reichskanzlers und der Reichsminister. Die unerträgliche Unterscheidung zwischen Ministern, die aus der Beamtenlaufbahn, und solchen, die aus freien Berufen kommen, wird beseitigt. Das bisherige, sich an das allgemeine Beamtenrecht anlehrende Pensionssystem wird als unvereinbar mit dem Wesen des parlamentarischen Systems beseitigt. Aus dem Ministeramt erwachsen in Zukunft keine Pensionsansprüche mehr, an ihre Stelle treten für aus dem Amt scheidende Minister nach der Dauer der Ministerschaft gestaffelte Übergangsbezüge. Die Minister stehen zum Reich in einem besonders staatsrechtlichen Verhältnis. ◊ Das neue *Republiksschutzgesetz* wurde am 18. März vom Reichstag verabschiedet und trat am 29. März in Kraft. Der ursprüngliche Regierungsentwurf wurde in den Beratungen des Reichsrats und des Reichstags in zahlreichen Bestimmungen abgeändert. Die Geltungsdauer des Gesetzes ist bis zum 31. Dezember 1932 befristet. ◊ Am 20. März wurde vom Reichsrat der Gesetzentwurf zur Übergangsregelung des *Finanzausgleichs* mit 49 gegen 17 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten Bayern, Thüringen, Mecklenburg-Schwerin, Oldenburg, Lippe und Schaumburg-Lippe. Ein preußischer Antrag den § 35 des Finanzausgleichsgesetzes dahin abzuändern, daß den finanziell schwachen

Ländern in Zukunft aus dem Aufkommen aus der Einkommens- und Körperschaftsteuer nicht mehr weitere 25% sondern nur noch 15% überwiesen werden sollen, wurde mit 37 gegen 29 Stimmen angenommen. ◊ In *Württemberg* traten die Demokratische Partei und die Deutsche Volkspartei in das Kabinett Bolz-Bazille ein, obwohl die Große Koalition über eine feste Mehrheit verfügt hätte. Daraufhin erklärte der greise Friedrich von Payer samt seiner Familie den Austritt aus der württembergischen Parteiorganisation der Demokraten. ◊ Im Februar trat im *Vatikan* der Kardinalstaatssekretär Enrico Gasparri von seinem Amt zurück, das er seit September 1914 innehatte. Sein letztes Werk war der Abschluß der Lateranverträge. Sein Name ist aufs engste mit der Politik des Papstes Benedikt XV während des Weltkriegs verknüpft. Zum Nachfolger Gasparris wurde der Nuntius Pacelli ernannt. ◊ Am 15. März trat in *Polen* das Kabinett Bartel infolge eines gegen den Arbeitsminister Prystor angenommenen Mißtrauensantrags zurück. Nach vergeblichen Versuchen des Senatsmarschalls Szymanski und des Bruders des Marschalls Pilsudski, Jan Pilsudski, wurde der Oberst und Abgeordnete des Regierungsblocks Walery Slavek mit der Regierungsbildung beauftragt. Slavek ist einer der schärfsten Männer der sogenannten Oberstengruppe. Das neue Kabinett Slavek ist gegenüber dem vorhergehenden außer im Präsidium nur im Justizministerium verändert.

Literatur Jede Arbeit an den Problemen des Parteienlebens, die mehr sein will als bloße chronistische Wiedergabe äußerer Ereignisse oder parteipolitische Polemik, bedarf sorgfältiger historischer und soziologischer Untersuchungen; ist doch jede Partei das Produkt langer gesellschaftlicher, staatlicher und kultureller Entwicklung. Als vorbildlich in der Problemstellung und Durchführung für derartige Arbeiten kann die als 190. Heft der *Historischen Studien* /Berlin, Emil Ebering/ veröffentlichte Schrift *Siegmund Neumanns Die Stufen des preußischen Konservatismus* bezeichnet werden. In einem andern Zusammenhang soll auf sie zurückgekommen werden. ◊ Mit der Stellung der deutschen Länder in der Außenpolitik beschäftigt sich *Kurt Wahl* im 22. Heft der *Tübinger Abhandlungen zum Öffentlichen Recht* /Stuttgart, Ferdinand Enke/. Nach einem kurzen Überblick über die ge-

schichtliche Entwicklung der völkerrechtlichen Handlungsfähigkeit der deutschen Einzelstaaten werden die Rudimente dieser einstigen Souveränitätsherrlichkeit unter der Weimarer Verfassung dargestellt. Es ist immerhin schon als ein Fortschritt zu bezeichnen, daß dieses Problem heute unter der Rubrik Innen- und nicht Außenpolitik angezeigt werden kann. Besonderes Interesse verdienen die Abschnitte über das Vertragsrecht der Länder mit dem Papst und, im Hinblick beispielsweise auf die Beratungen des Youngplans im Reichsrat, über die Teilnahme der Länder an dem völkerrechtlichen Handeln des Reichs. ◊ Das Problem einer Umgruppierung der deutschen Parteien oder doch einer Erneuerung ihres Gedankenguts ist in steigendem Maß Gegenstand von Arbeiten Berufener und Unberufener. Die meisten Schriften dieser Art haben keine über den Tag hinausgehende Bedeutung. Das wird man auch von der Arbeit *Julius Paul Köhlers* Die Hindenburglinie und die Herrschaft der Mitte /Leipzig, Xenienverlag/ sagen müssen. Sie erschien 1928 und ist bereits veraltet, weil sie nicht vom Grundsätzlichen ausgeht sondern ihre Prämissen in der Tagespolitik suchte. Als geschichtliche Darstellung deutscher Nachkriegspolitik aber will und kann sie nicht gewertet werden. ◊ Beachtenswerter sind die Arbeiten *Hermann Ullmanns*, des Leiters der Kulturabteilung des Deutschnationalen Handlungsgesellschaftenverbands, betitelt Das werdende Volk und Die Rechte stirbt — es lebe die Rechte! /Hamburg, Hanseatische Verlagsanstalt/. Ullmann versucht das Programm der volkshervorhebenden Bewegung in Abgrenzung gegen Liberalismus und Reaktion herauszuarbeiten. Zu klaren und politisch auswertbaren Formulierungen ist er noch nicht gelangt. ◊ Die jungen Elemente des sogenannten positiven Nationalismus, zusammengeschlossen im *Jungnationalen Ring* unter der Führung Heinrich von Gleichens, legen in einer Streitschrift *Nationale Republik* /Berlin, Vereinigung Großdeutsche Staatsreform/ ihre Ziele dar. ◊ Die Volkshervorhebende Vereinigung um Treviranus und Wildeiner-Lindau gibt seit dem 1. Februar eine Wochenschrift in Zeitungsform, *Volkshervorhebende Stimmen*, heraus. Die ersten Nummern enthalten programmatische Aufsätze der Führer dieser Gruppe, die durch die letzten politischen Vorgänge im Reich auch einer weitern Öffentlichkeit bekannt wurde.

Wirtschaft / Gerhard Kreyszig

1929

Wohl kaum jemals seit der Stabilisierung sind die Berichte über die Beurteilung eines Wirtschaftsjahrs so unterschiedlich, oft genug so hilflos gewesen wie 1929. Man findet eine Erklärung dafür am ehesten in der Tatsache, daß in Deutschland fast jede Beurteilung bisher von der Deutung und Kombination sogenannter Konjunkturmerkmale ausging, die in ein theoretisches Konjunkturschema gepreßt waren. Nicht genügend und nur vereinzelt wurde beachtet, daß dieses auf Erfahrung der Vorkriegszeit aufgebaute Schema versagte, weil ihm eine Struktur der Wirtschaft zugrunde lag, die heute überholt ist. Die strukturellen Veränderungen, an denen man zwar keineswegs achtlos vorübergehend, über deren Auswirkungen man aber noch im unklaren ist, geben die Erklärung für die in krassen Gegensätzen sich bewegende Wirtschaftsbeurteilung. Sie finden ihren Ausdruck in der gänzlich unterschiedlichen Entwicklung, die die einzelnen Marktgebiete der Volkswirtschaft 1929 genommen haben. Jeder Versuch sie schematisch zu deuten wurde schärfer denn je illusorisch gemacht durch die vielen, häufig entscheidenden Einwirkungen, die gerade 1929 aus dem Raum der Weltwirtschaft auf die deutsche Wirtschaft trafen und oft von nachhaltigerer Bedeutung waren als die Entwicklungstendenzen im Innern.

Deutschland Die schwere Lähmung der Wirtschaft durch die scharfe Frostperiode im Frühjahr 1929 im Zusammenhang mit der Abschwächung der wirtschaftlichen Betätigung durch die Unsicherheit über den Ausgang der Reparationsverhandlungen waren Ereignisse, als deren Folgen man mit einem Rückgang der industriellen Produktion im Jahr 1929 rechnen mußte. Eine gewisse Widerstandsfähigkeit zeigten die *Produktivgüterindustrien im Westen*. Trotz der nicht zu verkennenden Depression der Gesamtwirtschaft kam für die Montanindustrie ein Rekordjahr. Der Steinkohlenbergbau überschritt bei 10,3 Millionen Tonnen monatlicher Durchschnittsförderung mit einem Gesamtergebnis von 123,6 Millionen Tonnen alle Jahresergebnisse seit der Stabilisierung und das bisher günstigste vom Jahr 1928 noch um 5 Millionen Tonnen. Ebenfalls einen Rekordstand erreichte die Koks-erzeugung mit 35,5 Millionen Tonnen. Auch die Rohstahlproduktion mit einem

Monatsdurchschnitt von 1,4 Millionen Tonnen 1929, gegen 1,2 Millionen 1928, hatte diesen günstigen Stand, der um so mehr zu beachten ist, als die Produktion in den ersten Monaten des Jahres 1929 durch die Wirkungen der Frostperiode erheblich eingeschränkt war. Allerdings ist das Gesamtergebnis dadurch mit bedingt worden, daß durch die Aussperrung, die im Ruhrgebiet 1928 vorausgegangen war, die Nachfrage 1929 vergrößert wurde. Mit 16,2 Millionen Tonnen wurde ein Ergebnis erzielt, das dem des Jahres 1928 (16,3 Millionen Tonnen) fast gleichkam. Beide Industrien waren in ihren Absatzverhältnissen durch den guten Stand der Weltkonjunktur begünstigt. In den ersten Monaten 1930 standen jedoch beide im Zeichen rückläufiger Beschäftigung. Der milde Winter hemmte dieses Jahr durch den geringen Verbrauch an Hausbrandkohle den Steinkohlenbergbau genau so, wie es im vorigen Jahr der scharfe Frost getan hatte. Die inzwischen verschlechterte Weltkonjunktur drosselt die Absatzmöglichkeiten der Schwereisenindustrie und zieht auch den Maschinenbau und die Elektroindustrie in Mitleidenschaft, die 1929 glänzende Absatzverhältnisse antrafen. Durch diese Verschlechterungen bei wichtigen Schlüsselindustrien werden die vereinzelt Besse-rungsanzeichen bei anderen Wirtschaftszweigen wieder wettgemacht.

Die *Konsumgüterindustrien*, insbesondere die Textilindustrie, zeigten 1929 eine teilweise bedrohliche Krisenlage. Eine glänzende Marktorganisation hilft den Produktionsmittelindustrien über Krisenzeiten hinweg. Die Konsumgüterindustrien werden aber von ihnen doppelt betroffen, da sie die zurückgehende Kaufkraft der Massen zuerst spüren. Durch die größere wirtschaftliche Autarkie früherer Absatzländer seit dem Krieg versagt zudem das Exportventil, das den geringern Absatz im Inland durch erhöhte Ausfuhr ausgleichen könnte. Die Gesundung der weiterverarbeitenden und der Verbraucherindustrien ist gerade durch das Jahr 1929 als wichtige Aufgabe gestellt.

Für ein Land wie Deutschland, das nach dem Neuen Plan mit einer jährlichen Reparationsleistung von rund 2 Milliarden Mark rechnen muß, ist die Gestaltung des *Außenhandels* von größter Bedeutung. Auch die im Februar gegründete Bank für Internationalen Zahlungsausgleich wird uns für die Dauer nicht der Notwendigkeit entheben können durch Exportüberschüsse die Zahlungsmittel

zu beschaffen, deren es zur Transferierung unserer Zahlungsleistungen bedarf. Die unzureichende innere Kaufkraft war stärkster Ansporn den Mangel an Absatz im Inland durch erhöhten Export wieder wettzumachen. Der Gesamteinfuhr 1929 von 13,44 Milliarden Mark steht eine Gesamtausfuhr von 13,48 Milliarden gegenüber, so daß die Bilanz mit 50 Millionen Mark aktiv ist. 1928 bestand noch ein Einfuhrüberschuß von 1,2 Milliarden Mark.

Die *Preisbewegung* wies 1929 eine Reihe auffälliger Erscheinungen auf, die mit solcher Deutlichkeit in früheren Jahren nicht zu beobachten waren. Erfahrungsgemäß hängen die Veränderungen des Lebenshaltungsindex (als Maßstab für die Kleinhandelspreise) in einer bestimmten Weise von den Veränderungen des Großhandelsindex ab. Während eine Erhöhung der Großhandelspreise im allgemeinen sofort ein Nachziehen der Kleinhandelspreise zur Folge hat, erfolgt bei Abschwächung der Großhandelspreise nur zögernd ein Nachlassen auch der Kleinhandelspreise. Die Betrachtung der beiden Indices zeigt, daß der Lebenshaltungsindex im Jahresdurchschnitt 1929 auf 154 gegenüber 152 im Jahr 1928 gestiegen ist. Demgegenüber sank der Großhandelsindex von 140 im Jahr 1928 auf 137 im Jahr 1929. Die Spanne zwischen beiden Indexzahlen, die 1928 12 Punkte betragen hatte, ist im Jahresdurchschnitt auf 16 Punkte gestiegen. 1925 hatte sie nur 2 Punkte betragen. Die sinkende Tendenz der Großhandelspreise war nicht nachhaltig genug, um durch indirekte Erhöhung der Massenkaukraft der nachlassenden Konjunktur entgegenzuarbeiten. Erst die Anfangsmonate dieses Jahres brachten eine größere Preissenkung, die vom abgleitenden Niveau vieler Weltmarktpreise und den Auswirkungen der verschlechterten Weltkonjunktur mit beeinflusst wurde. Ganz besonders bedrohlich war die Entwicklung des Baukostenindex, der im Verlauf des Jahres 1929 um fast 10 Punkte auf 181 stieg und im Zusammenhang mit den Schwierigkeiten der Baufinanzierung den Wohnungsneubau sehr empfindlich verteuerte. Trotzdem konnten rund 320 000 Neubauwohnungen 1929 erstellt werden. In wechselnder Wirkung müssen aber teure Baustoffe und knappes Baukapital zu überhöhten Zinsen eine bedrohliche Einschränkung des Wohnungsbaus nach sich ziehen, wenn es nicht gelingt Gegenmaßnahmen zu treffen, vor allem auch die Mittel der Hauszinssteuer mehr als bisher für den Wohnungsbau zu verwenden.

Geldmarkt Daß die Reparationsverhandlungen und die Ungeklärtheit der innern Situation in Deutschland 1929 nachteilige Folgen für den Geld- und Kapitalmarkt nach sich ziehen würden, war unabwendbar. Die Befürchtungen über die Schwäche des innern Kapitalmarkts und die vor auszusehende Zurückhaltung des Auslands sind jedoch durch die tatsächlichen Ergebnisse noch weit übertroffen worden. Im Inland standen monatsdurchschnittlich 1929 49 Millionen für Anleihen zur Verfügung, während es im Vorjahrsdurchschnitt 90 Millionen waren; insgesamt wurden nur 585 Millionen Mark aufgebracht. Ebenso katastrophal war der Pfandbriefmarkt. Noch weit geringer ist das Ergebnis 1929 bei den Auslandsanleihen mit einem Monatsdurchschnitt von nur 54 Millionen, gegenüber 137 Millionen im Vorjahr. Die Gesamtsumme der Auslandsanleihen betrug 639 Millionen Mark. Für Inlandsanleihen bedeutet das 1929 einen Ausfall von rund 500 Millionen, für Auslandsanleihen von fast 1 Milliarde Mark. Obwohl die Industrie wegen der abgeschwächten Konjunktur ein geringeres Bedürfnis zu neuen Investitionen hatte, drosselte zugleich auch die Verknappung am Geldmarkt die gesamte Geschäftstätigkeit überaus empfindlich. Sprechender Ausdruck dafür ist die Aufwärtsbewegung der Kurse (1106 im Januar 1930) seit dem Frankfurter Versicherungsskandal, der Ausgangspunkt einer starken Vertrauenskrise war, die zum Zusammenbruch auch zahlreicher Bankinstitute führte und das Ausland das Vertrauen zu deutschen Wertpapieren verlieren ließ. Die Börsenkurse spiegeln die Situation deutlich wider. Der rapide Kursverfall, der im Absinken des durchschnittlichen Aktienkurses auf 126,5 im Dezember gegen 158,7 im Januar 1929 die Auswirkungen der Börsenkrisen erkennen läßt, ist allerdings sowohl Ausdruck der allgemeinen Geschäftsunsicherheit als auch in ebenso starkem Maß die Folge des allgemeinen Kapitalmangels. Das im Januar 1930 erreichte Kursniveau (134) entspricht dabei besser dem Wert der Gesellschaften, die zweifellos vorher zu optimistisch beurteilt wurden und durch Spekulation zum Teil sinnlos überbewertet worden waren. Die Geldmarktverhältnisse hingen 1929 in besonders hohem Maß von internationalen Bewegungen ab. Die der Verknappung der Geldmärkte Sommer und Herbst 1929 in der ganzen Welt folgende Entspannung hatte Deutschland erst am 2. November

1929 die Ermäßigung des Diskontsatzes der Reichsbank von $7\frac{1}{2}$ auf 7% gebracht; sie reichte nicht aus, um für 1929 noch belebend wirken zu können. Das internationale Zinsgefälle, die Überhöhung des deutschen Diskontsatzes gegenüber dem der großen Geldweltzentren zeigte Ende 1929 die gleichen Spannungen wie vor Jahresfrist, lediglich eine Verschiebung zwischen London und New York war eingetreten. Die Differenz zwischen $4\frac{1}{2}$ % New York und 7% in Deutschland war genau die gleiche, wie sie zu Beginn des Jahres zwischen London und Berlin bestanden hatte. Inzwischen haben noch mehrfache Diskontsenkungswellen das internationale Zinsniveau so weit gesenkt, daß Frankreich einen Diskontsatz von 3% hat und Deutschland bis auf 5% heruntergehen konnte. Führende Diskontpolitik wurde unter Hjalmar Schachts Leitung allerdings dabei nie getrieben; vielleicht wird der neue Reichsbankpräsident Hans Luther aus der Reichsbank wieder ein Institut machen, das sich mehr in den Dienst der Wirtschaft stellt. So flüssig der Geldmarkt heute ist, so knapp sind noch immer die Mittel, die der Wirtschaft auf dem Kapitalmarkt langfristig zur Verfügung stehen. Ob die Hemmungen mit der geplanten Aufhebung der Kapitalertragssteuer fallen, ist fraglich. Die Kapitalmarktlage mit ihren besonders nachteiligen Auswirkungen für das Baugewerbe, insbesondere den Wohnungsbau, erfordert eine Hereinnahme ausländischer Kredite. Es liegt aber im Interesse der deutschen wie der gesamteuropäischen Wirtschaft, daß man sich dabei von Amerika fernhält und das Kapital auf dem europäischen Kontinent selber sucht. Vor allem muß man bestrebt sein die Kapitalreserven Frankreichs für Deutschland nutzbar zu machen; ein Ziel, das freilich nur bei einer auf deutsch-französische Kooperation gerichteten Gesamtpolitik Deutschlands zu erreichen ist.

Arbeitsmarkt Wenn die sich oft kraus widersprechenden Symptome der verschiedensten Beobachtungsgebiete der Wirtschaft Zweifel über die tatsächliche Lage der Gesamtwirtschaft offen lassen konnten, so zeigte der Arbeitsmarkt eindeutig, daß die Wirtschaft sich 1929 in einer schweren Depression befand. In kaum einem Jahr vorher hatte die Situation des Reichs, die chronische Kassenkalamität, den Arbeitsmarkt so negativ beeinflußt wie 1929. Als es darauf ankam durch produktive Arbeiten dem Konjunktur-

abstieg entgegenzuarbeiten, fehlten die Mittel zur Arbeitsvergabe durch das Reich. In Wechselwirkung erhöhten sich die Zuschüsse an die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung und schufen neue Schwierigkeiten, die dann zu Argumenten gegen die Sozialversicherung und die sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse überhaupt ausgenutzt wurden. Ende Dezember 1929 gab es über 3 Millionen Arbeitsuchende, darunter 245 000 Angestellte; die Gesamtzahl der unterstützten Arbeitslosen war auf 1,985 Millionen angewachsen. Von den 17,6 Millionen gegen Erwerbslosigkeit versicherter Arbeitnehmer in Deutschland wurden bereits Ende November 12% unterstützt. Im Monatsdurchschnitt gab es 1929 2 Millionen Arbeitsuchende, in den Jahren vorher waren es 500 000 weniger. Im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund betrug die durchschnittliche Arbeitslosigkeit der Mitglieder 12,7%, 1928 waren es 8,6% gewesen; dazu kamen 7% Kurzarbeiter, gegen 5,4% 1928. Im März 1930 schien der Höhepunkt der Arbeitslosigkeit vom Februar mit 3,6 Millionen Arbeitsuchenden überschritten zu sein. Unverständlich blieb angesichts dieser bedrohlichen Situation die völlige Passivität der Reichsregierung. Die Tatsache, daß die Staatsfinanzen am Ende des Jahres ein ungedecktes Defizit von beinahe 1 Milliarde Mark aufwiesen, erschwerte die Situation und erhöhte den Pessimismus, an dessen Stelle aktives Handeln als einzig Richtiges hätte treten müssen. Ein produktives Arbeitsbeschaffungsprogramm ist das Gebot der wirtschaftlichen Situation (siehe dazu den Artikel Kaliskis Beseitigung der Arbeitslosennot, in diesem Band Seite 321 und folgende). Voraussetzung für eine dauerhafte Wiederbelebung des Arbeitsmarkts ist die Sanierung der Reichsfinanzen.

Auf 3 Schriften sei noch hingewiesen. Einmal auf die Ergebnisse der gewerkschaftlichen Arbeitslosenstatistik 1919 bis 1929, die unter dem Titel Der deutsche Arbeitsmarkt /Berlin, Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes/, von Wladimir Woytinsky zusammengestellt, überaus wertvolle Beiträge zur Erkenntnis der Struktur des Arbeitsmarkts liefern; sodann auf Fritz Croners Grundzüge freigewerkschaftlicher Sozialpolitik, herausgegeben vom Allgemeinen Freien Angestelltenbund /Berlin, Freier Volksverlag/; schließlich auf die Broschüre Wirtschaftslage, Kapitalbildung, Finanzen, heraus-

gegeben von den freigewerkschaftlichen Spitzenverbänden /Berlin, Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes/, die die Entwicklung der deutschen Wirtschaft in den letzten 5 Jahren behandelt.

Rohstahlgemeinschaft

Von sämtlichen Industrien Deutschlands ist die Montanindustrie, vor allem die Schwereisenindustrie, diejenige, die am umfassendsten durchkartelliert und durchsyndiziert ist. Ihr, als einer der wichtigsten Schlüsselindustrien Deutschlands, und besonders ihrem organisatorischen Aufbau muß aus 2 Gründen erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt werden. Einmal sind mit dem Fortschreiten des Konzentrationsprozesses einige wenige Großkonzerne die allein maßgebenden Partner der deutschen Eisenkartelle und -syndikate geworden, die ausgesprochen monopolistischen Charakter tragen und über die Beherrschung der Produktion und der Absatzmärkte ein Preisdiktat auszuüben vermögen. Darüber hinaus aber ist die Großeisenindustrie auch international, richtiger gesagt: binneneuropäisch, kartelliert, so daß zu beachten ist, wie weit die deutschen Verhältnisse durch die europäischen Vertragspartner beeinflusst werden.

Für die deutsche Roheisenindustrie besteht kein Syndikat, die Produktion ist nicht festgelegt, der Roheisenverband trägt vielmehr lediglich den Charakter eines Verkaufskartells. In der 1924 gegründeten Deutschen Rohstahlgemeinschaft dagegen ist die gesamte Rohstahlproduktion Deutschlands restlos zusammengefaßt. Jedes Stahlwerk hatte eine bestimmte Produktionsquote, deren Einhaltung mit hohen Strafzahlungen erzwungen wird. Die schon seit Jahresfrist gehenden Kämpfe um die Neugestaltung der Deutschen Rohstahlgemeinschaft, die Ende 1929 abgeschlossen wurden, werden aber erst verständlich, wenn man weiß, daß die Deutsche Rohstahlgemeinschaft ein Glied der 1926 gegründeten Internationalen Rohstahlgemeinschaft ist. Deutschlands Beitritt zur Internationalen Rohstahlgemeinschaft erfolgte in der Hoffnung auf eine Beeinflussung der internationalen Eisen- und Stahlpreise nach oben, die von den westlichen Produzenten unterbunden wurde. Die Angleichung der überhöhten deutschen Preise an die Weltmarktpreise unterblieb. Da die Sicherung des deutschen Absatzgebiets als Monopol für die deutschen Rohstahlproduzenten mit einer geringern Quote in der Internatio-

nen Rohstahlgemeinschaft erkauft werden mußte, und Überschreitungen dieser Quote mit hohen Strafen bezahlt werden mußten, wurden die deutschen Inlandspreise erhöht. Ähnlich dem System im Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikat werden die verlustbringenden Auslandsgeschäfte durch Zuschläge der nicht exportierenden Firmen auf den Inlandsabsatz finanziert.

Besonders unbequem ist die Bindung an das internationale Syndikat naturgemäß den expansionsfreudigen Konzernen (Mannesmann, Krupp, Hoesch und Gutehoffnungshütte), die sich deshalb zeitweise als Gegner der Kartelle mit ihrer Einengung der Freizügigkeit aussprachen und freie Konkurrenz anstrebten. Die Gegensätze übertrugen sich, zum Teil verschärft, auf die einzelnen Syndikate für die Walzwerk- und Stahlgußprodukte, die so gut wie restlos syndiziert sind. Bisher hatte jedes Werk in der Deutschen Rohstahlgemeinschaft seine festgelegte Stahlquote, und der Kampf ging um deren Verwendung in den einzelnen Unterverbänden. In der neuen Deutschen Rohstahlgemeinschaft, die im Dezember 1929 abgeschlossen wurde und bis zum Jahr 1940 läuft, gibt es demgegenüber keine Rohstahlquoten mehr sondern nur noch Beteiligungen in den Unterverbänden, durch die man indirekt die Kontingentierung der Rohstahlproduktion erreicht. Ob der Konkurrenzkampf der einzelnen Vertragspartner damit beseitigt ist, oder ob nicht vielmehr der Wettlauf um die Quote noch schärfer beginnen wird, bleibt abzuwarten. Man hat der Deutschen Rohstahlgemeinschaft jetzt den Charakter eines Rahmenkartells gegeben, das durch die Kündigung jedes einzelnen Unterkartells gesprengt wird und dann die Auflösung aller anderen Syndikate nach sich zieht. Die organisatorische Zusammenfassung ist also wesentlich verstärkt, da die Differenzen in einem Untersyndikat voraussichtlich immer geringfügiger sein werden als das Risiko der Aufgabe der Marktbeherrschung, die durch die Gesamtheit der Kartelle erreicht ist. Bei der jetzt noch deutlicher werdenden monopolistischen Stellung der Schwerindustrie muß um so nachdrücklicher gefordert werden, daß sie öffentlicher Kontrolle unterstellt wird.

Auf 2 Bücher sei hierzu aufmerksam gemacht. Paul Berkenkopf hat in seiner Arbeit Die Neuorganisation der deutschen Grobisenindustrie seit der Währungsstabilisierung /Essen, G. D. Baedeker/ ausgezeichnetes Material zusam-

mengetragen und zugleich die Fragen der Gesamtstruktur der Grobisenindustrie behandelt. Otto Wiskott ergänzt diese Untersuchung durch eine Studie Eisenschaffende und eisenverarbeitende Industrie /Bonn, Kurt Schroeder/.

Zündholzmonopol

Das Reich hatte unter dem Finanzminister Rudolf Hilferding am 2. Oktober 1929

mit Ivar Kreuger einen Vertrag abgeschlossen, der dem Schwedentrust das Zündholzverkaufsmonopol für Deutschland zusicherte, gegen Hergabe einer Anleihe in Höhe von 125 Millionen Dollars auf die Dauer von 50 Jahren (siehe dazu auch die Rundschau Genossenschaftsbewegung in diesem Band Seite 266). Am 29. Januar 1930 verabschiedete der Reichstag das entsprechende Zündwarenmonopolgesetz. Für die Anleihe zahlt das Reich nominell 6% Zinsen, bei einer Auszahlung von 93% erhöhen sich die Anleihekosten auf effektiv 6,45%. Das Monopol ist auf mindestens 32, höchstens 50 Jahre überlassen worden. Mit der Verleihung dieses Monopols an den Schwedischen Zündholztrust ist zwar nur ein bisher "getarntes" Monopol offiziell geworden. Trotzdem läßt sich der volkswirtschaftlich sehr bedenkliche Schritt der Verleihung eines Monopols an eine private Kapitalistengruppe nur mit der Finanznot des Reichs rechtfertigen, dem aus der Schwedenanleihe ein Betrag von knapp 500 Millionen Mark zufließt. Die Überlassung des Monopols hat die Verteuerung der Zündhölzer von 25 auf 30 Pfennig pro Paket zur Folge, belastet also den Konsum bei einem Verbrauch von 150 000 bis 180 000 Kisten um jährlich 7,5 bis 9 Millionen Mark. Dem Reich fließen für die Verleihung des Monopols vorweg 13 Mark pro Normalkiste Zündhölzer zu, also rund 2,5 bis 3 Millionen Mark; außerdem ist es in gleicher Höhe wie der Schwedentrust an den Gewinnen beteiligt, die alsdann noch erzielt werden. Träger des Monopols ist die Deutsche Zündwarenmonopolgesellschaft, von deren Kapital zu 1 Million Mark Trust und Reich je die Hälfte besitzen. Für das Kapital wird eine 8prozentige Verzinsung garantiert. Zusammen mit der Vorwegzahlung von 13 Mark pro Kiste und dem Anteil an den Übergewinnen wird für das Reich mit einer jährlichen Mehreinnahme von rund etwa 5 Millionen Mark gerechnet. Der Schwedentrust seinerseits erhält rentable Fabriken in Deutschland und erzielt darüber hinaus einen jährlichen Gewinn von 1,5 bis 2

Millionen Mark. Lediglich die Anleihe-not des Reichs und die tatsächliche Situation der deutschen Zündholzindustrie machen diesen Schritt verständlich. Carl Hurthi hat in seinem Buch *Die deutsche Zündholzindustrie in der Nachkriegszeit* /Jena, Gustav Fischer/ alle wissenswerten Daten darüber zusammengetragen. Zur Orientierung über den finanzgewaltigen Kreugertrust sei auf Wilhelm Grotkopps ausgezeichnete Studie *Der schwedische Zündholztrust* /Braunschweig, Georg Westermann/ aufmerksam gemacht. Der Verfasser hat seine Kenntnisse über den Aufbau und die Weltmachtstellung des Zündholztrusts zum Teil aus Angaben Ivar Kreugers.

Informationsmittel

Ein Buch, das uns bisher gefehlt hat, ist der Initiative des Statistischen

Reichsamts zu verdanken: *Deutsche Wirtschaftskunde*, ein Abriß der deutschen Reichsstatistik /Berlin, Reimar Hobbing/. Dieses Werk bringt eine Zusammenstellung derjenigen statistischen Angaben, die zur Erkenntnis der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Struktur Deutschlands notwendig sind. Darüber hinaus enthält es die wichtigsten Angaben über den Geldmarkt, Preisgestaltung, Arbeitsmarkt, Lohnfragen und die Finanzwirtschaft. Es will als volkswirtschaftlich-statistisches Lesebuch der staatsbürgerlichen Bildung dienen und wird dieses Ziel erreichen, zumal der Preis von 2,80 Mark hierfür niedrig genug ist.

Die Wiener Kammer für Arbeiter und Angestellte hat den 5. Jahrgang des *Wirtschaftsstatistischen Jahrbuchs*, für 1928, etwas spät herausgebracht /Wien, Selbstverlag der Kammer für Arbeiter und Angestellte/. Die Verzögerung wird allerdings zum Teil wettgemacht durch Zahlenangaben, die bis weit nach 1929 hineinreichen (siehe diese Rundschau, 1928 II Seite 1097). Einzelgebiete (Finanzwirtschaft, Steuerwesen, Rationalisierung) wurden wertvoll erweitert.

Es sei hier auch auf den *Kalender Gesellschaft und Wirtschaft 1930* von H. C. B. Sommer und Adolf Wilhelm Bauche /Berlin, E. Laub/ aufmerksam gemacht. Auf Wochenkalenderblättern ist brauchbares Material über viele wichtige Fragen zusammengestellt. Einfache, einprägsame graphische Darstellungen dienen dem Zweck die Bildungsbestrebungen der Arbeitnehmerschaft zu unterstützen. Die farbigen Bildtafeln sind mit guten Texten erläutert, das Zahlenmaterial geht auf die neuesten Statistiken zurück.

Totenliste

Am 24. Oktober 1929 starb in Berlin der Gründer des Warenhauskonzerns Schocken, *Simon Schocken*, an den Folgen eines Automobilunfalls, im Alter von 55 Jahren. Der von ihm und seinem Bruder aus dem kleinen Stammhaus Ury Schocken in Zwickau ausgebaute Konzern war zu einem bedeutenden Unternehmen von Eigenart und starker Wirtschaftlichkeit geworden, mit zahlreichen Filialen in Preußen, Sachsen, Bayern und Württemberg. Intuitives Erfassen des Notwendigen bei Beherrschung des Details, sicheres Urteil über die Entwicklungsfähigkeit wirtschaftlich-technischer Ansätze und unmittelbare Initiative zeichneten Simon Schocken aus. Die selben Qualitäten bewährte er auch in seiner Beteiligung an dem Neuaufbau Palästinas.

Noch ehe die Europa das Blaue Band des Ozeans nochmals für Deutschland gewinnen konnte, starb am 12. März 1930 *Hermann Blohm*, der Mitbesitzer der Werft Blohm & Voß, auf der sie gebaut wurde. Blohm gründete diese heute größte Werft 1877 zusammen mit Ernst Voß und machte aus ihr ein Unternehmen, das sich bald ebenbürtig neben die englischen Werften stellte, und dessen Name mit der Geschichte und der Entwicklung der Werftindustrie in Deutschland aufs engste verbunden ist. 1927 hatte er dieses Weltunternehmen 50 Jahre geleitet. Über den Rahmen seines Unternehmens hinaus betätigte er sich viele Jahre in der Hamburger Handelskammer, war Vorsitzender der Berufsvereine des deutschen Schiffsbaus und Gründer der Hamburger Schiffsbauversuchsanstalt. Mit dem Arbeitgeberverband Hamburg-Altona organisierte er daneben die industrielle Kampffront gegen die Arbeitnehmer, die Blohm nicht gerade als Freund im Gedächtnis behalten werden.

Kurze Chronik Die Leipziger Industrie- und Handelskammer erläßt zum 100jährigen Bestehen der Öffentlichen Höheren Handelslehranstalt in Leipzig das folgende *Preisausschreiben*: »Der wirtschaftliche Rationalismus (Intellektualisierung und Technisierung der Wirtschaftsprozesse) in seinen Auswirkungen auf den in der Wirtschaft tätigen Menschen und seine Erziehung.« Als Endtermin des Wettbewerbs ist der 1. Oktober 1930 festgesetzt. ◊ Durch die Ende September 1929 vollzogene Fusion der Deutschen Bank mit der Diskontogesellschaft hat Deutschland ein *Bankinstitut* im Ausmaß der großen internationalen Weltbanken erhalten. Die

neue Bank verfügt über ein Aktienkapital von 185 Millionen Mark, ihre Bilanzsumme wird rund 5 Milliarden betragen. Durch die Fusion ist zugleich eine ganze Reihe weiterer Banken verschwunden, deren Kapital sich bereits im Besitz der beiden großen Fusionspartner befunden hatte. ◊ Das *Automobilwesen* wird in Deutschland nur sehr zögernd ein Massengeschäft. Trotzdem geben die Veränderungen im Bestand der Fahrzeuge gewisse Anhaltspunkte für die Höhe der Kaufkraft. Gegen 1928 hatte er sich am 1. Juli 1929 von 933 000 auf 1,2 Millionen erhöht, und zwar hatten die Personenwagen um 23%, die Motorräder um 39%, die Kleinmotorräder sogar um über 100%, von 103 000 auf 223 000, zugenommen. Die Krise im Automobilgeschäft ist also eine Frage der Kaufkraft, denn in Deutschland entfällt erst auf 111 Einwohner ein Wagen, in Amerika auf 5: eine eindringliche Mahnung aus Kontinentaleuropa ein einheitliches Wirtschaftsgebiet zu schaffen und so, namentlich gerade durch deutsch-französische Gemeinschaftsarbeit in der Automobilindustrie, den einzigen Vorsprung der Vereinigten Staaten von Amerika einzuholen. ◊ Am 27. Dezember 1929 wurde in Paris eine *Deutsch-Französische Handelskammer* ins Leben gerufen, zu dem Zweck die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich zu fördern. Mitglied kann jeder Deutsche werden, der in Paris wohnt und wirtschaftlich tätig ist.

Literatur Unabhängig von der so viel diskutierten Frage "Dawesplan oder Youngplan?" bieten überaus wertvolles Material die beiden starken Bände *Das Reparationsproblem* /Berlin, Reimar Hobbing/, mit denen die Friedrich-List-Gesellschaft der Öffentlichkeit den Verlauf ihrer Konferenzen in Pyrmont und Berlin noch einmal bekanntgibt. Mittelpunkt beider Tagungen waren Kernfragen des Reparationsproblems, insbesondere des Transferproblems, zu denen Wissenschaftler und Praktiker der verschiedensten Interessenkreise Stellung nahmen. Beide Bände haben also sehr stark den Charakter einer Dokumentensammlung, wenn man die nun gedruckten Meinungsäußerungen so versteht. Darüber hinaus ist in diesen beiden Bänden eine Fülle wertvollster Beurteilungsgesichtspunkte nebeneinandergestellt. ◊ Lesenswert sind auch die 12 Reden *Edgar Salins*, die unter dem Titel *Die deutschen Tribute* erschienen /Berlin, Reimar Hobbing/.

Genossenschaftsbewegung / Erwin Hasselmann

Internationale In der Internationalen Genossenschaftlichen Rundschau berichtet der Internationale Genossenschaftsbund über seine Tätigkeit im Jahr 1929. Der Bund hat keine wirtschaftspraktischen Aufgaben, ihm liegt die Pflege des genossenschaftlichen Gedankens in der ganzen Welt ob: Materialsammlung, Forschung, Förderung der internationalen Beziehungen der Genossenschaftsverbände und dergleichen. Aus seiner Tätigkeit im Jahr 1929 seien hervorgehoben: eine noch nicht abgeschlossene große Enquete zur Untersuchung der kapitalistischen Konzerne und Kartelle, ferner die durch einen Ausschuß in Angriff genommene Ausarbeitung eines Wirtschaftsprogramms für den Bund und die Zusammenarbeit mit dem Völkerbund in der Frage des Zusammenwirkens zwischen Verbraucher- und Erzeugergenossenschaften. Die Bestrebungen des Bundes beim Völkerbund die Einsetzung eines Ausschusses zur Untersuchung der Möglichkeiten einer Zusammenarbeit zwischen Erzeuger- und Verbrauchergenossenschaften durchzusetzen haben bisher allerdings noch zu keinem Erfolg geführt, trotz dem gleichgerichteten Vorschlag der Internationalen Wirtschaftskonferenz. Die Internationale Genossenschaftsschule, im Sommer 1929 im Haag, war von 76 Teilnehmern besucht. Der Vollkursus dauerte 14 Tage, vom 13. bis zum 27. Juli, und bestand aus 9 Vorträgen und vielen Führungen und Besichtigungen. Dieses Jahr wird die Schule im August in Wien abgehalten werden. Der Erfahrungsaustausch innerhalb des Bundes ist durch die Herausgabe des Genossenschaftlichen Nachrichtendienstes und des Wirtschaftsdienstes, die neben der Internationalen Genossenschaftlichen Rundschau als Informationsmittel erscheinen, wesentlich gefördert worden. Die äußere Entwicklung entspricht der Entwicklung der Genossenschaftsbewegung in den einzelnen Ländern. Über die innere Festigung des Bundes sagt der Bericht: »Das internationale Genossenschaftsheer ist jetzt sehr viel disziplinierter als vor Jahren. Wir haben so etwas wie einen "Korpsgeist" großgezogen, der die gesamte Organisation deutlich beherrscht.«

Deutschland Wie in den Vorjahren überragen im Jahr 1929 die Neugründungen von Genossenschaften ganz beträchtlich die Auflösungen. 1685 Neugründungen stehen 1274

Auflösungen gegenüber. Nach den vom Statistischen Reichsam herausgegebenen Monatsnachweisen bestanden Ende 1929 2188 städtisch-gewerbliche Kreditgenossenschaften, 13 901 ländliche Darlehenskassenvereine, 13 087 landwirtschaftliche Betriebsgenossenschaften, 3982 gewerbliche Genossenschaften, 1753 Konsumvereine, 4390 Baugenossenschaften, 336 Vereinshäuser, 992 sonstige Genossenschaften. Die städtisch-gewerblichen Kreditgenossenschaften haben einen Zuwachs von 51 Genossenschaften zu verzeichnen (119 Neuerrichtungen, 68 Auflösungen), bei den ländlichen Kreditgenossenschaften ist die Zahl der Auflösungen weit größer als die der Neugründungen (199 Auflösungen, 63 Neugründungen). Die Anzahl der ländlichen Betriebsgenossenschaften hat sich erheblich vermehrt, 991 Neugründungen stehen 413 Auflösungen gegenüber. Der Zuwachs ist vor allem mit der starken Zunahme der Absatzgenossenschaften zu erklären, die auch eine Auswirkung der Absatznot der deutschen Landwirtschaft ist. Das Reich hat die Gründung von Absatzgenossenschaften tatkräftig gefördert, zum Ausbau von Organisationen für Milch-, Eier-, Obst-, usw. -verwertung wurden von ihm erhebliche Mittel bereitgestellt. Allein 180 Eierverwertungsgenossenschaften, 80 Viehverwertungsgenossenschaften und 60 Genossenschaften zur Verwertung von Obst und Gemüse sind im vergangenen Jahr neu gegründet worden. Bei den übrigen Genossenschaften ist die Bestandszahl ziemlich konstant geblieben. Neugründungen und Auflösungen der Baugenossenschaften halten sich ungefähr die Wage (210 Neugründungen, 208 Auflösungen). Die Gruppe der Konsumvereine weist 35 Neugründungen und 65 Auflösungen auf, etwa 50 der Auflösungen entfallen auf Verschmelzungen, die ein Ergebnis der Konzentrationsbestrebungen in der Konsumgenossenschaftsbewegung sind.

Zentralverband Deutscher Konsumvereine Die Konsumgenossenschaften des Zentralverbands Deutscher Konsumvereine berichten über die Entwicklung des Umsatzes, der Mitgliederzahlen, des Sparkassenverkehrs und der Vermögenslage im Kalenderjahr 1929.

Auf die Konsumgenossenschaften ist die Dauerkrise der Wirtschaft nicht ohne Einfluß geblieben. Vor allem in Sachsen macht sich die große Erwerbslosigkeit in einer deutlich sichtbaren Verlangsamung, hier und da in einer Stagnation der Umsatzentwicklung bemerkbar. Auch

in den anderen Revisionsverbandsgebieten sind ähnliche Erscheinungen zu beobachten. Einige Städte machen eine Ausnahme. So entwickeln sich die Konsumgenossenschaften in Berlin, München, Nürnberg trotz der Wirtschaftskrise in schnellem Tempo. Das liegt anscheinend daran, daß hier noch viel konsumgenossenschaftliches Neuland vorhanden ist, das in gleichem Umfang zum Beispiel in Sachsen fehlt. Die Mitgliederzahl der 284 berichtenden Konsumgenossenschaften betrug 2 992 278, gegen 2 896 756 Ende 1928. Die Vermehrung der Mitgliederzahl um rund 100 000 befriedigt angesichts der Tatsache, daß noch immer "Papiersoldaten" ausgeschlossen werden, durchaus. Auch die Umsatzentwicklung kann im großen und ganzen als befriedigend bezeichnet werden, wenn man die wirtschaftlichen Verhältnisse mit in Rechnung zieht. Es dürfte nur wenige Privatunternehmen geben, die wie die Konsumgenossenschaften des Zentralverbands (in ihrer Gesamtheit) eine Umsatzerhöhung um 10,5 % nachzuweisen vermögen. Die prozentuale Umsatzerhöhung des Jahres 1929 reicht allerdings an die der vorhergehenden Jahre nicht heran. Im Jahr 1927 betrug die prozentuale Umsatzvermehrung gegenüber dem Vorjahr 21 %, im Jahr 1928 15 %. Der Gesamtumsatz des Kalenderjahrs 1929 betrug 1242,3 Millionen Mark, der des Jahres 1928 1124,5 Millionen. Der Durchschnittsumsatz pro Mitglied stieg von 388,19 auf 415,17 Mark, seit dem Jahr 1925 (208,76 Mark) hat er sich verdoppelt. Trotzdem bleibt er noch weit hinter den englischen Durchschnittsumsatzzahlen zurück. Die Spareinlagen, die in den ersten 3 Vierteljahren noch eine beträchtliche Vermehrung aufweisen, haben diese im 4. Vierteljahr kaum noch erfahren. Sie erreichten Ende 1929 eine Höhe von 374 Millionen Mark gegenüber 297,5 Millionen Ende 1928 und 207,5 Millionen Ende 1927. Geschäftsguthaben und Reserven stiegen von 53,1 respektive 53,2 auf 61,1 respektive 61,5 Millionen Mark.

Die Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine steigerte ihren Gesamtumsatz von 444,372 Millionen Mark im Jahr 1928 auf 501,378 Millionen im Jahr 1929. Die Steigerung beträgt 12,83 %. Der Umsatz der Erzeugnisse der Großeinkaufsgesellschaft (Eigenproduktion) stellte sich 1928 auf 104,721 Millionen Mark, 1929 auf 123,879 Millionen. Die Steigerung beträgt hier 18,3%: ein Zeichen dessen, daß sich die Erzeugnisse der Fabriken der Großeinkaufsgesellschaft immer mehr durchsetzen.

Die Verlagsgesellschaft Deutscher Konsumvereine berichtet über eine ganz erhebliche Umsatzerhöhung. Ihr Gesamtumsatz stieg von 15,880 Millionen Mark im Jahr 1928 auf 20,795 Millionen im Jahr 1929. Von dem Umsatz des Jahres 1929 entfallen 14,271 Millionen Mark auf die Druckerei und Papierfabrik, 6,411 Millionen auf die Versicherungsabteilung und 113 000 Mark auf das Elektrizitätswerk. Die recht ansehnliche Umsatzsteigerung ist in der Hauptsache auf Betriebserweiterungen und auf die Auflagerhöhung des neu ausgestatteten Konsumgenossenschaftlichen Volksblatts zurückzuführen. Die Auflage des Konsumgenossenschaftlichen Volksblatts betrug Ende 1929 1 515 170 gegen 1 203 923 Ende 1928. Die Konsumgenossenschaftliche Rundschau erhöhte ihre Auflage von 23 171 auf 30 654 Exemplare.

Reichsverband Deutscher Konsumvereine Für den Reichsverband Deutscher Konsumvereine gilt das gleiche wie für den Zentralverband: Auch hier wird die Entwicklung durch die Wirtschaftskrise stark beeinträchtigt. Die Umsatzsteigerung der Konsumgenossenschaften ist nicht ganz so groß wie im Zentralverband, sie beträgt knapp 10 %. Von 183,6 Millionen Mark im Jahr 1928 erhöhte sich der Umsatz auf 201,8 Millionen im Jahr 1929. Das Entwicklungstempo, das übrigens im Jahr 1928 hinter dem des Zentralverbands noch erheblich zurückblieb, ist sogar ein schnelleres geworden als im Vorjahr. Die Reichsverbandsgenossenschaften zählen heute ungefähr 810 000 Mitglieder. In dieser Zahl ist allerdings noch eine Reihe sogenannter Papiersoldaten enthalten, da der größte Teil der Reichsverbandsgenossenschaften noch keine Säuberung der Mitgliederlisten durchgeführt hat. Die Großeinkaufs- und Produktionsgesellschaft Deutscher Konsumvereine, die sogenannte Gepag, berichtet über beträchtliche Umsatzsteigerung. Gegen 1928 stieg der Umsatz von 61,4 auf 72,5 Millionen Mark. Vom Umsatz des Jahres 1929 entfallen 10 Millionen auf Erzeugnisse der Eigenproduktion.

Preußische Zentralgenossenschaftskasse Der Geschäftsbericht der Preußenkasse für das Jahr 1929 zeigt keine großen Veränderungen im Aufbau der Bilanz. Darlehen des Reichs sollen in Höhe von 50 Millionen Mark in eine Stammeinlage umgewandelt und auf den noch nicht eingezahlten Stammeinlagenanteil des preußischen Staats verrechnet werden. Die Stammeinlagen der Verbandskassen haben

sich nur geringfügig vermehrt. Neu angeschlossen an die Preußenkasse hat sich die im Dezember 1929 gegründete Reichszentralkasse der deutschen Beamtenbanken. Die Beanspruchung der Preußenkasse zeigt eine rückläufige Bewegung, die zum Teil auf die im Zusammenhang mit der Rationalisierung des ländlichen Genossenschaftswesens vorgenommenen Schuldennachlässe zurückzuführen ist. Auf die einzelnen Gruppen verteilt, weist die Beanspruchung der Kasse die folgenden Veränderungen auf:

Genossenschaftsart	Beanspruchung (in Millionen Mark)	
	Ende 1928	Ende 1929
Ländliche Genossenschaften	674,5	548,9
Gewerbliche Genossenschaften	56,9	67,1
Konsumgenossenschaften	1,3	1,0
Öffentlichrechtliche Anstalten	3,9	6,8
Sonstige Genossenschaften	28,9	37,3
Zusammen	765,5	661,1

Kurze Chronik Die *Volksfürsorge* weist Ende 1929 einen Versicherungsbestand von 1 893 000 Policen mit einer Versicherungssumme von 729 Millionen Mark in der Volksversicherung und 32 000 Policen mit einer Versicherungssumme von 57 Millionen Mark in der Lebensversicherung auf. Die Prämieinnahme ergab zusammen 40,5 Millionen (Volksversicherung 37,9, Lebensversicherung 2,6), die Kapitalerträge erreichten eine Höhe von 5,2 Millionen Mark. Der Kapitalbestand betrug rund 86 Millionen Mark. Der Antragseingang belief sich in der Volksversicherung auf 573 500 mit einer Versicherungssumme von 257, in der Lebensversicherung auf 7300 mit einer Summe von 16,6 Millionen Mark. Die Versicherungsleistungen im Berichtsjahr betragen rund 3 Millionen. ◊ Am 13. Februar wurde der Reichsverband der Deutschen Landwirtschaftlichen Genossenschaften Raiffeisen gegründet. Damit ist die *Einheit der landwirtschaftlichen Genossenschaften* nun endgültig Wirklichkeit geworden. Die Zusammensetzung des Präsidiums des neuen Einheitsverbands entspricht dem Vorschlag des sogenannten Einigungsausschusses (siehe diese Rundschau, 1929 II Seite 829 und folgende). Man bildete Fachausschüsse für 1. das genossenschaftliche Geld- und Kreditwesen, 2. den genossenschaftlichen Warenein- und -verkauf, 3. das genossenschaftliche Molke- und Käsewesen, 4. das Winzergenossenschaftswesen, 5. die genossenschaftliche Elektrizitätsversorgung, 6. die genossenschaftliche Eierverwertung, 7. die genossenschaftliche Obst- und Gemüseverwertung.

Nationale Bewegung / Hermann Hasse

Masaryk Die Feier des 80. Geburtstags des tschechischen Staatspräsidenten Thomas Garrigue Masaryk am 7. März geht uns gerade auch in dieser Rundschau an. Als Prager Professor der Philosophie hat er in seiner Zeitschrift Athenäum 1886 gegen den Fanatismus seiner Landsleute den Kampf gegen die Fälschung der Königinhofer Handschrift durchgefochten. 1899 erschien sein Werk über die philosophischen und soziologischen Grundlagen des Marxismus und 1922 sein Neues Europa. Seine Werke sind deutsch in dem kulturpolitisch verdienstvollen und immer einer Idee folgenden Verlag Eugen Diederichs in Jena erschienen. Dazwischen aber lag die weltpolitische Bedeutung Masaryks: während des Krieges sein Wirken in Frankreich und England um Gründung des Tschechischen Staats, 1917 Gründung der Tschechischen Legion aus den 92 000 russischen Kriegsgefangenen, die dann nach Wladiwostok marschierten. Er hat die mit Benesch zusammen geschaffene Tschechoslowakische Republik, und nicht zum wenigsten auch durch seine maßvolle Politik gegenüber den früher von ihm befehdeten Deutschen Österreichs, zu einer wichtigen Stütze des Friedens und des kontinentaleuropäischen Zusammenschlusses gemacht. Daher klingt für uns in dem Namen Masaryk auch der europäische Gedanke. Und alle aufstrebenden Nationen empfinden sich in Gefühlssolidarität mit ihm. So sammeln die tschechischen Zionisten für einen Masarykwald in Palästina, der im Lauf dieses Jahres gepflanzt werden soll. Das Leben Masaryks ist ein Beweis dafür, daß Menschheitsgesinnung von Nationalgefühl befruchtet, nicht aufgehoben wird.

Südslawien Im Ausland war der Name Süd- oder Jugoslawien schon seit der Neugründung des Staates üblich, offiziell wurde er aber erst am 3. Oktober 1929 angenommen. Man strich nicht nur aus dem Titel den kroatischen und slowenischen Anteil sondern verbot auch die Führung der besonderen Fahnen. Im ganzen hören wir wenig davon, was die "Diktatur" dort treibt. Zum guten Teil sind wir auf die Tendenzberichte der Internationalen Revolutionären Mazedonischen Organisation, des sogenannten Orim, angewiesen. Diese zählen die politischen Urteile und "Polizeimorde" auf, berichten von einer Liquidierung der Agrar-

reform, durch die der verschuldete Bauernboden billig an den Großgrundbesitz zurückfalle. Im Kossowogebiet mit 1 Million Einwohnern sollen die angesiedelten russischen Weißgardisten Wangels bereits 100 000 Albaner um die Ecke gebracht haben. Was von diesen bolschewistisch gespeisten Nachrichten zu halten ist, ersieht man am besten daraus, daß die Sozialisten des Landes ihren Frieden mit der Regierung schlossen, nachdem durch die neue Einteilung in 9 Banate, statt der 12 Bezirke und Großgespane der Widowdaner Verfassung vom 28. Juni 1921, die alten Landesstädte Agram und Cetinje wieder besseres Hinterland erhalten haben und die vorgesetzten Banusse aus der betreffenden Nationalität entnommen wurden. Die Angriffe der bolschewistischen oder bolschewistisch inspirierten Kreise in der deutschen Presse richten sich gegen den Genossen Hermann Wendel, der bekanntlich der beste deutsche Kenner der südslawischen Fragen und Tatsachen und gerade darum jenen Serbophoben besonders unbequem ist. Die Polemik gegen ihn wird auf dem Boden von Vermutungen und Schlußfolgerungen geführt, die man ganz unbedenklich als Tatsachen ausgibt. Besonders beliebt ist natürlich der Vorwurf des "Fascismus". Da aber diejenigen, die sich über den Terror auf dem Balkan am lautesten entrüsten, völlig versagen, wenn man die furchtbaren Taten des bolschewistischen Regimes auch nur bekanntgeben will, von einem noch so schüchternen Protest gegen sie ganz zu schweigen, hat man allen Anlaß jeder Darstellung südslawischer Angelegenheiten von jener Seite aufs äußerste zu mißtrauen. Das gilt auch für alle Nachrichten, die das Verhältnis von Südslawien zu Bulgarien betreffen. Entgegen der Tendenz, die sie verfolgen, sei hier zunächst nur die eine Tatsache registriert, daß die beiden Länder Anfang Februar einen Vertrag unterzeichnet haben, der die Liquidierung des doppelseitigen Besitzes von Bauern regelt, die nicht zur Auswanderung getrieben werden sollen.

Palästina Nachdem der Völkerbundsrat die Ernennung einer besondern Kommission aus 3 nichtbritischen, aber von England vorgeschlagenen Mitgliedern zur Lösung der Klagemauerfrage beschlossen hatte, konzentrierte sich das Interesse auf die durch England geführte Untersuchung und auf die Person des Obersekretärs der Palästinaregierung H. C. Luke, der

während der Unruhen in Vertretung des abwesenden Oberkommissars die Geschäfte leitete und am 4. Dezember 1929 fürs erste auf 5 Monate beurlaubt wurde. Am 20. Dezember schrieben Balfour, Lloyd George und Smuts in den Times als Mitglieder der Kriegsregierung von 1917 einen Brief an die Regierung, in dem sie diese ersuchten die Balfourdeklaration zu schützen und eine weitere Kommission mit größerer Machtvollkommenheit mit der Prüfung über das Funktionieren des Mandats zu betrauen. Am 3. April 1930 erklärte MacDonald im Unterhaus, die Regierung werde »die Verwaltung Palästinas gemäß den Mandatsbestimmungen fortführen«, sie sei »fest entschlossen im gleichen Maß die beiden Teile der Balfourdeklaration in die Wirklichkeit umzusetzen und allen Teilen der Bevölkerung Palästinas in gleicher Weise gerecht zu werden«. Das bedeutet faktisch, obgleich der gute Wille MacDonalds außer jedem Zweifel steht, doch nur, daß die britische Politik nach wie vor nichts dagegen tun wird, wenn die Verwaltung die Juden und die Araber gegen einander ausspielt. Nur eine energische Förderung der jüdischen Einwanderung könnte dem Land innere Ruhe und Entwicklung geben: weil sie Produktivkräfte wachriefe und durch das Schwergewicht der Leistung, die ja der ganzen Bevölkerung zugute käme, die Aufhetzung der Araber gegen die jüdischen Kolonisatoren immer inhaltsleerer machte und schließlich zum Versiegen brächte. Vorläufig steht die Beruhigung des Landes nur auf dem Papier. Denn selbst nach der Erklärung, daß man die Lage jetzt beherrsche, sind noch zahlreiche Angriffe erfolgt, zumal die Strafen gegen Araber nachträglich bedeutend herabgesetzt wurden. Und der Bericht der Untersuchungskommission, der Anfang April bekanntgegeben wurde, rechtfertigt alle Befürchtungen über den Charakter der britischen Palästinapolitik. Der Zionismus kann von daher Hilfe zurzeit nicht erwarten. Es ist aber durchaus an ihm durch energische Produktionspolitik sich selber zu helfen.

Die beiden jüdischen Arbeiterparteien haben sich auf einer Konferenz in Tel Awiw am 5. Januar endgültig zu einer Einheitspartei verschmolzen. Auch die Kulturarbeit geht weiter. Nach dem Balfourwald wurde im Dezember 1929 mit der Pflanzung der ersten 6000 Bäume des Einsteinwalds in Kirjath Anawim bei Jerusalem begonnen (Kosten für jeden Baum 6 Mark), unabhängig von dem

Wiederaufbaukomitee der Jewish Agency, das die Schäden der Augustunruhen wiedergutzumachen hat. Man vergebewärtigt sich bei dieser Gelegenheit einige Zahlen: Größe des Landes 26 000 Quadratkilometer (wie Niederschlesien), Einwohnerzahl 900 000 oder 29 auf den Quadratkilometer, Einfuhr 6 Millionen Pfund Sterling, Eisenbahnstrecken 1500 Kilometer, jüdische Einwanderung bisher 73 000, zuzüglich natürlicher Vermehrung 94 000, jüdisches Kapital investiert 380 Millionen Mark, jüdischer Bodenbesitz 1,1 Millionen Dunam zu 918 Quadratmeter, also etwa 100 000 Hektar. Man steht also in den Anfängen in einem Land bedeutender unmittelbarer Schaffungsmöglichkeiten.

China Der Protest radikaler Politiker gegen die Unterstützung Tschiang Kai Scheks durch 26 deutsche Ratgeber zeigt uns, wie weit sich dieser Diktator von der Kuomintangpartei entfernt hat, die er noch zu vertreten vorgibt. Die dauernden Mitteilungen europäischer Berichterstatter, daß die Entscheidung im Norden fallen werde, geben wieder neue Nahrung für den alten Versuch das Reich der asiatischen Mitte mit dem der europäischen Mitte zu vergleichen: Die größere militärische Tüchtigkeit der chinesischen Preußen sei notwendiges Gleichgewicht gegen die stärkere Bevölkerungszunahme des demokratischen Südens. Nur daß die friedliche Trennung der beiden so verschiedenen Teile auf der Linie des Jangtse dem Land kaum einen außenpolitischen Nachteil brächte. Man hat von diesen beiden Teilen, die sich nicht durch die Sprache sondern nur durch die Schrift mit einander verständigen können, gesagt, sie wären verschiedener von einander als Italien und Skandinavien und hielten eigentlich nur im Ausland zusammen. Wenn England auch durch den Handelsausfall große Verluste erleidet, so vermindert doch der Blutverlust, der an die Stelle der früheren Hungersnöte getreten ist (infolge Absperrung der Bahnen durch die Unruhen sind allerdings auch in den letzten beiden Jahren wieder 6 Millionen Menschen verhungert), für eine Weile die Stoßkraft nach außen, deren Größe in Europa meist unterschätzt wurde. Hatte doch der Auswandererstrom, von dessen kleinsten Ausläufern in Amerika, Australien, Südafrika wir so viel hören, binnen 2 Generationen nicht nur die gewaltige Malayenwelt fast erdrückt sondern bereits

das britische Indien bedroht. Von den 3 Etappen der Politik der Nankingregierung (siehe diese Rundschau, 1929 I Seite 245) ist nunmehr auch die 3. eingenommen. Am 1. Januar 1930 wurde die Exterritorialität der Fremden aufgehoben. Daß es sich hier um mehr handelt als bloß für die innere Politik eine nationalistische Geste zu machen und weitem Anhang zu sammeln, dürfte eine nahe Zukunft zeigen.

Binnen 25 Jahren ist die ehemals dünn bevölkerte Mandschurei, das Land der Sojabohne, durch Siedlung auf 25 Millionen Köpfe gebracht, und damit eine Grenzbastion eigentlich erst für China gewonnen worden. Nun glaubte Tschang Hsü Liang, der Sohn des ermordeten Tschang Tso Lin, auch auf die Lebensader des Landes, die in russischer Hand befindliche Bahn, den Vorstoß wagen zu können, deren Wert man auf 1,3 Milliarden Rubel schätzt. Vor allem ihr Jahresüberschuß von 9 Millionen Rubel hätte eine gute Finanzquelle für den Bürgerkrieg geboten. Dieses Unternehmen ist fürs erste noch nicht geglückt; am 23. Dezember 1929 wurde im Protokoll von Chabarowsk der Status quo ante wiederhergestellt. Es ist aber nicht anzunehmen, daß der energische chinesische Politiker damit auch schon sein Vorhaben aufgegeben hat.

Britisch Afrika Von einer nationalen Bewegung der Neger Afrikas kann noch nicht gesprochen werden. Doch kommt es an vielen Stellen namentlich der britischen Kolonien zu Unruhen der sozial geknechteten Eingeborenen. Die Sklaverei ist freilich aufgehoben. An ihre Stelle tritt die Zwangserziehung zur Arbeit, und das Druckmittel ist die Kopfsteuer und ihre Erhöhung, durch die man die Eingeborenen zu Revolten treibt, die man dann wunschgemäß "beruhigen" kann, und "ernannte" Häuptlinge einsetzt. In Lagos haben diese Unruhen im Dezember 1929 36 Tote gefordert. Aus dem Sudan meldete man am 21. Dezember, daß bei gleicher Gelegenheit der kommandierende Offizier Low verwundet wurde. In Gambia, wo die Neger schon gewerkschaftlich organisiert sind, traten 500 Matrosen der Küstenschiffe des Margarinetrusts zur Abwehr von Lohnherabsetzungen in einen Streik, der 62 Tage dauerte, bis die Handelskammer die Gewerkschaft anerkannte und Lohnerhöhungen bewilligte. In Südafrika haben sich 2 Negerverbände, die freilich noch außerhalb der dortigen Gewerkschafts-

bewegung stehen, zwecks gemeinsamen Kampfs gegen die Regierung vereinigt. In Johannesburg fand am 15. und 16. Dezember der 1. Kongreß der Liga für die Rechte der Afrikaner statt. An dem sonst von den Buren gefeierten Dingantag zur Erinnerung an die Schlacht am Blood River vom 16. Dezember 1838 demonstrierten diesmal 20 000 Neger gegen die Generäle Hertzog und Smuts, nachdem die von Smuts geführte Südafrikanische Partei, die sonst gegen Hertzog in Opposition stand, für das neue Eingeborengesetz die Abstimmung freigegeben hatte. In Natal und Transvaal will man Neger, die nicht wenigstens 3 Monate im Jahr für einen weißen Unternehmer arbeiten, mit einer Zusatzsteuer von 5 Pfund belegen und die Prügelstrafe wieder einführen. Um die Landenteignungen und die Zwangsarbeit auch auf die Provinzen Zwazi-, Betschuana- und Basutoland ausdehnen zu können, fordert Hertzog deren Einverleibung in die Südafrikanische Union. In ähnlicher Richtung war bereits im September eine Proklamation für das Ovamboland erlassen worden. Die Dezemberunruhen in Südrhodesien brachten über 200 Eingeborene ins Gefängnis. Sie wurden von der Regierung als angebliche "Stammeskämpfe" dargestellt, waren aber, ebenso wie in Kenya, durch Enteignungen hervorgerufen. Am 16. Januar 1930 traten die eingeborenen Eisenbahnarbeiter des Hafens East-London in den Streik. In Carnarvon wurde bei einer Demonstration der Eingeborenen der Bürgermeister verwundet. Am 18. Januar, während in Kapstadt das Parlament durch Thronrede eröffnet wurde, kam es in der Crownzeche zu einer regelrechten Schlacht, bei der es 14 Tote gab. Am 22. Januar oktroyierte ein britisches Flugzeuggeschwader mit Tränengasbomben dem Stamm der Mafuri einen neuen Häuptling auf.

Am 6. Januar fand eine Konferenz der britischen Gouverneure zur Vereinheitlichung der britischen Kolonialverwaltung statt. Mit dem 1. Mai tritt für Südafrika die Einwanderungsbeschränkung für Osteuropäer in Kraft.

Totenliste Am 4. Oktober 1929 starb *Karl Wolff*, der ein halbes Jahrhundert hindurch die Siebenbürgener Deutschen geführt hat. Er war ursprünglich Redakteur an der Neuen Freien Presse in Wien, gründete 1874 das Siebenbürgisch-Deutsche Tageblatt, wurde 1885 Direktor der Hermannstädter Sparkasse, die er zu großer

Blüte brachte, schloß 1890 Frieden mit den Magyaren, betätigte sich beim Bau der heimischen Bahnen und der Elektrifizierung des Landes und vor allem bei der Gründung von Raiffeisengenossenschaften zur Besiedlung von 15 000 Joch Bodens durch Deutsche.

In Frankfurt starb *Franz Rosenzweig*, der, selbst nicht Zionist, von den Zionisten gefeierte Leiter des Lehrhauses in Frankfurt, Mitbegründer der Akademie für die Wissenschaft des Judentums, Mitarbeiter am Jüdischen Lexikon, also Mitträger des nationaljüdischen Gedankens (siehe über ihn hier auch die Rundschauen *Religionswissenschaft und Philosophie*, 1929 II Seite 1161 und in diesem Band Seite 172).

Der Bozener Rechtsanwalt *Joseph Noldin*, den Italien auf die Liparischen Inseln verbannt hatte, starb am 16. Dezember, kurz nach seiner Rückkehr, an den Folgen einer Krankheit, die er sich im Exil zugezogen hatte. Noldin hatte sich nach 5jähriger Kriegsgefangenschaft in Rußland geweigert für Italien zu optieren. Er hatte dann in seiner Stellung als Rechtsanwalt die Verteidigung verschiedener Tiroler übernommen, die wegen angeblich antifascistischen Verhaltens angeklagt waren. Er starb als Verteidiger des Deutschtums in Südtirol.

Auch in dieser Rundschau ist der Tod *Arthur James Balfours* (siehe die Rundschau Innenpolitik, in diesem Band Seite 366 und folgende) zu erwähnen: wegen der am 2. November 1917 erlassenen Erklärung zur Schaffung der Heimstätte für die jüdische Nation in Palästina. Dieses weltgeschichtliche Dokument, das den Namen Balfourdeklaration trägt, ist in der Folgezeit von der britischen Regierung unauffällig, aber systematisch enteelt und immer wirkungsloser gemacht worden. Es ist die Aufgabe des Zionismus ihr wirkliches Leben zu schaffen. Daß Balfour selbst ein ehrlicher Freund der jüdischen Sache und überzeugter Anhänger der zionistischen Neukolonisation war, geht aus seinen Reden hervor, die Israel Cohn noch vor den arabischen Unruhen gesammelt herausgab. Der kleine Band erschien unter dem Titel *The Earl of Balfour: Speeches on Zionism* /London, Arrowsmith/, mit einem Vorwort des Oberkommissars Sir Herbert Samuel, gewissermaßen zur Zehnjahrsfeier der Deklaration; denn diese Reden hielt Balfour in den Jahren 1917 bis 1927, zur Hälfte in Palästina selbst, eine in der nach ihm benannten Siedlung Balfouria, sie atmen demgemäß Optimismus und Stolz auf das Werk.

Kurze Chronik In Prag wurde eine Tschechoslowakische Gesellschaft zum Studium der *Minderheitenfrage* gegründet. ◊ In Dresden wurde unter Leitung des Professors für Volks- und Staatswirtschaftslehre *Walter Hoffmann* in Freiberg ein *Mittel-europäisches Institut* begründet. ◊ Das Pariser Bureau des *Deutsch-Französischen Studienamts* wurde am 1. Januar aus Geldmangel geschlossen. Sein Leiter *Gustav Krukenberg* wird als Generalsekretär der Deutschen Gruppe von Deutschland aus versuchen für das von *Emil Mayr* ins Leben gerufene wichtige Werk weiter zu wirken. ◊ Der *Kärntner Heimatbund* propagiert seit 2 Jahren die Ansiedlung reichsdeutscher Bauern in Kärnten, und es ist ihm in diesem Zeitraum geglückt dort 76 Landwirte unterzubringen. Auch die Schwaben des Banat haben diesen Gedanken aufgenommen. ◊ Zur Legitimierung *ausländischer Saisonarbeiter* soll 1930 eine einheitliche Verordnung für das Deutsche Reich erscheinen. Der Österreichisch-Deutsche Volksbund hat im Interesse der 1500 burgenländischen Wanderarbeiter und der sudetendeutschen Sachsengänger mit den deutschen Behörden Verhandlungen zu dieser Frage aufgenommen. ◊ Der selbe Bund gab in seiner Zeitschrift ein von *Martin Hohobohm* gezeichnetes Merkblatt für die Pflege des *Anschlußgedankens* im reichsdeutschen Schulunterricht heraus. ◊ In *Blumenau /Brasilien/* wurde am 29. Dezember 1929 der Grundstein zu einem Museum der Deutschen Einwanderung gelegt, da der wirtschaftlichen, geschichtlichen, literarischen und volkstümlichen Erforschung des *Brasil-deutschtums* dienen soll. Im November war zur Jahrhundertfeier der deutschen Einwanderung in *San Pedro de Alcantara* ein Denkmal errichtet worden. ◊ Die belgische Kammer beschloß die *Verflämung* der Universität und Technischen Hochschule *Gent*. ◊ Die *Italienische Universität für Ausländer* in *Perugia* plakatiert in deutscher Sprache ihre Kurse für Juli bis zum September, mit Fahrpreisermäßigung und Verpflegung im Studentenheim zu 90 Lire monatlich. ◊ Die 1927 begründete Deutsche Hochschulhilfe in *Dorpat* hat es dem Professor *Werner Gruehn* ermöglicht Ende 1929 sein Religionspsychologisches Institut zu eröffnen, dessen Deutscherhaltung damit garantiert sein soll, während der Staat sonst die Universität estnisiert. In *Reval* wurde im Oktober ein Deutsches Haus eröffnet.

Literatur Wenn man weiß, daß der Zusammenhang mit den Auslandsdeutschen hauptsächlich durch die Alldeutschen gepflegt wird, und zur Kontrolle keinerlei Literatur aus linksgerichteten Kreisen zur Verfügung steht, geht man mit natürlichem Bedenken an das Buch eines der Rechten zuneigenden Verfassers, des frühern preußischen Kultusministers *Otto Boelitz*, heran, das *Das Grenz- und Auslandsdeutschum* /München, R. Oldenbourg/ betitelt und ausdrücklich als Schulausgabe bezeichnet ist. Auch verhältnismäßig neutrale Stellen, wie das Deutsche Auslandsinstitut in Stuttgart, das Karten und Bilder zu dem Buch geliefert hat, werden ja durch solchen Stoff leicht in eine bestimmte Tendenz hineingerissen. Wenn diese Tendenz auch überall im Text durchscheint, ist sie doch in den durch Taktik gemäßigten Formen gehalten, und so kann man das Buch seines reichen Materials wegen empfehlen. Erwünscht wäre eine geschichtliche Tabelle über die Absplittierungen vom deutschen Volkskörper. ◊ Das Buch *Georges Roux' Divorce de l'Alsace?* /Paris, Gallimard/ bringt Vorschläge für größere Selbstverwaltung für das Elsaß, fordert besonders Ausnahme von der Laiengesetzgebung Frankreichs; auf die Gefahr hin, daß Frankreich damit den Weg zum Föderalismus einschlägt. Der Verfasser bringt im allgemeinen nichts, was den Lesern der Sozialistischen Monatshefte nicht aus den hier veröffentlichten eingehenden Aufsätzen über das Elsaß seit 1918 vertraut wäre. Wenig bekannt ist bei uns nur die Selbstverwaltungsbestrebung von Nancy (*école régionaliste*), die als unpolitisch-intellektuell bezeichnet wird. ◊ »Die Tschechoslowakei wird die Welt binnen wenigen Jahren in einen neuen Weltkrieg stürzen, wenn nichts dagegen geschieht«; Mit dieser Drohung leitet *Michael Yuhasz* seine Schrift *Wilson's Principles in Czechoslovak Practise* ein, die er in englischer Sprache in *Homestead* /Pennsylvanien/ erscheinen läßt, als Präsident des Ruthenischen Komitees für Nationale Verteidigung und der Griechischkatholischen Union Ruthenischer Brüdergemeinden. Abgedruckt ist das Memorandum, das dieses Komitee im September 1928 an den Völkerbund und die Unterzeichner des Friedens von Saint-Germain gerichtet hat. Die halbe Million Ruthenen (ebenso viele sind nach Amerika ausgewandert), die sich auch Karpathorussen nennen, hat es natürlich schwer die Aufmerksamkeit der

Öffentlichkeit darauf zu lenken, daß die ihnen versprochene Selbstverwaltung nicht durchgeführt wurde. Wer kennt denn ihre Hauptstadt Uzhorad mit 25000 Einwohnern? Es wäre zu wünschen, daß man sich von tschechischer Seite zu diesem Memorandum äußerte, um ein Urteil darüber zu ermöglichen, ob es sich hier wirklich um nationale Bedrückung oder bloß um Parteipropaganda handelt. ◊ Im 2. Bändchen seiner *Brennenden Zeitfragen* /Berlin, Verlag der Grünen Briefe/ verrät uns *Josef Sontag* die Wahrheit über Tirol, wie er sie auffaßt. Die Schuld an allem Schlechten in der Welt trägt im allgemeinen das »Banditentum« der Freimaurer, das nur eine andere Form der Camorra ist; daß aber Tirol dem Deutschland verloren geht, dafür sind diejenigen verantwortlich, die die Deutschen dort vor die Wahl gestellt haben: Ruhe, Ordnung und Moral unter dem fascistischen Regime, oder der unmoralische Sumpf des Marxismus und Österreichs Bolschewismus, und auch die Reichsdeutschen, deren »hinterlistiger Pazifismus« nicht früher das Elsaß und Polen mit den selben Mitteln germanisieren ließ. ◊ Kein Verein, nur eine Ideengemeinschaft will der *Jungnationale Ring* sein, der eine Broschüre herausgibt, die Der Niedergang der Nationalen Opposition benannt wird. Erst Hugenbergs Sturz werde den Weg dazu freimachen, sein Volksbegehren sei gar nicht ernst gemeint gewesen, denn es sei Unsinn durch eine Abstimmung feststellen zu wollen, wer nicht zahlen will. Vorgeworfen werden ihm Förderung der Kapitalflucht durch Verbreitung von Panikstimmung, Angriff auf die deutsche Währung, auf den Reichspräsidenten, unfruchtbarer Kampf im Innern aus Mangel an Ideen. So weit die Kritik. Weniger klar wird, welche positiven Ideen jener Ideengemeinschaft zugrunde liegen. ◊ Im 1. Heft der Schriftenreihe der Jüdischen Rundschau /Berlin, Verlag der Jüdischen Rundschau/ erschien unter dem Titel *Die Jüdische Idee* und ihre Träger eine Reihe von Aufsätzen von Baeck, Baumgardt, Buber, Elbogen, Elk, Grünewald, Joseph, Perlzweig, Simon, Warschauer, Weltsch, Wiener, Ziegler, die eine Neuorientierung des jüdischen Liberalismus fordern, besonders seinen Bruch mit der Tendenz der Assimilation. ◊ Das 2. Heft dieser Reihe: *Der Jude in der europäischen Welt* von *Karl Glaser*, sucht vor allem die Neigung des Juden zur Opposition zu analysieren und zu erklären.

WISSENSCHAFT

Exakte Naturwissenschaften / Juda Leman

Kausalitäts-
prinzip und
Atommecha-
nik

Nichts kennzeichnet den Aufschwung, den die moderne Physik seit Anfang dieses Jahrhunderts genommen hat, stärker, als daß sie nicht mehr mit dem übernommenen Inhalt der Begriffe auskommt, die bis dahin die Grenzen der physikalischen Forschung absteckten: Raum, Zeit, Kausalität. Der klassische Physiker fand sich nicht befugt diese Begriffe weiter zu untersuchen; wenigstens als Physiker nicht. Daß durch die Relativitätstheorie die schulphilosophische Auffassung von Raum und Zeit verändert wurde, kam den meisten Physikern so überraschend, daß sie, wie Frank in einer unten zu besprechenden Arbeit meint, um den Bruch mit der Schulphilosophie zu vermeiden, halb ironisch halb im Ernst, wie im Mittelalter, zu der Lehre von der doppelten Wahrheit griffen. Sie sagten nämlich: Wir Physiker reden nur von den *Zeitmessungen*, für den Physiker gilt nur die Relativitätstheorie; der Philosoph redet von der *wirklichen* Zeit, für ihn gilt vielleicht etwas anderes.

Inzwischen hat die neueste Entwicklung der Quantenmechanik so stark darauf hingewiesen, daß die Mikroprozesse nur statistisch erfassbar seien (siehe diese Rundschau, 1929 I Seite 247 und folgende), daß der 3. philosophische Grundpfeiler der Physik, die Kausalität, einer genaueren Untersuchung unterzogen werden mußte. Auch da findet man die verschiedensten Auffassungen darüber, was von den neuen physikalischen Theorien für die Aufrechterhaltung oder Erweiterung des Kausalitätsprinzips resultiert. In der letzten Zeit sind nun 3 Arbeiten: eines Physikers, eines Mathematikers und eines Erkenntnistheoretikers, erschienen, die sich damit befassen. Darüber sei hier berichtet, ohne daß für eine dieser Auffassungen entschieden würde; wie weit sie zulänglich und überhaupt geeignet sind der Lösung näher zu führen, mag die Wiedergabe selber zeigen.

Bohr

Niels Bohr /Kopenhagen/ sieht mit Max Born in der Schrödingerschen Wellenmechanik (siehe diese Rundschau, 1927 I Seite 59, 306 und folgende) nur eine statistische Erfassung der atomaren Vorgänge. Die Realität der Materiewellen scheint zwar durch die Versuche über Beugung der Elektronen (siehe diese Rundschau, 1928 II Seite 706 und fol-

gende) bekräftigt, doch muß man nach Bohr berücksichtigen, daß die Materiewellen nur bei den Erscheinungen, in deren Beschreibung das Wirkungsquantum eine Rolle spielt, »nachweisbar« sind, also bei Erscheinungen, wo man mit den Begriffen der klassischen Physik, die auf einer kausalen Beschreibung basieren, nicht auskommt. Ein besonders prägnantes Beispiel für den formalen Charakter der Wellenmechanik, trotz ihrer Leistungsfähigkeit, ist nach Bohr die mit Hilfe der Schrödingerschen Funktionen gewonnene Deutung des radioaktiven Zerfalls. Man hat die empirischen Wahrscheinlichkeitsgesetze formal ableiten können. Nach den gewöhnlichen mechanischen Vorstellungen müßte aber das Kraftfeld der Atomkerne den Zerfall verhindern. Von dem kleinen Teil der Korpuskeln, den das Kraftfeld des Kerns durchsickern läßt, können wir nichts Anschauliches aussagen, außer, daß eben eine durch die Gesetze der Quantenmechanik meßbare Wahrscheinlichkeit dafür besteht, daß dieser Teil trotz dem Hindernis hindurchgelangt. In der Quantenmechanik gilt aber die Heisenbergsche Unbestimmtheitsrelation, das heißt, daß eine genaue Lagebestimmung den Verzicht auf exakte Impulsmessungen, und umgekehrt, eine exakte Impulsmessung eine ungenaue Lagebestimmung bedeutet. Dies kommt daher und bedeutet ja auch, daß jede Beobachtung einen »Eingriff in den Verlauf der Erscheinungen, der seinem Wesen nach der kausalen Beschreibungsweise die Grundlage entzieht«, fordert. So stellt nach Bohr die neue Entwicklung der Physik die alte Frage nach der objektiven Existenz der Erscheinung, unabhängig von unseren Beobachtungen, in eine neue Beleuchtung.

Folgende Schlußausführung Bohrs darf allgemeines Interesse beanspruchen: »Ohne Gefahr dahin mißverstanden zu werden, daß es die Absicht sei eine Mystik einzuführen, die mit dem Geist der Naturwissenschaft unvereinbar ist, darf ich vielleicht hier auf die eigentümliche Parallelität hinweisen, welche zwischen der erneuten Diskussion über die Gültigkeit des Kausalitätsgesetzes und den seit den ältesten Zeiten fort-dauernden Diskussionen über die Freiheit des Willens besteht. Während das Gefühl der Willensfreiheit das Geistesleben beherrscht, liegt die Forderung der Kausalität der Einordnung der Sinnesbeobachtungen zugrunde. Gleichzeitig handelt es sich aber auf beiden Gebieten um Idealisierungen, deren natürliche Begren-

zung näher untersucht werden kann, und die einander in dem Sinne bedingen, daß Willensgefühl und Kausalitätsforderung gleich unentbehrlich sind in dem Verhältnis zwischen Subjekt und Objekt, das den Kern des Erkenntnisproblems bildet.«

Mises Richard von Mises /Berlin/ hat in der Einleitung zu seinem Vortrag Über kausale und statistische Gesetzmäßigkeit in der Physik darauf hingewiesen, wie unbestimmt das Kausalitätsprinzip von den Philosophen zu verschiedenen Zeiten ausgesprochen wurde, und dafür ein sehr prägnantes Beispiel aus der Geschichte der Physik gegeben. Galileis Trägheitsgesetz hat sicherlich der damaligen Vorstellung von Kausalität widersprochen; bedeutete es doch, daß eine dauernde Ortsveränderung stattfinden kann, ohne daß eine kontinuierliche Kraftwirkung sie verursachen müßte. Wie weit diese Entdeckung des Trägheitsgesetzes der damaligen Vorstellung von Kausalität bei den Bewegungserscheinungen widersprechen mußte, macht man sich vielleicht am besten klar, wenn man sich die Fragestellung der vorgalileischen Physiker vergegenwärtigt, die doch etwa so lautete: Wenn ich einen Stein schleudere, so hat er durch meine Muskeln den Impuls bekommen, um den ersten kleinen Wegabschnitt zurückzulegen; welche Kraft verursacht aber seine weitere fortschreitende Bewegung? Das Trägheitsprinzip sagt natürlich über die "Ursache" der geradlinigen gleichmäßigen Bewegung nichts aus. Heute wissen wir, daß nur bei Geschwindigkeitsänderungen nach einer Ursache zu suchen ist, und die Philosophen, unter anderen auch Schopenhauer, sehen dies als eine denknotwendige Folge des Kausalitätsprinzips an. So meint Mises, wenn der experimentelle Befund ergeben hätte, daß zum Beispiel erst die 3. Ableitung der Koordinaten nach der Zeit eine verursachende Kraft verlange, würden die Philosophen den Satz, daß jeder sich selbst überlassene Körper eine parabolische Bahn durchläuft, als im Einklang mit dem Kausalitätsprinzip empfinden. Umgekehrt kann man auch nach Mises die rein statistischen Aussagen formal so ausdrücken, daß sie dem Gesetz von Ursache und Wirkung entsprechen. Die "Ursache", daß beim Würfelspiel die statistischen Gesetze gelten, ist, daß die Würfel richtig sind, und jede Seite gleich oft fällt, wie umgekehrt jede Abweichung durch "falsche" Würfel verursacht wird. Mises meint,

daß man die beiden Arten der Naturbeschreibung: die klassische Differentialgleichungsphysik und die physikalische Statistik, als deterministisch und indeterministisch bezeichnen soll. Er zeigt aber auch, daß man die Newtonschen Differentialgleichungen nicht mehr als brauchbares Mittel zur Naturerklärung ansehen kann, wenn, wie bei den herabfallenden Kugeln am Daltonschen Brett, die Mannigfaltigkeit der Kraftgesetze größer oder zumindest nicht kleiner ist als die Bewegungsformeln. Kann man auch dann die kausale Beschreibung der klassischen Physik der Idee nach aufrechterhalten, so ist sie insofern leerlaufend, als sie nicht mehr dazu verhelfen kann, was sie eigentlich bezweckt: eine Voraussage des Erscheinungsablaufs. Eine nähere Analyse wird immer zeigen, daß jeder Übergang von der Physik des Elementarpartikels zur Physik des Makrokosmos ohne Statistik nicht bewerkstelligt werden kann.

Nachdem Mises einen kurzen Überblick über die Grundbegriffe der Statistik gegeben hat, geht er zu der Frage ihrer Anwendung auf Probleme der theoretischen Physik über. Wenn man von Statistik spricht, so müssen folgende beiden Voraussetzungen erfüllt sein: Es muß sich um eine Vielheit handeln, und es muß eine Regellosigkeit der Anordnung herrschen, in der Unordnung soll keine Auswahl, kein »Spielsystem« gefunden werden können, das eine Gesetzmäßigkeit der Anordnung, eine Verbesserung der Chancen zur Folge haben kann. Eine Gesamtheit, die diesen Forderungen genügt, heißt Kollektiv. Nun gibt es Kollektive, die mit einander zusammenhängen; zum Beispiel ein Spiel mit 2 Würfeln, und die ausschließliche Aufgabe der Wahrscheinlichkeitsrechnung besteht darin »aus gegebenen Verteilungen innerhalb gewisser Ausgangskollektivs die Verteilung in daraus abgeleiteten Kollektivs zu berechnen«.

Auch das sogenannte Ergodenproblem, die statistische Betrachtungsweise der zeitlichen Abläufe, das in der Physik jetzt eine so große Rolle spielt, ist rein mathematisch lösbar. Die Statistik müßte schon mit der Annahme von unteilbaren Partikelchen, von Atomen, die einzig mögliche Betrachtungsweise in der Physik sein. Denn die Unmöglichkeit einer unbegrenzten Teilbarkeit der Materie schließt in sich ein, daß man die Feinheit der Messungen nicht beliebig, nicht unter atomare Größen steigern kann. Nun konnte man glauben, daß man zwar den Determinismus im Makrokosmos auf-

geben, daß man aber für den Einzelvorgang eine streng kausale Beschreibung ermöglichen kann. Nach der Ungenauigkeitsrelation Werner Heisenbergs zeigt sich aber, daß in der Mikrophysik der Meßvorgang kein Elementarvorgang sondern ein statistisches Geschehen ist. Schon jede Messung ist eine Massenerscheinung, und so kann man in der Physik nur von statistischer Gesetzmäßigkeit sprechen.

Frank Philipp Frank /Prag/ meint, man könne nur im Kreis der alten Schulphilosophie, nicht aber der neuen Erkenntnislehre, wie sie etwa auch von Moritz Schlick vertreten wird, zwischen kausaler und statistischer Naturbetrachtung streng unterscheiden. Der Schulphilosoph, dem das Suchen nach Wahrheit die Auffindung der Gedanken bedeutet, die mit den Objekten übereinstimmen, wird jede Feststellung, daß man ein physikalisches Ereignis nicht exakt messen und verfolgen kann, auf die Unzulänglichkeit unserer Meßinstrumente zurückführen, die Wirklichkeit aber ist für ihn exakt meßbar und wohl auch kausal verknüpft. Wenn man aber mit der neuen Erkenntnistheorie, die Frank in nahe Beziehung zum Pragmatismus bringt, unter Wahrheit Eindeutigkeit, die eindeutige Zuordnung von Zeichen zu den konkreten Erlebnissen, versteht, so muß die Fragestellung nicht heißen: Herrscht in der Natur strenge Kausalität? Sondern: Wie ist die Zuordnung der Erlebnisse zu den Zustandsgrößen, zwischen denen strenge Gesetze bestehen, beschaffen? Denn die neue Erkenntnistheorie führt nicht die Hypothese von der realen Existenz prinzipiell beliebig genau meßbarer Objekte ein. Daß wir für unsere Erlebnisse keine eindeutige Aussage über Lage und Geschwindigkeit des Elektrons machen können, hat Werner Heisenberg klar gezeigt. Die Schulphilosophie glaubt, daß dies nur auf die Unzulänglichkeit unserer Meßmethoden respektive unserer Anschauung und unserer Theorien zurückzuführen ist. Nach der neuen Erkenntnislehre können nur unsere Erlebnisse die Grundlage jeder physikalischen Erkenntnis sein. Und die Frage nach der Kausalität ist nur gleichbedeutend mit der Frage nach der Verknüpfungsart der Zustandsgrößen, die unseren Erlebnissen zugeordnet sind, wobei zu bedenken ist, daß die Zuordnung der Zeichen zu den Erlebnissen immer ein statistisches Element enthält. Auch in der Frage der Kausalität ist ein wissenschaftlicher Fortschritt möglich.

Gemeinverständliche Schriften

Die Wunder des Weltalls heißt eine von Clarence Augustus Chant geschriebene Einführung in die *Astronomie*, die jetzt, von W. Kruse ins Deutsche übersetzt, als 9. Band der vorzüglichen Sammlung *Verständliche Wissenschaft* /Berlin, Julius Springer/ erschien. Das Büchlein will nicht nur eine leichtverständliche sondern auch unterhaltende Einführung in die Himmelskunde sein. Sie ist dem Autor, nicht zuletzt mit Hilfe der ausgezeichneten Abbildungen, gelungen; man wundert sich, wie der Verlag für einen verhältnismäßig geringen Preis das Büchlein so schön mit 138 guten Abbildungen ausstatten konnte. Es muß aber auch hervorgehoben werden, daß das Ganze nicht zu einem Bilderbuch mit Text geworden ist, sondern daß es tatsächlich die wichtigsten Erkenntnisse der Astronomie der Allgemeinheit zugänglich macht. In der gleichen Sammlung erschien eine vorzügliche Einführung in die *anorganische Chemie*, von Wilhelm Strecker. Sie unterscheidet sich von den sonstigen populären Einführungen dadurch, daß sie weniger auf selbständiges chemisches Experimentieren, zu dem die Leser solcher Schriften doch nicht kommen, aufgebaut ist, als daß sie mehr berichtend klar die Tatsachen und wesentlichen Theorien übermittelt.

Tot allste

Der Chemiker *Rudolf Biedermann* starb Anfang Mai 1929 in Berlin, in seinem 85. Lebensjahr. Er war noch Assistent Liebig's und Mitarbeiter A. W. Hofmann's gewesen, wirkte als Lehrer für Technische Chemie an der Universität Berlin. Über ein Vierteljahrhundert gab er das *Technisch-Chemische Jahrbuch* heraus. Am 17. September starb der bedeutende englische Chemiker *William Henry Perkin*, im Alter von 69 Jahren. Er erwarb sich Ruf durch seine Untersuchungen über die Natur der Farbstoffe. Ende September starb in Göttingen der Ordinarius für Anorganische Chemie *Richard Zsigmondi*, im Alter von 64 Jahren. Zsigmondi, der außerordentliche Verdienste um die Entwicklung der Kolloidchemie hat, ist der Erfinder des Ultramikroskops. Er erhielt 1916 den Nobelpreis für seine Verdienste um die Entwicklung der Kolloidchemie. Am 27. Oktober starb in Berlin *Otto Krigar-Menzel*, Ordinarius für Theoretische Physik an der Technischen Hochschule Berlin. Bekannt ist seine Bestimmung der Gravitationskonstanten.

Kurze Chronik Im Lowellobservatorium in Flagstaff /Arizona/ gelang es V. M. Slipher den längst vermuteten Planeten außerhalb der Neptunbahn aufzufinden. Dieser *transneptunische Planet* wurde von Percival Lowell, der im Jahr 1916 starb, errechnet, und zwar nicht etwa aus Störungen der Neptunbahn, die hierfür noch zu wenig bekannt ist, sondern aus den Reststörungen der Uranusbahn. ◊ Der Vorstand des Verbands Deutscher Chemischer Vereine beschloß einstimmig die Einladung der Union Internationale de Chimie zum Beitritt anzunehmen. Die *Chemische Internationale* ist so wiederhergestellt. ◊ Der Forscher auf dem Gebiet der lichtelektrischen Erscheinungen *Peter Pringsheim*, bisher außerordentlicher Professor an der Berliner Universität, wurde dort Ordinarius. Er ist ein Sohn des berühmten Münchener Mathematikers, ein Schüler Röntgens, arbeitete bei Thompson in Cambridge und war dann zusammen mit Pohl, Frank und Hertz Assistent bei Rubens. Er ist außer durch seine und seiner Schüler Arbeiten durch sein grundlegendes Werk Phosphoreszenz und Fluoreszenz bekannt. ◊ Als Nachfolger Richard Lorenz' wurde *Karl Friedrich Bonhoeffer*, über dessen Arbeiten neulich (in dieser Rundschau 1929 II Seite 1054 und folgende) berichtet worden ist, Ordinarius der Physikalischen Chemie an der Universität Frankfurt.

Literatur Der Wiener Professor *Arthur Haas*, der besonders durch seine schöne Einführung in die theoretische Physik bekannt ist, gibt in seinem neuen Buch *Materiewellen und Quantenmechanik* /Leipzig, Akademische Verlagsgesellschaft/ eine vorzüglich gelungene Zusammenfassung der Arbeiten Heisenbergs, Borns, Jordans, de Broglies und Schrödingers. Nachdem er kurz über die Problemstellung berichtet hat, zeigt er zuerst, wie man, von der Relativitätstheorie ausgehend, auf die Wellenmechanik de Broglies kommt, um dann die Schrödingersche Theorie zu entwickeln. Er behandelt sodann die Quantenmechanik Heisenbergs, zeigt den Zusammenhang zwischen der Quantenmechanik und der Schrödingerschen Theorie, diskutiert den Unterschied der kausalen und der statistischen Auffassung in der Atomphysik. In einem letzten Kapitel wird noch besonders schön und übersichtlich die Diracsche Theorie des Elektrons dargestellt.

Biologie / Hans Haustein

Krankheit Die allgemeine Biologie umfaßt alle Lebensäußerungen der lebendigen Welt, ganz gleich, ob wir diese als normal oder pathologisch ansprechen. Der Begriff des Normalen ist nur eine auf statistischer Grundlage beruhende Abstraktion, während der Begriff der Krankheit sich umschreiben läßt als diejenige Abweichung von der Norm, die die Grenzen der individuellen physiologischen Variation überschreitet. Müssen demnach die gleichen Regeln für das normale wie für das pathologische Lebensgeschehen gelten, sind beide den gleichen Gesetzen unterworfen, so müssen auch Erkenntnisse aus der Pathologie die allgemeine Biologie befruchten, und umgekehrt. Auffällig und in großer Klarheit tritt dieser Gesichtspunkt in der Genetik hervor. Botaniker wie Zoologen haben ihre vererbungstheoretischen wie genetischen Probleme in überwiegendem Maß gerade an pathologischen und abnormen Merkmalen studiert und sind dabei zu allgemeinen biologischen Erkenntnissen vorgedrungen. Der abwegige Gedanke, daß das pathologische Geschehen etwas aus dem natürlichen Geschehen Herausfallendes, Besonderes sei, ist den Botanikern und Zoologen nie gekommen. Die Bedeutung der zoologischen und botanischen Systematik wie Genetik für die Erkenntnis von Krankheitsbegriff und Krankheitseinheit haben in scharf geprägter Form zuerst *Cécile* und *Oscar Vogt* ausgesprochen und entwickelt; in der Zeitschrift für die gesamte Neurologie und Psychiatrie /Berlin, Julius Springer/, die eine in der Studie Die topistisch-pathoarchitektonische Forschung in der Psychiatrie /1925/, der andere in Psychiatrie Krankheitseinheiten im Lichte der Genetik /1925/ und Psychiatrisch wichtige Tatsachen der zoologisch-botanischen Systematik /1926/. Jede Systemgliederung auf biologischem Gebiet kann aus den Erfahrungen der botanisch-zoologischen Systematik Anregung schöpfen. Blickt diese doch auf eine exakte Arbeit von rund 1½ Jahrhunderten zurück, von der alles seinen Wert behalten hat, wie sehr sich auch die theoretische Stellungnahme dazu im Lauf dieser Zeit abgewandelt hat. Vor allem lehrt die Systematik, daß nur ein System möglich ist, das gleichwertige Kategorien nach einheitlichen Gesichtspunkten aufstellt. Allmählich ist nun das Linnésche Pflanzensystem durch das sogenannte natürliche abgelöst worden,

durch ein System, das nicht allein eine einheitliche sondern die innere Verwandtschaft ausdrücken soll. Nur ein solches kann für ein klinisches System in Betracht kommen, wenn man aus der Einreihung eines neuen Krankheitsfalls in eine bestimmte Gruppe prognostische, therapeutische und prophylaktische Analogieschlüsse ableiten will. Die botanisch-zoologische Systematik lehrt weiter, daß einzelne Abweichungen vom Grundtypus niemals dessen Aufstellung als unberechtigt erscheinen lassen. Schließlich hat die botanisch-zoologische Systematik bei der Aufstellung ihrer Gruppen stets mit der vorläufigen Vereinigung aller identischen Phänotypen begonnen und dann erst jede Gruppe in genetisch differente Unterabteilungen zerlegt. Diesen Weg mußte sie einschlagen, weil man ja dem Erscheinungstypus nicht ohne weiteres auch den Erbtypus ansehen kann. Um ihn zu erkennen, sind eingehende, spezielle Erfahrungen notwendig, die allgemein nur die experimentelle Genetik vermittelt. Dem Zwergwuchs einer Alpenpflanze können wir ebensowenig ansehen, ob sie einen besondern Genotypus oder nur eine Modifikation darstellt, ehe wir sie durch mehrere Generationen hindurch dem Züchtungsexperiment in der Ebene unterwerfen, wie wir keinem psychotischen Symptom anzusehen vermögen, ob ihm eine Geno- oder Somavariation zugrunde liegt, ob der Untergang der Nervensubstanz durch eine Herabsetzung seiner erblichen Vitalität bedingt oder durch äußere Einflüsse verursacht ist. Die zoologisch-botanische Systematik ist also ausgesprochen ätiologisch. Beide Wissenschaften, Zoologie und Botanik, erstreben nicht nur bei ihrer Klassifikation der Lebewesen eine Erleichterung der Übersicht über die verschiedenen Lebewesen sondern ihre Gruppierung in identische Reaktionstypen. Die Verwandtschaft des Reaktionstypus ist also die Basis des heutigen zoologisch-botanischen Systems. Bei seiner Analyse suchen die Systematiker über die phänotypische Verwandtschaft hinaus zu der Verursachung durch Keimanlage und Milieueinfluß vorzudringen. Dabei ist die Voraussetzung, daß scheinbar identische Reaktionstypen nur dann tatsächlich identisch sind, wenn sie eine identische Verursachung, eine identische Vergangenheit haben. Die entscheidenden Eigenschaften des Reaktionstypus werden durch das Keimplasma bestimmt. Demnach liegen allen umfangreicheren Sippen, so den Linnéschen Spezies,

genotypische, also Keimplasmodifferenzen, zugrunde. Bei der ätiologischen Klassifizierung der Tiere und Pflanzen ist man zuerst von ganz umfangreichen phänotypischen Einheiten ausgegangen (Gattungen, Tourneforts, Spezies von Linné), hat dann allmählich die Linnéschen Arten in viele Unterarten zu zerlegen gelernt, und heute ist man über diese hinaus bis zu Sippen vorgedrungen, deren Genotypus nur noch in einem Gen von einander differiert; ja man unterscheidet innerhalb dieser elementarsten Gruppen noch Modifikationssippen. Gegenüber der Existenz systematischer Gruppen hat insbesondere der Darwinismus unter seiner These, die Natur mache keine Sprünge, behauptet, diese Gruppen seien nur künstliche Abstraktionen. Abgesehen davon, daß die Unstimmigkeiten über den Speziesbegriff nur Nomenklaturfragen sind und gar nicht damit zusammenhängen, daß man keine reellen Gruppen vor sich hat, liegt der Fehler vor allem in der verkehrten morphologischen Stellung. Es handelt sich nicht darum nach generell gültigen Maßstäben zu suchen, sondern das Augenmerk muß auf das Vorhandensein von Sprüngen gerichtet sein.

Die Erkenntnis der Bedeutung solcher sprunghaft und markant sich äußernder Variationen ist uns durch die Genetik vermittelt worden. Unter der Genetik verstehen wir mit Oscar Vogt dabei die Lehre von denjenigen Gesetzen, nach denen sich die heutigen Lebewesen entwickelt haben, erhalten und weiter umformen. Bezeichnen wir die Umformungen in ihrer Gesamtheit als Variationen, so können wir ihre weit überwiegende Zahl in erbliche, ihrer Verursachung nach noch wenig geklärte Genenvariationen und in nichterbliche, exogen bedingte Somavariationen gliedern. Nun gibt es so kleine Genenvariationen mit derart gehemmter Manifestierung, daß viele von ihnen ohne besondere Experimente überhaupt nicht erkannt werden können, wie es Johannsens »reine Linsen« in seinen Bohnenkulturen, Baur's Beobachtungen beim Löwenmaul und Arendsen-Heins Experimente mit dem Käfer *Tenebrio molitor* (Mehlwurm) aufgedeckt haben. Daneben aber gibt es plötzliche, einen so weiten Sprung darstellende Genenvariationen, die sich der einfachen Beobachtung als scharf von der übrigen Population unterschieden abheben. Da nun derartige sprunghaft und markant sich äußernde Genenvariationen in der Natur nicht nur ein einziges Mal aufzutreten pflegen sondern

sich häufig wiederholen, entstehen gut abgegrenzte, reelle Sippen. Deren erbliche Erhaltung hängt von der Penetration der ihr zugrunde liegenden Genen ab, die sich in dem häufigen Auftreten der neuen Eigenschaft bekundet.

Für die Somavariationen, die Modifikationen der Genetiker, haben die Ergebnisse aller Experimente erwiesen, daß die gleiche exogene Einwirkung, der gleiche äußere oder innere Reiz, in allen Organismen der gleichen Beschaffenheit eine identische Veränderung hervorrufen. Bei genügender Intensität des Reizes muß dieser bei gleichgearteten Organismen ebenfalls zu deutlich abgrenzbaren Sippen führen. Beweise hierfür haben die Experimente Paul Kammerers für die Mauereidechse Niederösterreichs, Pflanzenexperimente bei Züchtung der gleichen Pflanze in der Ebene und im Hochgebirge und die Saisonformen einiger Schmetterlinge geliefert.

Oscar Vogt zeigte nun, daß wir die Krankheiten als Variationen auffassen können, daß es sich dabei um eine wirkliche Identität und nicht nur um Analogieen handelt. War aus der zoologisch-botanischen Systematik zunächst die Forderung nach einer ätiologischen Klassifikation abgeleitet worden, so müssen wir nach dem Vorgehen der Zoologen und Botaniker zunächst von großen phänotypisch verwandten Gruppen ausgehen, die wir dann allmählich in ätiologisch einheitliche Gruppen zu zerlegen suchen müssen. Dabei können wir mit Bestimmtheit erwarten immer mehr zu realen Krankheitseinheiten vorzudringen. Man muß dabei seine Aufmerksamkeit ganz und gar auf das Auftauchen von Sprüngen hinlenken. Vor allem muß dabei, nach den Erfahrungen bei *Drosophila*, nach äußeren Körpermerkmalen gesucht werden, die als typischer Ausdruck für noch unerkannte schwere Veränderungen innerer Organe auftreten. Den Beweis für die identische Auffassung von Krankheitsgruppen und Variationen erblickt Vogt in dem Vorkommen analoger Eigenschaften bei beiden. Auf 4 Eigenschaften wies er dabei hin:

1. Ein und der selbe Reiz ruft nur dann bei Organismen identische Somavariationen hervor, wenn sie nach ihrem Genotypus, ihrem Alter, ihrem Vorleben usw. ganz gleich geartet sind. Speziell bei differentem Genotypus kann die Wirkung des gleichen Reizes eine verschiedene sein, vor allem der Intensität, aber auch der Qualität nach.

2. Die verschiedenen Eigenschaften der Organismen zeigen eine sehr ungleiche

Empfindlichkeit gegenüber exogenen Einwirkungen. So ist die Hautfarbe bei vielen Tieren besonders leicht beeinflussbar (generelle unspezifische Somaphysioklise); in anderen Fällen zeigt ein spezieller Teil des Organismus eine gesteigerte Beeinflussbarkeit gegenüber einem qualitativ besonderr. Reiz (spezielle Somaphysioklise).

3. Eine ganze Reihe verschiedener Reize kann in, sogar nicht ganz gleich beschaffenen, Organismen identische oder wenigstens annähernd identische Somavariationen hervorrufen (generelle spezifische Physioklise). Das Wesentliche bei den Veränderungen ist eben nicht der Reiz sondern die Reaktion des Lebewesens, und diese ist gegenüber den theoretisch denkbaren Möglichkeiten durch die Organisation des Reaktionsträgers eng begrenzt. Andererseits bleibt aber die wichtige Tatsache bestehen, daß die in den Lebewesen vorhandene Tendenz auf verschiedene Reize mit identischen oder beinahe identischen Somavariationen zu reagieren die Entstehung gut abtrennbarer Sippen nicht hindert, sobald genügend starke Reize zur Wirkung gelangen.

4. Die Analyse von Phänotypen führt überall zu dem Resultat, daß von den theoretisch denkbaren Variationen nur ein kleiner Teil existiert. Es zeigt sich aber weiter, daß die vorhandenen Variationen sich in Variationsreihen einordnen lassen. Es handelt sich um die Erscheinung, die von Eimer Orthogenesis benannt worden ist; die beiden Vogt ersetzten diese Bezeichnung durch Eunomie, da Eimer seine Benennung durch unzulässige Verallgemeinerung verwässert hat. Solche Reihen können sich auf Intensitätsunterschiede der gleichen Variation an der gleichen Körperstelle beziehen. Eine identische Veränderung kann aber auch verschiedene Körperteile in einer bestimmten Reihenfolge ergreifen. Schließlich können verschiedene Körperteile in bestimmter Reihenfolge ungleiche Abänderungen eingehen. Derartige Eunomien kommen nicht nur bei Soma- sondern auch bei Genavariationen vor. Dabei ändert sich jedesmal ein Gen der Formel, die Richtungsänderung erfolgt aber stets in festgelegter Tendenz.

Für die Krankheiten gilt folgendes: Allgemein kann man sie als diejenigen, vorzugsweise auf Teile der Organismen beschränkten, Änderungen der Lebensprozesse definieren, die subjektiv dem Träger ein Pathos bringen und objektiv die Vitalität des Kranken herabsetzen. Vogt

sieht dabei die krankhaften Änderungen der Lebensprozesse als eine besondere Form von Variationen an; wofür insbesondere spricht, daß ein großer Teil der Genenvariationen, mit denen die Genetiker heute arbeiten, eine herabgesetzte Vitalität zeigt, also pathologische Individuen und Sippen darstellt. Eine Reihe der Krankheiten ist erblich und folgt den Mendelschen Vererbungsregeln. Dabei handelt es sich also um Genenkrankheiten. Andere Erkrankungen sind ausgesprochen exogen bedingt, sind also Somakrankheiten.

Die 4 oben aufgezeigten Eigenschaften der Variationen sind auch bei den Krankheiten, so bei dem Arbeitsgebiet Vogts, den Psychosen, nachweisbar:

1. Die gleiche Schädigung ruft überall da, wo der Phänotypus und vor allem der Genotypus keine speziellen pathologischen Züge aufweist, die identische Schädigung hervor. Der akute Alkoholmißbrauch zum Beispiel ruft nur bei den dazu besonders disponierten Individuen einen pathologischen Rauschzustand, der chronische Alkoholismus nur bei solchen eine Alkoholparanoia hervor.

2. Der generellen unspezifischen Somaphysioklise entspricht eine generelle unspezifische, der speziellen Somaphysioklise eine spezielle Somapathoklise (Krankheitsneigung).

3. Auch bei den verschiedenen Krankheitsbildern respektive Krankheitseinheiten sehen wir, so beim Ekzem, daß die verschiedensten Reize identische Krankheitserscheinungen hervorrufen. Auch hier ist also die Reaktionsbereitschaft der Haut das Wichtigste, nicht der Reiz, der die Reaktion auslöst.

4. Wie die selben Reize bei gleichgearteten Lebewesen stets eine identische Somavariation zur Folge haben, so lösen, bei gleichgearteten Lebewesen gleiche Schädigungen auch bei ihnen identische Krankheitsbilder aus.

Diese Übereinstimmung der genannten 4 Merkmale bei den Genen- wie Somavariationen und bei den Krankheiten gibt die Berechtigung die Krankheiten unter die Variationen einzureihen. Bei der Aufstellung eines Krankheitssystems müssen wir also von den Feststellungen der allgemeinen Genetik ausgehen und werden auf diesem Weg zu einem natürlichen System der Krankheiten gelangen.

Eierlegertätigkeit In den letzten Jahren ist die künstliche Belichtung von Hühnerställen während des Winters zur Förderung der Legetätigkeit bei den Großbetrieben immer

mehr und mehr in Anwendung gekommen. *Hans Peter* ging in seinen Untersuchungen über die Beeinflussung der Legetätigkeit von weißen Wyandotteshennen durch Stallbelichtung und über die Auswirkung der Belichtung auf die Befruchtungsziffern und Schlupfergebnisse der Bruteier, im 5. Band der *Biologia generalis*, dieser Frage wissenschaftlich nach und stellte fest, daß durchschnittlich die belichteten Hennen 44% mehr Eier als die unbelichteten legen. Bei genügender Dauer ist also die künstliche Belichtung praktisch von bedeutendem Einfluß auf die Legetätigkeit. Von einem bestimmten Minimum angefangen läßt sich jedoch der Anreiz durch Verstärkung der Lichtintensität nicht mehr steigern. Die untere Grenze der Belichtung liegt bei einer Lampenstärke von 60 Watt, und es genügt vollkommen die Tiere wachzuhalten und die Fußbodenfläche so weit zu erhellen, daß die Futteraufnahme ermöglicht wird. Den Ausschlag gibt jedoch die zusammenhängende, genügende Beleuchtung des Stallbodens, wozu im allgemeinen eine Lampe für 30 Tiere ausreichte. An die natürliche Lebensweise der Hühner angepaßt erweist sich vor allem die Frühbelichtung als wirkungsvoll.

Die Befruchtungsziffer und das Schlupfergebnis, auf die eingelegten Eier berechnet, zeigten gegenüber den unbelichteten Hühnern keinen Unterschied. Wegen der ungleichartigen genotypischen Beschaffenheit der Versuchstiere konnte man die Versuchsergebnisse in konstitutioneller Hinsicht nicht auswerten.

**Gemeinver-
ständliche
Schriften**

Interessante Einblicke in die theoretische und praktische *Forschungsarbeit* des Biologen, des Naturforschers wie des Arztes vermittelt uns Paul de Kruif in seinem, von Curt Thesing übersetzten Buch *Bezwinger des Hungers* /Leipzig, Grethlein & Co./, hauptsächlich behandelt es die Arbeit amerikanischer Forscher, die im Auftrag von Regierungsbehörden sich die Verhütung und Bekämpfung von Pflanzen- und Viehseuchen zur Aufgabe gestellt haben. Wir sehen die Entdeckung und Züchtung neuer Weizensorten und die Verwandlung von Millionen Hektar Brachland in eine unerschöpfliche Kornkammer. Wir erleben weiter in einem Massenmord aller kranken und krankheitsverdächtigen Tiere die Entdeckung der Vitamine und die Versuche, die zur Bannung der antirachitischen Fähigkeiten der Sonne in Nahrungsmitteln, so durch Höhensonnebe-

strahlungen der Milch, führten, auch die Bekämpfung der Pellagra mittels Hefe. In lebendigem Stil der Darstellung wird so dem Leser die Forschertätigkeit nahe gebracht. Die oft humorvolle Art der Schilderung wirkt manchmal nicht angenehm, wenn es sich nämlich um einen nichtamerikanischen Forscher handelt. Die richtige Distanz scheint Amerika heute weniger als früher gegeben. In seinem Logbuch der Sonne schenkt uns William Beebe ein Buch, das in 52 kurzen Aufsätzen Monat für Monat das *Tierleben* in Wald und Flur schildert. Das Besondere dieses Buches ist, daß Beebe durchweg Bekanntes unter ungewöhnlichem Gesichtswinkel vermittelt. In der Einleitung schreibt er dazu: »Wer das Leben in Wald und Feld vom Blickpunkt eines Vogels oder eines Kerbtiers aus betrachtet, entdeckt Schönheiten, die dem Menschaugen gewöhnlich völlig verborgen bleiben. Der Leser wird in diesem Buch Stimmungen finden, verschieden von einander wie die Jahreszeiten selbst; Sturm und Nacht und Kälte und all die wilde Schönheit, die auf der Erde noch blieb.« Dieses Buch, das von Ernst Alefeld, getragen von der Liebe zur Natur, übersetzt und durch die Einfügung einiger mehr für deutsche Verhältnisse passender ähnlicher Erzählungen ergänzt und mit Bildern von Josef Pieper geschmückt worden ist /Leipzig, F. A. Brockhaus/, wird der großen Gemeinde der Leser Beebes ganz gewiß viele neue Freunde zuführen.

Kurze Chronik Der Ludwig-Darmstädter-Preis mit der Paul-Ehrlich-Plakette für hervorragende wissenschaftliche Arbeiten auf chemotherapeutischem und biologischem Gebiet wurde dem Direktor des Instituts für Experimentelle Krebsforschung in Heidelberg Hans Sachs und dem Direktor des Serologischen Instituts und der Lungenheilstätte in Ambrock Ernst Meinicke für ihre serologischen Forschungen auf dem Gebiet der Syphilisdiagnostik verliehen. ◊ Der Wissenschaftliche Assistent an der Universitätsfrauenklinik der Charité in Berlin *Selmar Aschheim* erhielt einen Lehrauftrag für biologische Forschung in der Gynäkologie an der Universität Berlin. ◊ Der Botaniker *Gustav Klein*, der Nachfolger Hans Molisch' auf dem Lehrstuhl für Pflanzenphysiologie an der Universität Wien, leitet fortan das Krebsforschungsinstitut der Farbenindustrie in Ludwigshafen. ◊ Ordinarius der Botanik in Halle wurde *Kurt Noack* aus Erlangen.

Anthropogeographie / Paul Thorwirth

Naturvölkerpsychologie Ein »Lösungsversuch der ethnologischen Hauptprobleme auf Grund primitiven Denkens« will ein Buch Das Zweigeslechterwesen bei den Zentralaustralern und anderen Völkern /Leipzig, C. L. Hirschfeld/ sein, dessen Verfasser, *J. Winthuis*, etwa folgendes ausführt: Ein über ein Jahrzehnt währender Aufenthalt mitten unter Eingeborenen der Südsee hat ihn erkennen lassen, daß wir die Kulturphänomene der Primitiven, ihre Sitten, Gesellschaftsordnung, Kunst, Kulte usw. in viel zu geringem Umfang aus den Gesetzen heraus, denen das Denken der Primitiven unterliegt, zu deuten versuchen. Das Gehirn der Naturvölker erzeugt ein identifizierendes, partizipatives, animistisches, kollektivistisches und, in einem Umfang, von dem wir Zivilisierte nichts ahnen, sexuelles Denken. Der Primitive identifiziert Dinge seines Milieus, die ihm irgendeine Eigenschaft gemeinsam zu haben scheinen, ohne weiteres mit einander; zum Beispiel: Brett=Nase, weil beides eine Kante hat. In der selben Weise setzt er den Teil für das Ganze. Ferner stellt er sich sämtliche Objekte seiner Umgebung als ständig beseelt vor. Endlich fühlt er sich mit seinen Clangenossen in einem Umfang solidarisch, daß es vorkommen kann, daß für einen Übeltäter ein Mitglied des selben Clans, dem er angehört, bestraft werden kann, ohne daß jemand dabei etwas findet, weil eben "gleiche Größen" ohne weiteres für einander gesetzt werden. Nicht der Inhalt, sondern die Form ist für das Gehirn des Primitiven das Entscheidende. Da nun, sagt Winthuis, im Leben des Primitiven das erotische Moment alles andere überwuchert, so führt ihn die Eigenart seines Denkens dazu in jeder geraden Form etwas Männliches, in jeder gebogenen etwas Weibliches zu sehen. Nun hat aber jeder Mensch des einen oder andern Geschlechts runde und gerade Formen an sich. Die selbe Beobachtung können wir an vielen lebendigen und leblosen Dingen der Außenwelt machen. Demnach faßt nach Winthuis der Primitive den Menschen und die Dinge als Wesen auf, die früher einmal doppel- oder zweigeschlechtig waren. Diese Eigenschaft legt er auch dem von ihm verehrten höchsten Wesen zu; es ist ein ständig mit sich kohabitierendes Zweigeslechterwesen. Und wieder ein solches Wesen zu werden,

darin erschöpft sich alles metaphysische Streben des Primitiven. Unter diesem Gesichtspunkt deutet Winthuis die Kunsterzeugnisse, die Kulte mit den dabei verwendeten Geräten, zum Beispiel dem Schwirrholz, die Mythen, Sagen und Lieder, den Totemismus und die Gesellschaftsordnung selner Australier und Südseeinsulaner.

Die Fachwelt, soweit sie bisher zur Winthuisschen Hypothese Stellung genommen hat, lehnt diese fast durchgängig mehr oder weniger schroff ab. Der Wiener Pater Wilhelm Schmidt, einer der berühmtesten Kulturwissenschaftler Europas, ließ das Buch in seiner Zeitschrift *Anthropos* einer überaus scharfen Kritik unterziehen, und dies von einem Missionar, der 2½ Jahrzehnte unter Eingeborenen Neuirlands in der Südsee zugebracht hatte, und der nun der Winthuisschen Doktrin die Schmidt'sche gegenüberstellt, die als Mondmythologie bekannt ist. Gerhard Peckel sagt etwa folgendes: Das Denken der Primitiven ist keineswegs mehr geschlechtlich affiziert als das der Zivilisierten. Fälle reinen identifizierenden Denkens gibt es überhaupt nicht; es handelt sich auch bei ihnen um nichts weiter als Symbolismus, wenn Identifikationen vorzuliegen scheinen. Ebenso muß beim Nichtweißen wie beim Weißen zwischen gesundem Menschenverstand und religiöser Überzeugung unterschieden werden. Vor allem müssen wir uns bewußt sein, daß der Eingeborene nichts erdenkt sondern alles erschaut. Deshalb sind die religiösen Überzeugungen der Primitiven astral orientiert, der Mond erscheint ihnen nach der Uroffenbarung als höchstes Wesen, und die Totems sind weiter nichts als das, was der Primitive in die sich ständig ändernde Mondscheibe hineingesehen hat. Mit diesem Schlüssel erklärt Peckel alle die Phänomene, die Winthuis mit seiner Zweigeschlechterwesentheorie erklärt hat. Darüber hinaus aber wirft er Winthuis falsche Übersetzung der Südseelieder vor und weist ihm einen bösen Anachronismus nach. Nun ist es zweifellos richtig, daß der Eingeborene erst sinnlich wahrnimmt und alsdann denkt; liegt doch der Denkarbeit selbst der größten Denker der Menschheit immer ein äußerer Reiz zugrunde. Zutreffend sind auch die Vorwürfe, die ein anderer Rezensent, Hermann Baumann, in der Zeitschrift für Ethnologie, gegen das Winthuissche Lehrgebäude erhebt. Nicht alle Feststellungen Winthuis' sind so neu, wie er sie

hinstellt. Wir kennen vielmehr schon manche der von ihm beschriebenen Eigenarten des primitiven Denkens aus den Forschungen E. Durckheims, ferner des ausgezeichneten Völkerpsychologen Lucien Lévy-Bruhl (siehe die Rundschau *Psychologie*, 1927 II Seite 753 und folgende), die ja Winthuis auch anführt. Viele andere aber, die zu berücksichtigen gewesen wären, werden von ihm nicht angeführt, zum Beispiel Bronislaw Malinowski, Felix Speiser und Edward Tylor. Bei der Behandlung des Totemismusproblems hätten auch die Forschungsergebnisse Leonhard Adams keinesfalls übergangen werden dürfen. Richtig ist auch der schwerste Vorwurf Baumanns, nämlich, daß die von Winthuis behandelten Völker durchaus keine historische und geographische Einheit bilden, als die Winthuis sie auffaßt. Wir wissen vielmehr mit Sicherheit, daß sie sich in ganz verschiedenen menschheitlichen Entwicklungsstadien befinden. Die einen sind steinzeitliche Jäger, die anderen sind bereits zur Feldbestellung übergegangen. An diesem beiden; der mangelhaften Kenntnis der Literatur und an den methodischen Fehlern, erkennt man ohne weiteres den Nichtfachmann. Man weiß aber auch, daß viele wissenschaftlich und technisch wichtige Feststellungen in der Geschichte der Menschheit von Nichtzünftigen gemacht worden sind. Man wird daher klug handeln, wenn man das Winthuissche Buch nicht völlig zu den Akten legt. Wahrscheinlich ist sowohl am "Zweigeschlechterwesen" wie an der "Mondmythologie" etwas. Jedoch ist weder das eine noch das andere der Stein der Weisen, als der es von seinen Erfindern angepriesen wird. Die Komponenten, aus denen die Wirklichkeit resultiert, sind viel zu verquickt, verschlungen, überschneiden einander viel zu oft, als daß ihre Aufhellung mit einer einfachen monistischen oder dualistischen Deduktion möglich wäre.

Rassenkunde Das neue Buch *Ludwig Schemanns* Hauptepochen und Hauptvölker der Geschichte in ihrer Stellung zur Rasse /München, J. F. Lehmann/ ist das Mittel- und Kernstück seines 3bändigen Werks *Die Rasse in den Geisteswissenschaften*. Schemann untersucht die wichtigsten Völker und Völkergruppen auf etwaig rablich zu erklärende geistige Besonderheiten, und zwar nicht nur diejenigen, die einen aktiv-literarischen oder urkundlichen Beitrag zur Rassen-

kunde geliefert haben, sondern auch die, die sich unmittelbar, sei es durch stark genealogische Veranlagung oder durch ungewöhnliche Betätigung rascher Eigenschaften oder durch ihre Einwirkung auf andere Völker, als bedeutungsvoll für jene erweisen. Nach Ansicht des Autors ist Rassenliteraturgeschichte nicht von Rassengeschichte zu trennen; er hält es für gleich wichtig festzustellen, was die Völker als Rassen leben und sind, und was sie davon wissen und lehren. Von dieser Auffassung aus, die das ganze Werk beherrscht, werden von dunkler Vorzeit bis an die Schwelle der Neuzeit, vom fernsten Osten bis zum transozeanischen Westen die Hauptepochen und -völker der Geschichte an uns vorübergeführt. Dem zwischen Natur- und Geisteswissenschaften oszillierenden, zurzeit anscheinend wieder in das Bereich der Naturwissenschaften verwiesenen, vielumstrittenen Begriff der Rasse von rein geisteswissenschaftlicher Seite beizukommen dürfte schwierig sein. Schemann hat diese Schwierigkeiten durchaus erkannt und sich deshalb eine Zurückhaltung in seinen Schlußfolgerungen auferlegt, die man billigen muß. Sein Buch erhält naturgemäß dadurch den Charakter eines Mosaiks, ist fast ausschließlich Enzyklopädie, fast gar nicht Synthese. Es wäre aber zu wünschen gewesen, der Verfasser hätte sich in seinen Werturteilen und Prognosen, die uns auf vielen Seiten seiner Ausführungen begegnen, gleichfalls zurückgehalten. Hätte er sich neben der Herausarbeitung der physischen und psychischen Unterschiede an eine solche der kulturellen und somatischen Gemeinsamkeiten der kontinentaleuropäischen Kulturvölker herangewagt, eine Aufgabe, die noch immer einer umfassenden, theoretisch genügend fundierten Lösung harret, so hätte er wertvolle Arbeit geleistet. Sie kann freilich nicht geschehen, wenn man sich den Blick durch einen Germanozentrismus einengen läßt und mit der Güntherschen "Aufordnung" sympathisiert. Man muß den Darlegungen des Autors auch noch in vielen Einzelheiten widersprechen. So kann unmöglich das Jahr 1492 als der Beginn der Anthropologie angesehen werden; vielmehr liegt dieser Zeitpunkt sehr viel später, etwa in der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts. Es sei jedoch zugestanden, daß Schemann viel neues Material ans Licht gezogen hat, das für weitere Forschungen von Wert sein könnte.

Ganz anderer Art als das Schemannsche Buch ist die Arbeit *Heinrich Graf Coudenhove-Kalergis Das Wesen des Antisemitismus* (Wien, Paneuropaverlag). Mit der Neuherausgabe dieser, zum erstenmal 1901 veröffentlichten Schrift hat der Sohn des Verfassers, der rühmlichst bekannte Vorkämpfer der sogenannten Paneuropabewegung (das heißt der Bewegung, die den Kontinentalgedanken der Sozialistischen Monatshefte durch Propaganda und Organisation in höchst erfreulicher Weise verbreiten und verstärken hilft), seinem Vater ein Denkmal gesetzt. Der ältere Coudenhove weist hier an einem reichen historischen und soziologischen Material die Unhaltbarkeit der antisemitischen Dogmen nach. Er verneint die Judenfrage überhaupt als Rassenfrage und sieht die ausschließliche Grundursache der antijüdischen Bewegung zu allen Zeiten und bei allen Völkern, bei denen sie sich bemerkbar machte, in religiösem Fanatismus; eine Auffassung, die heute natürlich vom ethnologischen und anthropologischen Standpunkt der jüngsten Gegenwart, den der Verfasser noch nicht berücksichtigen konnte, einer Revision unterzogen werden wird. Der Sohn ließ dieser Abhandlung eine wohlthätige Überarbeitung zuteil werden, insbesondere nahm er die jetzt nicht mehr aktuellen Teile des Werks heraus, fügte dafür ein Kapitel über den Antisemitismus nach dem Weltkrieg an. Die Ursache der antijüdischen Welle der Nachkriegszeit sieht er in der starken Massenbewegung der Juden von Ost- nach Westeuropa und weiterhin nach den Vereinigten Staaten von Amerika; er hält das Judentum für die Triarier in dem Ringen nach dem übernationalen europäischen Ausgleich. Man muß wünschen, daß diese von wahrhaft menschlichem Geist und philosophischer Unvoreingenommenheit getragene Arbeit weiteste Verbreitung findet.

Ehescheidungs- Die Mitteilungen des Statistischen Staatsamts der Tschechoslowakischen Republik brachten 1929, in ihrem 10. Jahrgang, eine Ehescheidungsstatistik für das Kalenderjahr 1928. Man kann bei der Auswertung einer Erhebung über ein derart sublimes, in die letzten Gründe der menschlichen Psyche hineinreichendes Thema naturgemäß nicht vorsichtig genug vorgehen. Immerhin, scheint es, läßt sich aus dieser Statistik folgendes erkennen: Während sich die Anzahl der

Ehescheidungen und -trennungen im Jahr 1919 auf 6290 belief, stieg sie 1920, nach der Einführung der zivilrechtlichen Scheidung, also einer die Scheidung im Gegensatz zum kanonischen, bis dahin allein gültigen, Recht wesentlich erleichternden Institution, mit 9959 im Mittel zwar nicht unerheblich, um zirka 33%, um aber dann 9 Jahre hindurch auf der rasch erreichten Höhe konstant zu bleiben. Der gegen das Bestreben zur Scheidungserleichterung vorgebrachte Haupteinwand, daß derartige Institutionen eine Unsumme leichtfertiger Scheidungen nach sich ziehen und schließlich zur Auflösung der Familie führen müßten, trifft demzufolge nach dieser Statistik nicht zu. Weiterhin hat sich die Anzahl der mit dem Einverständnis beider Ehegatten geschiedenen Ehen ständig gesenkt (1919 3763, 1928 2647), hingegen die derjenigen Eheauflösungen, die von einem Ehegatten gegen den Willen des andern durchgesetzt wurden, erheblich erhöht (1919 365, 1928 1920). Auch hieraus ist der Schluß gestattet, daß die leichtfertige Lösung des Eheverhältnisses keinesfalls die Folge der Erweiterung der rechtlichen Scheidungsmöglichkeit zu sein braucht. Das Anschwellen der nichteinverständlichen Scheidungen ist anscheinend nur die Folge des Wegfalls der jahrhundertelangen Beschränkung; auch hier wird es zu einer gewissen Konstanz kommen, eine Tendenz zur Auflösung der Familie kann man daraus nicht erkennen. Die weiteren Mitteilungen dieser Statistik gestatten allgemeine Folgerungen, die anderen Kulturstaaten mehr oder weniger als Lehre dienen können, nur in geringem Maß; sie erklären sich vorwiegend aus den besonderen örtlichen Verhältnissen. Die Anzahl der die Scheidung anstrebenden Ehefrauen ist um zirka 100% höher als die der Ehemänner (1551 zu 841). Die Erhebung läßt leider nicht klar erkennen, wie viele dieser 1551 scheidungslustigen Gattinnen in ihrer Eigenschaft als Ehefrau noch beruflich außer dem Haus tätig waren; doch ist die Gesamtzahl der nichtberufstätigen geschiedenen Frauen noch etwas höher als die der berufstätigen (2436 zu 2131); von diesen wiederum entfällt auf Arbeiterinnen der größte, auf Beamtinnen der geringste Anteil (1088 zu 158). Die Anzahl der Scheidungen von Ehegatten römisch-katholischen, also des in der Republik ganz überwiegenden Bekenntnisses, ist weitaus höher als die aller anderen, was angesichts der gewaltigen Verbreitung dieses Bekenntnisses innerhalb der Tschechoslowakei natürlich ist, aber doch zeigt,

wie gern auch Anhänger dieser Konfession von der Möglichkeit der zivilrechtlichen Scheidung Gebrauch gemacht haben. Am scheidungslustigsten sind die Männer der Tschechoslowakei vom 25. bis zum 34., die Frauen vom 30. bis zum 39. Lebensjahr. Kinderlose Ehen werden leicht, solche mit 1 Kind schon nicht mehr so leicht gelöst; jedes weitere Kind wirkt ganz erheblich konservierend auf die Ehe ein. Die Zahlen lassen dies einwandfrei erkennen: Es wurden 2211 kinderlose Ehen, 1449 Ehen mit 1 Kind, 589 mit 2 Kindern, 170 mit 3, 76 mit 4 und 43 mit 5 und mehr Kindern geschieden. Was die Berufs- und Gesellschaftsklassen anlangt, so steht die Anzahl der Ehescheidungen von Industriearbeitern obenan (1347), darüber hinaus geht nur die aller industriellen und gewerblichen Berufe überhaupt (1911); an 2. Stelle stehen die im Handel, Geldwesen und Verkehr Tätigen (1165, davon 573 Arbeiter); demgegenüber fallen Öffentlicher Dienst und Freie Berufe mit 543 und Land- und Forstwirtschaft mit 394 erheblich ab. In den Großstädten sind Scheidungen naturgemäß am häufigsten. Unter den zahlreichen Scheidungsgründen nimmt die Mißhandlung an der Ehefrau zahlenmäßig die 1. Stelle ein.

Forschungs-
reisen

Der Ethnologe Hans Findeisen ist von einer Forschungs- und Sammlungsreise nach *Finnisch Lappland und Südrußland* zurückgekehrt, deren Erträge zurzeit im Berliner Völkerkundemuseum ausgestellt sind. Eine Reise durch die *Anden* beendete kürzlich der Münchener Geograph Karl Troll. Er hat festgestellt, daß dieses Gebirge noch erheblich mehr gegliedert und im Mittel (6000 Meter) höher ist als man bisher annahm. Die Harwey-Bassler-Expedition, die in den Jahren 1926 und 1927 *Nordostperu* erforschte, legt jetzt ihre Ergebnisse vor. Im Kartenbild dieses Landstrichs konnten beachtliche Verbesserungen erzielt werden. Die völkerkundlichen Ergebnisse finden sich in den Werken des ethnologischen Experten der Expedition Günter Tessmann *Die Indianer Nordostperu* /Hamburg, Friedrichsen, de Gruyter & Co./ und *Menschen ohne Gott* /Stuttgart, Strecker & Schröder/. Im *Bolletino della Società Geografica Italiana* finden sich die Berichte über die Expedition nach der *Oase Kufra*, die von Djalo ihren Ausgang nahm und anfänglich scheiterte. Die Bewohnerzahl dieses noch immer mysteriösen Landes-

teils wird auf 3520 Personen festgestellt; innerhalb eines Jahres wurden dort insgesamt 21 Karawanen gezählt. Die Expedition trat als erste den Rückweg über die Oase Schiwa an.

Alma Karlin unternahm ohne vorherige Finanzierung eine *Weltreise* durch das gesamte Amerika über den Stillen Ozean nach Japan, von dort die ostasiatische Küste entlang bis nach Australien, wobei auch einige der Südseeinseln berührt wurden. Sie reiste mit Handkoffer und Schreibmaschine und verdiente sich das Geld für die Fortsetzung der Reise von Ort zu Ort. Sie kam so gewissermaßen zwangsweise in eine innigere Berührung mit der Bevölkerung, als dies sonst bei derartigen Fahrten einzutreten pflegt. Ihr Bericht (*Einsame Weltreise / Minden, Wilhelm Köhler*) dürfte sich hierdurch erheblich vor sonst gewohnten ähnlichen Darbietungen auszeichnen.

Totenliste

Am 3. September 1929 starb zu Cremona der Geograph *Cesare Calzatti*. Seine Verdienste sind in der örtlichen und wissenschaftlichen Erforschung der vorder- und mittelasiatischen Gebirge (Karakorum und Himalaya) zu sehen.

Wenig später wurde aus Genf der Tod *Emile Chaix* gemeldet. Das Arbeitsgebiet dieses Forschers umfaßte vornehmlich die alpine Morphologie.

Am 2. November wurde aus London das Ableben *Sir Thomas Hungerfords* gemeldet. Hungerford war Präsident der Kommission zur Festsetzung der Grenzen zwischen Argentinien und Chile und zuletzt Präsident der Londoner Geographischen Gesellschaft.

Am 6. November starb in Frankfurt der Archäologe *Georg Wolff*, 84 Jahre alt. Er ist besonders als Mitarbeiter am Limeswerk hervorgetreten.

Am 14. November starb in Roydon der Ethnograph *Charles Hose*. Er schrieb unter anderem zusammen mit William MacDougall *The Pagan Tribes of Borneo*.

In Brighton starb am 29. November *Edward Horace Main*, der Autor des Buchs *The Aboriginal Inhabitants of the Andaman Islands*. Er war Mitglied der Nikobaren- und Andamanenkommission.

In Kopenhagen starb im Dezember der Geograph *Ole Olufsen*. Er ist als Führer der 2. Dänischen Pamirkommission und als Saharaforscher hervorgetreten.

Kurze Chronik In der Nähe der Bahama-Inselgruppe wollen amerikanische Torpedoboote eine neue, auf keiner Seekarte verzeichnete

Insel festgestellt haben. Sie soll sogar die Ruinen einer alten Stadt tragen, die zu einer der altmittelamerikanischen Hochkulturen hinweisen sollen. Durch den Fund würde die *Atlantistfrage* wieder aufgerollt werden. ◊ Eine amerikanische Expedition glaubt in Beisan bei Jerusalem den Ort der Festung der alttestamentlichen *Philister* entdeckt zu haben. ◊ Die sogenannten *Kaiserschiffe im Nemisee* bei Rom sind nunmehr fast bloßgelegt. Die Schiffe haben nach Ansicht des Archäologen Antonelli dem Kult der Diana gedient und sind versenkt worden. ◊ In *Australien* entdeckten Flieger 500 Kilometer nördlich der Ost-West-Bahn 5 bisher unbekannt große Salzseen. ◊ Die Gesellschaft Ort, die sich seit einem halben Jahrhundert für die Förderung des Handwerks und der Landwirtschaft unter den *Juden* einsetzt (siehe über sie hier den Artikel Seligmanns *Eine produktive Aufgabe*, 1921 II Seite 883 und folgende), berichtet, daß in Rußland 200 000 Juden von der Landwirtschaft leben. ◊ Die Internationale Zeitschrift für Arbeitsfragen veröffentlichte eine Statistik, laut der zurzeit 30 000 *deutsche Arbeiter in Frankreich* beschäftigt sind. Die deutsche Kolonie in Paris umfaßt einige tausend Deutsche (vor dem Krieg 80 000). 1929 haben 640 deutsche Studenten französische Universitäten besucht, von diesen etwa $\frac{1}{3}$ die Juristischen Fakultäten. ◊ Das Musikalische, Philosophische und Romanische Seminar der Universität Berlin veranstalteten zusammen mit der Musikabteilung des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht einige *deutsch-französische Austauschvorträge* auf musikalischem Gebiet. Es sprachen André Pirro, Musikhistoriker an der Sorbonne, über das Thema *La musique dans les universités françaises* und der Generalsekretär des Conservatoire National de Musique et de Déclamation, Jean Chantavoine, über *Musikerziehung in Frankreich* und das Pariser Konservatorium (siehe darüber die Rundschau Musik, in diesem Band Seite 411 und folgende). Die deutschen Vorträge finden im Mai in Paris statt. Arnold Schering wird dort über die Musikwissenschaft im geistigen Leben Deutschlands sprechen, Wilibald Gurlitt über die musikpädagogische Bewegung in Deutschland. ◊ Die *Encyclopaedia Britannica* wird nach 3-jähriger Pause in 14. Auflage nunmehr in 24 Bänden erscheinen. Mitarbeiter sind unter anderen Jules Cambon, Albert Einstein, Frank Billings Kellogg, James Ramsay MacDonald.

Psychologie / Hugo Ehlers

Psychotherapie Erst unsere Zeit empfindet das Bedürfnis nach seelischer Behandlung auch körperlicher Symptome, während die Psychiatrie alten Stils eine brauchbare Lehre vom Menschen als einer psychophysischen Einheit nicht zu schaffen vermochte. Aus der Schule Jean Martin Charcots, der die Lehre von der Psychogenie der hysterischen Krankheitssymptome vertrat, gingen die beiden hervorragendsten Vorkämpfer der Psychotherapie hervor: Paul Janet und Sigmund Freud. Neben der von der Schulmedizin zunächst bekämpften Hypnose (Liébault und Bernheim) ging Freud zur Wchanalyse über. Unter den Methoden, über die die Psychotherapie verfügt, nimmt die Psychoanalyse einen besonderen Rang ein. Sie hat nicht nur zuerst mit der Psychotherapie als Beruf ernst gemacht, sie hat auch gegenüber dem Methodengewirr der bloßen Praxis der Psychotherapie einen theoretischen Unterbau aufzuweisen.

Die Aufgabe der Psychotherapie läßt sich richtig bezeichnen als Sorge, daß der Leidende eine Form der Lebenssicherheit, der Selbstbejahung, der Einigung mit irgendeiner Stelle der Welt: Natur, Mitmensch, Kultur, Gemeinschaft, Gott, finde. So betrifft sie nie den einzelnen, wie sonst eine Therapie, sondern immer zugleich seine Gemeinschaftsbeziehung. Von einer Krankheitsheilung läßt sich hier noch weniger als auf somatischem Gebiet reden; es handelt sich darum einem Menschen in Krisen geistige Hilfen zu geben. Psychotherapie läßt sich wissenschaftlich weder medizinisch noch psychologisch exakt begründen. Persönliche Eignung spielt hier dem Wesen der Dinge nach die Hauptrolle. Als deren Merkmale sieht *Hans Prinzhorn* in seinem Buch *Psychotherapie: Voraussetzungen, Wesen, Grenzen* / Leipzig, Georg Thieme/ an: 1. weite und sichere Menschenkenntnis, gleichgültig, in welchem Bewußtheitsgrad, 2. leichte Selbstobjektivierung (Ausschaltung des Privatich), 3. angeborenes Führertum (instinktmäßige vitale Richtungsgewißheit), endlich 4. Freisein von eigenen neurotischen und infantilen Zügen. Soll die in dem Psychotherapeuten investierte Fülle von Menschenkenntnis, psychopathologischer Erfahrung, Lebensüberblick und Freisein vom Privatich wirksam werden, so muß es zu einer Erschütterung des neurotisch festgefahrenen Patienten kommen, die ihn aus der Einsamkeit, Un-

sicherheit und Angst in eine "Einordnung", Umgebung bringt, in der er sich vital brauchbar fühlt, freilich nicht so, daß, um ein neurotisches Glied einzuordnen, die ganze Gesellschaft hysterisiert wird. Die Schwierigkeit der psychotherapeutischen Tätigkeit liegt also darin, daß sie mit außerärztlichen Faktoren, auf die der Therapeut keinen Einfluß hat, rechnen muß, daß sie sich in vielen Fällen auf bloßen Rat beschränken muß, ohne an seiner Verwirklichung mithelfen zu können. Außerdem vermag der Therapeut nicht alle seelisch zu leiten, die sich an ihn wenden, sondern nur den Teil, der anspricht.

Von zentraler Bedeutung für das Gebiet der Psychotherapie ist der Gesundheitsbegriff, der der scharfen Fassung die größten Schwierigkeiten entgegensetzt, wenn wir ihn auf die Gesamtpersönlichkeit anwenden. Sehen wir von dem rein somatischen Begriff der Gesundheit ab (im Sinn der Funktionen des Körperhaushalts), so bleibt uns als Gesundheitskriterium das Maß der sozialen Einordnung, Anpassung des Individuums an das soziale Gewebe übrig. Aber dieser Gesundheitsbegriff läßt sich nur so lange halten, als der soziale Organismus das Gesetz des richtigen Seins und Handelns repräsentiert, also nicht selbst in Zweifel gezogen wird. Denn hier kommt gleichsam eine neue Dimension der Werte hinzu. Schon der rein biologische Begriff der Gesundheit, obwohl er naturwissenschaftlich einigermaßen neutral definiert werden kann, hat immer den Gefühlston des Erwünschten mit einer Wendung ins Soll. Diese Wertbetonung steigert sich auf dem Gebiet der seelischen Gesundheit. Man darf bezweifeln, ob der Begriff der Krankheit hier überhaupt festgehalten werden kann. Tun wir das, so haben wir ihn jedenfalls als Moment oder als Mittel zu fassen, das das Individuum anwendet, um sich seelisch zu schützen, sich auf eine Erschütterung vorzubereiten und ihre Wirkungen, die dem psychophysischen System verderblich sein könnten, abzufangen. Diese Ansicht berührt sich mit der Individualpsychologie Alfred Adlers, die als den Kern des individuellen Lebenstriebs die Erreichung eines bestimmten Quantums Macht ansieht, die neurotischen Krankheiten als Verkrampfungen betrachtet, in denen das Individuum versucht seinen Macht'etat", freilich mit gewaltsamen Mitteln, durchzusetzen.

Die geistigen wie die politischen Revolutionen, die geschichtliches Leben entscheiden, kommen nicht von der breiten

Schicht der "Gesunden" im Sinn der Anpassung und Einordnung. *Ernst Kretschmer* (Geniale Menschen /Berlin, Julius Springer/), der das Wesen der geistigen wie der körperlichen Gesundheit als Gleichgewichtszustand beschreibt, behauptet: »Ein gutes Teil der großen Bewegungen, der geistigen und politischen, gehen aus von den Menschen, die sich nicht wohl fühlen, das heißt, psychiatrisch gesprochen, von den seelisch Abnormen, den Nervösen, den Psychopathen, den Geisteskranken.« Gleichwohl lehnt Kretschmer es ab mit Cesare Lombroso zu sagen: Genie ist Irrsinn. Genie ist nach ihm eine seltene und extreme Variantenbildung menschlicher Art, die biologisch eine geringe Stabilität ihrer Struktur, eine erhöhte Zerfallsneigung und im Erbgang größere Schwierigkeiten der Fortzucht als der Durchschnitt der Art aufweist. Auf psychischem Gebiet zeigt sich eine auffallende Labilität und Empfindlichkeit des Seelenlebens und eine recht beträchtliche Anfälligkeit für Psychosen, Neurosen und Psychopathien.

So schildert Kretschmer das Genie nach der biologischen und naturwissenschaftlich-psychologischen Seite. Wertend-philosophisch läßt es sich durchaus als Ideal menschlicher Art betrachten; dagegen hieße es die Tatsachen auf den Kopf stellen, wollte man behaupten, es prägen sich in ihm die höchsten Grade dessen aus, was man Gesundheit nennt. Die soziologisch-kulturelle und die biologische Wertung fallen nirgends so scharf auseinander. Wenn man auch nicht sagen kann, daß Psychopathie eine *conditio sine qua non* für Genialität sei, so meint Kretschmer doch, daß das in den Biographien genialer Menschen immer wiederkehrende psychopathische Teilelement im Genie »nicht nur eine bedauerliche äußere Unvermeidlichkeit biologischen Geschehens sondern ein unerläßliches Ferment vielleicht für jede Genialität« sei.

Individualitätstypen Das Problem der Mannigfaltigkeit der Individualitätstypen hat im letzten

Jahrhundert nicht nur Psychologen und Philosophen sondern auch Mediziner und Juristen beschäftigt. Man gelangte zur Aufstellung von Charaktertypen oder genauer Temperamentstypen. Wenn wir die große Verschiedenheit des dynamischen Elements der Individualität, die Affekttypen der Temperamente, und die ebenso große Verschiedenheit des statischen Elements berücksichtigen, so er-

gibt sich eine unübersehbare Fülle von Individualitätstypen. Die im individuellen Leben auftretenden Bewußtseinsgesetzmäßigkeiten vollziehen sich nun auf der Grundlage und im Rahmen der statisch und dynamisch gegebenen Elemente des Individualitätstypus.

Bis ins 18. Jahrhundert deckte sich der Charakterbegriff mit dem des Temperaments, also eines Affekttypus. Das hing mit der physiologisch gerichteten Galenischen Temperamentslehre zusammen, deren Grundgedanke auch nach dem Verlassen dieser Theorie unerschüttert in Kraft blieb. Seit Alfred Fouillé's Temperamentslehre besteht die Einteilung in sensitive und aktive Typen, deren Untergruppen durch die Merkmale der Stärke und Schnelligkeit der Reaktion gewonnen werden. So entsteht die bekannte Einteilung in Sanguiniker mit rascher und schwacher Reaktion, Melancholiker mit langsamer und starker, Choliker mit rascher und starker, Phlegmatiker mit langsamer und schwacher Reaktion. Théodule Ribot's Individualitätslehre sieht in der Einheit und Festigkeit das Wesen des Charakters. »In der echten Individualität sind alle Triebe konvergent. Oder man findet wenigstens immer einen Teil, der dem andern dient. Man kann den Menschen als eine Vereinigung von Instinkten, Bedürfnissen und Neigungen betrachten. Diese bilden im Fall der Einheit ein wohlgefügtes Bündel, das in einer einzigen Richtung arbeitet.« Unter Festigkeit versteht Ribot die »durch alle Zeiten bewahrte Einheit«. Liegt ein Charakter in diesem Sinn vor, so tritt er bereits in der Kindheit hervor, um für das ganze Leben anzuhalten. Er ermöglicht die Berechenbarkeit der Handlungen seines Trägers. Diesen festumrissenen Charakteren, die sich nach Ribot stark in der Minderheit befinden, stellt er die große Masse der »Gestaltlosen« oder »Schwankenden« gegenüber. Sie sind das Ergebnis der Umstände, die über ihr Schicksal entscheiden. Indem er diese Typen beiseite stellt, wendet er sich dem Rest zu, der nach ihm die echten typischen Charaktermenschen enthält. Er unterscheidet hier Sensitive und Aktive, denen als negativer Typus die Apathischen gegenüberstehen. Hatten die Franzosen die Individualitätslehre vom Standpunkt der theoretischen Psychologie aus behandelt, so wurde sie von Sigmund Freud, Alfred Adler, Carl Georg Jung und Ernst Kretschmer von der Psychiatrie aus in Angriff genommen. Jung stellt die bei-

den polaren Typen der Introvertierten und der Extravertierten auf, die das Subjekt dem Objekt unterzuordnen streben. Weiter kreuzt sich diese Einteilung mit den nach dem Überwiegen der psychologischen Grundfunktionen orientierten Typen. Analog der Jungschen Unterscheidung ist Kretschmers Einteilung in Schizothyme und Zylothyme. Den Zylothymen (Extravertierten) eignet nach Georg Kerschensteiner (Charakterbegriff und Charaktererziehung /Leipzig, B. G. Teubner/) eine »gewisse Aufgeschlossenheit für die Außenwelt und eine starke Hingabe an sie sowie eine leichte Prägbarkeit ihrer Struktur«, den Schizothymen dagegen »eine gewisse Abgeschlossenheit gegen die Umwelt«, eine »Sprödigkeit gegen die strukturelle Prägung durch sie«. Kerschensteiner weist dieser Individualitätslehre Bedeutung für die Pädagogik zu.

Gemeinverständliche Schriften

Hans Theodor Sanders behandelt in seiner Arbeit *Die Autosuggestion und die Macht des Unterbewußtseins* /Dresden, Carl Reißner/ in übersichtlicher Form die verschiedenen Therapien der *seelischen Krankenbehandlung*: Hypnotherapie, Psychoanalyse, besonders ausführlich aber den Couéismus; daß dabei das dem Couéismus immanente, von den Couéisten aber kaum erfaßte allgemeine geistige Prinzip (siehe darüber auch diese Rundschau und die Rundschau Hygiene, 1927 I Seite 230 und 236) nicht hervortritt, kann, bei dem praktischen Zweck dieses Buchs, seiner Wirksamkeit nicht Abtrag tun.

Die *sozialpädagogische* Schrift Max Adlers *Neue Menschliche Gedanken über sozialistische Erziehung*, erschien, um 2 Reden an die Jugend vermehrt, in 2. Auflage /Berlin, E. Laub/.

Kurze Chronik Vom 20. bis zum 25. April findet in Athen der 4. *Internationale Kongreß für Psychische Forschung* statt. Präsidenten sind Driesch /Leipzig/ und Tanagra /Athen/. ◊ Die nächste Tagung des *Verbands der Deutschen Praktischen Psychologen* findet in Dortmund vom 11. bis zum 14. Juni statt. Geplant sind Vorträge über Berufseignung und Führerproblem, Zeitstudien und Rationalisierung und Monotonie, Bandarbeit und industrielle Ermüdung. ◊ Die *Gesellschaft für Heilpädagogik* wird ihren nächsten Kongreß diesen Herbst in Köln abhalten. Er wird sich mit dem Gebiet des abnormen Kindes beschäftigen.

Geschichte / Stegmund Neumann

Wirtschaftsgeschichte

Die großen wirtschaftlichen und sozialen Bewegungen der letzten Zeit haben die historische Forschung in besonderem Maß auf diese vor allem von der sogenannten offiziellen Geschichtswissenschaft weitgehend vernachlässigten Gebiete gedrängt. Trotz zahlreichen Untersuchungen fehlte jedoch bisher eine zusammenfassende Arbeit, die eine Gesamtübersicht der wirtschaftlichen Entwicklung und ihrer Probleme gibt. Eine solche bietet in vorbildlicher Weise *Carl Brinkmann* in seiner *Wirtschafts- und Sozialgeschichte* /München, R. Oldenbourg/. Dem mit der Materie einigermaßen Vertrauten bietet sie eine Fülle von Material, das vergleichend aus allen Kulturkreisen von den Uranfängen bis zur Gegenwart mit der dem Verfasser eigenen abwägenden Kennerschaft zusammengetragen und ineinandergefügt wird. Besonders verdienstlich ist die geglückte Verbindung der wirtschaftlichen mit der politisch-kulturellen Tatsachenreihe in ihrer gegenseitigen Abhängigkeit und damit der zum Schaden der Forschung allzu oft von einander geschiedenen Welten des Historikers und des Ökonomen. Hierbei betont Brinkmann mit Recht das Verdienst der richtig verstandenen ökonomischen Gesichtsauffassung gegenüber allem vorsozialistischen Geschichts- und Staatsdenken. Sein Werk selbst vermittelt ein beispielmäßig reiches Bild, das allen wissenschaftlichen Teilauffassungen (etwa über die vielumstrittenen Entstehungsursachen des Kapitalismus) den ihnen gemäßen Platz zur Deutung des Gesamtgeschehens anweist.

Im Gegensatz zu dieser vornehmlich problemgeschichtlichen Darstellung breitet *Josef Kulischers* 2bändige *Allgemeine Wirtschaftsgeschichte des Mittelalters und der Neuzeit* /München, R. Oldenbourg/ die ganze Fülle des Tatsachenmaterials vor uns aus. Der bekannte Petersburger Universitätsprofessor versucht hierbei »eine Geschichte des wirtschaftlichen Lebens und nicht der wirtschaftlichen Verfassungsordnung zu geben, und zwar das Allgemeine, Typische, den Hauptvölkern des Abendlandes Gemeinsame in den Vordergrund zu stellen«. In intensiver Auseinandersetzung mit der gesamten diesbezüglichen Forschung und unter Neubegründung oft als überholt angesehener Anschauungen unterrichtet er ausführlich über den gegenwärtigen Stand der wissenschaftlichen Diskussion, für die er

selbst einen wertvollen Beitrag bietet. Für den interessierten Laien freilich führt dieses zwar überall gut lesbare Werk oft allzusehr ins Detail.

Empfehlenswert erscheint *Theodor Meyers Deutsche Wirtschaftsgeschichte des Mittelalters* /Leipzig, Quelle & Meyer/, die in knappen Zügen, unter bewußter Ausschaltung der Einzelprobleme und der außerwirtschaftlichen Zusammenhänge, einen Gesamtüberblick gibt. Diese Beschränkung führt allerdings mitunter zu einer falschen Vereinfachung der durchaus differenzierten Vorgänge und zu einer Überdeckung offener Probleme durch eine einseitige Theorie. Es mag sogar fraglich sein, ob diese allzu glatte Darstellung selbst für den bloß Interessierten immer erwünscht ist, ob er nicht vielmehr einen Einblick auch in das Problematische der Forschung gewinnen will.

Schließlich versuchen *Heinrich Sievings* in 5., verbesserter Auflage herausgegebene Grundzüge der neuern Wirtschaftsgeschichte vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart /Leipzig, B. G. Teubner/ auf ebenso beschränktem Raum über die berichtende Darstellung hinaus die wissenschaftliche Diskussion wenigstens anzudeuten. Für die Gegenwart wird höchstens auf einige Tendenzen hingewiesen, wobei manches, was erwünscht wäre, etwa Max Webers Denken und Wirken, unberücksichtigt bleibt.

Gemeinverständliche Schriften

Es fehlt an einer wirklich volkstümlichen Darstellung der deutschen Geschichte, die dem Stand der wissenschaftlichen Forschung und der gegenwärtigen Problematik gerecht wird. Um so mehr ist Hermann Pinnows *Deutsche Geschichte: Volk und Staat in 1000 Jahren* /Berlin, Frankfurter Verlagsanstalt/ zu begrüßen. In geschmackvoller Ausstattung, mit Bildbeigaben für jede Epoche geschmückt, gibt sie eine kurzgefaßte Darstellung vom *Werden des deutschen Volkes* und verfolgt in echt politischer Fragestellung überall das Geschehen in seiner Bedeutung für die gegenwärtige Volksgemeinschaft. Eine neuartige Einteilung führt in 4 großen Abschnitten vom Reich der Kaiser über das Bürgervolk und den Fürstenstaat zum Staatsbürgerreich der Gegenwart. Dabei kommt die im allgemeinen viel zu wenig betonte Geistes-, Kultur-, Sitten- und Wirtschaftsgeschichte erst zu ihrem Recht; sie wird mit der politischen Gesamtentwicklung zu einer geradezu spannenden Lebensgeschichte des deutschen Volkes verknüpft.

Totenliste Mitte Oktober 1929 starb in Berlin, im Alter von 74 Jahren, der ehemalige Kammergerichtsrat *Friedrich Holtze*, der seine Arbeit der Geschichte der Stadt Berlin und der Mark Brandenburg widmete. Er war ein Freund Theodor Fontanes, über den er Erinnerungen veröffentlichte. Er war Ehrenmitglied des Vereins für die Geschichte Berlins und gehörte auch der Historischen Kommission für die Provinz Brandenburg an. Der ehemalige Ordinarius für Mittlere und Neuere Geschichte an der Universität Breslau *Georg Kaufmann* starb Anfang Januar 1930, im Alter von 87 Jahren. Sein Hauptgebiet war die Geschichte des Mittelalters; später beschäftigten ihn vorzugsweise die Geschichte der Universitäten und die Geschichte des 19. Jahrhunderts.

Ebenfalls Anfang Januar starb der Ordinarius für Mittlere und Neuere Geschichte an der Universität Marburg, *Rudolf Häpke*, 46 Jahre alt. Er war vornehmlich Wirtschaftshistoriker.

Ende Januar starb in München der Universitätsprofessor *Paul Joachimsen*, im Alter von 62 Jahren. Seine Hauptforschungen galten dem Zeitalter des Humanismus, deren reiche Ergebnisse sich in dem grundlegenden Werk *Geschichtsauffassung und Geschichtsschreibung in Deutschland unter dem Einfluß des Humanismus* /1911/ widerspiegeln. Zusammen mit Hans Heinrich Borchardt gab er *Luthers Werke* heraus; ebenso war er an der historisch-kritischen Ausgabe von Rankes Werken beteiligt.

Durch den Tod *Friedrich von Duhn*, der Anfang Februar in Heidelberg starb, verlor die moderne Archäologie einen ihrer bekanntesten Pioniere. Duhn war 1851 in Lübeck geboren, studierte schon in frühen Jahren auf langen Italien- und Griechenlandreisen die Antike an Ort und Stelle. Vor allem seine Arbeiten über Pompeji verschafften ihm 1879 eine Dozentur in Göttingen und bereits im Jahr darauf das Ordinariat in Heidelberg. Dort baute er das Archäologische Institut in vorbildlicher Weise aus und verarbeitete in mustergültigen Studien die Ergebnisse seiner Reisen. Unter seinen zahlreichen Werken ragen hervor: *Antike Bildwerke in Rom* /1881-1882/, *Der griechische Tempel in Pompeji* /1890/, *Pompeji, eine hellenistische Stadt* /1906/, *Italienische Gräberkunde* /1924/. Auch die Grenzgebiete der Archäologie, wie Numismatik, Topographie, Religionswissenschaft usw., hat Duhn untersucht und durch Forschungen bereichert.

Kurze Chronik Das *Trajanforum* in Rom, das bis jetzt von den Archäologen nicht sehr beachtet wurde, wird jetzt völlig freigelegt. Im *Trajanforum* liegt auch das eigentümliche Gebäude mit einer halbrunden Fassade, das man als ein Warenstapelhaus erkannt hat: übrigens das erste Beispiel einer Art von Wolkenkratzer aus der alten Zeit, da es 6 Stockwerke hoch war. \diamond Der Extraordinarius der Theologie an der Universität Heidelberg *Artur Weser* folgt einem Ruf als Leiter des Deutschen Palästina-Instituts für Altertumsforschung in Jerusalem. \diamond Einen Lehrauftrag an der Frankfurter Universität für die Vorgeschichte der Kultur der Menschheit erhielt *Hans Mühlestein*, der besonders durch seine neuartigen Theorien über die Etrusker bekannt geworden ist. \diamond Am 19. Februar wurde *Ernst Bernheim*, seit 1889 Ordinarius für Mittlere und Neuere Geschichte an der Universität Greifswald, 80 Jahre alt. Sein Hauptwerk, das in vielen Auflagen und in zahlreichen Fremdsprachen veröffentlichte Lehrbuch der historischen Methode und der Geschichtsphilosophie, hat ihn zum ausgezeichneten Lehrer der modernen Geschichtsforschung gemacht. Auch in eigener Forschung, die unter anderem die Geschichte des Papsttums und des Verfassungswesens betraf, hat er Bedeutendes geleistet.

Literatur Eine material- und aufschlußreiche Untersuchung legt *Elisabet Küster* in ihrer Arbeit *Mittelalter und Antike bei William Morris* /Berlin, Walter de Gruyter & Co./ vor. Sie liefert einen Beitrag zur Geschichte des Mediaevalismus in England und ein Beispiel für das eigentümliche literarische Phänomen mittelalterlich dargestellter Antike. Zugleich weist sie auf die ästhetische Krise, auf die Trennung von Kunst und Leben hin, die mit der Romantik völlig zum Bewußtsein kam und auch heute noch nicht ganz überwunden ist. \diamond Die mit dem Ausgang des Siebenjährigen Kriegs beginnende Machtverschiebung in Nord- und Osteuropa untersucht *Ljubow Jacobsohn* in einer schönen Studie *Rußland und Frankreich in den ersten Regierungsjahren der Kaiserin Katharina II 1762 bis 1772* /Berlin, Osteuropaverlag/. Sie bietet vor allem durch die Benutzung bisher unbeachteter Berichte der französischen und englischen Gesandten am russischen Hof ein lebendiges Bild der Machtkämpfe, in denen Katharina Siegerin geblieben ist.

KUNST

Bildende Kunst / Otto Brattskoven

Matisse und Nolde In Berlin sah man jüngst zur gleichen Zeit die Werke zweier Künstler, denen für die Gegenwart eine entscheidende ebenso nationale wie übernationale Bedeutung zugesprochen werden muß. Die Galerie Ferdinand Möller brachte Gemälde und Aquarelle Emil Noldes, die Galerie Thannhauser eine großangelegte Übersicht über das Werk Henri Matisse. Aufschlußreich war es mitempfinden zu können, wo Berührungspunkte des Weltgefühls vorhanden sind, und wo sich die Wege scheiden, ohne jedoch eines innern Zusammenhangs zu entbehren. Beide Künstler sind dadurch ausgezeichnet und im besten Sinn gegenwartbewußt, daß alle ihre Werke einem natürlichen Wagemut entspringen, einem selbstverständlichen Trieb das ihnen Vorschwebende direkt zu realisieren. Entscheidend ist, daß durch die Arbeiten dieser beiden Künstler die Begriffe klassisch und romantisch tatsächlich einen lebendigen Inhalt erhalten, dabei ganz aus der Empfindung heutiger Menschen heraus. Obendrein noch mit Wertbetonungen, die besonders intensiv für das schöpferische Vermögen beider Künstler sprechen. Nämlich in diesen Fällen die klare Beweisführung, daß das Hinzielen auf Klassik durchaus keine starke Formbildung bedingt, und umgekehrt, daß ein romantisches Betrachten keineswegs ein sicheres Erfassen der Vorstellungen ausschließt. Beide Künstler erbringen zudem den weitem Beweis, daß eine Hinneigung zum Zeichnerischen nicht immer Begrenzung zu sein braucht, im Gegenteil werden kraft unforcierter Selbstsicherheit neue malerische Möglichkeiten offenbar. Die Werke dieser beiden Künstler sind Welten, die einander nicht ausschließen, vielmehr sich wechselseitig ergänzen, um das Ganze des bildkünstlerischen Empfindens unserer Epoche zur Geltung zu bringen.

Amerika Verhältnismäßig ohne viel Beachtung stellte kürzlich in der Galerie Jacques Casper in Berlin ein als amerikanisch bezeichneter Bildhauer, *Henry Schonbauer*, plastische Arbeiten aus. Er stammt aus Ungarn, studierte vor dem Krieg in München, Wien und Budapest, veranstaltete 1922 in Budapest eine Kollektivausstellung seiner damals geschaffenen Arbeiten, bis er 1924 in die Vereinigten Staaten auswanderte. Dort ging es nicht mit dem

Kunstschaffen, er mußte deshalb in Fabriken arbeiten, er hat alle nur in Amerika möglichen Berufe betrieben und sich schließlich assimiliert, ohne an kritischer Einsicht gegenüber dem typischen Yankee einzubüßen. Daneben bemühte er sich noch weiter um die ihm vorschwebende Kunstform, mit dem Resultat, daß er im Anschluß an eine in New York veranstaltete Kollektivausstellung in Amerika heute nicht mehr ganz unbekannt ist. Von Europa aus gesehen stellen Schonbauers Plastiken durchaus keine ungewöhnlich überragenden Arbeiten dar. Die Tatsache, daß er vorwiegend Arbeitergestalten: einen Mäher, einen Baumbrecher, einen ruhenden Arbeiter oder einen Feldarbeiter dargestellt hat, kann auf unserem Kontinent weiter nicht als besonders bemerkenswert gelten. Zu beachten jedoch ist, daß in Zusammenhang mit diesen Plastiken ein kunstsoziologisches Moment in die Erscheinung tritt. Schonbauer zeigt eine Kunstform, die auf Vereinfachung und Unkompliziertheit hinzielt. Dies vollzieht sich ausgesprochen zivilisatorisch. Man sieht künstlerische Mängel, aber man hat auch die Empfindung, daß eine solche Darstellung in einem Land, das von sich aus keinen kulturellen Fundus besitzt, fruchtbringend sein kann. So betrachtet kann man den Plastiken Schonbauers eine gewisse Bedeutung abgewinnen. Jedenfalls mehr als jenen amerikanischen Kunstwerken, die vor 3 Jahren in der Berliner Nationalgalerie gezeigt wurden und kaum mehr waren als europäische Ableger.

Zeichnung oder Photographie ? Unter dem mit Bewußtsein burschikosen Titel Gezeichnet oder geknipst? veranstaltete Paul Westheim im Reckendorfhaus zu Berlin eine Ausstellung, in der gegenwärtige Porträtzeichnungen und -photographien, unbefangen ausgewählt, konfrontiert wurden. Es sollte die Frage entschieden werden, ob man sich heute besser zeichnen oder photographieren lassen soll, aber es wurde deutlich, daß man in diesem Fall kaum das eine gegen das andere ausspielen kann. Meist sagt allerdings die Zeichnung oder die Graphik mehr, weil noch die individuelle Linienführung mitspricht, die wohl nicht immer das vollkommen Wesentliche, aber durchweg etwas Eigentümliches und nicht auf den ersten Blick Erkennbares von der dargestellten Person mitzuteilen weiß. Ein solches Erfassen geht oft über die rein physiognomische Darstellung weit hinaus. Aber es liegt beim Interessenten, ob er vorurteilslos genug

ist dieses Moment mit in Kauf zu nehmen. Es zeigte sich in dieser Ausstellung außerdem, daß sehr viele Photographen der Gegenwart charakturvoller zu erfassen wissen als die üblichen Zeichner, im Gegensatz auch zu Photographieren der Vergangenheit. Diese Tatsache macht die Schlußfolgerung berechtigt, daß sich das Darstellen mit Hilfe der Kamera noch im Stadium der Entwicklung befindet. Schon jetzt kann man beobachten, daß auf diesem Gebiet nicht nur ein rein technischer Prozeß durchgeführt wird, sondern daß ebenso Einfühlungsvermögen und sachgerechte Handhabung des Instruments von eminenter Bedeutung sind. Ersetzen kann deshalb die Photographie das gezeichnete oder graphisch formulierte Bildnis nicht. Aber gerade diese Ausstellung konnte die Ansicht bestärken, daß die Darstellungsmöglichkeiten durchaus nicht so begrenzt sind wie man auf Grund des technischen Mittels annehmen möchte.

Dossena Vor 2 Jahren erregte der Fall Dossena berechtigtes Aufsehen. Es waren Bildwerke in Marmor, Terrakotta und Holz als griechische, romanische, gotische und Renaissanceplastiken in den Handel gekommen. Nach einiger Zeit konnte der römische Bildhauer Alceo Dossena einwandfrei nachweisen, daß alle diese Arbeiten von seiner Hand waren. Die Händler hatten sie auch von ihm als eigene Plastiken erworben, um sie später als alte Kunstwerke in den Handel zu bringen. Dossena selbst erklärte, daß er niemals an Fälschungen gedacht und diese Bildwerke innerhalb eines Jahrzehnts nur aus Liebe zu den alten Meistern geschaffen hätte. Im Januar dieses Jahres erwarb sich nun der Verein Berliner Künstler das Verdienst die Arbeiten dieses sonderbaren Bildhauers zur Nachprüfung in einer Ausstellung zu zeigen. Im großen ganzen war es ein verblüffender Anblick. Wenn man aber genauer hinsah, entdeckte man in Kleinigkeiten, worin die Alten groß waren, peinliche Mängel und Oberflächlichkeiten. Es fällt auf die Kunstwissenschaft zurück, wenn sie derlei Arbeiten als alte Kunstwerke passieren ließ. Es ist aber auch symptomatisch, daß Dossena es nicht unterließ altertümliches Material wie wurmstichiges Holz und verwitterten Marmor zu verwenden. Wahrscheinlich ist es richtig, daß in Ländern wie Italien merkwürdige handwerkliche Überlieferungen bestehen. Der Fall Dossena als solcher kann nur als Mahnung dafür dienen,

daß eine künstlerische Anleitung ganz im Rückblick auf die Vergangenheit in den meisten Fällen zur Hohlheit, nur sehr selten aber zu einer technischen Vollkommenheit und vielleicht zu einem psychologisch interessanten, schöpferisch jedoch unfruchtbaren Nachahmen alter Anschauungsweisen führt. Als Musterbeispiel hierzu kann Dossena gelten. Mit seinen Bildwerken hat er etwas nachgearbeitet, was schon vorhanden war, mit einem technisch höchstmöglichen Grad von Vollkommenheit. Folglich mußte es ganz logisch zu einem betrügerischen Handel mit Altkunstwerken führen. Eine Bereicherung der Welt durch die Kunst bringen diese Plastiken nicht. Das gerade ist bei jedem neuen bildkünstlerischen Versuch der Fall, er möge nach Form und Inhalt noch so problematisch scheinen.

Ausstellungen Zum 100jährigen Jubiläum der Staatlichen Museen in Berlin brachte man in der Preußischen Akademie der Künste eine große Rembrandtausstellung zusammen, in der zum erstenmal der gesamte sehr reiche staatliche Besitz Preußens an Gemälden, Radierungen und Zeichnungen von Rembrandt zu einer einheitlichen Gesamtschau nach dem Vorbild der Dürerausstellung von 1928 vereinigt wurde. Im Glaspalast am Lehrter Bahnhof wurde eine Allgemeine Unabhängige Ausstellung veranstaltet, bei der das Los die Plätze verteilte, die für eine kleine Summe zu erhalten waren. Daß dabei nur einige bekannte Namen der Beachtung wert waren; ließ erkennen, daß es in Deutschland mit dem Verkennen neuer künstlerischer Talente nicht mehr so arg bestellt ist wie es ehemals der Fall war. In Erwiderung der vorjährigen deutschen Graphikausstellung in Warschau wird in diesem Jahr eine Ausstellung polnischer Kunst in Berlin gezeigt werden, und zwar moderne Graphik, Zeichnungen, Teppiche, Bücher und Bucheinbände. Aus Anlaß des 100. Geburtstags Camille Pissaros finden in diesem Jahr in Paris 2 offizielle Gedächtnisausstellungen statt. Sowohl das Luxembourg- wie das Orangeriemuseum werden Werke dieses impressionistischen Führers zeigen. Auf der großen Ausstellung italienischer Kunst, die jetzt im Burlingtonhouse in London stattfand, waren auch die Berliner Staatlichen Museen mit einigen hervorragenden Werken vertreten. Aus dem Kaiser-Friedrich-Museum befanden sich dort Gemälde von Simone Martini, Masaccio, Domenico Veneziano, Bronzino

und 2 Bronzefiguren von Pollajuolo und Bellano; aus dem Kupferstichkabinett einige Stiche aus Botticellis Dantezyklus. Am Neujahrstag wurde in der Royal Academy eine große Gesamtschau italienischer Kunst von 1200 bis 1900 eröffnet. Rund 1000 repräsentative Kunstwerke waren aus allen Ländern zusammengebracht worden. Für die nächsten Jahre plant man eine französische, dann eine spanische und schließlich eine deutsche Kunstschau ähnlicher Art. Im Museum in Detroit wurde vor kurzem eine Ausstellung deutscher Graphik veranstaltet, die von dem Dresdener Kunsthändler Ludwig Gutbier zusammengestellt war. Ausgestellt wurden 400 Blatt, die von der deutschen Kunst der letzten 30 Jahre Zeugnis ablegten. Von Hans Thoma bis zu den Jüngsten waren alle bemerkenswerten deutschen Künstler vertreten. Diese Ausstellung wird noch in anderen amerikanischen Städten gezeigt.

Totenliste Mitte Oktober 1929 starb in Regensburg Josse Goossens, im Alter von 53 Jahren. Er begann seine künstlerische Wirksamkeit in Düsseldorf als Schüler Eduard von Gebhardt und lebte später als Mitglied der Süddeutschen Sezession in München. Seine künstlerische Eigenart bestand darin, daß er die rein impressionistische Tuffmanier durch ein bestimmtes System von eckigen Flächen ersetzte. Mit Hilfe dieser Manier hat er eine Reihe bemerkenswerter Monumentalgemälde geschaffen. In Berlin starb im Oktober der Illustrator Johann Bahr, im Alter von 71 Jahren. Er war Mitarbeiter am Kladderadatsch und am Dorfbarbier. Ende Dezember starb in Berlin Moritz Posener, im Alter von 67 Jahren. Er ging aus der Schule Anton von Werners und Hugo Vogels hervor und hat in der Hauptsache Bildnisse und Landschaften geschaffen. Eine durch ein Fenster gesehene Mondlandschaft befindet sich im Besitz der Stadt Berlin. Anfang Januar 1930 starb in Düsseldorf Walter Ophéy, im Alter von 48 Jahren. Er wurde frühzeitig dadurch bekannt, daß er als Impressionist schon eine ausgesprochene Koloristik bevorzugte. Später wirkte er als Führer des sogenannten Sonderbunds an der geistigen Verjüngung der Düsseldorfer Schule mit. Eine Zeitlang schuf er große Wandgemälde im expressionistischen Stil. In den letzten Jahren wandte er sich in farbigen Zeichnungen einer verinnerlichten Wiedergabe der Natur zu.

Kurze Chronik In Aschaffenburg wurde ein **Grünwaldpreis** geschaffen, der jährlich in Höhe von 700 Mark vergeben werden soll. Er soll nicht nur Malern, Graphikern und Bildhauern sondern auch Musikern, Schriftstellern und Kunstgewerblern zugute kommen. ◊ In Nymwegen entdeckte man bei der Restaurierung eines alten Gemäldes eine **Ecce-Homo-Darstellung** von **Giorgione**. Sie ist deshalb besonders gut erhalten, weil sie mit einer dicken Firnissschicht bedeckt war. Eine Inschrift auf der Rückseite nennt den Urheber und gibt außerdem an, daß das auf Holz gemalte und in 2 Stücke zerbrochene Gemälde von Guido Reni für die Familie Fabri wiederhergestellt wurde. Ein Mitglied dieser Familie, mit Erasmus von Rotterdam befreundet, lebte damals in Nymwegen. ◊ In Frankreich wurde ein Gesetz geschaffen, nach dem lebende Künstler prozentual an den **Verkäufen** derjenigen ihrer Bilder beteiligt sind, die sich nicht mehr in ihrem Besitz befinden. Man hofft hierdurch dem Elend der Künstler abhelfen zu können, indem man ihnen die Möglichkeit weiterer Einkünfte aus ihrem Schaffen auch dann bringt, wenn sie ihr Werk vorher zu einem niedrigen Preis weggegeben haben.

Literatur In der Monographieenserie **Junge Kunst** /Berlin, Klinkhardt & Biermann/ ist der 56. Band **Max Beckmann** gewidmet. Mit diesem Maler, der vor dem Krieg pathetisch-naturalistische Bildwerke schuf und allmählich zu einer neuen, nur ihm eigentümlichen Bildform vordrang, setzt sich Heinrich Simon einleitend auseinander. Es gelingt ihm zu verdeutlichen, wie Beckmann nur seinen spezifischen Weg gehen konnte, ohne an Gesetzlichkeit einzubüßen und ohne in Willkür zu verfallen. Zugleich ein symbolartiges Anzeichen dessen, daß neue Betrachtungsweisen der Welt ganz allgemein zur Tatsache geworden sind. ◊ In mehr poetischer Form äußert sich René Crevel im 57. Band der selben Sammlung zu den plastischen Arbeiten **Renée Sintenis**. Es ist ein Versuch die Spitzfindigkeit mancher Kunstbetrachtung durch eine neue und mehr allgemeine Betrachtungsweise abzulösen, allerdings durch Einführung neuer Spitzfindigkeiten. Die plastischen Werke der Künstlerin sprechen für sich, sie sind ihrer possierlichen Art nach bekannt und lassen in der vorliegenden Auswahl deutlich werden, daß dahinter ein lebendiger pathosloser Ernst steht.

Dichtkunst / Max Hochdorf

Kriegsbücher Eines seiner neuen Bücher nennt **Henri Barbusse** **Tatsachen** (übertragen von Otto Flechsig /Berlin, Neuer Deutscher Verlag/). Was sind Tatsachen für Barbusse? Kleine, zugespitzte, scharf beobachtete Geschichten aus dem Krieg und aus den furchtbaren Jahren nach dem Weltgemetzel. Die künstlerische Form ist dem Erzähler Barbusse gleichgültig, es kommt ihm auf die Wahrheit an. Und nun geschieht etwas sehr Merkwürdiges. Der französische Kritiker Jean Norton Cru hat diese gesamte Literatur über die Kriegstatsachen, mag es sich um Memoiren, Briefe, auch nur technische Darstellungen, persönliche Geständnisse oder Romane handeln, unter eine sehr scharfe kritische Lupe genommen. Diese **Kriegsliteratur** gib! vor die einheitlichste Zeugenschaft von dem Kriegsereignis zu liefern. Norton Cru prüft sie, soweit sie in französischer Sprache erschien, in einem Folioband, der mehr als 700 Seiten umfaßt (**Témoins** /Paris, Les Etincelles/), und sein ganzes Werk dient dem Nachweis, daß alle diese Zeugenschaften ganz unzulänglich sind; selbst dann, wenn die Erzähler das Allerbeste und Moralischste der Wahrheitsliebe beabsichtigten, ist nach der Zeugenschaft dieses Kronzeugen Cru die Unzulänglichkeit des Erzählers jedesmal festzustellen, immer schleicht sich nach der Kritik und Analyse Norton Crus in den Bericht jene Unvollkommenheit, die die wirklichen Tatsachen des Krieges absolut entstellt. Für die deutsche **Kriegsbelletristik**, mag sie nun gut oder schlecht, künstlerisch niedrig oder hochstehend, mag sie nun schon vergessen oder in Millionen Exemplaren unter die Leute gekommen sein, haben wir noch nicht solchen kritischen Kronzeugen. Es wurde wohl hier und da an den besonders erfolgreichen Kriegsschriftstellern herumgemäkelt, doch das, was ihnen vorgeworfen wurde, gehört mehr in die Sphäre der Eifersucht. Cru ist aber ein Zeuge ganz ohne Tadel und auch ganz ohne Furcht. Ihm kommt es wirklich nur auf die Wahrheit, auf die Tatsachen an, wie Barbusse es sagt. Einige tausend **Kriegsbücher** werden untersucht. Und bei dieser Prüfung kommt sogar Barbusse, den wir außerordentlich verehren, nicht gut weg. Auch der herrliche **Kriegsteind** Barbusse, der in seinem **Feuerbuch** als erster die literarische Fanfare gegen die allzu lyrisch

empörenden Kriegsromane ertönen ließ, muß zu den Fälschern gezählt werden, wenn auch zu denen *optimae fidei*. Wir dürfen nicht sagen, daß Barbusse seine Leser leichtfertig irreführen wollte. Gesagt soll nur werden, daß die trockene, wenn man will; durch Worte nicht verdorbene, Wirklichkeit viel scheußlicher und zurückstoßender zu allen Zeiten gewesen ist, als es selbst diese ernsthaften Kriegsschriftsteller zugeben wollten.

Das erste Kriegsbuch eines Arbeiters: Vaterlandslose Gesellen von *Adam Scharrer* /Wien, Agisverlag/. Die Prioritätsfrage ist wohl nicht vollkommen gesichert. Das ist aber auch gleichgültig. Denn so viel steht fest, daß dieser klassenbewußte Arbeiter ein geradezu erschütterndes Buch von seinen Kriegssorgen schrieb. Gewiß, man kann nicht alle diese fleißigen Memoirenschreiber in die Ewigkeitsliteratur einreihen. Aber ihre Herzensergüsse hatten im Gedächtnis. Der richtige Mensch, der richtige Wille, alles das verdient den Respekt, den die Hingabe an die Sache auslöst. Gleiches ist von den Memoiren Ruhe und Ordnung zu sagen, die *Ernst Ottwalt* aufzeichnete /Berlin, Malikverlag/. Sie behandeln Landsknechtstum nach dem Krieg, Verblendung der nationalsozialistischen Jugend, Fememordtollheit.

Man kann nicht behaupten, daß der Proletarier, der sein Leben so ungeschminkt darlegt, besonders ungeschminkte Worte wählt. Er ist schon, und das ist merkwürdig, ein ganz geschickter Feuilletonist. Mag er sich nun mit Leidenschaft in das Proletarische verlieren, mag es ihm beschieden sein, daß er auch vollkommen von diesem Proletarischen verschluckt wird, so läßt sich doch nicht leugnen, daß ihm dieses Lebenslos besondere Talente einbrachte. Er ist vielleicht nicht in eine eigentliche Reportageschule gegangen, doch er hat sich, ohne daß er es wußte, da allerhand Kniffe der Reportage und Kolportage angeeignet. Der Roman unserer Zeit als Dokumentenstück, als Ichroman oder als Wahrhaftigkeitsreportage, das ist stets das Programm der interessantesten Bücher dieser Gattung. Und so kam auch *Julius Meier-Graefes* Berichtbuch *Die weiße Straße* /Berlin, Klinkhardt & Biermann/ zusammen. Gewiß, der Stilist Meier-Graefe wollte zunächst gar keinen Roman verfassen. Dazu war ihm viel zu übel, als er, der freiwillige Krankenpfleger, sich eines Tages in der russischen Einöde verfuhr und von den Kosaken des Zaren eingefangen würde. Da verhätschelte man ihn ein paar Tage mit Achtung und Schmei-

chelei, weil er als ein besonderer weißer Rabe angesehen wurde. Außerdem verfügte der berühmte Kunsthistoriker auch in Rußland über Freunde, die ihn in ruhigerer Zeit bewundert hatten. Bald zeigte sich aber, daß all das nur sehr katzenfreundlich gemeint war. Die Komplimente und die guten Zigaretten, die man dem deutschen Kriegsgefangenen bot, waren nur das Vorspiel; er wurde bald in sibirische Verbannung expediert. Und von dort schrieb er Briefe an seine Frau, Schriftstücke, in denen er zunächst gar nichts anderes wollte als von seinen täglichen kleinen, ihn jedoch tief bewegenden, Erlebnissen Meldung erstatten. Aber ein Schriftsteller gestaltet auch in Briefen an die nächsten Angehörigen wohlformulierte Sätze. Ein Kunstschriftsteller vom Rang Meier-Graefes versucht natürlich auch der merkwürdigen, vielgestaltigen russischen Landschaft und all der bunten Menschheit Herr zu werden, die sich besonders während der wilden Kriegszeiten auf der russischen Erde tummelte. So sind die Tagebuchbriefe Meier-Graefes doch schließlich eine Art Kriegsroman geworden. Man kann nicht sagen, daß sie langweilig wurden. Im Gegenteil, das weite, distanzierte Gemüt des Schriftstellers erweist sich auch in diesem Kriegsbuch. Was dafür und was dagegen spricht, ist in der Kritik Norton Crus nachzulesen, der eben das Vergängliche aller dieser Kriegsbücher demonstrierte.

Dokumente Alle diese Tatsachenliteratur soll so aufgefaßt werden, als wenn wirklich nur das im Gemüt und in der Erinnerung verstaute Archiv des Erzählers ausgepackt wird. Wenn *Ludwig Tureck* die »Lebensschilderung eines deutschen Arbeiters« darstellt (Ein Prolet erzählt /Berlin, Malikverlag/), dann will man dem proletarischen Erzähler vollständig glauben. Und wirklich, der Prolet Ludwig Tureck weiß zu erzählen. Es ist nicht nur ein niedriges Dasein, das er durchwatet, sondern auch ein malerisches. Es ist, als wenn die Schreckenkammer, durch deren Labyrinth sich dieser Proletarier durchwinden muß, ihm vom Schicksal besonders abenteuerlich ausgestattet worden wäre. Wacht auf! nennt *Hans Lorbeer* seine Erzählungen /Berlin, Internationaler Arbeiterverlag/: Beispiele von der Niedrigkeit und von der Rebellion des Proletariats. Alles ist Tendenz, vom Klassenbewußtsein getragen, zum Klassenkampf anfeuernd. Die Beispiele prägen sich

ein, Künstlichkeit wird vermieden. Lorbeer gehört zu den starken Talenten unter den proletarischen Schriftstellern. Sie sind nicht mehr selten. Die Schriftsteller, die das Proletariat kennen, rekrutieren sich nicht mehr aus neugierigen und wohlwollenden Bürgern, die nach unten schnüffelten, um ihrem ernstesten Hang zur Weltverbesserung zu folgen. Der Proletarier redet selbst, manchmal noch ungeschlacht, doch er redet stark und eindrucksvoll. Er überzeugt vielleicht mehr die Bürger als seine eigenen Klassengenossen.

Auch Memoirenliteratur repräsentieren die von Erwin Honig übersetzten Erzählungen *Wsewolod Iwanow* Der Buchstabe G /Berlin, Malikverlag/. Was in diesem Buch gefällt, ist wiederum die Unmittelbarkeit, ist das absolut kunstlose und deswegen gerade so kunstvolle Erzählen. Der Autor nimmt alles von der Zunge, was er in dem Herzen hat. Iwanow wurde von Gorkij entdeckt und gefördert. Er wurde buchstäblich den Lumpen, den Läusen und dem Hunger entrissen, bevor er es lernte die Feder systematisch zu führen. Aber was bedeutet ein solches Schicksal im heutigen Rußland? Es scheint das klassische Geschick all der jungen Schriftsteller, deren Erzählungen heute bis zu uns gelangen. Darum eben nennen wir sie besondere Wirklichkeitsschriftsteller. Sagen wir aber aufrichtig, daß wir langsam die Meinung gewinnen: Es machen sich alle diese Talente nach und nach eine besonders romantische Vagabundenbiographie zurecht. Es scheint, dieses proletarische Curriculum vitae sei für sie notwendig, damit sie zu den höheren Salbungen bolschewistischer Literatur gelangen. Wie dem auch sei, fesselnd schreibt natürlich auch dieser zähe Novellist, der sich in allen Gebieten des Unterirdischen bewegt, ein Fakir und ein Faxenmacher auf dem Jahrmarkt und sogar ein mönchischer Wundermann gewesen ist.

Der Katholik *Henri de Montherlant* beabsichtigt in seinem Buch *Die Tiermenschen* /Leipzig, Inselverlag/ auch nichts anderes als die Gewißheit seines Romandokuments zu bezeugen. Er ist Spezialist auf dem Gebiet des Stierkampfs. Empfehlend wird von dem Franzosen bemerkt, daß er aus übergroßer Neigung zu der Tauromachie selbst in die Reihe der Matadore eintrat. Das bedeutete ein ganzes Studium, eine Art Einweihung in ein sakrales Kunstgewerbe der Grausamkeit und Unmenschlichkeit. Der Matador wird zum Tiermenschen, bestiaire. Damit soll gar nichts Ehren-

rühriges gesagt werden. Denn es steht ja noch gar nicht fest, ob die Menschen-natur so kostbar ist, daß sie es verdiente über die Tiernatur gestellt zu werden. Montherlant erlangt also die großen Weihen der Stierkämpferkunst. Es wird da nicht so breit und sogar ins Soziale eingreifend die besondere Welt der Arena geschildert, wie sie etwa Blasco Ibanez ausmalte. Montherlant ist kein Naturalist, er ist ein Esoteriker. Er will das Brevier der Matadore und Toreros aufzeichnen, genau so wie ein Mystiker, der das Geheimnis bestimmter asketischer Übungen an gleichgestimmte Nachahmer weitergeben möchte. Es gelingt ihm denn auch ein kunstvolles Lebensdokument. Banalität wird vermieden.

Ländliche Epik Abseits von diesen Epikern des Dokuments gehen dann die Weltanschauungskonstrukteure, die sich auf ein Lebensprogramm festgelegt haben, in das sie Erzählungen einspannen. Sie werden also nicht von den Dingen inspiriert sondern aus dem Persönlichen ihres Innern. *Karl Benno von Mechow* verfaßte den Roman *Das ländliche Jahr* /München, Albert Langen/. Er liebt die Schlichtheit der Bauern und den schweren gesunden Geruch der fruchttragenden Scholle und des festen Viehs. Und dann läßt er ein Häuflein von Menschen durch diese Welt der Scheunen und der Felder hindurchtanzen und hindurchwandern. Es ist erfreulich ihn zu lesen.

In dem Bauernland Ungarn gedeihen diese ländlichen Schriftsteller auch, und sie gelangen sogar zu so hohem Ansehen, daß die deutschen Übersetzer ihnen naherücken. Durch solchen Fleiß lernt man auch *Zsigmond Moricz* kennen. Sein von Heinrich Horvat übertragener Roman *Die Fackel* /Berlin, Ernst Rowohlt/ ist ein volkstümliches Buch, gar nicht ungeeignet, um für den einfachen Menschen des kräftigen Landes Propaganda zu machen. Die Ereignisse steigern sich dadurch, daß sie aus dem Irdischen ins Überirdische hineingehoben werden. Begeisterte Geistliche stehen auf dem Feld, wenn die Ernte eingebracht, auf der Kanzel, wenn sie gesegnet wird.

Ein Buch für ernste und geduldige Menschen ist *Adolf Johanssons*, von Ilse Meyer-Lüne aus dem Schwedischen übersetztes Buch *Die Alrauntalsaga* /Jena, Eugen Diederichs/: Mystik, urbar gemachtes Land, Saat und Ernte, Stall und Vieh, Menschen, die sich rackern. Man soll nicht denken, daß solch ein

Buch nicht zeitgemäß ist. Es führt zum Sinn des Schaffens; um ihm näher zu kommen, muß freilich der Leser des Buches selbst das meiste tun.

Zur Familie der heimatlichen Schriftsteller wurde *Friedrich Griese* gezählt, dessen Erzählung *Tal der Armen* / Lübeck, *Otto Quitzow* / allerdings nur ein Werk des Übergangs oder der Erschöpfung ist. Die in ihrem bäuerlichen Winkel herumgetriebenen Wesen bewegen sich auch in dem engen Kreis des Bauerntums. Sie werden nicht von den Erschütterungen der großartigen Städte heimgesucht. Aber in dem letzten Buch *Grieses* vermissen wir das Gefühl, daß die Verwandtschaft zwischen der Acker-scholle und dem Bauer, der ihr dieat, ein Segen ist. Die Erzählung ist soziologisch angelegt, mit viel Grübelei durchsetzt. Es fehlt die schöpferische Andacht, die den jungen Dichter früher auszeichnete. Wir wissen nicht, ob er ein älteres Werk aus der Schublade holte, oder ob dieses letzte Buch wirklich sein letztes Werk ist. Selbst die Schlichtheit darf nicht zur Manier werden, damit sie nicht zur Eintadt wird.

Satire Kuriosester Kauz, dieser Zeichner und Satiriker aus Düsseldorf, der ganz und gar mit der besten und schnoddrigsten Natur des Berliners zusammenwuchs und darum unter die famossten Erzähler zu rechnen ist; *Adolf Uzarski*. Sein Roman *Herr Knobloch* / München, Delphinverlag/ ergötzt so andauernd, daß allmählich die Kinnbacken beim Lachen schmerzen. Was hat er denn zu erzählen? Herr Knobloch, ein ziemlich abgerupftes Kerlchen, das in der kreistädtischen Apotheke Pillen und Tüten dreht, träumt von der ganz großen Welt. Er will ewig die hübschen Mädchen haben und es mit Klubsesseln, Monokel, Bildung und Hakenkreuzerpatriotismus den nobelsten Landsleuten nachmachen. Nun hilft ihm der liebe Gott. Er erbt von einer geizigen Tante, die einige Jahrzehnte lang ihre paar Groschen versteckte, damit der lachende Erbe eines Tages alles einsackt. Und Herr Knobloch fängt zu leben an. Natürlich die programmäßige Italienreise und dann die Einrichtung des Hauses und dann die Verlobung mit der mitgiftreichsten Haustochter in dem Krähwinkel. Wie kann dieser Uzarski, der übrigens gleichzeitig alles famos mit dem Bleistift festhält, die Vogelscheuchen in Menschengestalt erzaubern! Wie geerbt, so zerrennen. Herr Knobloch, Stammtisch-

zierde, Reichstagskandidat, und natürlich stramm rechts, geht in die Binsen, nachdem ihm der letzte Hundertmarkschein aus der Tasche geflattert, nachdem ihm auch der letzte Anhänger fortgelaufen ist, weil er eben nur die Freunde besaß, die er bezahlte. Tragikomödie zum Bersten. Nur an das Beste in dem Buch wollen wir uns erinnern.

Uzarski ist gar nicht grimmig, auch nicht bissig, auch gar nicht so tief intellektuell wie der komplizierte und geistig ernst strebende Moralphilosoph, der unter den Geistigen Deutschlands als *Mynona* bekannt ist. *Mynona* spricht zu uns, wenn wir ganz erbittert sind und uns aus der Winzigkeit des Alltags durch die Erkenntnis herauswinden wollen, daß unsere Umgebung doch mächtig idiotisch ist. Lesen wir Uzarski, dann bereitet uns der Wunsch einige Zeit so wie seine Hansnarren zu sein gar keine Übelkeiten. Lesen wir *Mynona*, dann sagen wir uns: Gott, wir danken dir dafür, daß wir nicht sind wie jene. Und dieses Gefühl trifft auch *Mynona* mit seinen neuen »Grimassen«, jener ihm gehörenden Literaturspezialität, die er diesmal mit den Skizzen *Mein 100. Geburtstag* / Wien, Jahoda & Siegel/ variiert.

Das erste komische Buch über die Korruption der bolschewistischen Funktionäre schrieb *A. Fadejew*. Sein letztes Werk *Die Neunzehn* / Berlin, Verlag für Literatur und Politik/ gehört zur Propagandabelletristik des bolschewistischen Militarismus. Alles Blut, das vergossen wird, alle Mordtaten aus Hinterhalt und an offener Front, die begangen werden, sollen nur geschehen sein, weil der Klassenkampf entschieden werden mußte. Aber das ist nicht wahr, und deswegen versagt auch die Ästhetik.

Erzähler Wanderten früher die Dichter und Erzähler ins dunkle Afrika, in den Fernen Osten oder in die jungfräuliche Pampa des amerikanischen Südens oder in die schon arktischen Gefilde Canadas, dann schilderten sie meist ein ewiges und leicht zu eroberndes Paradies. Diese exotischen Sehnsuchtsbücher begeisterten Jung und Alt. Jetzt kommen die Schriftsteller mit etwas kritischerer Neigung. Gewiß, dort drüben, etwa im jungfräulichen, noch urbar zu machenden Canada, ist noch allerhand zu erleben. Man lebt mit der Bestie und mit der Natur brüderlich, man hat auch genügend Zeit, um ganz tief in sich hineinzublicken, dann, wenn der Tod den Menschen anfällt, der Tod des Erfrierens, der Tod des

Verhungerns. Aber die großen, ewigen Leidenschaften verlöschen nicht. Das zeigt uns der französische Elsässer *M. Constantin-Weyer* in seinem Einsamkeitsbuch *Un homme se penche sur son passé* /Paris, F. Rieder & Cie./, das deutsch, von Hermann Strehle übersetzt, unter dem Titel *Ein Blick zurück* und dann . . . erschien /Berlin, Propyläenverlag/. Canada ist das Feld der Ereignisse. Im Sommer das Weizenfeld und die unendlich ausgedehnte Ebene, auf der sich wilde Pferde umhertummeln. Im Winter das ewige arktische Eis. Da hat ein Mann sich in dieser wundervollen und auch einträglichen Wüste ein kleines Glück aufgebaut, und da es nun vollkommen sein sollte, geht es an der Weibnatur zugrunde. Die entgegengesetzten Naturen ergänzen sich aber nur der Theorie nach. In der Wirklichkeit kommt es anders. Sie brennt durch und nimmt ihm auch noch sein Liebstes, sein Kind, mit. Nun beginnt die wilde Jagd nach dem Flüchtling. Sie geht bis in das ewige Wintereis hinauf. Und eines Tages sieht der unkurierbare und so furchtbar getroffene Pionier ein Kreuz mitten in dem weißen Feld, und auf die Flügel des weißen Kreuzes ist ein Kindername geschrieben. Dort hat die Frau das Kind begraben. Der Mann blickt noch einmal rückwärts in seine Vergangenheit. Dann macht er sich auf, wieder zur Alten Welt zurück, um dort ein neues Leben zu beginnen. Das neue Leben ist nicht zu erfassen in der Neuen Welt, es ist nur in der Alten Welt zu finden, in der sich ewig erneuernden. Hier, in dem zu schaffenden Europäischen Kontinent, liegt die Zukunft, die der Europäer drüben sucht, ohne zu merken, daß er nur ein überwundenes oder zu überwindendes Gestern findet, wo er das ersehnte Morgen vermutet hat.

Die Ingolstädter Erzählerin *Marieluise Fleißer* schließt sich keiner Schule, auch keiner besondern Weltanschauung an. Sie entfaltet ihr vegetatives, auf Banalität, aber auch auf Spott angelegtes Temperament, indem sie die kleinen rührenden Mädchengeschichten erzählt (*Ein Pfund Orangen* und 9 andere Geschichten /Berlin, Gustav Kiepenheuer/). Es ist merkwürdig, daß solche naiven Erzähler in Deutschland Frauen sind, daß gleiche Charaktere von der nämlichen Einfalt in Frankreich und auch in England am besten von Männern gezeichnet werden. Zum Beispiel findet man in den Büchern *Léon Frapiés* oder *Francis Jammes'* oder auch gelegentlich

bei dem sonst andern *James Joyce* oder dem Irländer *John Millington Synge* die nämlichen Stimmungen und die gleiche Liebesatmosphäre, in der *Marieluise Fleißer* dahindämmert.

Nachdenklich, ins Gespenstische der Menschennatur hineinblickend, ist *John Henry Mackay*, der Philosoph der zugespitzten Individualität, heute fast schon ein Patriarch. Im Stirnerverlag in Berlin erschienen seine Gesammelten Werke. Gewiß, vieles, was an die Zeit gebunden ist und nicht mehr in unsere Zeit hineinzuklingen vermag, lebt nur noch schattenhaft in seinen Romanen. Aber manches seiner Bücher ist und bleibt ein großer Wurf. So vor allem der Roman *Die Anarchisten*. In seinen novelistischen und Romankonstruktionen waltete stets eine ungeheuerliche Konsequenz. Sein neuer Roman *Staatsanwalt Sierlin* /Berlin, Stirnerverlag/ ist die »Geschichte einer Rache«, und als solche verwirklicht er vollkommen den Plan des Erzählers. Nur um 2 Menschen kreisen die Ereignisse, und es soll sich erweisen, wer der Stärkere ist: der unerbittliche Ankläger und Jongleur mit den starren Paragraphen oder die leidende Kreatur. Es siegt der vor dem Staatsanwalt ganz Unterlegene. Der durch Amtseid verpflichtete Verfolger des Verbrechers wird wahnsinnig, weil körperlich und geistig der Verurteilte nicht mehr aus den Gedanken des Paragraphenhelden verschwindet.

Seine kleinen novellistischen Feuilletons von Ästheten und Spitzbuben sammelte *Bruno Frank* unter dem Titel *Die Melodie* /Stuttgart, Fleischhauer & Spohn/. Ein Band voll unterhaltender Stücke.

Der neue Roman *Alfred Neumanns Guerra* /Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt/ führt uns in ein exotisch internationales Milieu: Rebellenstimmung, Zusammenrottung, damit aus dem zerrissenen Italien ein einiges Land wird. *Al fresco* der Historie ist das Ganze, mehr Montage als Vertiefung.

Ein »Roman aus Berlin« will *Walther Anatole Persicks* *Andreas Gleitner* /Berlin, Dreikegelverlag/ sein: Presse- und Filmkorruption, alles das durchleuchtet von einem Menschen, der auf Wahrheit und auf Reinheit zielt.

In der französischen Atmosphäre, in der *Alexander Castell* mit seiner Liebe angesiedelt ist, lebt sein Roman *Zug der Sinne* /Berlin, Ullstein/. Castell hat vieles gesehen und kann auch eindringlich schildern. Und darum gerade, weil er nicht die großen Probleme wählt sondern das alltägliche Geschehnis vom

Ehebruch und dessen nicht immer sozial erfreulichen Folgen, wirkt er sympathisch. Es ist schade, daß das liebevolle Geschöpf, dem er seine Dichterseel zuwendet, durch die Puscherei eines schlechten Arztes zugrunde geht.

Zu den Unterhaltungsromanen guter Qualität gehört *Nathan Asch' Buch Liebe in Chartres*, übersetzt von Hermynia zur Mühlen /Frankfurt, Rütten & Loening/. Kathedralengewölbe und die darin geisternde Erotik zweier Menschen. Das alles ist nicht von der Größe und Kraft, mit der Joris Karl Huysmans das Kathedralenmysterium und seinen Reflex auf Menschenekstatik schilderte. Doch ist es mehr als eine geschickte Nachahmung. Das bewirkt schon die Stimmung von Chartres, die den Leser ebenso wie den Verfasser gefangen nimmt.

Mit mancher Kunst, aber auch viel Künstlichkeit, erzählt *Oskar Jellinek* vom Selbstmord des genialen Jünglings, den ein katholischer Priester zeugte (Der Sohn, /Wien, Paul Zsolnay/). Der Sohn geht unter, und der verantwortliche Richterstatler dieses Unglücks ist wegen der Herzlichkeit zu loben, die er seinem interessanten Fall widmet.

Einen »kleinen Roman« nennt *Leo Hirsch* seine Geschichte *Lampion* /Mährisch Ostrau, R. Färber/. Die Phantasie des Erzählers ist etwas verwickelt. Es geht kraus in dem Büchlein zu. Der jüdische Jüngling, der zwischen Zionismus und sinnlicher Liebe schwankt, ist Produkt eines Schriftstellers, der noch nicht der Realität Meister wurde. Doch überrascht das große Herz, das sich im schwingenden Lyrismus gefällt.

Gegen alle aufgedonnerte Pathetik wirkt das Lächeln der *Colette* entzückend. Was erzählt sie eigentlich in ihrem Roman *Tagesanbruch* /Wien, Paul Zsolnay/, der natürlich gar kein Roman sondern nur ein Auspacken von kleinen Erinnerungsstücken ist? Sie erzählt da Bibelots ihres Lebens, das charmante Detail ihrer Jugend und schließlich auch das nicht minder anmutige Detail ihres Altwerdens. Diese kleine Selbstbiographie ist vielleicht das Leichteste und Duftigste, was sie schrieb, und man bedauert nur, daß die Verdeutschung nicht imstande war solche kostbaren Wörtlein, die nicht eben massive Worte sind, wiederzuschaffen. Der Besuch in dem kleinen Landhaus der *Colette*, das doch gewiß nicht bedeutende Ereignis, wie sie ihren Freunden die Hand und einen Imbiß reicht, das sind alles die besonders blitzenden Kostbarkeiten ihres sehr sublimen und sehr weiblichen Talents.

Phantastik

Der Spezialist für Vagabunden, *Hans Reiser*, verbündet seine Phantasie mit dem Namen *François Villon* (Der geliebte Strolch /Leipzig, Grethlein & Co./). Vergangenheit und Gegenwart torkeln zusammen. Ist dieser Vagabund, der mit dem deutschen Landstreicher heute populiert, Liebesabenteuer, Räuberei und ähnlich edles Handwerk spintisiert, nun der alte Klopffechter, Liedersänger, Fürstenfeind und Galgenstrick? Alles das reizt viele Seiten lang. Ist die artistische Methode dann auch erschöpft, so wird man immer wieder der Ermüdung entrissen, wenn man von Villon hört oder an Villon denkt, dessen Romantik dieser entromantisierten Zeit so merkwürdig nahe ist: so nahe, daß Bert Brecht die besten Texte der Dreigroschenoper ihm entnahm (nicht ohne diese urfranzösischen Chansons in dem jetzt obligatorischen angelsächsischen Jargon als "Songs" zu etikettieren). Das Unfaßbare soll gefaßt, die Mystik, auch das unbegreifliche Okkulte soll materialisiert werden. Wie schwierig das ist, wie sehr ein begabtes Ingenium auch für dieses Werk notwendig ist, das zeigt die okkulte *Novelle Otte Willi Galls* *Die blaue Kugel* /Breslau, Bergstadtverlag/. Das ist wirklich nur ein Gespiel mit dunklen Dingen, aus denen es gar keine Lösung, in denen es auch gar keine Logik gibt. Die Logik all dieses Unlogischen, das ist vielleicht der tiefste Sinn aller solcher Werke.

Phantastisch, ins Geheimnisvolle hineintastend ist auch *André Maurois'* kleine Geschichte von der Reise ins Land der Artikolen, die *Fritz Bondy* übersetzt hat /Tübingen, Alexander Fischer/. Ein Paar, das dem Kulturrummel entfliehen möchte, wird auf die Insel der Artikolen verschlagen. Es sind das die Nuraestheten, die jede Sekunde ihres Erlebens durch das literarische Wort aufbewahren wollen. In Kontrast zu ihnen geraten nun diese körperlich anmutige, zu allem Natürlichen neigende Frau und ihr ebenso geratener Kamerad. Es wird ein besonderes Stück Narrentum entlarvt, es werden sogar einige Särge geschlossen, in denen man die Hauptnarren zur ewigen Ruhe bettet, und die gesunden Menschen drücken ihre Lippen und Leiber an einander, während das Kreuz des Südens über ihrem leichten Schiff steht. Das ist eine fröhlich groteske Plauderei, nie ins Läppische entgleitend. In Frankreich kennt man kaum die eingefeischten Spezialisten der Philisterien und des Intellektualismus.

Zeitschriften Ein mutiger Außenseiter der Literatur, Georg Lichey, wagt es in der schlesischen Mittelstadt Schweidnitz eine ganz ausgezeichnete Wochenschrift herauszugeben, und er nennt sie kurz *Die Chronik*. Er nimmt den Kampf gegen alle Banalität auf. Er ist, wenn das magere und billige Probeheft seiner Zeitschrift nicht trügt, ein Zeitkritiker, besessen von dem Ehrgeiz von seinem Krähwinkel aus die große und wichtige und die kleine und nichtige Welt zu überschauen. Wie weit er dazu wirklich imstande ist, werden die weiteren Hefte zeigen.

Als Dokument zur Erkenntnis dessen, wie sich der fascistische Geist in intellektuellen Köpfen spiegelt, dient die italienische Zeitschrift *Antieuropa*, herausgegeben von Asvero Gravelli in Rom. Sie ist sehr aggressiv, will das übrige Europa ganz abwehren. Es heißt in der programmatischen Erklärung dieser Zeitschrift: Es handelt sich darum die Aufmerksamkeit der Welt auf die geistige Haltung der italienischen Jugend hinzulenken. Die Zeitschrift will zugleich revolutionär und aufbauend sein. Sie will nichts anderes vollenden als die Eroberung Europas durch Italien. Es heißt wörtlich: »In der heutigen Kultur ist kein Platz für die Nuancen. Die Lateiner müssen ihre Wahl treffen, sie müssen sich an die Wirklichkeit klammern, die ihnen Fundament ihrer intellektuellen Zukunft sein soll. Italien nennt heute ein Oberhaupt sein eigen, dessen moralische Autorität unermesslich ist. Es ist der italienische Fascismus. Die Wiedererweckung Europas muß von Rom ausgehen. Die Einigkeit Europas muß durch die Gedanken geschmiedet werden, die in Rom zur Welt kommen. Der Schrei Antieuropa ist der Schrei der Jugend, die das Schwarzhemd trägt, es ist der Schrei des klassischen Italiens, das Mussolini hervorbrachte.« Diese Fanfare ertönt, damit nicht nur das politische und kulturelle sondern auch das künstlerische Programm Italiens charakterisiert wird. Italien will die Führung der lateinischen Kultur an sich reißen. Aber solche Absicht ist immer verfehlt. Denn nicht der führt, dem sein eigenes Führertum wichtig ist, sondern der, dem es nur um die Dinge selbst zu tun ist. Und darum kann Italien niemals, wie Tageskurzsicht gern möchte, gegen Frankreich etwas ausrichten sondern nur mit Frankreich. Paris bleibt das Herz Europas, und Rom wird um so blutvoller werden, je näher es diesem Herzen rückt.

Totenliste Anfang Januar starb in Kopenhagen *Sven Lange* an einem Krebsleiden, im Alter von 61 Jahren. Von seinen Dramen wurde *Simson und Delila* in Deutschland aufgeführt. *Sven Lange* hat besonders feine psychologische Novellen erzählt, in denen er als Erbe *Herman Bangs* den zartesten Stil kultivierte, und es ist erstaunlich, welche große Familie von sehr ernsthaften und gar nicht nach Tagessensation lüsternen Schriftstellern noch heute in Dänemark beisammenwohnt. Die Dänen importieren den groben Unterhaltungsstoff, den sie auch nicht entbehren können, aus Deutschland und Amerika. Was sie dann übersetzen, ist gerade nicht sehr wertvoll. Sobald die ehrgeizigen Schriftsteller jedoch produktiv die Feder in die Hand nehmen, vermeiden sie die Plattheit, die jenen internationalen Schmökermarkt beherrscht. Von all solchen Geschäftsexperimenten hielt sich *Sven Lange* fern. Wurden seine Werke verdeutsch, dann entzückte die Zartheit des Kopenhagener Sittenschilderers.

Ende Januar starb in Wien *Kory Towska*, in ihrem 62. Lebensjahr. Sie war Berlinerin von Geburt, aber ihrem Gatten *Richard Rosenbaum* nach Wien gefolgt, als er durch *Paul Schlenther* zum Artistischen Sekretär des Burgtheaters berufen wurde. Sie widerlegte praktisch das Vorurteil von der Humlosigkeit der weiblichen Erzähler schon durch ihre erste Buchpublikation, betitelt *Literarischer Karneval*. Sie kam mit einem Lustspiel und mit Märchenkomödien auf die Bühne, schrieb Novellen und Romane und hat sich auch mit Erfolg als Parodistin versucht.

Am 16. Februar starb in Konstanz *Heinrich Goesch*, dessen menschliche Art und Bedeutung *Käthe Kollwitz* weiter unten kurz umreißt (siehe die Rundschau *Aus der Zeit*, in diesem Band Seite 418). In dieser, der Dichtkunst gewidmeten Rundschau ist festzustellen, daß *Heinrich Goesch*, im Verein mit *Hermann Kantorowicz*, die erste selbständige und ausführliche Analyse des Werks *Stefan Georges* gegeben hat. Das Buch dieser beiden, betitelt *Das Georgesche Gedicht* (Berlin, *John Edenheim*), erschien 1902 unter dem Autornamen *Kuno Zwymann*. Es ist auch deshalb bemerkenswert, weil die Verfasser ganz außerhalb des Georgekreises standen, weder mit dem Meister noch mit den Adepten etwas zu tun hatten und gerade darum allein das Werk auf sich wirken lassen konnten. Ihr Bestreben war es, wie sie in der Einleitung sag-

ten, »die Gedichte in den Zusammenhang zu setzen, der sich als der zwangloseste und umfassendste ergab, nicht in den, der dem Verfasser der Gedichtbücher vorgeschwebt haben mag«; sie wollten »nirgends in dieser Schrift den Verfasser, dessen Absichten zu kennen zum Genusse seiner Werke weder notwendig noch förderlich ist, berücksichtigen«, vielmehr sich »allein an die Gedichtbücher selbst halten, auf deren innern Zusammenhang schon ihre äußere Gliederung deutet«. Dieses Buch ist übrigens die einzige Publikation geblieben, mit der Goesch überhaupt hervorgetreten ist.

Am 3. März starb nahe bei Nizza *David Herbert Lawrence*, in seinem 43. Lebensjahr, an der sogenannten galoppierenden Schwindsucht. In seinem Vaterland England war er viel gehaßt und als böser Pornograph von den bürgerlichen Zeitungen und Zeitschriften angegriffen. Denn er galt als ein unerbittlicher Erotiker, der das Verhältnis zwischen Mann und Frau mit mikroskopischer Genauigkeit darzustellen pflegte. Lawrence, der Sohn unbemittelter Bergarbeitersleute, wurde schließlich Prototyp einer esoterischen Literaturgemeinde, die sich besonders mit den Fragen der Freudschen Psychologie beschäftigte. Er schrieb die Romane *Der weiße Papagei*, *Das verlorene Mädchen*, *Der Junge aus dem Busch*. Seine geistige Heimat war Italien. Sein Buch *Das dämmerige Italien* und seine Schilderungen aus Sardinien wurden unter die üppigsten Landschaftsbücher gerechnet. Besonders in Amerika, dessen Geist noch angelsächsischer ist als der Englands, war Lawrence mehr als verachtet. Noch kürzlich wollten die Amerikaner ein eigenes moralisches Schutzgesetz gegen Lawrence beschließen. Sein Roman *Frau Chatterleys Liebhaber* wurde vor allem auf den Index gesetzt. Gesagt wurde bei dieser Senatsdebatte, daß selbst der Teufel sich hüten würde Lawrence zu holen, da der Dichter sogar für die Hölle zu schlecht wäre. All das hinderte nicht, daß *David Herbert Lawrence* in den letzten Jahren viel gelesen wurde.

Kurze Chronik Der Preis von 500 Pfund der New Yorker Verleger Harper & Brothers für die Übersetzungsrechte eines neuen deutschen Buchs sollte an einen jungen deutschen Schriftsteller vergeben werden, der vor dem Jahr 1920 noch keinen Roman publiziert hätte, um »die Werke jüngerer Autoren, die in deutscher Sprache schreiben, dem amerikanischen und englischen Publikum näherzubringen«. Nun geschah

das Merkwürdige, daß die Preisrichter dem 61jährigen Bernhard Guttman die Belohnung zusprachen. Als modernstes Werk, das den deutschen Zeitgeist von 1930 vollkommen repräsentiere, wurde Guttmans *Alberliner historischer Roman* bezeichnet, dessen Titel noch unbekannt ist. Allerdings trifft zu, daß der Verfasser, der bisher nur als politischer und Reiseschriftsteller hervorgetreten ist, jetzt zum erstmaligen einen Roman der Öffentlichkeit vorlegt. Der Dichterpreis der Stadt München, die 3000 Mark ausgesetzt hat, fiel *Joseph Magnus Wehner* zu, der dem Kreis der jüngern Münchener Dichtergeneration angehört. Wehner ist 39 Jahre alt. Er wurde durch die Biographie *Struensees*, den Roman *Die Hochzeitskuh* und das Griechenbuch *Das Land ohne Schatten* bekannt. Seine Kriegserlebnisse schildert er in dem Roman *Sieben vor Verdun* / München, *Georg Müller*. ◊ Nachdem die Stadt Düsseldorf für die Errichtung eines *Heinedenkmals* 10 000 Mark bereitgestellt hat, und ein großer internationaler Ehrenausschuß gebildet worden ist (siehe diese Rundschau, 1929 II Seite 654), gehen die Vorbereitungen weiter. In dem Aufruf, mit dem die Deutsche Dichterkademie hervortritt, und der von *Heinrich Mann* verfaßt wurde, heißt es: »Heine ist das vorweggenommene Beispiel des modernen Menschen. Er hatte schon damals die uns gewohnte Geisteshaltung, er war sachlich bei aller seiner Phantasie, scharf zugleich und zärtlich, ein Zweifler, doch tapfer. Aus seinen großen Schmerzen machte er nicht nur kleine Lieder. Er machte daraus auch Erkenntnisse, die noch nicht üblich waren, und Rufe einer Menschenstimme, die wie aus unserer Mitte kommt... Er war unter den ersten, die soziale Gedichte schrieben. Er hat dabei das Land, das ihm die Sprache schenkte, männlich und ohne Redensart geliebt. Ihm bezeugte er Dauer, ja ewigen Bestand... Sein Denkmal, wir wissen es und wollen danach handeln, ist unsere noch ungetilgte Schuld an Volk, Dichtkunst und Zukunft.« Es soll nunmehr ein internationales Preisausschreiben zur Erlangung geeigneter Entwürfe für das Denkmal erlassen werden. ◊ Auf dem protestantischen Friedhof an der Cestiuspyramide in Rom wurde am 22. Januar eine Gedächtnisfeier für den vor 100 Jahren in Rom verstorbenen schwäbischen Dichter *Wilhelm Friedrich Waiblinger* abgehalten, an der die Deutschen Roms und mit ihnen zahlreiche italienische und französische Verehrer dieses Dichters teilnahmen.

Musik / Max Butting

Oper In der letzten Zeit wurde eine erstaunlich große Zahl neuer Opern aufgeführt.

Wenn man sie oberflächlich kennen lernt, fragt man sich, ob es wohl je eine Zeit gegeben hat, in der so völlig verschiedene, ja im höchsten Maß gegensätzliche Werke gleichzeitig komponiert wurden. Studiert man nur die Einzelheiten, dann werden die Gegensätze unüberbrückbar. Richtet man aber den Blick auf die Gesamtheit jedes Werks, und versucht man die Tendenzen herauszuschälen, weniger um die Werke zu vergleichen als mit einander in ergänzende Beziehung zu bringen, dann ergibt sich doch ein deutliches Bild einer bestimmt gerichteten Entwicklung. Diese Entwicklung scheint die "große Oper" im Sinn Meyerbeers, wenn auch mit ganz anderen Mitteln, anzustreben. Sie wendet sich von dem Ziel ab alles im Werk der Musik unterzuordnen, sie strebt zur Schauoper und wertet die Musik für die Charakterisierung der äußeren Vorgänge aus. Darum ist die Musik jedoch nicht Nebensache, auch werden die seelischen Momente durchaus nicht eliminiert; aber die Vorgänge, die sichtbare Handlung, bleiben Hauptsache. Mit dieser vielen Autoren gemeinsamen Tendenz ist allerdings ein gemeinsamer Musikstil noch nicht erreicht. Gewisse stilistische Ähnlichkeiten ergeben sich fast nur im Unwesentlichen oder durch Verarbeitung bestimmter Motive, wie Jazzrhythmen usw. Der musikalische Gesamtstil ist verhältnismäßig uncharakteristisch, und da die Musik nicht das führende Moment ist, liegt es nahe eine Angleichung der Musik, eine in der Intention gleiche Entwicklung durch die gleichgerichtete Gesamttendenz zu erwarten. Das rein Musikalische ist einstweilen stark gegensätzlich, nicht nur in der Individualität sondern vor allem dadurch, daß man sich zu völlig verschiedenen geistigen Grundhaltungen bekennt. Es hat keinen Zweck deren Art dadurch erklären zu wollen, daß man sie als alt oder neu, modern oder unmodern bezeichnet; schon darum nicht, weil es wohl kaum ein Werk dabei gibt, von dem man sagen könnte, daß es durch seine Musik wegweisend für die Zukunft sei. Man hat im Gegenteil den Eindruck, daß es sich meist um abgeschlossene, um einmalige Erscheinungen handelt. Vielleicht wäre das ein Lob für das Werk, wenn nicht überall ein innerer Zwiespalt es wieder zerrisse.

Das einzige neue einheitliche Werk ist *Arnold Schönbergs* Oper Von heute auf morgen. Diese trägt nun allerdings der oben geschilderten Entwicklung überhaupt nicht Rechnung. Sie ist ein wertvolles, ganz und gar reifes Werk letzter Vollendung eines völlig persönlichen musikalischen Stils; sie stellt dabei die Musik in einem Maß über die Bühne, daß sie kaum noch als Oper zu bewerten ist. Über die 12-Ton-Musik Schönbergs braucht man in diesem Zusammenhang nicht zu sprechen. Interessant ist sie immer, und wie eindringlich Schönberg in diesem Stil schreibt, wissen wir. So ist nur noch zu sagen, daß das Libretto der Musik gegenüber langweilig wirkte, und daß bei aller Bewunderung für das Musikwerk ein Bedauern über die Oper im ganzen nicht ausblieb.

Über die Meisterschaft Schönbergs verfügt keiner der Jüngeren, aber im Bühnenblick scheinen sie ihn weit zu übertreffen. Eine Zwischenstellung nimmt *Paul Hindemiths* Neues vom Tage ein, dessen Bühnenwirksamkeit immerhin zweifelhaft ist, und dessen Musik sehr schöne Stellen aufweist. Aber die 4 Werke noch jüngerer Komponisten, auf die hier hingewiesen werden soll, bevorzugen die Bühne vor der Musik. Das sind *Krenek*, *Weill*, *Antheil*, *Brand*.

Es kann gar kein Zweifel darüber bestehen, daß von ihnen *Ernst Krenek* der bei weitem begabteste Bühnenkomponist ist. Sein Werk hat straffe Form und ist in dieser Beziehung aus einem Guß. Bei den anderen reicht in vieler Beziehung die Kraft nicht, oder es machten, wie bei *Weill*, die Entstehungsumstände unmöglich die Gesamtform überzeugend zu gestalten. Ein revuegemäßes Nebeneinander drängt sich vor, ohne daß sich die Teile dieses Nebeneinander im Gleichgewicht hielten. In der musikalischen Sprache erscheint dagegen *Weill* der einzige, allerdings nur in seinen sogenannten Songs, der durch individuelle Ausdrucksweise wirkt. Vielleicht hängt dies mit der Jugend der Autoren zusammen; einen persönlichen Stil erwerben sich alle Komponisten erst ziemlich spät. Wenn das richtig ist, erweckt wiederum *Krenek* die größten Hoffnungen; denn bei allem Unpersönlichen seines Stils verfügt er doch über eine sehr einfallreiche Diktion. Stellen wie »Krieg, Krieg« im Leben des Orest sind unerhört plastisch, und trotz aller "Kitschigkeit" sind es solche Einfälle wie etwa das »O du guter Richter« im 5. Akt ebenfalls. So schreibt *Krenek* eine zum Teil äußerst wirksame Oper mit der un-

bedenklichsten, oft saloppen, dann wieder kraftvollen und eindringlichen und noch ganz unpersönlichen Musik.

Die neueste Oper *Kurt Weills* Aufstieg und Fall der Stadt Mahagonny leidet rein musikalisch unter dem innern Stillkontrast. Mit Songs allein war die Oper nicht zu schreiben, und die verbindenden respektive durchkomponierten Stellen sind konventionell.

Diese Werke Kreneks und Weills haben bei allem Unpersönlichen in der Musik Haltung, Krenek in der dramatischen Plastik und Weill eben im Song. Solche hat *Max Brands* Maschinist Hopkins nicht, so wirksam das Werk auch ist. Brand schreibt in allen möglichen Stilen, probiert alles und beweist damit vorläufig nur Temperament und Begabung. Wenn Krenek und Weill unpersönlich sind, so sind sie doch schon frei, Brand ist in jedem Takt noch abhängig. Und das beeinträchtigt die Wirkung der Musik auf die Dauer zu sehr. Eine geistige Haltung ist bei ihm noch nicht zu erkennen, so gern man seinem Temperament vertrauen möchte.

Wurzelt die Diktion Brands noch durchaus im alten Orchester, so möchte *Georges Antheils* Transatlantic in jeder Beziehung so modern wie möglich sein. Mendelssohn mit "Amerikarhythmus", Bühne mit Film, unbegrenzte Möglichkeiten. Ob das erträglich ist, wird sich nach der Frankfurter Uraufführung gerechter beurteilen lassen als nach der Durchsicht des Klavierauszugs.

Hoffentlich ist man dann nicht so enttäuscht, wie man es in Frankfurt von einer neuen kleinen Oper *Wilhelm Groß'* Achtung, Aufnahme! war, die auch mit Rhythmus und Sentimentalität zu wirken versuchte und arg durchfiel.

Die Werke Schönbergs, Kreneks, Weills, Brands, Antheils und Groß' erschienen in der Universaledition in Wien; das Werk Hindemiths erschien im Verlag B. Schotts Söhne in Mainz.

Südslawien Die in neuerer Zeit in Südslawien komponierte Musik ist, soweit sie bei uns bekannt wurde, in ihrem Stil ziemlich einheitlich. Es ist zuerst einmal festzustellen, daß die Südslawen gute Musiker sind. Sie haben etwas gelernt, meist in Wien, und verstehen ihr Handwerk. Darüber hinaus sind bei ihnen Gefühl und Empfindung stärker als Verstand und Formwille; individuelles Empfinden steht aber ziemlich stark im Hintergrund. Unter den Werken, die in letzter Zeit bekannt wurden, ist nicht ein einziges, aus

dem eine starke schöpferische Individualität spricht. Man hat sogar die Empfindung, als ob das Zurücktreten hinter ein Kollektivempfinden vom Autor angestrebt ist. Sei es nun angestrebt, oder sei die selbstverständliche innere Verbundenheit des Schaffenden mit dem Leben in seinem Land so überaus stark; das allgemein Nationale überwiegt stets. Man hat den Eindruck, als ob im Augenblick in Südslawien eine in unserm Sinn völlig unmoderne, volkstümlich nationale Musik geschrieben wird.

Die ersten Werke, die uns bekannt wurden, waren Kammermusik. Ein Streichquartett *Jossip Slawenskij's* hatte vor einigen Jahren in Donaueschingen einen starken Erfolg. Ebenso fand seine *Balkanophonia*, Suite für Orchester, in einer ganzen Reihe von Städten starken äußern Beifall. Die *Balkanophonia* ist ein Effekstück; die Verwendung volkstümlicher Melodien und Rhythmen ist eindrucksvoll gemacht, und solch ein temperamentvolles Stück, das sich ausgezeichnet für einen problemlosen Konzertschluß eignet, sollte nicht zu kritisch betrachtet werden. So schön der 1. Satz in Slawenskij's 1. Streichquartett war, schön und ehrlich, wenn auch unpersönlich musiziert, so gleichgültig lassen die späteren Werke, von denen der Referent das bisher unaufgeführte 2. Streichquartett genauer kennt. Es ergibt sich das Bild, was für fast alle anderen südslawischen Werke auch zutrifft, daß die Musik charakterlos wird, wo sie sich von dem Volkstümlichen entfernt. Man scheint daraus folgern zu müssen, daß die Kraft des Volkstümlichen erheblich größer ist als die Kraft der uns bekannten Individualität. Das wirkt sich peinlich aus, wenn die Autoren in den Formen schreiben wollen, die unbedingt individuelle Sprache verlangen, vor allem in jeder Art Kammermusik. Es ist nicht ohne weiteres ersichtlich, warum die südslawischen Autoren so viel unpersönliche Kammermusik schreiben. Aber Tatsache ist, daß die Streichquartette Slawenskij's ebenso wie die von Skerjantsch, Manditsch und Odak entweder völlig unpersönlich sind oder eine für uns in der Kammermusik als stilwidrig empfundene Volkstümlichkeit hervorkehren. Wie bei Slawenskij wirkt auch bei anderen Autoren das volkstümliche Moment in den Orchesterwerken nicht so störend. Ein südslawischer Tanz von Jokow Gotowatsch, 2 kroatische Rhapsodien von Fran Lhotka, die *Balkanophonia* von Slawenskij und eine Symphonie von Manditsch klingen durch

farbige Instrumentation auch im Sinn des Volkstümlichen lebendig und ermöglichen eine ganz andere rhythmische Plastik, als in diesem Stil Kammermusik geben kann. Bei alledem sei immer wieder betont, daß die Musik stets gut gemacht ist, stets gut klingt, wie wir es von den Werken älterer slawischer Autoren gewohnt sind.

Auf 2 Werke sei besonders hingewiesen. Ein Concerto da camera für Sopran und Kammerorchester von *Boris Papandopulo* interessiert durch die schöne Behandlung der Gesangstimme. Man könnte sie als eine sehr espressive Art von Bel canto bezeichnen. Und hier liegt wohl der Schlüssel zu der ganzen Art des südslawischen Musizierens. Der Wunsch und Wille zum Espressivosingen steht an 1., der schöne Gesamtklang an 2. Stelle. Individuelle und charakteristische Momente werden stark vernachlässigt. Zuletzt sei auf das größte der uns bekannten Werke hingewiesen, das auf dem Frankfurter Fest der Internationalen Gesellschaft für Neue Musik aufgeführt wurde. Es ist ein Oratorium für A-cappella-Chor von *Boris Sirola*, betitelt *Leben und Gedächtnis der heiligen Brüder und Slawenapostel Kyrill und Methonius*. Auch dieses Werk hat keine individuell schöpferischen Momente aufzuweisen, aber es ist in einem unendlich edlen alten Kirchenstil geschrieben, und wenn es nicht gar so lang wäre, hinterließe es tiefen Eindruck.

Musikfeste Vom 10. bis zum 18. Mai wird in Basel ein *Mozartfest* veranstaltet werden.

Das *Schweizerische Tonkünstlerfest* findet Mitte Juni in Interlaken statt.

Am 18. und 19. Juli werden in Bad Pyramont, anläßlich einer Ortsgruppentagung der *Internationalen Gesellschaft für Neue Musik*, 3 Festkonzerte veranstaltet. Das große Musikfest der Internationalen Gesellschaft findet dieses Jahr in Lüttich Anfang September statt. Von deutschen Werken werden aufgeführt: ein Orchesterpräludium von Ernst Pepping und ein Orchesterstück von Karol Rathaus; außerdem stehen unter anderm auf dem Programm das Violinkonzert von Josef Hauer, ein Rondo burlesque von Florent Schmidt, das Stabat mater von Karol Szymanowski, ein Bratschenkonzert von William Walton, ein Orchesterwerk des jungen Belgiers M. Poot, Molossows Eisengießerei, eine Serenade von Alfredo Casella. Vor knapp einem Jahr wurde eine *Internationale Brucknergesellschaft* gegrün-

det. Seit dieser Zeit wurden 2 Brucknerfeste, in Karlsruhe und Leitmeritz, abgehalten, und 3 weitere sind noch für dieses Jahr, und zwar in München, Münster und Karlsbad, geplant.

Die bisherige Deutsche Kammermusik Baden-Baden findet im Juni als *Neue Musik Berlin 1930* von der Rundfunkversuchsstelle der Staatlichen Hochschule für Musik in Berlin statt. Die Aufführungen umfassen Haus- und Liebhabermusik, ferner Musik für pädagogische Zwecke, aber auch Rundfunkmusik und szenische Stücke mit Musik.

Auf dem Tonkünstlerfest des *Allgemeinen Deutschen Musikvereins* vom 4. bis zum 3. Juni in Königsberg werden unter anderm aufgeführt: eine Konzertarie für Sopran und Orchester von Alban Berg, Sinfonietta von Hans Gal, Symphonie von Nikolaj Lopatnikow, eine Kantate für Soli, Chor und Orchester, Trilogia Sacra von Robert Oboussier, Sinfonietta von Heinz Schubert, Sinfonia fugata von Wladimir Vogel, Violinkonzert von Stefan Frenkel, Divertimento für 3 Bläser von Erwin Schulhoff.

Kurze Chronik Ein neues Bratschenkonzert von *Darius Milhaud* wurde in Frankfurt aufgeführt.

◊ Lehrstück vom Jasager heißt eine neue Arbeit, die *Kurt Weill* auf einen bisher unbekanntem, von Bert Brecht eingerichteten japanischen Text für Schulzwecke komponiert hat. Die Orchesterbesetzung ist so, daß sie von einem Schülerorchester gestellt werden kann. ◊ Im Auftrag der Funkstelle Berlin schrieb *Wladimir Vogel* 3 Vokallisen für Gesang, Chor und Begleitung von 5 Saxophonen. ◊ Der polnische Staatspreis für Musik, der jetzt zum zweitenmal zur Verteilung kam, wurde *Ludomir Rozycki* für seine Oper *Eros und Psyche* verliehen. Rozycki ist in Deutschland durch seine Opern *Beatrix Cenci* und *Casanova* sowie durch sein Opernballett *Pan Twardowski* bekannt. ◊ Der Generalsekretär des *Pariser Konservatoriums* Jean Chantavoine, der bedeutende musikwissenschaftliche Schriften, besonders auch zur deutschen Musikgeschichte, verfaßt hat, sprach in einem von Max Dessoir, Leo Kestenberg, Arnold Schering und Eduard Wechßler veranstalteten Vortragszyklus in Berlin über das von ihm geleitete Institut. Er verbreitete sich über die pädagogischen Prinzipien dieses richtunggebenden Zentralinstituts in Frankreich, über die exklusive Strenge der Zulassungsbedingungen und Anforderungen, über

die Tradition aus der Zeit, da es die Musiker für den Hof auszubilden hatte, von woher sich noch die Verpflichtung der Staatsbühnen herleitet jährlich einige Preisträger des Konservatoriums auf mindestens 2 Jahre zu engagieren usw. Weltberühmte Musiker gingen aus dieser Anstalt hervor, so Bizet, Massenet, Debussy, Kreisler. \diamond Der zunehmenden Bedeutung der *Filmmusik* sich anpassend richtete das Sternsche Konservatorium in Berlin einen neuen Lehrgang ein, der theoretische und praktische Vorbildung in sämtlichen Fächern der Filmmusik vorsieht; er wird von Curt London geleitet. \diamond Die österreichische Sektion der Internationalen Gesellschaft für Neue Musik hat, Anregungen Arnold Schönbergs und Hermann Scherchens folgend, ein *Studienorchester* geschaffen, das einem Kreis von Subskribenten Gelegenheit geben soll einer Reihe von vorgeschrittenen Orchesterproben beizuwohnen, in denen moderne Orchesterwerke aufgeführt werden sollen. \diamond Eine *Musikakademie für Zigeuner* wurde von der Nationalen Ungarischen Vereinigung der Zigeunermusik in Budapest gegründet. Die Hochschule wurde nach dem berühmten Zigeunerprimas des 19. Jahrhunderts Biharris benannt. Zur ersten Aufnahmeprüfung hatten sich 150 Zöglinge im Alter von 20 bis 50 Jahren gemeldet, von denen 110 das Examen bestanden. \diamond Im September 1929 wurde in Berlin von dem Erfinder, dem ungarischen Pianisten Emanuel Moor, und seiner Gattin, der Pianistin Winnifred Moor-Christie, das *Doppelklavier* vorgeführt, das, schon 1921 erfunden, erst jetzt, nachdem die Firma Bechstein sich des Baus angenommen hat, Aussicht auf weitere Verbreitung hat. Es besteht aus 2 über einander angebrachten Klaviaturen, von denen die obere eine Oktave höher liegt, und die durch ein Pedal an einander gekoppelt werden können. \diamond In den Räumen des ehemaligen Eichamts der Stadt Nürnberg wurde ein *Musikhistorisches Museum* eröffnet, das eine einzigartige Sammlung von Klavieren in ihrer Entwicklung enthält. \diamond Die Instrumentensammlung der Staatlichen Hochschule für Musik in Berlin erwarb, als kostbare Bereicherung, von einem einheimischen Fürsten ein vollständiges *javanisches Schlagzeugorchester* (Gamelan), darunter mehr als 40 abgestimmte Gongs von außerordentlicher Klangschönheit. Der Gamelan hat eines der ältesten Tonsysteme der Welt; die Oktave ist in 5 gleiche Stufen von der Größe eines $\frac{6}{4}$ -Tons geteilt.

KULTUR

Landwirtschaft / Hans Wilbrandt

Pflanzenzüchtung

Auf der Generalversammlung der Preußischen Landwirtschaftskammer am 31.

Januar referierte der Vererbungsforscher Erwin Baur in überaus interessanter Weise über die praktische Bedeutung von Züchtungsschritten im Pflanzenbau für die Landwirtschaft.

Als eine der wichtigsten Errungenschaften bei der Pflanzenzüchtung muß die Schaffung einer bitterstofffreien *Lupine* bezeichnet werden. Die Lupine wird bisher hauptsächlich lediglich zu Gründüngungszwecken verwendet, um die leichten trockenen Böden mit Stickstoff und organischer Substanz anzureichern. Die Verfütterung der sehr eiweißreichen Lupine stößt wegen des großen Alkaloidgehalts der Körner und der Blätter auf Schwierigkeiten. Es ist nun von Sengbusch im Kaiser-Wilhelm-Institut für Züchtungsforschung in München gelungen eine bitterstofffreie Lupine zu züchten, die ohne besondere Entbitterungsmaßnahmen verfüttert werden kann. Es wird zwar noch einige Jahre dauern, bis von dieser neuen Züchtung für die große landwirtschaftliche Praxis genügend Saatgut zur Verfügung steht, die neue Lupinenzüchtung kann dann aber größte Bedeutung für die deutsche, insbesondere die östliche Landwirtschaft erlangen und vielleicht die bisher für die Milchproduktion unentbehrliche Einfuhr eiweißreicher Futtermittel teilweise ersetzen. Seit Jahren ist Baur bemüht Weizensorten für leichte, bisher nur mit Roggen bebaubare Böden zu züchten. Diese Bestrebungen scheinen teilweise Erfolg zu haben. Mehrere Stämme derartiger Sandweizenzüchtungen werden bereits vermehrt. Weiterhin eröffnen sich durch Kreuzung von Weizen mit Roggen und mit Wildgräsern ganz neue Perspektiven für die Bebauung der leichten Böden mit neugezüchteten Getreidearten.

Im *Obstbau* haben sich neue Aussichten ergeben, seitdem die Möglichkeit ertragreichere Beerenobstsorten aus der Kreuzung von Himbeere und Brombeere und aus der Kreuzung verschiedener europäischer Johannisbeer- und Stachelbeersorten zu gewinnen erkannt worden ist. Schließlich wies Baur auf die Versuche hin durch Kreuzung amerikanischer und europäischer *Weinreben* gegen Reblaus und Mehltau immune neue Arten zu züchten. Wird dieses Problem, was Baur mit Bestimmtheit erwartet, gelöst, so

könnte dadurch eine Ersparnis bei der Reblaus- und Mehлтаubekämpfung von rund 50 Millionen Mark erzielt, und die Rentabilität des deutschen Weinbaus wesentlich gehoben werden.

Europäische Agrarwirtschaft Gerade die neueste Entwicklung der europäischen Zollpolitik, die bei fast allen Ländern in ein und der selben Richtung geht: Verstärkung der Zollmauern gegen überseeische Weizen-, Futtergetreide- und Zuckerkonkurrenz, hat gezeigt, daß die europäische Landwirtschaft immer mehr einheitlichen Wirtschaftsbedingungen unterworfen wird. Es ist daher zu begrüßen, daß gerade jetzt von dem bekannten österreichischen Agrarpolitiker Siegfried Strakosch ein großes und interessantes Werk *Das Agrarproblem im neuen Europa* herauskommt /Berlin, Paul Parey/. Aus diesem Buch ergibt sich ein einheitlicher Überblick über die, trotz immer noch großer Rückständigkeit, umwälzende Entwicklung der europäischen Landwirtschaft im letzten Jahrhundert. Sehr interessant ist die Beurteilung der Auswirkung der europäischen Agrarreformen. Strakosch glaubt, daß die Bodenreform, also die Zerschlagung des Großgrundbesitzes besonders in den östlichen Staaten, zur Erzielung einer Produktionseinheit verstärkter Kapitalaufwand und erhöhte Produktionskosten notwendig macht. Ob er hier nicht aus Einzelfällen übertriebener und ohne Sachkunde durchgeführter Bodenzersplitterung zu allgemeine Schlüsse zieht? Andererseits verkennt er nicht die sozialen Vorteile der Bodenreform. Die Zukunft der europäischen Landwirtschaft sieht er freilich trotz seinen Bedenken gegen die Bodenaufteilung in der europäischen Bauernwirtschaft mit vielseitiger starker Viehhaltung unter Ausnutzung aller für den Bauernbetrieb verwendbaren technischen Fortschritte. Es ist notwendig, daß man das Buch in allen diesen Punkten mit wachsamer Kritik liest, und diese ist namentlich auch den Ausführungen über die Zollpolitik gegenüber geboten, in der Strakosch sich vielfach negierend verhält. Aber unabhängig von der Stellungnahme im einzelnen kann auch dieses Buch in der Richtung des kontinentaleuropäischen Zusammenschlusses wirken; denn es erscheint als Konsequenz des Postulats nach rationalisierter Produktion und Erreichung des Produktivitätsmaximums gerade auch in der Landwirtschaft der Länder des europäischen Kontinents.

Kurze Chronik Um den Absatz von anerkanntem *Getreideoriginalsaatgut* in der Landwirtschaft zu fördern, wurden vom Reichsernährungsministerium Mittel zur Zinsverbilligung bei der Kreditierung von Originalsaatkäufen bereitgestellt. Die Verbilligung kann bis zu 6% gehen, doch darf der Zinssatz nicht unter 1% sinken. ◊ Zur Förderung des *Frühgemüsebaus*, insbesondere in Bergmannssiedlungen, sollen von der Preußischen Zentraigenossenschaftskasse 5 Jahre lang je 10 Millionen Mark Kredit an Kommunen und Kommunalverbände im Gebiet des Ruhrsiedlungsverbands gegeben werden. Wahrscheinlich werden die Kommunen Verbilligungszuschüsse gewähren. Die Kredithergabe für den letzten Kreditnehmer soll, was besonders wichtig erscheint, an die Verpflichtung einer Absatzgenossenschaft beizutreten gebunden werden. ◊ In Berlin wird neben dem Institut für Agrikulturchemie und Bakteriologie in Dahlem, wohin nach und nach die Landwirtschaftliche Hochschule verlegt wird, ein *Institut für Tierzüchtung und Haustiergenetik* errichtet. Der Haushaltsvoranschlag für 1930 sieht für diesen Bau einen Beitrag von 320 000 Mark vor. ◊ Die beiden großen landwirtschaftlichen *Fachzeitschriften* Deutschlands, die *Landwirtschaftliche Presse* /Berlin, Paul Parey/ und die *Illustrierte Landwirtschaftliche Zeitung* /Berlin, Verlag der Deutschen Tageszeitung/, werden vom 1. April ab zusammengelegt und gemeinsam bei Parey unter dem Namen *Deutsche Landwirtschaftliche Presse*, vereinigt mit *Illustrierte Landwirtschaftliche Zeitung*, erscheinen. Chefredakteur wird F. W. Fudickar, der bisher die *Landwirtschaftliche Presse* redigiert hat. ◊ An Stelle des im Juli verstorbenen Ministerialdirektors Alois Böckenhoff wurde der dem Zentrum angehörende Landtagsabgeordnete *Theodor Roeingh* zum Ministerialdirektor und Leiter der Domänenabteilung im Preußischen Landwirtschaftsministerium berufen. ◊ Für das Hochschuljahr 1930-1931 wurde *Friedrich Aereboe* zum Rektor der Landwirtschaftlichen Hochschule Berlin gewählt. Aereboe gehört zu den bedeutendsten Vertretern der Landwirtschaftswissenschaft. Er war ursprünglich praktisch tätig, widmete sich der Theorie erst in späteren Lebensjahren. Sein Buch *Agrarpolitik* /Berlin, Paul Parey/ erregte vor 2 Jahren bekanntlich außerordentliches Aufsehen, rief aber auch überaus heftige Gegnerschaft hervor.

Innenkolonisation / Otto Karutz

Siedlungswissenschaft Mehr und mehr ist nach dem Krieg, als die wirtschaftlichen Bedingungen der landwirtschaftlichen Siedlung immer stärker fühlbar wurden, die Erkenntnis gewachsen, daß das Siedlungsgeschehen auch gründlicher wissenschaftlicher Durchleuchtung bedürfe. Schon vor dem Krieg hatten vereinzelt Siedlungsbehörden und Siedlungsträger ihre praktische Arbeit wissenschaftlicher Untersuchung zugänglich gemacht. Besonders sei in diesem Zusammenhang auf die große Veröffentlichung der ehemaligen Ansiedlungskommission in Posen hingewiesen, die 20 Jahre deutscher Siedlungstätigkeit in Westpreußen und Posen betitelt ist. Die ehemalige Generalkommission zu Frankfurt an der Oder wiederum versuchte in mehrfachen Betriebserhebungen sämtliche in Pommern ausgelegten Siedlungsbetriebe betriebswirtschaftlich zu durchleuchten und brachte damit wertvolles Material zur Kenntnis der Struktur und der Entwicklung des Siedlungsbetriebs bei. Besonders gepflegt wurde die siedlungswissenschaftliche Arbeit aber erst nach dem Krieg. Das Reichsarbeitsministerium, das Preussische Landwirtschaftsministerium und die frühere Kriegssiedlerstiftung schufen im Jahr 1922 als Stiftung eine besondere Stätte für die siedlungswissenschaftliche Arbeit im Deutschen Forschungsinstitut für Agrar- und Siedlungswesen. Seine Leitung wurde dem Agrarpolitiker an der Berliner Universität, dem um die Innere Kolonisation hochverdienten Max Sering, übertragen. Wenige Jahre später, 1924-1925, wurde das Institut in mehrere Abteilungen aufgeteilt, nachdem aus dem jüngern Universitätsnachwuchs geeignete Kräfte für die Leitung von Zweigabteilungen des Instituts in anderen Hochschulstädten gefunden waren. Unter der Leitung des Betriebswirtschaftlers Emil Lang entstand die Abteilung Königsberg, unter der Leitung des Volkswirts Fritz Beckmann die Abteilung Bonn, unter der Leitung Constantin von Dietzes und danach Hans Jürgen Seraphims die Abteilung Rostock und schließlich, wiederum von Dietze geleitet, die Abteilung Jena. Als erste große Forschungsarbeit wurde vom neugegründeten Institut 1922 die Untersuchung der Pachtverhältnisse in Deutschland in Angriff genommen und 1924 veröffentlicht. Sachkenner aus Wissenschaft und Praxis behandelten, nach Wirtschaftsgebieten abgegrenzt, die

landwirtschaftliche Pacht unter wirtschaftlichen und rechtlichen Gesichtspunkten. Daneben begannen, ausgehend von der so umstrittenen Anliegersiedlung, Untersuchungen über die optimale Betriebsgröße in der Landwirtschaft. Auch hier liegen seit einem Jahr mehrere Arbeiten vor. Schließlich vervollständigen Arbeiten über Spezialthemen der Agrarpolitik, zum Beispiel die osteuropäischen Agrarreformen, den Weltmarkt für agrarische Erzeugnisse, das Bild der Forschungsarbeit der ersten Jahre. Mit der Gründung des sogenannten Enqueteausschusses wurden dann die speziell für die siedlungswissenschaftliche Forschung bestimmten Institute entgegen ihrer besondern Bestimmung die letzten Jahre hindurch vor allem in den Dienst der allgemeinen agrarpolitischen Arbeit des genannten Ausschusses gestellt. Auch dabei kam wissenschaftlich und praktisch wertvolles Forschungsmaterial zutage, das aber nicht gerade zu den eigentlichen Gebieten der Forschungsinstitute gehört. Einzig in diesem Rahmen liegt eine umfassende Untersuchung über das deutsche ländliche Siedlungswesen nach dem Krieg, die soeben als Veröffentlichung des Enqueteausschusses erschien. Es ist eine sehr gute Einführung in die wirtschaftlich, sozial und politisch bedingte Siedlungsarbeit als Problem und außerdem in die Siedlung als wirtschaftlichen und technischen Arbeitsvorgang. Das Werk ist weiter eine Fundgrube von Daten und Material über Zweckmäßigkeit oder Unzweckmäßigkeit der vielen Maßnahmen auf dem Gebiet der Landbeschaffung, Siedlungsfinanzierung, Siedlerbetreuung usw. nach dem Krieg. Dagegen bietet es keinen rechten Ausblick für die Zukunft. Wenn die Forschung aber wirklich produktiv sein soll, muß sie auch Zielpunkte für die Arbeit in der Zukunft setzen. Das fehlt dem Enquetewerk. Die Erklärung dafür ist leicht. Dieses Werk baut auf mündlichen und schriftlichen Äußerungen der Praxis auf. Verarbeitet worden sind sie im wesentlichen doch von Theoretikern. Es kann bei solcher Arbeitsweise das für den Praktiker Problematische nicht so stark hervortreten. Dazu bedarf es in der Bearbeitung und schon in der Fragestellung seiner tätigen Mithilfe. Das Enquetewerk hat, wie es gestaltet ist, mehr Wert für historische Forschung als für unmittelbares Schaffen. Heute bedarf es der betriebs- und volkswirtschaftlichen Untersuchung, der Einzelvorgänge in der Siedlung und der Schlüsse daraus für

die zukünftige Siedlungspraxis. Anliegersiedlung, Bauformen, Absatzförderung mit der Siedlung, Wirtschaftsgrundlagen der Gärtnersiedlung usw.; das sind, um ein paar Dinge herauszugreifen, Fragen, die heute von der siedlungswissenschaftlichen Forschung geklärt und beantwortet werden müssen. Es heißt nun, daß in Zukunft die siedlungswissenschaftliche Arbeit besonders unter diesen praktischen Gesichtspunkten betrieben und durch Hineinziehen erfahrener, in der Praxis geschulter Kräfte gefördert werden soll. Der Ministerialdirektor Erich Bollert, der Leiter der Siedlungsabteilung im Preußischen Landwirtschaftsministerium, hat in einem grundlegenden Aufsatz, betitelt 10 Jahre Reichssiedlung; Rückblick und Ausblick, im Magazin der Wirtschaft vom 7. und 21. Februar 1930, eine derartige Umstellung der Forschung auf die Praxis angedeutet. Wird sie vorgenommen, dann darf man hoffen, daß es der praktischen Siedlung und der Siedlungswissenschaft zum besten dient.

Informationsmittel Die Vereinigung sämtlicher landwirtschaftlicher Spitzenorganisationen der Provinz Pommern, der Pommersche Landwirtschaftliche Provinzialwirtschaftsrat, beauftragte den Leiter der Volkswirtschaftlichen Abteilung des Pommerschen Landbunds C. von Eickstedt eine allgemeine Übersicht der wichtigsten kritischen Einwände gegen die Denkschrift der Preußenkasse über die Lage der *landwirtschaftlichen Großbetriebe* in den östlichen Landesteilen (siehe diese Rundschau, 1928 II Seite 1140) zusammenzustellen. Unter dem Titel *Kritische Stellungnahme zur Denkschrift der Preußenkasse* liegt sie nunmehr vor /Stettin, Pommersche Reichspost/. Die Arbeit hat sehr sorgfältig das Wesentlichste aus allen Kritiken der umstrittenen Denkschrift zusammengetragen. Überzeugt sie auch nicht, so ist doch der Übersichtlichkeit wegen die Zusammenfassung zu begrüßen. Da die Veröffentlichung darüber hinaus jeden Leser zu gründlichem Nachdenken über die von der Preußenkasse aufgeworfenen agrarpolitischen Hauptprobleme anregt, möchte man auch dieser Veröffentlichung recht weite Verbreitung und sehr aufmerksame Leser wünschen.

Totenliste Im Februar starb der Professor an der Landwirtschaftlichen Hochschule Berlin *Bruno Dürigen*, im Alter von 77 Jahren. Er lehrte über Geflügelzucht und hat

sich auch praktisch um die Hebung der Produktion von Eiern und Schlachtgeflügel bemüht, sich damit also Verdienste um die Bauernwirtschaft erworben, weshalb auch in dieser Rundschau seiner gedacht werden muß. Durch seine Arbeiten über Geflügelkunde, vor allem durch das 2bändige Werk *Geflügelzucht /1886/*, sowie durch das zoologische Nachschlagewerk *Deutschlands Amphibica und Reptilien /1897/* hat er sich einen Namen gemacht.

Am 7. März starb Ernst August Brödermann in Knegendorf bei Plaaz. Er entstammte einer hanseatischen Patrizierfamilie, erwarb sich gleichwohl in der Landwirtschaft in kurzer Zeit eine führende Stellung. Er bewirtschaftete das 1874 gekaufte Rittergut Knegendorf vorbildlich und war darüber hinaus in der ganzen deutschen Landwirtschaft insbesondere als Tierzüchter bekannt. 1899 wurde er zum Domänenrat ernannt.

Kurze Chronik In Preußen soll es nach 8 Jahren keine *Fideikomisse* mehr geben. Nach dem Fideikommißgesetz, das der Preussische Landtag am 26. März verabschiedete, wurde die Auflösung des gebundenen Besitzes auf das Jahr 1938 festgesetzt. ◊ Nach langer gründlicher Vorbereitung hat nun in diesem Jahr die *Trockenlegung der Zuidersee* begonnen. Am 11. Februar wurden bei den Zuiderseewerken 2 große elektrische Pumpwerke in Betrieb genommen. Zuerst wird das Wieringer Meer trockengelegt. Es hat eine Oberfläche von rund 20 000 Hektar. Man denkt es in 7 bis 8 Monaten bewältigt zu haben.

Literatur Unter dem Titel *Möglichkeiten und Unmöglichkeiten in der Agrarpolitik* /Berlin, Deutscher Schriftenverlag/ veröffentlicht *Lothar Meyer* kritische Bemerkungen zu einzelnen agrarpolitischen Forderungen Aereboes (siehe die Rundschau Landwirtschaft, 1928 II Seite 932 und folgende), zur Politik der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse und zur Praxis der Siedlung. Er verteidigt Fideikommiß und Anerbenfolge, tritt für eine geschlossene Agrarzollpolitik ein, beanstandet die Veröffentlichung der Preußenkasse (siehe oben den Abschnitt Informationsmittel) aus taktischen Erwägungen, sucht die Zweckmäßigkeit der dort geforderten Aufnahmeorganisation für den Gütermarkt zu widerlegen und bringt schließlich kritische Gedanken und Verbesserungsvorschläge für die landwirtschaftliche Siedlung.

Außenkolonisation / Herman Kranold

Geschichte der Kolonisation Eine umfassende, dafür die Einzelheiten notgedrungen knapp behandelnde Darstellung ist Ifor L. Evans' Buch *The British in Tropical Africa* /Cambridge, The University Press/. $7\frac{1}{8}$ Millionen Quadratkilometer mit 40 Millionen Einwohnern umfaßt das britische Gebiet im tropischen Afrika jetzt. Sehr verschieden ist die Entstehung der britischen Herrschaft in den Teilen dieses Reichs; geschichtliche Restbildungen wie Gambia, zielbewußt geschaffene Gebilde wie Rhodesien liegen neben großen Stücken, die in dem allgemeinen Wettlauf um Anteil am afrikanischen Boden in den achtziger und neunziger Jahren gewonnen wurden (zum guten Teil nur, weil man sie niemand anders gönnte), und schließlich Deutschland im Krieg abgenommene Mandatsgebiete. In Britisch Ostafrika scheiterte der auf Entwicklung der Produktivkraft der Eingeborenen seine Bemühungen stets richtende Lord Lugard, der Eroberer Ugandas, an dem Widerstand der von südafrikanischem Sklavenhaltergeist getragenen und getriebenen Verwaltungen und Einwanderer, während er als Gouverneur Nigeriens das (neben der Goldküste) am weitesten fortgeschrittene Gebiet bäuerlicher Eingeborenenkultur in Britisch Afrika zu schaffen vermochte. Alles dies ist in dem Buch Evans' sehr hübsch, aber meist auch sehr diskret, dargestellt; die kritischen Quellen sind kaum benutzt, jedenfalls nicht zitiert, und die Darstellung ist an vielen Stellen schlankweg parteiisch, so wenn es heißt: Die Aschanti begehren »offenen Aufruhr«, wenn sie sich gegen Zinsforderungen eines britischen Gouverneurs wehren, auf die »die Briten verzichtet hatten«, aber nur »unzeitgemäß« findet er die britische Forderung, und nur, weil »sie nicht durch Anwesenheit einer hinreichenden militärischen Macht« gestützt wurde; so wird man "Rebell". Ähnlich an vielen Stellen. Dies aber, und die viel zu große Kargheit in der Darstellung des Sozialen und Wirtschaftlichen, hindern nicht, daß das Buch bei kritischer Lektüre eine sehr lehrreiche Arbeit ist. Weiterumfassend, dabei noch kürzer, aber der geringern Zurückhaltung des Tons und der bei uns selten gehörten französischen Auffassung der Dinge halber noch interessanter ist Georges Hardys *Vue générale de l'Histoire d'Afrique* /Paris, Armand Colin/. Der Verfasser, ein Schulmann, General-

direktor des Bildungswesens in Marokko, behandelt die Geschichte Afrikas als Eigengeschichte, die erst sehr spät durch Berührung mit Europa in größeren Gebieten beeinflußt wurde. Die Eingeborenenreiche, ihre Kulturen, die Bedeutung dieser Dinge für die heutige Kolonisation kommen dabei sehr schön zu ihrem Recht. Das beste an dem Werk ist die unbefangene und gründliche Schlußerörterung der Frage nach der Zukunft der europäischen Kolonisation in Afrika. Bemerkenswert ist dabei, daß schon 1922 der Verfasser, der mit weit übertreibender Kritik an der deutschen Koloniarbeit vor dem Krieg nicht spart, anerkennt, daß zwischen 1910 und 1914 diese Arbeit in völliger Umwandlung begriffen war und »am Vorabend des Krieges schon merkbare Wirkungen erzielt« hatte. Sehr zu beachten ist die Darstellung der Kolonisationsmethoden der anderen Großmächte. Die Briten »widmeten sich offen der mehr kommerziellen als politischen Ausnutzung«; sie »besitzen die Kunst ohne Fieber zu regieren und ohne Hast auszubeuten«, »je nachdem das Interesse es verlangt, zeigen sie sich unterdrückerisch oder liberal, anspruchsvoll oder zu den größten Zugeständnissen bereit«. Der Konsequenz der Methode der Briten, die mit größter taktischer Wendigkeit sich wohl verträgt, stellt Hardy sehr wirksam gegenüber, wie in Französisch Afrika die Geschichte der Koloniarbeit »von Widersprüchen und Systemänderungen durchzogen ist, die ihre wahre Ursache in einer Neigung finden sich mehr mit Eingeborenenpolitik als mit Ausnutzung zu beschäftigen«. Frankreich will »Durchdringung, moralische Eroberung«, es möchte »die französische Familie den neu unterworfenen Völkern öffnen«, »sein altes Gleichheitsideal abermals verwirklichen, die Assimilation praktizieren«; aber dieser kühne Flug brach sich oft an den Realitäten, daher die Schwankungen der französischen Kolonisation. Alle diese Erörterungen machen das Buch wertvoll, es packt die Probleme wirklich an, es ist deutlich Fleisch und nicht Fisch, so daß jeder weiß, wie er mit ihm daran ist.

Mit dem Gewinn und Verlust des französischen Kolonialreichs in Nordamerika beschäftigt sich das 2bändige Werk George M. Wrongs *The Rise and Fall of New France* /London, Macmillan & Co./, eine sehr lebendige, viele Hunderte von Seiten lang immer wieder spannende Darstellung, die die Geschichte Französisch Canadas breit mit der Sozialgeschichte

des 17. und 18. Jahrhunderts in Europa verflocht und, obwohl der Verfasser offenbar ganz den britischen Standpunkt vertritt, doch den wesentlich anders gearteten Geist französischer Koloniarbeit mit all seinen Schattenseiten und Vorzügen sehr schön herausarbeitet. Man lese beispielsweise das Referat über die Anschauungen des kolonisierenden Missionars Le Jeune, in dem man den Satz findet: »Indianische Mädchen würden Franzosen heiraten, und diese Verbindungsglieder zwischen den beiden Rassen würden die Arbeit des Missionars unterstützen.« Das Wirtschaftliche ist zwar über die sehr breite Darstellung stark verstreut, kommt aber zu seinem Recht. Im ganzen ist dieses Werk ein besonders schöner Beitrag zur Geschichte und zum Streit über die Prinzipien und das Recht der Kolonisation.

Im Anschluß daran wäre noch ein Buch Helen J. Cowans zu erwähnen, betitelt *Emigration to British North America 1783 to 1837* /Toronto, University of Toronto Library/. Der behandelte Zeitabschnitt betrifft jene Jahre, in denen sich England nach der Losreißung der Vereinigten Staaten und der Eroberung des französischen Canadas ein neues Kolonialreich in Nordamerika aufbaute. Ein großer Teil der Einwanderung fand mit Staatsunterstützung statt, so die Ansiedlung von Iren und von Veteranen aus den Kriegen gegen Napoléon. Ein interessantes Kapitel behandelt die Bestrebungen Hortons die Übervölkerung Englands mit Armen durch deren Auswanderung nach Amerika zu mildern.

Informationsmittel

Von H. R. Briton-Jones' Arbeit *Wilt Diseases of Coconut Palms in Trinidad* /Trinidad, Government Printing Office/ erschien nunmehr der 2. Teil. Aus ihm ist zu entnehmen, daß das krankhafte Verdorren der Blätter der *Kokospalme* in der Hauptsache auf Fehler in der Pflanzung zurückzuführen ist, die die Wasserverhältnisse im Boden stören. Über *Canada* unterrichtet wieder gründlich und unparteiisch das jetzt im 28. Jahrgang vorliegende Jahrbuch *The Canadian Annual Review of Public Affairs* /Toronto, The Canadian Review Company/. Erstaunlich zu sehen, mit welchem Eifer Englands wie Canadas Regierende sich bemühen den englischen Bevölkerungüberschuß dorthin zu schaffen; viel Geld wird aufgewendet, Saisonarbeit englischer Erwerbsloser auf Canadas Getreideebenen wird als Mittel der Auslese geeigneter Ansiedler verwendet.

Im 41. Jahrgang erschien 1929 die *Übersee- und Kolonialzeitung* /Berlin, Kolonialkriegerdank/, deren Hauptvorzug zahlreiche sehr gute Bilder sind. Die Aufsätze haben sehr verschiedenen Wert.

Kurze Chronik In Südwestafrika wurden große Lager von *Natronsalpeter* entdeckt. Sie liegen im Distrikt Gideon; ausreichendes Wasser für den Abbau ist da, und in einer Entfernung von 80 Kilometer, also verhältnismäßig leicht durch eine Feldbahn oder Lastautomobile erreichbar, liegt eine Eisenbahnlinie für die Abfuhr. **◇** Zum *Massentransport pflanzlicher Öle* und nicht geronnener Kautschukmilch nach Europa gab die Schwedisch-Ostasiatische Kompanie in Gotenburg einen Dampfer in Auftrag, dessen Tanks durch elektrische Heizung auf konstanter Temperatur gehalten werden können. **◇** 1929 gelang es durch frühzeitiges Eingreifen der englischen Behörden im Ostjordanland von Palästina die *Heuschreckenschwärme abzuwehren*. Es scheint also, daß man jetzt dafür zuverlässige Methoden gefunden hat. **◇** Dem Münchener Professor der Geographie *Karl Troll* wurde ein Lehrauftrag für koloniale und Überseegeographie an der Universität Berlin erteilt.

Literatur

Das Buch *Pierre Dayes Congo et Angola* /Paris, La Renaissance du Livre/ stellt eine sehr ansprechende, besonders nationalökonomisch und landeskundlich interessante Beschreibung einer Reise längs der Angolaküste bis Benguella, dann östlich ins Innere bis zum heutigen Ende der Eisenbahn von Benguella nach Katinga und dann nördlich in das die Diamantenindustrie beherbergende Grenzgebiet zwischen der portugiesischen Provinz Lunda und der belgischen Provinz Kasai dar. Im übrigen befaßt es sich mit einer im einzelnen vielfach interessanten, aber im ganzen etwas konfusem Erörterung politischer Kolonialprobleme Belgiens. Gleich zu Anfang wird uns gesagt, Belgien müsse die treffliche koloniale Doktrin Frankreichs mit der nicht minder trefflichen kolonialen Praxis Englands verbinden. Was Daye mit beidem meint, wird in dem ganzen Buch nicht verraten; daß er dafür dem Kongo einen zweiten Marschall Lyautey wünscht, erklärt bei aller Achtung vor den Leistungen dieses bedeutenden Mannes nicht das Schweigen darüber. Auch finden sich einige überflüssige Ausfälle gegen die Deutschen. Um so bemerkenswerter ist

es, daß der Verfasser, wenn auch unter umständlichen Vorsichtsmaßregeln, für die Rückgabe des besten Tanganyikagebiets an die Deutschen eintritt, natürlich ohne das Ruandagebiet, den Teil Deutsch Ostafrikas, der bekanntlich Belgien überwiesen wurde. Ein überraschend großer Raum wird der Darstellung und Verteidigung der Verträge zwischen Belgien und Portugal über die Benguellabahn und über die Freihafensrechte der Kongokolonie in Benguella gewidmet: etwas viel Lärm um einen Eierkuchen. Das Buch bringt zur Kenntnis des tropischen Mittelafrikas manches Neue. <> Erschöpfend behandelt sein Thema Robert Bühler in seiner Arbeit Die Unabhängigkeitsbestrebungen Englands, Frankreichs und Deutschlands in ihrer Baumwollversorgung / Zürich, Girsberger & Co./, Das Buch befaßt sich hauptsächlich mit den Motiven, Bemühungen und Erfolgen die Baumwollversorgung dieser 3 Länder von den Vereinigten Staaten von Amerika zu emanzipieren. Sehr wohlthuend berührt die gerechte Art, wie der frühern deutschen Arbeit auf diesem Gebiet, namentlich des Kolonialwirtschaftlichen Komitees, gedacht wird. Sehr lehrreich folgende Nutzanwendung auf die Schweiz: »Die Schweiz ist gewiß an der Kolonialpolitik irgendeines bestimmten Staates nicht interessiert. Für die Schweiz kann es sich nur darum handeln, wie weit die Versorgung der Welt mit Baumwolle allgemein besser ... wird. »Kann es uns gleichgültig sein, ob nur England in Afrika und anderswo das Baumwollmonopol der Vereinigten Staaten "bricht", das heißt es zum Weltbaumwollmonopol des Angelsachsentums vervollständigt? Ein nützlich, zum Denken bringendes Buch.

EINZELNES

Aus der Zeit

Goesch †

Über Heinrich Goesch' geistige Kraft mögen andere schreiben. Ich möchte von

dem Freund Heinrich Goesch sprechen. Er trat in unsern Kreis, als er ein ganz junger Mann war. Er mochte etwa 22 Jahre alt sein. Er war schön, und er war besonders. Eigentlich war damals alles schon vorhanden, was jetzt in seinem 50. Jahr ausgereift vor den Augen der Freunde lag: vor allem der Drang zur Mitteilung und die Einwirkung auf Menschen. Er lehrte damals, wie er vor kurzem noch im Gespräch lehrte, aber sein Lehren war Mitteilungsbedürfnis über das, was er innerlich erlebte. Heinrich

Goesch erlebte rasch und reich in ununterbrochenem Strom. Stets floß sein Mund über von seinen Erfahrungen und Erkenntnissen, stets warb er um Menschen, und stets, solange ich ihn kannte, folgten ihm Menschen. Seine Macht über Menschen erschien oft gefährlich. Denn die, die mit ihm gingen, hatten selten den Sturmschritt seiner Entwicklung. Sie glaubten noch mit ihm, an seiner Seite zu sein, wenn er bereits woanders weiter war, und dann hieß es sich zurückfinden von den oft verstiegenen Wegen. Dieser Mensch war genial, das spürte jeder, der seinen Weg kreuzte. Aber wie kam es, daß dieser geniale Mensch sich nicht zusammenballen konnte zu einem Werk? Eine kleine Tür, so schien es mir immer, wäre nur aufzustößen gewesen, und seine herrlichen Gaben hätten Festes geformt. Jetzt, da sein Leben abgeschlossen vor uns liegt, sehe ich, daß seine geniehafte Bedeutung im Ausstreuen lag, im Schenken, im Befruchten, im verschwenderischen Geben.

Unvergeßlich die langen Gespräche mit ihm. Unvergeßlich eine unter Gesprächen verbrachte Nacht in der Weihnachtsstube. Die Lichter an Baum brannten und brannten ab, die letzten Schatten der Zweige schwankten an der Decke. Wir saßen und sprachen und sprachen. Welche Perspektiven taten sich da auf, welche Ausblicke auf bis dahin nicht Gekanntes oder nur Geahntes. Denn es war so, daß Heinrich Goesch nicht hochmütig war. In dem, mit dem er sprach, erhöhte er Intellekt und Gefühl der eigenen Wertigkeit, es entstand ein beschwingtes Lebensgefühl.

Wie ein bunter, gewebter Teppich ziehen die gemeinsam erlebten Stunden vorüber. Zeitliche und räumliche Entfernung der letzten Jahre schien uns noch kein Verlust. Wir wußten: Der Freund kommt wieder und gibt wieder. Der Freund wird uralte werden. Sein Drang nach neuen Erlebnissen, neuen Erkenntnissen wird ihn Neuland finden lassen, und wenn der Wanderer von da zurückkommt, wird er uns wieder beschenken. Es war so ganz Heinrich Goesch, wenn er in allerletzter Zeit gesagt hat, er habe das Gefühl vor einer ganz großen Umwandlung zu stehen. Diese letzte große Umwandlung war der Tod. Aber bei Heinrich Goesch hat das Wort Tod den Sinn, den wir ihm meist geben, verloren. Es gibt Menschen, denen wir so restlos die Ruhe des Todes gönnen: Aussein. Und es gibt Menschen, bei denen Tod uns doch nur Umwandlung bedeutet: »Zu neuen Ufern lockt ein neuer Tag.«

Käthe Kollwitz